Wilhelm Heinzes

Quellen-Lesebuch

zur vaterländischen Geschichte

für

Lehrerbildungsanstalten und höhere Schulen.

Nach des Verfassers Tode weiter herausgegeben
von
†Herm. Rosenburg.

Vollständig umgearbeitet
von

Dr. Wilhelm Kinghorst, und **Dr. Otto Heinze,**
Prorektor in Lüdenscheid, Seminarlehrer in Northeim i. Hann.

Dritter Teil.

Neueste Geschichte seit 1815 bis zur Gegenwart.

Dreizehnte Auflage.



Preis 2 M. 80 Pf.

Z
VII

Hannover 1918.
Verlag von Carl Meyer (Gustav Prior).

Inhaltsverzeichnis.

I. Wiederherstellung und Stillstand.

Seite

1. Friedrich Wilhelm III. verspricht seinem Volke eine Verfassung 1
2. Die Verfassung des Deutschen Bundes 2
3. Die Heilige Allianz 3
4. Das Wartburgfest 5
5. Stimmungen und Auffassungen im Kreise Metternichs 8
6. Maßregeln gegen die freiheitliche und nationale Bewegung:
   A. Die Überwachung der Universitäten 9
   B. Beseitigung der Preßfreiheit . . . 10
   C. Gründung einer Zentraluntersuchungskommission 11
7. Ziele und Bestrebungen der nationalen Bewegung nach 1815 11
8. Die äußere Machtstellung Preußens nach 1815 13
9. Friedrich Wilhelms III. politische Grundsätze 14
10. Die Gründung des Deutschen Zollvereins 15
11. Die Eröffnung der Bahnlinie Nürnberg—Fürth 17
12. Die Maßregelung der sieben Göttinger Professoren 19

II. Der Bundesstaat und die deutsche Frage.

13. Der Vereinigte Landtag 20
14. Die Revolution in Berlin 21
15. Friedrich Wilhelm IV. und die deutsche Frage 24
16. Großdeutsch — kleindeutsch; Wahlkaisertum — Erbkaisertum 26
17. Aus der Gesetzgebung der deutschen Nationalversammlung 28
18. Die Kaiserwahl in der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. . . . 29
19. Die Ablehnung der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelm IV. 29
20. Der Prinz von Preußen und die Ablehnung der deutschen Kaiserwürde . . 31
21. Die Verfassung Preußens 32

Seite

22. Friedrich Wilhelm IV. beschwört die Verfassung. 37
23. Die Ordnung der Thronfolge in Dänemark 38
24. Österreich und Preußen im Ausgang der Regierung Friedrich Wilhelms IV. 39

III. Die Begründung des Deutschen Reiches.

25. Die Regierungsgrundsätze des Prinz-Regenten von Preußen 43
26. Die Thronbesteigung König Wilhelms 45
27. Die Heeresreorganisation — des Königs „eigenstes Werk" 46
28. Bismarcks Berufung in das Ministerium 47
29. Bismarcks Stellung zu den großen Fragen seiner Zeit 49
30. Der Verfassungsstreit in Preußen. . . . 50
31. Die Ablehnung der vom Frankfurter Fürstenkongreß vorgeschlagenen Bundesreform 54
32. Die Veranlassung zum dänischen Kriege 55
33. Der Übergang nach Alsen 56
34. Der Wiener Friede 60
35. Der Vertrag von Gastein 62
36. Verhandlungen vor Ausbruch des Deutschen Krieges:
   A. Die Anrufung des Deutschen Bundes seitens Österreichs 63
   B. Preußens Verwahrung gegen das Verfahren Österreichs 64
   C. Preußens Bundesreform 65
   D. Österreichs Antrag auf Mobilisierung des Bundesheeres 66
   E. Preußens Austritt aus dem Bunde 67
37. König Wilhelms Aufruf „An mein Volk" 68
38. Aufruf des Königs Georg von Hannover 70
39. Die Kapitulation von Langensalza . 70
40. Die Schlacht bei Königgrätz 71
41. Die Entscheidung für den Frieden . . 74
42. Der Friede zu Prag 75
43. Die Vereinigung der neuerworbenen Länder mit der preußischen Monarchie 76

Seite

44. Geheimes Bündnis zwischen Preußen und Bayern 78
45. Die Gründung des Norddeutschen Bundes 79
46. Geist und Wesen der Bundesverfassung 80
47. Die Thronkandidatur des Prinzen Leopold wird der französischen Volksvertretung bekannt gegeben 81
48. Die Emser Depesche 82
49. Die Begeisterung in Deutschland bei Kriegsausbruch 84
50. Die Eröffnung des Reichstages des Norddeutschen Bundes 85
51. Die französische Kriegserklärung . . 87
52. Die Schlacht bei Wörth 87
53. Der Triumphzug und der Tränenzug 89
54. Der Todesritt der Brigade Bredow in der Schlacht bei Vionville 91
55. Die Schlacht bei Gravelotte 93
56. Die Schlacht bei Sedan 94
57. Die Gefangennahme Napoleons und die Kapitulation des französischen Heeres nach der Schlacht bei Sedan 96
58. Das Programm der neuen französischen Regierung 101
59. Bismarcks Kriegsziele und seine Stellung zu der neuen französischen Republik 102
60. Die Belagerung von Paris 104
61. Die Übereinkunft von Versailles . . 105
62. Der Friedens-Präliminarvertrag von Versailles 106
63. Bayern tritt dem neuen Deutschen Bunde (Reiche) bei 107
64. Deutschlands Fürsten und Volk bitten König Wilhelm um Annahme der Kaiserwürde 108
65. Das Widerstreben König Wilhelms gegen den Kaisertitel 109
66. Die Kaiserproklamation in Versailles:
    A. Die Feier 112
    B. Der Kaiser und die Fürsten . . 113
    C. Der Kaiser und das deutsche Volk 113
    D. Das erste Kaiserhoch 114

IV. Im neuen Reich.

67. Die Eröffnung des ersten deutschen Reichstages 115
68. Die Verfassung des Deutschen Reiches 116
69. Aus der Zeit des Kulturkampfes . . 122
70. Kaiser Wilhelms Empfindungen in Hinblick auf die beiden Mordversuche 124
71. Der Übergang zur Schutzzoll- und Sozialpolitik 125
72. Die Sozialpolitik Kaiser Wilhelms I. 126
73. Die beginnende Feindschaft Rußlands gegen Deutschland 127
74. Die Entstehung des deutsch-österreichischen Bündnisses 128

Seite

75. Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag 129
76. Die Gründung des Dreibundes . . 131
77. Grundsätze der deutschen Kolonialpolitik 132
78. Die Wehrhaftigkeit des Reiches . . 134
79. Der Tod Kaiser Wilhelms I. . . . 137
80. Regierungsgrundsätze Kaiser Friedrichs III. 138

V. Der Aufstieg zur Weltmacht.

81. Ein Charakterbild Kaiser Wilhelms II. 140
82. Regierungsgrundsätze Kaiser Wilhelms II. 144
83. Bismarcks Entlassung 146
84. Der Tod Moltkes 149
85. Der Tod Bismarcks 149
86. Der Fortgang der Sozialpolitik . . 150
87. Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands und seine Gefahren . 151
88. Kaiser Wilhelm II. und die Landwirtschaft 153
89. Stellung der Regierung zu den großen Wirtschaftskreisen 153
90. Der Aufstieg zur Weltmacht . . . 154
91. Deutschland als Weltmacht 158
92. Die Erwerbung der Insel Helgoland 161
93. Die Eröffnung des Kaiser-Wilhelms-Kanals 161
94. Die Notwendigkeit einer starken Flotte 162
95. Die Schwierigkeiten des Flottenbaues und ihre Überwindung 165
96. Der Ausbau der deutschen Flotte. . 167
97. Die deutsche Flotte, eine Bürgschaft des Friedens 169
98. Die Chinawirren 169
99. Die Vernichtung der Hereros . . . 171
100. Der Krieg gegen die Hottentotten . 175
101. Begründung unserer Marokkopolitik 176
102. Das Deutsche Reich und die Bekenner des Islams 177
103. Deutschland und Österreich-Ungarn 177
104. Deutschland und Frankreich . . . 178
105. Englands Eifersucht auf Deutschland 179
106. Die englische Einkreisungspolitik . . 179

VI. Der Weltkrieg.

107. Der Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Rußland 181
108. Der Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich . . . 184
109. Deutschland und Belgien 185
110. Das Verhalten Italiens 186
111. Der Kaiser und das deutsche Volk . 187
112. Deutschlands gerechte Sache . . . 189
113. Die Vertretung des deutschen Volkes und der Krieg 191

		Seite
114.	Englands Kriegserklärung	193
115.	Englands Schuld am Weltkrieg	194
116.	Die Eroberung Lüttichs	195
117.	Der deutsche Vormarsch im Westen	197
118.	Die Heldentat Weddigens	199
119.	Ostpreußens Bedrängnis und Befreiung	200
120.	Der Kaiser in Lyck	201
121.	Hindenburg	203
122.	Der Wiederaufbau Ostpreußens	206
123.	Der Durchbruch bei Gorlice	209
124.	Der Durchbruch bei Przasnysz und Zielona	210
125.	Italiens Verrat	213
126.	Die Herbstschlacht in der Champagne	215
127.	Die Eroberung Belgrads	220
128.	Warum sich Bulgarien den Mittelmächten anschloß	221
129.	Unser Kampfziel bei Verdun	224
130.	Verdun und Somme	225
131.	Die Seeschlacht vor dem Skagerrak	226
132.	Das Eingreifen Rumäniens	228
133.	Die glanzvolle Anlage und mustergültige Durchführung des rumänischen Feldzuges	230
134.	Die Gründung des Königreichs Polen	231
135.	Der Grundgedanke des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst	231
136.	Das deutsche Friedensangebot und seine Ablehnung	232
137.	Die Kriegsziele unserer Gegner	233
138.	Der Beginn des ungehemmten U-Bootkrieges	234
139.	Der Bruch mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika	236
140.	Der große französische Durchbruchsversuch an der Aisne	238
141.	Die große Flandernschlacht 1917	239
142.	Die Landung auf Oesel und die Bedeutung der Eroberung dieser Insel	240
143.	Die zwölfte Isonzoschlacht	242
144.	Deutschlands Ziel im Weltkrieg	244

I.

Wiederherstellung und Stillstand.

1.

Friedrich Wilhelm III. verspricht seinem Volke eine Verfassung.

22. Mai 1815.

Quelle: Verordnung vom 22. Mai 1815: Über die zu bildende Repräsentation des Volkes.

Fundort: Fr. Förster, Geschichte der Befreiungskriege 1813, 1814, 1815. 9. Auflage. Berlin 1890. Bd. 3. S. 724 und 725.

Die Geschichte des preußischen Staates zeigt zwar, daß der wohltätige Zustand bürgerlicher Freiheit und die Dauer einer gerechten, auf Ordnung begründeten Verwaltung in den Eigenschaften der Regenten und in ihrer Eintracht mit dem Volke bisher diejenige Sicherheit fanden, die sich bei der Unvollkommenheit und dem Unbestande menschlicher Einrichtungen erreichen läßt.

Damit jedoch fester begründet, der preußischen Nation ein Pfand unseres Vertrauens gegeben und der Nachkommenschaft die Grundsätze, nach denen unsere Vorfahren und wir selbst die Regierung unseres Reiches mit ernstlicher Vorsorge für das Glück unserer Untertanen geführt haben, treu überliefert und vermittelst einer schriftlichen Urkunde als Verfassung des preußischen Reiches dauerhaft bewahrt werden, haben wir Nachstehendes beschlossen:

§ 1. Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden.

§ 2. Zu diesem Zwecke sind:

a) die Provinzialstände da, wo sie mit mehr oder minder Wirksamkeit noch vorhanden sind, herzustellen und dem Bedürfnisse der Zeit gemäß einzurichten;

b) wo gegenwärtig keine Provinzialstände versammelt sind, sie anzuordnen.

§ 3. Aus den Provinzialständen wird die Versammlung der Landesrepräsentanten gewählt, die in Berlin ihren Sitz haben soll.

§ 4. Die Wirksamkeit der Landesrepräsentanten erstreckt sich auf die Beratung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, die die persönlichen Eigentumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen.

§ 5. Es ist ohne Zeitverlust in Berlin eine Kommission niederzusetzen, die aus einsichtsvollen Staatsbeamten und Eingesessenen der Provinz bestehen soll.

§ 6. Diese Kommission soll sich beschäftigen:

a) mit der Organisation der Landstände,

b) mit der Organisation der Landesrepräsentanten,

c) mit der Ausarbeitung einer Verfassungsurkunde nach den aufgestellten Grundsätzen.

§ 7. Sie soll am 1. September d. J. zusammentreten.

§ 8. Unser Staatskanzler ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt und hat uns die Arbeiten der Kommission demnächst vorzulegen. Er ernennt die Mitglieder derselben und führt darin den Vorsitz, ist aber befugt, in Verhinderungsfällen einen Stellvertreter für sich zu bestellen.

Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. So geschehen Wien, den 22. Mai 1815.

Friedrich Wilhelm.
C. Fürst Hardenberg.

2.

Die Verfassung des Deutschen Bundes.

1815.

Quelle: Die deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815.

Fundort: Fr. Förster a. a. O. Bd. 3. S. 600—608.

Art. 1. Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands mit Einschluß Ihrer Majestäten des Kaisers von Österreich und der Könige von Preußen, von Dänemark und der Niederlande, und zwar der Kaiser von Österreich und der König von Preußen beide für ihre gesamten vormals zum Deutschen Reich gehörigen Besitzungen, der König von Dänemark für Holstein, der König der Niederlande für das Großherzogtum Luxemburg, vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der Deutsche Bund heißen soll.

Art. 2. Der Zweck desselben ist: Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten.

Art. 4. Die Angelegenheiten des Bundes werden durch eine Bundesversammlung besorgt, in welcher alle Glieder desselben durch ihre Bevollmächtigten teils einzelne, teils Gesamtstimmen folgendermaßen, jedoch unbeschadet ihres Ranges führen: 1. Österreich 1, 2. Preußen 1, 3. Bayern 1, 4. Sachsen 1, 5. Hannover 1, 6. Württemberg 1, 7. Baden 1, 8. Kurhessen 1, 9. Großherzogtum Hessen 1, 10. Dänemark wegen Holstein 1, 11. Niederlande wegen des Großherzogtums Luxemburg 1, 12. die großherzoglich und herzoglich sächsischen Häuser 1, 13. Braunschweig und Nassau 1, 14. Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 1, 15. Holstein,[1]) Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg 1, 16. Hohenzollern, Lichtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe und Waldeck 1, 17. die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg 1 Stimme. Zusammen 17 Stimmen.

Art. 5. Österreich hat bei der Bundesversammlung den Vorsitz . . . . .

Art. 6. Wo es auf Abfassung und Abänderung von Grundgesetzen des Bundes, auf Beschlüsse, welche die Bundesakte selbst betreffen, auf organische Bundeseinrichtungen und auf gemeinnützige Anordnungen sonstiger Art ankommt, bildet sich die Versammlung zu einem Plenum, wobei jedoch mit Rücksicht auf die

---

[1]) Gemeint sind die im Holsteinischen gelegenen Besitzungen Oldenburgs.

Verschiedenheit der Größe der einzelnen Bundesstaaten folgende Berechnung und Verteilung der Stimmen verabredet ist: Österreich erhält 4 Stimmen, Preußen 4, Sachsen 4, Bayern 4, Hannover 4, Württemberg 4, Baden 3, Kurhessen 3, Großherzogtum Hessen 3, Holstein 3, Luxemburg 3, Braunschweig 2, Mecklenburg-Schwerin 2, Nassau 2, Sachsen-Weimar 1, Sachsen-Gotha 1, Sachsen-Koburg 1, Sachsen-Meiningen 1, Sachsen-Hildburghausen 1, Mecklenburg-Strelitz 1, Oldenburg 1, Anhalt-Dessau 1, Anhalt-Bernburg 1, Anhalt-Cöthen 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Hohenzollern-Hechingen 1, Lichtenstein 1, Hohenzollern-Sigmaringen 1, Waldeck 1, Reuß ältere Linie 1, Reuß jüngere Linie 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 1 Stimme. Zusammen 69 Stimmen.

Art. 9. Die Bundesversammlung hat ihren Sitz zu Frankfurt a. M.

Art. 11. Alle Mitglieder des Bundes versprechen, sowohl ganz Deutschland, als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und garantieren sich gegenseitig ihre sämtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen. Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen. Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch, in keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären. Die Bundesglieder machen sich ebenfalls verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen. Dieser liegt alsdann ob, die Vermittlung durch einen Ausschuß zu versuchen, und falls dieser Versuch fehlschlagen sollte und demnach eine richterliche Entscheidung notwendig würde, solche durch eine wohlgeordnete Austrägalinstanz[1]) zu bewirken, deren Ausspruch die streitenden Teile sich sofort zu unterwerfen haben.

Art. 13. In allen Bundesstaaten wird eine landesständische Verfassung stattfinden . . . . .

3.

Die Heilige Allianz.

26. September 1815.

Quelle: Die Stiftungsurkunde vom 14./26. September 1815 (Französisch).

Übersetzung: Fr. Förster a. a. O. Bd. 3. S. 1348—1350.

Im Namen der hochheiligen und unteilbaren Dreieinigkeit! Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich, der König von Preußen und der Kaiser von Rußland, die infolge der großen Ereignisse, welche den Lauf der drei letzten Jahre in Europa bezeichnet haben, und vornehmlich der Wohltaten, die es der göttlichen Vorsehung gefallen hat, über die Staaten zu verbreiten, deren Regierungen ihr Zutrauen und ihre Hoffnung allein auf sie gesetzt, die innige Überzeugung erlangt haben, daß es notwendig ist, den von den Mächten in ihren wechselseitigen Ver-

[1]) Der Bund stand also an Bedeutung insofern noch hinter dem alten Reich zurück, als ihm ein höchstes Gericht — das übrigens in Aussicht genommen war — fehlte; es hatte bei einem Verfahren sein Bewenden, nach dem der Bundestag bei Streitigkeiten unter Bundesgenossen den obersten Gerichtshof eines unbeteiligten Bundesstaates damit beauftragen konnte, die Sache zum Austrage — daher Austrägalgericht — zu bringen.

hältnissen zu nehmenden Gang auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, welche uns die heilige Religion des Gott-Heilandes lehrt, erklären feierlich, daß gegenwärtige Akte nur zum Gegenstande hat, angesichts der ganzen Welt ihre unerschütterliche Entschließung zu erkennen zu geben, sowohl in der Verwaltung ihrer respektiven Staaten, als in den politischen Verhältnissen mit jeder anderen Regierung nur die Vorschriften dieser heiligen Religion zur Regel zu nehmen, Vorschriften der Gerechtigkeit, der christlichen Liebe und des Friedens, die, weit entfernt, einzig und allein auf das Privatleben anwendbar zu sein, im Gegenteil direkt auf die Entschlüsse der Fürsten einwirken und alle ihre Schritte leiten müssen, wie sie allein das Mittel sind, die menschlichen Institutionen zu konsolidieren und ihren Unvollkommenheiten abzuhelfen.

Demzufolge sind ihre Majestäten über folgende Artikel übereingekommen.

Art. 1. Gemäß den Worten der Heiligen Schrift, welche allen Menschen befohlen, sich als Brüder zu betrachten, werden sie durch die Bande einer wahren und unauflöslichen Brüderschaft vereinigt bleiben, und sich als Landsleute betrachtend, werden sie sich bei allen Gelegenheiten und in allen Fällen Hilfe und Beistand leisten; sich zu ihren Untertanen und ihren Heeren als Familienväter betrachtend, werden sie sie in dem Geiste der Brüderlichkeit leiten, wovon sie beseelt sind, um die Religion, den Frieden und die Gerechtigkeit zu beschützen.

Art. 2. Demzufolge wird das einzige Prinzip in Kraft sowohl unter den genannten Regierungen, als unter ihren Untertanen das sein: sich gegenseitige Dienste zu leisten, sich durch ein unerschütterliches Wohlwollen die gegenseitige Zuneigung zu bezeigen, von der sie beseelt sein müssen, sich alle nur als Mitglieder derselben christlichen Nation zu betrachten. Die drei verbündeten Herrscher sehen sich selbst nur als von der Vorsehung Abgeordnete an, um drei Zweige einer und derselben Familie zu regieren, nämlich Österreich, Preußen und Rußland, hierdurch bekennend, daß die christliche Nation, wovon sie und ihre Nationen Teile ausmachen, in Wahrheit und Wirklichkeit keinen anderen Souverän als denjenigen hat, dem allein das Eigentum, die Macht angehört, weil in ihm sich finden alle Schätze der Liebe, der Wissenschaft und der unendlichen Weisheit; das heißt: Gott, unseren göttlichen Erlöser Jesus Christus, das Wort des Allerhöchsten, das Wort des Lebens. Ihre Majestäten empfehlen demzufolge mit der zärtlichsten Sorgfalt ihren Völkern als das einzige Mittel, dieses Friedens zu genießen, der aus gutem Gewissen entspringt und allein dauerhaft ist, sich zu befestigen mit jedem Tage mehr in den Prinzipien und in der Ausübung der Pflichten, welche der göttliche Heiland die Menschen gelehrt hat.

Art. 3. Alle die Mächte, welche feierlich werden bekennen wollen die geheiligten Grundsätze, welche gegenwärtige Akte diktiert, und welche werden anerkennen wollen, wie wichtig es ist für das Glück der nur allzu lang beunruhigten Nationen, daß diese Wahrheiten von jetzt an auf die menschlichen Schicksale allen den Einfluß üben, welcher ihnen angehört, werden mit eben so vieler Zuvorkommenheit als Zuneigung aufgenommen werden in diese heilige Allianz.

Dreifach verfaßt und unterzeichnet zu Paris im Jahre der Gnade 1815, den 14./26. September.

(L. S.) Franz.
(L. S.) Friedrich Wilhelm.
(L. S.) Alexander.

4.

Das Wartburgfest.

1817.

Quelle: Bericht des Professors Oken aus Jena über das Fest.

Fundort: Die „Isis". Jahrgang 1817. XI. u. XII. 195.[1]) Nachbildung bei L. Stacke. Deutsche Geschichte 7. Auflage. Bielefeld und Leipzig 1896. Bd. 2. Bei S. 684.

Der Studentenfrieden auf der Wartburg.

Der Vergünstigung Sr. Kgl. Hoheit unseres durchl. Großherzogs gewiß, haben die Behörden und Bürger von Eisenach alle Anstalten getroffen, den Aufenthalt den zum heiligen Frieden wallenden Studenten billig, bequem und angenehm zu machen. Sie wurden auf drei Tage, für den 17., 18. und 19. Oktober einquartiert. Der Rittersaal auf der Wartburg wurde mit Laubkränzen verziert und mit Tafeln und Sitzen für 7—800 Menschen versehen. Soviel waren etwa beim Mittagsmahle am Siegestag, uns andere mitgezählt. Es waren aber gekommen von Berlin, Erlangen, Gießen, Göttingen, Halle, Heidelberg, Jena, Kiel, Leipzig, Marburg, Rostock, Tübingen und Würzburg.

Am 19. zogen die auf dem Markt um 9 Uhr versammelten Studenten auf die Burg, die Fahne und Musik voraus. Wir mit ihnen. Der Professoren, welchen dieses Fest am Herzen lag, die den Keim eines großen Fruchtbaumes darin erblickten und daher gekommen waren, um an dem Handeln, Benehmen und den Vorgängen zu ersehen, was von dessen Gedeihen zu erwarten sein möchte, waren unserer vier, Fries, Kieser, Schweitzer und wir. Man wies uns den Stand den Sprechern gegenüber an.

Als alles zur Ruhe gekommen war, hielt ein Student ungefähr diese Rede: über den Zweck der Zusammenkunft der gebildeten Jünglinge aus allen Kreisen und Volksstämmen des deutschen Vaterlandes, über das verkehrte Leben früher, über den Aufschwung und die erfaßte Idee des deutschen Volkes jetzt, über verfehlte und getäuschte Hoffnungen, über die Bestimmung des Studierenden und die gerechten Erwartungen, welche das Vaterland an sie mache, über die Verwaistheit und gar Verfolgtheit der sich den Wissenschaften widmenden Jugend; endlich wie sie selbst bedacht sein müsse, unter sich Ordnung, Regel und Sitte, kurz Burschenbrauch einzuführen, ernstlich und gemeinschaftlich bedacht sein müsse auf die Mittel und Wege, ihrer Bestimmung mit Würde entgegenzugehen, die Blicke des erwachsenen Volkes, das leider nichts mehr zu erreichen vermag, getröstet und aufmunternd auf sie zu lenken und ihm einst zu werden, was es will, daß sie soll. — Die Anwesenden und wir Männer waren zu Tränen gerührt — aus Scham, daß wir nicht so getan, aus Schmerz, daß wir an solcher Trauer

---

[1]) Der Hofrat Lorenz Oken (eigentlich Ockenfuß, 1779—1851), Professor der Naturwissenschaft in Jena, gab seit 1816 die „Isis" heraus, ein Blatt mit vorwiegend naturwissenschaftlichem Inhalt. In ihr erschienen vielfach Beschwerden, die anderswo nicht veröffentlicht werden durften; die Regierung in Weimar drückte ein Auge zu. Doch mußte Oken später seine Lehrtätigkeit aufgeben, und seine Zeitschrift wurde in Weimar verboten. Sie erschien in Rudolstadt bis zum Jahre 1848. — Diese Nummer machte solches Aufsehen, daß man sich bei ihrer Ausgabe in der Druckerei zu Jena um sie riß, und als am folgenden Tage die Konfiskation ausgesprochen wurde, zahlte man einen Dukaten und mehr für das Exemplar. Die Vernichtung der Nummer wurde so vollkommen ausgeführt, daß die Exemplare zu den größten Seltenheiten gehören.

schuld sind, aus Freude über diesen schönen, reinen und klaren Sinn, und unsere Söhne so erzogen zu haben, daß sie einst erringen werden, was wir verscherzten.

Von diesem und jenem wurde ein und das andere Ermunternde gesprochen; dann ging man auf den Burghof, bis die Tafeln gedeckt wären. Da bildeten sich hier Gruppen, dort Haufen, die gingen, jene standen. Was soeben in einem kirchlichen Akt vorgetragen worden, wiederholte sich nun im freundlichen, geselligen Kreise. Jeder war begeistert; jeder war zur Annäherung, jeder zur Aussöhnung, jeder zur Vereinigung gestimmt. Eine große Masse Menschen wirkt mesmerisch[1]) aufeinander und regt das Gefühl der Ohnmacht des einzelnen, die Kraft der Menge auf und spricht mit Ungestüm in die Seele: Nur im Ganzen ist Heil!

In einer der Gruppen wurde ungefähr solchergestalt gesprochen: Liebe Freunde! Diesen Augenblick der Rührung und Stimmung müßt ihr nicht verrauchen lassen. Er kommt nie wieder. Jetzt werdet ihr einig oder niemals! . . . Von der Burg müßt ihr keinen weggehen lassen, ohne daß er etwas Wirkliches mitnimmt . . . In die Tasche müßt ihr den Burschen etwas geben. Nur wenige Gesetze; aber mit Worten ausgesprochen, daß alle Studenten eins sind, daß sie alle zu einer einzigen Landsmannschaft gehören, der deutschen, daß sie alle einerlei Vorschriften und Gebräuche befolgen.

Euer Name sei, was ihr allein und ausschließlich seid, nämlich Studentenschaft oder Burschenschaft. Dazu gehört ihr alle, und niemand anders. Hütet euch aber, ein Abzeichen zu tragen und so zur Partei herabzusinken; das bewiese, daß ihr nicht wißt, daß der Stand der Gebildeten in sich den ganzen Staat wiederholt und also sein Wesen zerstört durch Zersplitterung in Parteien. Auch bewahret euch vor dem Wahn, als wäret ihr es, auf denen Deutschlands Sein und Dauer und Ehre beruhte. Deutschland ruht nur auf sich selbst, auf dem Ganzen. Jede Menschenzunft ist nur ein Glied am Leibe, der Staat heißt, das zu dessen Erhaltung nur soviel beiträgt, als ihm sein Standort gestattet. Eure Bestimmung ist zwar, einst als Teile des Kopfes zu wirken; aber der Kopf ist ohnmächtig, wenn die Glieder und Eingeweide den Dienst versagen. Ihr aber seid jetzt Jugend, der kein anderes Geschäft zukommt, als sich so einzurichten, daß sie gedeihlich wachse, sich bilde, sich nicht durch eitle Gebräuche aufreibe, daß sie also sich zu diesem Zwecke verbinde und sich um anderes nicht anders kümmere, als insofern man das Ziel scharf ins Auge faßt, nach dem man laufen soll. Der Staat ist euch jetzt fremd, und nur insofern gehört er euer, als ihr einst wirksame Teile darin werden könnet. Ihr habt nicht zu bereden, was im Staat geschehen oder nicht soll; nur das geziemt euch zu überlegen, wie ihr einst im Staat handeln sollt, und wie ihr euch dazu würdig vorbereitet. Kurz, alles was ihr tut, müßt ihr bloß in bezug auf euch, auf das Studentenwesen tun und alles andere als eurer Beschäftigung, als eurem Wesen fremd ausschließen — auf daß euer Beginnen nicht lächerlich werde . . . . .

Das überlegt! Geht nicht auseinander, wie ihr gekommen seid! Einige Grundgesetze macht, und gebt sie jedem mit nach Hause. Ein geschriebenes Wort hat Wunderkraft! — Auf Wiedersehen, doch nicht vor drei Jahren!

---

[1]) Nach dem kurz vorher verstorbenen Wunderarzt Mesmer, dem Begründer der Lehre von einer den tierischen Leibern innewohnenden Kraft, die der des Magnets ähnlich sein sollte, und die er daher den „tierischen Magnetismus“ nannte.

Darauf wurde zum Essen geblasen. Es war ein fröhliches. Der Wein stärkte das Gefühl und den guten Vorsatz, der aus jedem Gesicht leuchtete. Es wurden Gesundheiten ausgebracht, die uns aber nicht im Geiste des Festes geschienen; daher behielten wir die unserigen im Herzen.

Nach Tische, es mochte 3 Uhr sein, ging der Zug den Berg herunter und mit dem Landsturm freundschaftlich und gleichen Ranges in die Stadtkirche, wo die Predigt allgemeine Wirkung hervorbrachte.

Darauf wurden Turnübungen auf dem Markte angestellt — und darauf wurde es dunkel. So ist jede Minute in löblicher Tätigkeit zugebracht worden.

Nach 7 Uhr zogen die Studenten, jeder mit einer Fackel, also deren etwa 600, auf den Berg zu den Siegesfeuern, wo der Landsturm schon versammelt war. Oben wurden Lieder gesungen und wieder eine Rede von einem Studenten gehalten, die wir nicht gehört, die aber allgemein als besonders kräftig gerühmt worden ist.

Darauf wurde Feuergericht gehalten über folgende Stücke, die zuerst, an einer Mistgabel hoch in die Höhe gehalten, dem versammelten Volke gezeigt und dann unter Verwünschungen in die Flammen geworfen wurden.

Es waren aber die Abgebrannten diese: ein hessischer Zopf, ein preußischer Gardistenschnürleib, ein österreichischer Korporalstock[1]). (Ob jedoch diese drei Dinge die ersten oder die letzten gewesen, wissen wir nicht.) Ferner[2]) . . . . .

Nach 12 Uhr begab man sich zur Ruhe.

Des anderen Tages versammelten sich vormittags die Studenten wieder auf der Wartburg, wobei vieles zur Sprache gekommen, was den künftigen Studentenbrauch, besonders die Einschränkung der Zweikämpfe betrifft. Die durch Landsmannschaften feindlich zerrissenen Studenten aus Gießen werfen sich in die Arme und söhnen sich aus. So hat ein heiliger, aber freier Augenblick, wo nur die Stimme der Jünglinge galt und riet, getan, was nicht der Darmstädter Hof mit all seinen Soldaten, was nicht der gesamte Senat, in Perückengesetze gesteckt, hervorzubringen imstande gewesen, ja vielmehr, was den Haß heftiger angefacht. Wissen Höfe und Senate die Studenten nicht zu behandeln, so tut es wahrlich not, daß sie in der Verschüchterung (es gibt ein nachdrücklicheres Wort: Vergelsterung) sich selber zu behandeln suchen. Die verkehrteste Hilfe ist überall der Zwang, und Soldatenregiment will nirgends mehr ertragen werden.

Darnach reisten viele ab; viele aber gingen zum Abendmahl.

So haben Deutschlands Studenten das Fest auf der Wartburg begangen! Viele, die über Deutschland Rat halten, und mehr noch, die Unrat halten, könnten die Versammlung auf der Wartburg zum Muster nehmen.

Sollten irgendwo Studenten deshalb, weil sie auf der Wartburg gewesen, belangt werden, so berichte man es uns. — Wir halten es des ordentlichen Betragens aller ohne Ausnahme wegen für Pflicht, sie zu verteidigen, und werden es tun nach dem Maße der Kraft, welche uns Gott verliehen hat.

---

[1]) Diese Gegenstände sind in der Zeitung nicht benannt, sondern durch höhnische Zierbildchen dargestellt.

[2]) Es folgen die Titel der verbrannten Bücher, unter ihnen v. Haller, Restauration der Staatswissenschaft. Kotzebue, Geschichte des deutschen Reichs. Kamptz, Kodex der Gensd'armerie. Werner, Weihe der Kraft. Derselbe, Die Söhne des Tals. Der Code Napoleon. Immermann, Ein Wort zur Beherzigung.

5.

Stimmungen und Auffassungen im Kreise Metternichs.

1818.

Quelle: Gentz[1]), Über Volk und Jugend in den Befreiungskriegen (anläßlich des Wartburgfestes).

Fundort: Friedrich Schulze, 1813—1815. Die deutschen Befreiungskriege in zeitgenössischer Schilderung. Leipzig o. J. S. 323—325.

Der Feldzug von 1813 und 1814 war eine der Unternehmungen, die durch Tapferkeit und Enthusiasmus allein unmöglich gelingen können, und bei welchen selbst das glänzendste Verdienst der Ausführung dem höheren Verdienst der Einleitung und Anordnung nachstehen muß. Die Fürsten und ihre Minister und ihre Feldherren, die an ihren Ratschlägen teil hatten, haben das Größte verrichtet. Sie haben getan, was alle Volksredner und Pamphletschreiber der Welt und Nachwelt ihnen nicht streitig machen können. Sie haben den Augenblick erkannt und benutzt, an dessen glückliche Wahl das Schicksal von Europa geknüpft war. Sie haben den Krieg vorbereitet, gegründet, geschaffen. Sie haben mehr als dieses getan: sie haben ihn auch geleitet, genährt und belebt. Ohne die Gegenwart der Monarchen, ihre begeisternde Tätigkeit, ihre wundervolle Eintracht, ihre kühnen und weisen Operationspläne säße Napoleon noch jetzt auf seinem Throne: die, welche heutigentages in jugendlicher Vermessenheit wähnen, sie hätten den Tyrannen gestürzt, hätten ihn nicht einmal aus Deutschland getrieben.

Allerdings konnten die Völker bei einem Kriege, wie dieser, nicht müßig oder neutral bleiben; allerdings mußte auf ihre treue und kräftige Mitwirkung gerechnet werden können. Mehr oder weniger ist dies bei allen Kriegen der Fall. Der Krieg von 1813 hatte aber das Eigentümliche, daß er nicht allein für das Interesse der Völker (welches jedem rechtlichen Kriege zugrunde liegen soll), sondern auch für ein von den Völkern einstimmig anerkanntes, einleuchtendes, unmittelbares, dringendes Interesse geführt wird. Die Frage in diesem Kriege war, ob sie lieber ihren angestammten Regenten und vaterländischen Gesetzen, oder einem fremden Eroberer gehorchen wollten, und diese Frage war in allen Gemütern entschieden. Es bedurfte weder des Zwanges, noch künstlicher Überredung, um die Völker für ihre eigene Sache zu bewaffnen. Daß es sich so verhielt, benimmt ihrer kindlichen Zuversicht und Bereitwilligkeit, ihren preiswürdigen Anstrengungen, ihren heldenmütigen Aufopferungen nicht das Geringste von ihrem bleibenden Wert. Wir haben es hier überhaupt (was nicht oft genug erinnert werden kann) keineswegs mit den Völkern, die besser wissen, was wahr und gerecht ist, sondern bloß mit ihren eigenmächtigen, geschäftigen, oft sehr unklugen Freunden zu tun; denn von diesen unbevollmächtigten Organen allein hören wir sagen: „Wir haben den Fürsten ihre Kronen wiedererobert, und was ist unser Lohn?" uff.

Gehen wir von der Vorbereitung, dem wahren Ursprunge, dem Zweck und den Mitteln des Krieges, zu der eigentlichen Führung desselben über, so ergibt sich, daß der Lieblingstext der Demagogen, das Volk allein habe alles getan, nicht weniger grundlos ist. Zu dem Volke — in ihrem Sinne des Wortes —

---

[1]) Friedrich von Gentz (1764—1832), ein bekannter Publizist und Staatsmann jener Tage, führte als Generalsekretär das Protokoll zu den Verhandlungen des Wiener Kongresses. Er gab später seine geschickte Feder dazu her, die Freiheitsbestrebungen der Völker zu bekämpfen und den strengsten Absolutismus zu verfechten.

können sie unmöglich die stehenden Heere rechnen ... Das Volk, welches sie meinen, welches unmittelbaren Anteil am Kriege gehabt hat, und welches den Krieg, wo nicht ausschließlich geführt, doch ausschließend entschieden haben soll, kann also nur auf die Klasse beschränkt sein, die man unter dem allgemeinen Namen der Freiwilligen begriff .....

... Zu dieser Klasse gehörte dann auch jene kampflustige Jugend, die, von Vaterlandsliebe beseelt, aus Universitäten, Erziehungsanstalten und Schulen unter die Waffen eilte. Daß sie ihre Dienste freudig anbot, war edel und lobenswert; daß man sie annahm, kann nur durch den äußeren Drang der Not — denn welche weise Regierung würde sie sonst nicht abgelehnt haben — gerechtfertigt werden .....

In welchem Verhältnis die Zahl der akademischen Streiter zu der Zahl der Freiwilligen überhaupt und diese wieder zu der Gesamtmasse der kriegführenden Heere stand, wollen wir ununtersucht lassen. Wer die Geschichte des Krieges nur einigermaßen kennt, wird sich diese Frage leicht beantworten. Daß an den Tagen der Schlacht bei Leipzig wenigstens 200000 Mann regulierter Truppen im Gefechte waren, ist gewiß; daß man sie eine Völkerschlacht genannt hat, kann die Wahrheit und Natur der Dinge nicht ändern.

... Ob Napoleon durch regelmäßige Streitkräfte allein, ohne Freiwillige, ohne Volksbewaffnung gestürzt worden wäre, ist ein Problem, worüber unter Sachverständigen die Meinungen geteilt sein können; die Möglichkeit liegt außer Zweifel. Daß aber umgekehrt alle Aufgebote, alle Landstürme und alle „heiligen Scharen" von Deutschland und allenfalls von Europa ohne die erhabenen Entschließungen der Fürsten, die Weisheit und Eintracht ihrer Kabinette, das Genie ihrer Feldherren und die Tapferkeit ihrer regelmäßigen Heere ihn nicht bezwungen haben würden — das leuchtet dem gemeinsten Verstande ein. In diese einfache Gestalt gekleidet, scheint uns die Frage, wenn sie einmal verhandelt werden mußte, für immer entschieden.

6.

Maßregeln gegen die freiheitliche und nationale Bewegung.

1819.

A. Die Überwachung der Universitäten.

Quelle: Provisorischer Beschluß der Bundesversammlung vom 20. September 1819[1]) über die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maßregeln.

Fundort: Dr. Karl Weil, Quellen und Aktenstücke zur deutschen Verfassungsgeschichte. Berlin 1850. S. 39—41.

§ 1. Es soll bei jeder Universität ein mit zweckmäßigen Instruktionen und ausgedehnten Befugnissen versehener, am Orte der Universität residierender, außerordentlicher landesherrlicher Bevollmächtigter entweder in der Person des bisherigen Kurators oder eines anderen von der Regierung dazu tüchtig befundenen Mannes angestellt werden.

Das Amt dieses Bevollmächtigten soll sein, über die strengste Vollziehung der bestehenden Gesetze und Disziplinarvorschriften zu wachen, den Geist, in welchem

[1]) Die am 20. September 1819 gefaßten Beschlüsse der Bundesversammlung entsprachen den Verabredungen, die im August 1819 auf einer Zusammenkunft deutscher Minister in Karlsbad getroffen waren. Sie heißen daher auch wohl die Karlsbader Beschlüsse.

die akademischen Lehrer bei ihren öffentlichen und Privatvorträgen verfahren, sorgfältig zu beobachten und demselben, jedoch ohne unmittelbare Einmischung in das Wissenschaftliche und die Lehrmethoden, eine heilsame, auf die künftige Bestimmung der studierenden Jugend berechnete Richtung zu geben, endlich allem, was zur Beförderung der Sittlichkeit, der guten Ordnung und des äußeren Anstandes unter den Studierenden dienen kann, seine unausgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen . . . . .

§ 2. Die Bundesregierungen verpflichten sich gegeneinander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht oder Überschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüter der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen . . . . .

Ein auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer darf in keinem anderen Bundesstaate bei irgend einem öffentlichen Lehrinstitute wieder angestellt werden.

§ 3. Die seit langer Zeit bestehenden Gesetze gegen geheime oder nicht autorisierte Verbindungen auf den Universitäten sollen in ihrer ganzen Kraft und Strenge aufrecht erhalten und insbesondere auf den seit einigen Jahren gestifteten, unter dem Namen der allgemeinen Burschenschaft bekannten Verein um so bestimmter ausgedehnt werden, als diesem Verein die schlechterdings unzulässige Voraussetzung einer fortdauernden Gemeinschaft und Korrespondenz zwischen den verschiedenen Universitäten zugrunde liegt. Den Regierungs-Bevollmächtigten soll in Ansehung dieses Punktes eine vorzügliche Wachsamkeit zur Pflicht gemacht werden.

Die Regierungen vereinigen sich darüber, daß Individuen, die nach Bekanntmachung des gegenwärtigen Beschlusses erweislich in geheimen oder nicht autorisierten Verbindungen geblieben oder in solche getreten sind, bei keinem öffentlichen Amte zugelassen werden sollen.

§ 4. Kein Studierender, der durch einen von dem Regierungs-Bevollmächtigten bestätigten oder auf dessen Antrag erfolgten Beschluß eines akademischen Senats von einer Universität verwiesen worden ist, oder der, um einem solchen Beschlusse zu entgehen, sich von der Universität entfernt hat, soll auf einer anderen Universität zugelassen, auch überhaupt kein Studierender ohne ein befriedigendes Zeugnis seines Wohlverhaltens auf der von ihm verlassenen Universität aufgenommen werden.

B. **Beseitigung der Preßfreiheit.**

Quelle: Preßgesetz für Druckschriften . . . . . vom 20. September 1820.

Fundort: Weil a. a. O. S. 42—44.

§ 1. Solange, als der gegenwärtige Beschluß in Kraft bleiben wird, dürfen Schriften, die in der Form täglicher Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen solche, die nicht über 20 Bogen im Druck stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmhaltung der Landesbehörden zum Druck befördert werden.

Schriften, die nicht in eine der hier namhaft gemachten Klassen gehören, werden fernerhin nach den in den einzelnen Bundesstaaten erlassenen Gesetzen behandelt. Wenn dergleichen Schriften aber irgend einem Bundesstaate Anlaß

zur Klage geben, so soll diese Klage im Namen der Regierung, an die sie gerichtet ist, nach den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Formen gegen die Verfasser oder Verleger der dadurch betroffenen Schrift erledigt werden.

C. Gründung einer Zentraluntersuchungskommission.

Quelle: Beschluß der Bundesversammlung vom 20. September 1819.

Fundort: G. v. Meyer, Corpus juris confoederationis Germanicae oder vollständige Sammlung der Quellen des deutschen Bundesrechts vom Lunéviller Frieden bis zu den neuesten Bundesgesetzen. Ergänzt und fortgesetzt von H. Zöpfl. Frankfurt a. M. 1858—69. Bd. 2. S. 99.

Art 1. Innerhalb 14 Tagen, von der Fassung gegenwärtigen Beschlusses an zu rechnen, versammelt sich in der Stadt und Bundesfestung Mainz eine aus sieben Mitgliedern mit Einschluß eines Vorsitzenden zusammengesetzte, außerordentliche, von dem Bunde ausgehende Zentral-Untersuchungskommission.

Art 2. Der Zweck dieser Kommission ist gemeinschaftliche, möglichst gründliche und umfassende Untersuchung und Feststellung des Tatbestandes, des Ursprungs und der mannigfachen Verzweigungen der gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe sowohl des ganzen Bundes, als einzelner Bundesstaaten gerichteten revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen, von denen nähere und entferntere Indizien bereits vorliegen oder sich in dem Laufe der Untersuchung ergeben möchten.

Art 6. Sämtliche Bundesglieder, in deren Gebiet bereits Untersuchungen eingeleitet sind, verpflichten sich, der Zentral-Untersuchungskommission unmittelbar nach ihrer Konstituierung die Lokalbehörden und Kommissionen, denen sie die Untersuchung anvertraut haben, anzuzeigen.

Die Bundesglieder, in deren Staaten Untersuchungen dieser Art noch nicht eingeleitet sind, jedoch aber noch nötig werden sollten, sind verbunden, auf das dieserwegen von der Zentral-Untersuchungskommission an sie gelangende Ansinnen sogleich die Untersuchung vornehmen zu lassen und der Zentralkommission die Behörde namhaft zu machen, der sie hierzu den Auftrag erteilen.

7.

Ziele und Bestrebungen der nationalen Bewegung nach 1815.

1820.

Quelle: Rede von Karl Hase[1]), gehalten am Abend des 18. Oktober auf dem Leipziger Schlachtfelde.

Fundort: Max Schilling, Quellenbuch zur Geschichte der Neuzeit. 4. Auflage. Berlin 1912. S. 446—448.

Genossen, Brüder, Freunde! — Heut vor sieben Jahren ward auf diesen Feldern des Vaterlandes herrlichster Sieg erkämpft, und die Tausende, welche des Sieges Opfer wurden, gingen fröhlich hinüber zu den freien Vätern; denn sie starben im Gefühl, zu bluten für heilige Dinge, für des Vaterlandes große Zukunft über ihren Gräbern. Und ganz Deutschland schlug in einem Herzen empor und lag auf diesem Hügel mit seinen Fürsten auf den Knieen vor dem Herrn des Sieges und der Freiheit, schlug in einem Herzen empor voll Liebe, Hoffnung und Vertrauen auf die versprochene Größe, Freiheit und Einheit, auf die Erfüllung

[1]) Karl Hase (1800—1890), der berühmte Jenenser Kirchenhistoriker, beteiligte sich als Leipziger und Erlanger Student mit Eifer an der burschenschaftlichen Bewegung.

jener Worte, wir sollten die entwandte Unabhängigkeit wiedererlangen, in ehrwürdiger Gestalt sollte das deutsche Reich wiedergeboren werden und verjüngt, lebenskräftig und in Einheit gehalten die deutsche Nation wieder voranschreiten Europas Völkern, jener Fürstenworte, welche den Mann von seinem Weibe, den Jüngling von der Braut gerissen hatten zum Donner der Schlachten, zum freudigen Tode. Still harrten die Völker, bis die kommenden Frühlinge öffnen würden alle die Knospen, erfüllen alle die Hoffnungen, und alljährlich am Tage des Sieges tönten die Gotteshäuser vom: „Herr Gott, dich loben wir!" und auf den Bergen leuchteten die Freudenfeuer wie Morgenröten von einem Gau in den anderen; freie Worte und Lieder stürmten durch Flammen und Herzen, und das Volk stärkte sich in seiner Hoffnung, seiner Liebe . . . . .

Und wie alles Schöne am schönsten aufblüht in der Jugend, hat dieses Jahrhundert kein schöneres Fest gesehen, als das heute vor drei Jahren unsere Brüder feierten auf der Luthersburg, auf der Wartburg. Wie es auch verlästert worden, es bedarf keiner Schutzrede, alle die großen Entschlüsse, die dort beschlossen in den jungen Gemütern, die Herzen, die dort versöhnt, die Begeisterung, die dort aufgeflammt für ein ganzes Menschenleben, sind seine Zeugen vor Gott, werden einst Zeugen sein vor einem gerechteren Volke . . . Als die freien Worte gesprochen und die Lieder verklungen waren, . . . als auf Bruder- und Vaterlandsliebe die Burschen noch das heilige Mahl des Herrn genossen . . .: da versprach man sich noch, nach drei Jahren wiederzukehren zum großen Burschen- und Vaterlandsfeste. Was mochten die Jünglinge da nicht hoffen, das indessen würde erstanden sein von alter, deutscher Herrlichkeit, mit welchen Gemütern ihre jüngeren Freunde nicht hinziehen zur ersehnten Feier! — Heute ist der Tag des dritten Jahres, heute der Abend, da die Flammen glühten und die Lieder und die Herzen; öd' und finster ist's um Wartburgs Türme und Berge, öd' und finster auf dem heiligen Gottesacker, da wir stehen; öd' und finster ist's auf Deutschlands Bergen, ist's im ganzen weiland deutschen Reiche, und Sünde heißt's, der Vergangenheit zu denken, Sünde, Deutschlands Befreiung zu feiern. Und wir Freunde stehen einsam auf dem Felde der Völkerschlacht; keine Flamme leuchtet fröhlich empor, dem Volke zu sagen, daß es noch Jünglinge, deutsche Jünglinge habe; schneidend weht der Wind durch die Locken; einsam stehen wir um den Hügel der Schlacht wie Geister aus einer anderen Zeit . . . . .

Vaterlandsliebe heißt wieder Schwärmerei; Freiheitsehnsucht wird von den Gutmütigen Narrheit, von den anderen Jakobinismus und Demagogie gescholten. Ein deutsches Reich, ein deutsches Volk sind wieder Antiquitäten und Märlein worden . . . O Vaterland, du hast deine Jugend, die dich so liebt, du hast sie arg verkannt, . . . du hast dich schwer an ihr versündigt! . . . . .

Und ist die Herrlichkeit der letzten großen Zeit so ganz vergangen, sind alle Palmen des Sieges verwelkt, alle Kreuze gewonnener Schlachten, alle Trophäen zusammengestürzt, alle Hoffnungen betrogen: eins ist geblieben und wird bleiben; denn es ist etwas Unsterbliches; nicht Acht und Bann, nicht Folter, noch Schafott können es vernichten; mit seiner Götterstimme spricht es von Geschlechtern zu Geschlechtern, ruft neue Streiter heran, wenn die Vorderreihen gefallen, über ihre Leichname; nicht Knebel, noch Preßzwang können es verstummen machen, nicht Trommeln, noch Kanonen es übertäuben — das sind die großen Ideen, oder deutsch zu reden, die Gesichte, welche jene Zeit gebar und verkündete . . . . .

Das erste Gesicht scheint mir das:

„Freude und Genuß ist weder das Höchste im Leben des Menschen, noch des Volkes, sondern die Freiheit, d. i. das Leben nach Gottes und der Vernunft Willen."

Daraus das andere hervorgeht:

„Das Glück und die Größe eines Volkes besteht allein in der höchstmöglichen Freiheit aller Bürger und der Gleichheit aller vor dem selbst oder durch Vertreter gegebenen Gesetz."

Das dritte aber ist eine herzerhebende Überzeugung, die eigentlich jedem wahrhaft großen Menschen angeboren ist:

„Ein für solches Gesetz und Vaterland streitendes Volk, ein begeistertes Volk kann nicht besiegt werden, und stünden 100000 Perser gegen 10000 marathonische Helden."

Das vierte gehört uns allein und ist das schönste von allen, das heißet:

„Deutsche sind wir insgesamt! Sachsen sind wenig, Bayern auch, Hessen nicht mehr, Franken woll'n auch nicht viel sagen, Preußen sind auch zu bezwingen; aber jenes herrliche Volk von der Weichsel bis zu den Vogesen, vom Nordmeer bis über die Alpen und Karpathen, gleich durch Sprache, Sitten, Abkunft, einst auch Bürger eines Reiches — ein einig Volk von Brüdern ist unbezwingbar." . . . . .

Ihr aber, Geister der Erschlagenen, seid uns Zeugen, Geister unserer großen Väter, schaut auf uns! Wir schwören, nimmer zu wanken, noch zu zittern, schwören hier in düsterer Stunde Treue dem Vaterlande, Treue jeglichem Guten und Schönen, Treue bis in den Tod . . . . .

Seht, Brüder, die goldenen Sterne hie und da durch das Gewölk dringen! Gott hört unseren Schwur . . . . .

Vater im Himmel, du durchschaust unsere Herzen, du weißt, wie wir das Gute wollen; gib, daß unser Volk uns nicht verkenne und wir das Gute unseres Volkes nicht verkennen. Bald wird Deutschland seine Feste wieder feiern und seine Toten ehren, einst auf vielleicht diesem Felde die Feuersäule fröhlich aufsteigen zu dieser Stunde, und deutsches Volk aus Morgen und Abend sich hier finden, ein einig Volk von Brüdern. Du gibst der Freiheit den Sieg, mein Herr und Gott; denn dein ist die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit! Amen.

Da begannen die Freunde einmütig zu singen: „Eine feste Burg ist unser Gott usw."

Das Lied war verhallt; einige verstreuten sich auf dem Schlachtfelde; schweigend gingen die anderen Freunde heim. . . . .

So feierten wir das Oktoberfest im Jahre 1820.

8.

Die äußere Machtstellung Preußens nach 1815.

1824.

Quelle: Brief des Prinzen, späteren Kaisers Wilhelm an den Generalmajor Oldewig von Natzmer.[1])

Fundort: Erich Brandenburg, Briefe Kaiser Wilhelms I. Leipzig 1911. S. 18 und 19.

Berlin, 31. März 1824.

Empfangen Sie meinen herzlichsten Dank, bester Natzmer, für Ihre beiden lieben Schreiben. Was die äußere Lage unseres Staates betrifft, so muß ich

[1]) Natzmer war während der Befreiungskriege in nähere Beziehungen zum Prinzen getreten und wurde von diesem stets zugleich als militärischer Lehrmeister und als persönlicher Freund betrachtet.

leider ganz ihrer Ansicht beitreten. Hätte die Nation anno 1813 gewußt, daß nach 11 Jahren von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrigbleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert, solchen Resultates halber? Es ist dies eine gewichtige, aber schmerzlich zu beantwortende Frage. Sie wissen aus unseren Unterredungen, wem ich die Schuld unseres Rückschritts in allen Staatsverhältnissen beilegen muß; geholfen haben freilich viele; aber wenn die Gehilfen kräftige Naturen und Geister waren, so würden sie es nicht dahin haben kommen lassen.

Die einzige Aufstellung jener Frage verpflichtet auf das heiligste, einem Volke von 11 Millionen den Platz zu erhalten und zu vergewissern, den es durch Aufopferungen erlangte, die weder früher, noch später gesehen wurden, noch werden gesehen werden. Aber hieran will man nicht mehr denken; im Gegenteil, man muß hören, daß es lächerlich sei, mit 11 Millionen eine Rolle zwischen Nationen von 40 Millionen spielen zu wollen! Man vergißt aber dabei, daß drei Millionen jene Ereignisse begründeten und sich im Verbande mit einer sehr geschwächten alliierten Armee dem lang gefürchteten Koloß entgegenstellten. Und was damals bei drei Millionen der Enthusiasmus tat, muß jetzt bei 11 Millionen die geweckte und beförderte Intelligenz tun.

Wenn man das lächerlich findet, schwindet selbst den Tüchtigsten und Kühnsten der Mut! Auch Alliierte wird in bedrängten Fällen eine Nation nicht mehr finden, die freiwillig ihren Rang aufgibt und daher den Auswärtigen ein Rival weniger ist, für dessen Wiederaufleben keine Partei Interesse hat und fühlt.

Und wenn man nichts mehr sein will, warum noch etwas scheinen wollen und deshalb mit ungeheuren Kosten eine Armee halten?

9.

Friedrich Wilhelms III. politische Grundsätze.

1827.

Quelle: Politisches Vermächtnis Friedrich Wilhelms III. an den Kronprinzen[1]).

Fundort: Friedrich Wilhelms IV., Königs von Preußen Reden, Proklamationen, Botschaften, Erlasse und Ordres seit seiner Thronbesteigung. 3. Aufl. Berlin 1861. Bd. 1, Nr. 2.

Auf Dich, meinen lieben Fritz, geht die Bürde der Regierungsgeschäfte mit der ganzen Schwere ihrer Verantwortlichkeit über. Durch die Stellung, die ich Dir in Beziehung auf diese angewiesen habe, bist Du mehr als mancher andere Thronfolger darauf vorbereitet worden. An Dir ist es nun, meine gerechten Hoffnungen und die Erwartungen des Vaterlandes zu erfüllen — wenigstens danach zu streben. Deine Grundsätze und Gesinnungen sind mir Bürge, daß Du ein Vater Deiner Untertanen sein wirst. — Hüte Dich jedoch vor der so allgemein um sich greifenden Neuerungssucht; hüte Dich vor unpraktischen Theorien, deren so unzählige jetzt im Umschwunge sind; hüte Dich aber zugleich vor einer fast ebenso schädlichen, zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte; denn nur dann, wenn Du diese beiden Klippen zu vermeiden verstehst, nur dann sind wahrhaft nützliche Verbesserungen geraten. — Die Armee ist jetzt in einem seltenen guten

[1]) Das Testament wurde am 12. Juni 1840 durch Friedrich Wilhelm IV. veröffentlicht.

Zustande; sie hat seit ihrer Reorganisation meine Erwartungen wie im Kriege, so auch im Frieden erfüllt. Möge sie stets ihre hohe Bestimmung vor Augen haben; möge aber auch das Vaterland nimmer vergessen, was es ihr schuldig ist! — Verabsäume nicht, die Eintracht unter den europäischen Mächten, so viel in Deinen Kräften, zu fördern; vor allem aber mögen Preußen, Rußland und Österreich sich nie voneinander trennen: ihr Zusammenhalten ist als der Schlußstein der großen europäischen Allianz zu betrachten. — Meine inniggeliebten Kinder berechtigen mich alle zu der Erwartung, daß ihr stetes Streben dahin gerichtet sein wird, sich durch einen nützlichen, tätigen, sittlich reinen und gottesfürchtigen Wandel auszuzeichnen; denn nur dieser bringt Segen, und noch in meinen letzten Stunden soll dieser Gedanke mir Trost gewähren. Gott behüte und beschütze das teure Vaterland! Gott behüte und beschütze unser Haus, jetzt und immerdar! Er segne Dich, mein lieber Sohn, und Deine Regierung und verleihe Dir Kraft und Einsicht dazu und gebe Dir gewissenhafte, treue Räte und Diener und gehorsame Untertanen. Amen.

Berlin, den 1. Dezember 1827. Friedrich Wilhelm.

10.

Die Gründung des Deutschen Zollvereins.

1833/34.

1. Quelle: Vertrag vom 22. März 1833.

Fundort: Gesetzsammlung für die Königl. Preußischen Staaten. 1833. S. 145—160.

Se. Majestät der König von Preußen, Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Hessen und Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Hessen einerseits und Se. Majestät der König von Bayern und Se. Majestät der König von Württemberg[1]) andererseits haben in fortgesetzter Fürsorge für die Beförderung der Freiheit des Handels und gewerblichen Verkehrs zwischen ihren Staaten und hierdurch zugleich in Deutschland überhaupt über die weitere Entwicklung der zwischen ihnen bestehenden diesfälligen Verträge Unterhandlungen eröffnen lassen und zu diesem Zwecke bevollmächtigt . . .[2]), von welchen Bevollmächtigten nachstehender anderweiter Vertrag unter Vorbehalt der Ratifikation abgeschlossen worden ist:

Art. 1. Die dermalen zwischen den genannten Staaten bestehenden Zollvereine werden für die Zukunft einen durch ein gemeinsames Zoll- und Handelssystem verbundenen und alle darin begriffenen Länder umfassenden Gesamtverein bilden.

Art. 4. In den Gebieten der kontrahierenden Staaten sollen übereinstimmende Gesetze über Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben bestehen. Desgleichen soll auch die Verwaltung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben und die Organisation der dazu dienenden Behörden in allen Ländern des Gesamtvereins unter Berücksichtigung der in denselben bestehenden eigentümlichen Verhältnisse auf gleichen Fuß gebracht werden . . . . .

---

[1]) Hessen-Darmstadt war am 14. Februar 1828, Kurhessen am 25. August 1831 dem preußischen Zollsystem beigetreten. Zwischen Bayern und Württemberg bestand seit dem 18. Januar 1828 ein Zollverein.

[2]) Es folgen die Namen der bevollmächtigten Staatsmänner. Die preußischen Vertreter waren der Finanzminister Maaßen und der Direktor im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Eichhorn.

Art. 6. Mit der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages tritt zwischen den kontrahierenden Staaten Freiheit des Handels und Verkehrs und zugleich Gemeinschaft der Einnahmen an Zöllen ein.

Art. 14. Die kontrahierenden Regierungen wollen dahin wirken, daß in ihren Landen ein gleiches Münz-, Maß- und Gewichtssystem in Anwendung komme, hierüber sofort besondere Unterhandlungen einleiten lassen und die nächste Sorge auf die Annahme eines gemeinschaftlichen Zollgewichtes richten . . . . .

Art. 18. Die kontrahierenden Staaten wollen auch ferner gemeinschaftlich dahin wirken, daß durch Annahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit befördert und der Befugnis der Untertanen des einen Staates, in dem anderen Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde.

Art. 19. Die preußischen Seehäfen sollen dem Handel der Untertanen sämtlicher Vereinsstaaten gegen völlig gleiche Abgaben, wie solche von den königlichen preußischen Untertanen entrichtet werden, offenstehen; auch sollen die in fremden See- und anderen Handelsplätzen angestellten Konsuln eines oder der anderen der kontrahierenden Staaten veranlaßt werden, der Untertanen der übrigen kontrahierenden Staaten sich in vorkommenden Fällen möglichst mit Rat und Tat anzunehmen.

Art. 38. Für den Fall, daß andere deutsche Staaten den Wunsch zu erkennen geben sollten, in den durch gegenwärtigen Vertrag errichteten Zollverein aufgenommen zu werden, erklären sich die hohen Kontrahenten bereit, diesem Wunsche soweit es unter gehöriger Berücksichtigung der besonderen Interessen der Vereinsmitglieder möglich erscheint, durch desfalls abzuschließende Verträge Folge zu geben[1]).

2. Quelle: Scherzgedicht von Hoffmann von Fallersleben aus dem Jahre 1840.

Fundort: Weber, Lehr- und Handbuch der Weltgeschichte. 21. Aufl. Leipzig 1905. Bd. 4. S. 243—244.

Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
Kühe, Käse, Krapp, Papier,
Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,
Wolle, Seife, Garn und Bier,
Pfefferkuchen, Lumpen, Trichter,
Nüsse, Tabak, Gläser, Flachs,
Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
Rettich, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs!

Und ihr andern guten Sachen,
Tausend Dank sei euch gebracht!
Was kein Geist je konnte machen,
Ei, das habet ihr gemacht!
Denn ihr habt ein Band gewunden
Um das deutsche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden
Mehr als unser Bund dies Band!

---

[1]) Den beiden süddeutschen Königreichen folgte am 30. März 1833 das Königreich Sachsen; am 11. Mai 1833 schlossen sich die thüringischen Staaten an. Der neue Verein trat am 1. Januar 1834 ins Leben.

11.

Die Eröffnung der Bahnlinie Nürnberg—Fürth.

7. Dezember 1835.

Quelle: Bericht des Stuttgarter Morgenblattes.

Fundort: Friedrich Schulze, Die ersten deutschen Eisenbahnen Nürnberg—Fürth und Leipzig—Dresden. Leipzig o. J. S. 18—22.

Am 7. Dezember morgens um 9 Uhr fand die feierliche Eröffnung der Ludwigseisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth auf dem eingehegten Platze statt, welcher zu dem Verwaltungslokale der Eisenbahngesellschaft gehört.

Schon um 7 Uhr machte sich Nürnberg zu Fuß, zu Pferd und zu Wagen auf den Weg, um zur rechten Zeit an Ort und Stelle zu sein. Gegen 8 Uhr waren bereits die meisten Aktionäre und Direktoren, sowie die zu der Feierlichkeit eingeladenen Gäste von nah und fern versammelt. Man betrachtete lange Zeit den soliden Bau der Bahn, die zum Teil elegant gebauten Passagierwagen, neun an der Zahl; aber die freudigste und nicht zu erschöpfende Aufmerksamkeit widmete man dem Dampfwagen selbst, an welchem jeder so viel Ungewöhnliches, Rätselhaftes zu bemerken hat, den aber in seiner speziellen Struktur nach äußerem Ansehen selbst ein Kenner nicht zu enträtseln vermag.

Auf den Achsen von Vorder- und Hinterrädern wie ein anderer Wagen ruhend, hat er mitten zwischen diesen zwei größere Räder, und diese sind es, welche von der Maschine eigentlich in Bewegung gesetzt werden. Wie? läßt sich zwar ahnen, aber nicht sehen. Zwischen den Vorderrädern erhebt sich, wie aus einem verschlossenen Rauchfang, eine Säule von ungefähr 15 Fuß Höhe, aus welcher der Dampf sich entladet. Zwischen den Vorder- und Mittelrädern erstreckt sich ein gewaltiger Zylinder nach den Hinterrädern, wo der Herd und Dampfkessel sich befindet, welcher von einem zweiten, vierräderigen, angehängten Wagen aus mit Wasser gespeist wird. Dieser hintere Wagen nämlich, auf welchem der Platz für das Brennmaterial ist, hat auch einen Wasserbehälter, aus welchem Schläuche das Wasser in die Kanäle des eigentlichen Dampfwagens leiten. Außerdem bemerkt man eine Anzahl von Röhren, Hähnen, Schrauben, Ventilen, Federn, die alle wahrzunehmen mehr Zeit erfordert als uns vergönnt war. Überdies nahm das ruhige, umsichtige, Zutrauen erweckende Benehmen des englischen Wagenlenkers uns ebenso in Anspruch. Wer möchte in einem solchen Mann nicht den ganzen Unterschied der modernen und der alten, wie der mittleren Zeit personifiziert erblicken! Jedes körperliche Geschick, welches gleichwohl nicht fehlen darf, tritt bei ihm in den Hintergrund, in den Dienst der verständigen Beachtung auch des Kleinsten als eines für das Ganze Wichtigen. Jede Schaufel Steinkohlen, die er nachlegte, brachte er mit Erwägung des rechten Maßes, des rechten Zeitpunktes, der gehörigen Verteilung auf den Herd. Keinen Augenblick müßig, auf alles achtend, die Minute berechnend, da er den Wagen in Bewegung zu setzen habe, erschien er als der regierende Geist der Maschine und der in ihr zu der ungeheuren Kraftwirkung vereinigten Elemente.

Als der Dampf sich stark zu entwickeln begann, regnete es aus der sich augenblicklich bildenden Wolke durch die etwas rauhe Morgenluft auf uns herab; ja, der Gegensatz der glühenden Dämpfe und der Atmosphäre machte, daß zugleich ein Hagelstaub niederfiel. — Unter diesen und ähnlichen Wahrnehmungen verstrich die Zeit. Die Landwehrmusik verkündigte den Beginn der Feierlichkeit. Auf einer

Tribüne waren die eingeladenen Repräsentanten hiesiger Behörden und andere ausgezeichnete Gäste versammelt. Auch der würdige Chef unserer Kreisregierung, von Stichauer, war von Ansbach herübergekommen; Bürgermeister Binder hielt die Festrede, die sehr angemessen auf die Bedeutung des Unternehmens hinwies, sofern unsere Eisenbahn als Anfangs- und Mittelpunkt eines Eisenbahnsystems zu betrachten sei, das sich dereinst über Bayern, ja über ganz Deutschland zu erstrecken habe. — Als darauf auch der, nach einer Heideloffschen Zeichnung gefertigte, sehr einfache Denkstein mit der einfachen Inschrift: „Deutschlands erste Eisenbahn mit Dampfkraft. 1835" enthüllt war, wurde Sr. Majestät dem Könige ein Lebehoch gebracht. — Hierauf begann die erste Fahrt in dem mit Fahnen geschmückten Wagen; ein Kanonenschuß verkündete den Abgang des ersten Zuges. Alle neun Wagen waren angefüllt und mochten etwa 200 Personen fassen.

Der Wagenlenker ließ die Kraft des Dampfes nach und nach in Wirksamkeit treten. Aus dem Schlot fuhren nun die Dampfwolken in gewaltigen Stößen, die sich mit dem schnaubenden Ausatmen eines riesenhaften antediluvianischen Stieres vergleichen lassen. Die Wagen waren dicht aneinander gekettet und fingen an, sich langsam zu bewegen; bald aber wiederholten sich die Ausatmungen des Schlotes immer schneller, und die Wagen rollten dahin, daß sie in wenigen Augenblicken den Augen der Nachschauenden entschwunden waren. Auch die Dampfwolke, welche lange noch den Weg, den jene genommen, bezeichnete, sank immer tiefer, bis sie auf dem Boden zu ruhen schien; die erste Festfahrt war in neun Minuten vollendet, und somit eine Strecke von 20000 Fuß (6 km) zurückgelegt. Die Fahrt wurde an diesem Tage noch zweimal wiederholt. Das zweite Mal bin auch ich mitgefahren, und ich kann versichern, daß die Bewegung durchaus angenehm, ja wohltuend ist. Wer zum Schwindel geneigt ist, muß es freilich vermeiden, die vorüberfliegenden, nähergelegenen Gegenstände ins Auge zu fassen. Von Erschütterung ist nur so viel zu verspüren, als erforderlich ist, um die Eisenbahnfahrt nicht mit einer Schlittenfahrt zu verwechseln, obschon die Empfindung der ähnlich ist, welche das Fahren in einem gut geführten Stoßschlitten auf glatter Eisbahn verursacht. Daß man ohne Zittern während des Fahrens schreiben könne, wie ein Korrespondent neulich bemerkt hat, habe ich mit mehreren meiner Nachbarn nicht bestätigt gefunden, obgleich man mit Bequemlichkeit sich etwas notieren kann während der Fahrt.

Es war eine unermeßliche Menschenmenge vorhanden, und sie jauchzte und jubelte zum Teil den Vorüberfahrenden zu; in der Tat, es gewährt der Anblick des vorüberdrängenden Wagenzuges fast ein größeres Vergnügen, als das Selbstfahren. Wenigstens drängt sich uns das Gefühl der gewaltigen, wundersam wirkenden Kraft bei jenem Anblick weit mehr auf; es imponiert, wenn man den Wagenzug mit seinen 200 Personen wie von selbst, wenn auch nicht pfeilgeschwind, doch gegen alle bisherige Erfahrung schnell, unaufhaltsam heran, vorüber und in die Ferne dringen sieht. Das Schnauben und Qualmen des ausgestoßenen Dampfes, der sich sogleich als Wolke in die Höhe zieht, verfehlt auch seine Wirkung nicht. Pferde auf der nahen Chaussee sind daher beim Herannahen des Ungetüms scheu geworden; Kinder haben zu weinen angefangen, und manche Menschen, die nicht alle zu den ungebildeten gerechnet werden dürfen, haben ein leises Beben nicht unterdrücken können. Ja, es möchte wohl keiner, der nicht völlig phantasielos ist, ganz ruhigen Gemütes und ohne Staunen beim ersten Anblick des wunderwürdigen Phänomens geblieben sein. Diesem Staunen folgt dann ein,

freilich erst durch Reflexion vermitteltes, wohltuenderes Gefühl, das Gefühl des Triumphes menschlicher Erfindungs- und Geisteskraft über die Elemente, denen nach Schillers treffendem Ausdruck eigen ist, zu „hassen das Gebild der Menschenhand". Und seltsam! Dieses erhebende Gefühl bewirkt dieser Anblick in Hunderten und Tausenden, die kaum ahnen, welche Kenntnisse, Erfahrungen, Experimente, Kombinationen, wieviel Scharfsinn, Genie und — Glück zusammenwirken mußten, um solche Maschine zu ersinnen, zu konstruieren. Für diese bleibt das Ganze ein Wunder, an das sie glauben, weil sie es sahen, und niemand wird imstande sein, ihnen diesen neuen Glauben an den menschlichen Geist und seine Macht zu erschüttern, umsoweniger, da er ein freudiger, ein erhebender ist.

12.

Die Maßregelung der sieben Göttinger Professoren.

1837.

Quelle: Jakob Grimm, Über meine Entlassung[1]).

Fundort: Tim Klein, Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit. München und Leipzig 1914. S. 55—58.

Der Wetterstrahl, von dem mein stilles Haus getroffen wurde, bewegt die Herzen in weiten Kreisen. Ist es bloß menschliches Mitgefühl, oder hat sich der Schlag elektrisch fort verbreitet, und ist es zugleich Furcht, daß ein eigener Besitz gefährdet werde? Nicht der Arm der Gerechtigkeit, die Gewalt nötigte mich, ein Land zu räumen, in das man mich berufen, wo ich acht Jahre in treuem, ehrenvollem Dienste zugebracht hatte. „Gib dem Herrn eine Hand; er ist ein Flüchtling," sagte eine Großmutter zu ihrem Enkel, als ich am 16. Dezember die Grenze überschritten hatte. Und wo ward ich so genannt? In meinem Geburtslande[2]), das an dem Abend desselben Tages umgern mich wieder aufnahm.

Was ist es denn für ein Ereignis, das an die abgelegene Kammer meiner einförmigen und harmlosen Beschäftigungen schlägt, eindringt und mich herauswirft? Wer, vor einem Jahre noch, hätte mir die Möglichkeit eingeredet, daß eine zurückgezogene, unbeleidigende Existenz beeinträchtigt, beleidigt und verletzt werden könnte? Der Grund ist, weil ich eine vom Land, in das ich aufgenommen war, ohne alles mein Zutun mir auferlegte Pflicht nicht brechen wollte, und als die drohende Anforderung an mich trat, das zu tun, was ich ohne Meineid nicht tun konnte, nicht zauderte, der Stimme meines Gewissens zu folgen. Mich hat das, was weder mein Herz, noch die Gedanken meiner Seele erfüllte, plötzlich mit unabwendbarer Notwendigkeit ergriffen und fortgezogen. Wie ein ruhig wandelnder Mann in ein Handgemenge gerät, aus dem ein Ruf erschallt, dem er auf der Stelle gehorchen muß, sehe ich mich in eine öffentliche Angelegenheit verflochten, der ich keinen Fußbreit ausweichen darf, nicht erst lange umblicken, was Hundertausende tun oder nicht tun, die gleich mir zu ihrer Aufrechthaltung verbunden sind . . . . .

. . . Der König verfügte, nachdem ein kurzes, inquisitorisches Verfahren über die Verbreitung des Protestes (wobei ich das erstemal in meinem Leben vor irgendeinem Gericht erschien) vorausgegangen war, unterm 11. Dezember nicht Suspension, sondern förmliche Entlassung der sieben Professoren aus seinem Dienst. Dreien darunter, welche Exemplare des Protestes anderwärts mitgeteilt

[1]) Es war dies die Verwahrungsschrift gegen seine Entlassung. Sie trug das Motto: War sint die eide kamen? (Wohin sind die Eide gekommen?)

[2]) Jakob Grimm wandte sich zunächst nach Kurhessen, seinem Heimatlande.

hatten, wurde binnen dreien Tagen Frist das Land zu räumen auferlegt, widrigenfalls sie gefänglich eingezogen werden sollten. Wer möchte aber schuldlos im Kerker schmachten! . . . . .

Durch diesen ohne Urteil und Recht, selbst mit Verletzung der in des Königs eigenen Patenten vorgeschriebenen Formen ausgesprochenen Entsetzungsakt erachte ich mich meines wohlerworbenen Rechtes auf mein Amt und den damit verbundenen Gehalt noch nicht beraubt und gedenke alle mir dagegen zu Gebote stehenden Mittel gerichtlich zu verfolgen. Der Gewalt zu weichen, war ich gezwungen . . . . . Solange ich aber den Atem ziehe, will ich froh sein, getan zu haben, was ich tat, und das fühle ich getrost, was von meinen Arbeiten mich selbst überdauern kann, daß es dadurch nicht verlieren, sondern gewinnen werde.

II.

Der Verfassungsstaat und die deutsche Frage.

13.

Der Vereinigte Landtag.

1847.

1. Quelle: Patent vom 3. Februar 1847, betreffend Einführung des Vereinigten Landtages.

Fundort: Gesetzsammlung für die Königl. Preußischen Staaten 1847. S. 33 und 34.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. usw., tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Seit dem Antritt unserer Regierung haben wir der Entwickelung der ständischen Verhältnisse unseres Landes stets unsere besondere Sorgfalt zugewendet.

Wir erkennen in dieser Angelegenheit eine der wichtigsten Aufgaben des von Gott uns verliehenen königlichen Berufes, in welchem uns das zwiefache Ziel vorgesteckt ist: die Rechte, die Würde und die Macht der uns von unseren Vorfahren ruhmreichen Andenkens vererbten Krone unversehrt unseren Nachfolgern in der Regierung zu bewahren, zugleich aber auch den getreuen Ständen unserer Monarchie diejenige Wirksamkeit zu verleihen, die im Einklang mit jenen Rechten und den eigentümlichen Verhältnissen unserer Monarchie dem Vaterlande eine gedeihliche Zukunft zu sichern geeignet ist.

Im Hinblick hierauf haben wir, fortbauend auf den von unseres in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät gegebenen Gesetzen, namentlich auf der Verordnung über das Staatsschuldenwesen vom 17. Januar 1820 und auf dem Gesetze wegen Anordnung der Provinzialstände vom 5. Juni 1823 beschlossen, was folgt:

1. So oft die Bedürfnisse des Staates entweder neue Anleihen oder die Einführung neuer oder eine Erhöhung der bestehenden Steuern erfordern möchten, werden wir die Provinzialstände der Monarchie zu einem Vereinigten Landtage um uns versammeln, um für jene die durch die Verordnung über das Staatsschuldenwesen vorgesehene ständische Mitwirkung in Anspruch zu nehmen und zu dieser uns ihrer Zustimmung zu versichern.

2. Den Vereinigten ständischen Ausschuß werden wir fortan periodisch zusammenberufen.

3. Dem Vereinigten Landtage und in dessen Vertretung dem Vereinigten ständischen Ausschusse übertragen wir:

a) in Beziehung auf den ständischen Beirat bei der Gesetzgebung die Mitwirkung, die den Provinzialständen durch das Gesetz vom 5. Juni 1823 § III, Nr. 2, solange keine allgemeine ständische Versammlungen stattfinden, beigelegt war;

b) die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 vorgesehene ständische Mitwirkung bei der Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden, soweit solche nicht der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen übertragen wird;

c) das Petitionsrecht über innere nicht bloß provinzielle Angelegenheiten .....

Gegeben Berlin den 3. Februar 1847. Friedrich Wilhelm.

2. Quelle: Rede Friedrich Wilhelms IV. bei Eröffnung des Vereinigten Landtages am 11. April 1847.[1])

Fundort: Tim Klein a. a. O. S. 91.

Es ist Gottes Wohlgefallen gewesen, Preußen durch das Schwert groß zu machen, durch das Schwert des Krieges nach außen, durch das Schwert des Geistes nach innen, aber wahrlich nicht des verneinenden Geistes der Zeit, sondern des Geistes der Ordnung und der Zucht. Ich spreche es aus, meine Herren: Wie im Feldlager ohne die allerdringendste Gefahr und größte Torheit nur ein Wille gebieten darf, so können dieses Landes Geschicke, soll es nicht augenblicklich von seiner Höhe fallen, nur von einem Willen geleitet werden ... Es drängt mich zu der feierlichen Erklärung, daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll, mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln, und daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen. Zwischen uns sei Wahrheit. Von einer Schwäche weiß ich mich gänzlich frei. Ich strebe nicht nach eitler Volksgunst ... Ich strebe allein danach, meine Pflicht nach bestem Wissen und nach meinem Gewissen zu erfüllen und den Dank meines Volkes zu verdienen, sollte er mir auch nimmer zuteil werden .....

14.

Die Revolution in Berlin.

18. März 1848.

1. Quelle: Proklamation Friedrich Wilhelms IV. „An meine lieben Berliner!" 1848.

Fundort: Tim Klein a. a. O. S. 178 und 179.

Durch mein Einberufungspatent vom heutigen Tage[2]) habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesamten deutschen Vater-

[1]) Der am 11. April 1847 zusammentretende Vereinigte Landtag bestand aus zwei Kurien, der Herrenkurie (70 Prinzen und Standesherren) und der Kurie der 237 Ritter, 182 Bürger und 124 Bauern.

[2]) Vgl. Nr. 15. 1. Quelle.

lande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufe Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis ins Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ und Beleidigungen wider meine tapferen und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Kavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden, und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, gottlob! ohne irgend jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichten, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht und die erhitzten Gemüter von vielen meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegedanken um vermeintlich vergossenes Blut erfüllt und sind so die greulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die notwendige Folge davon.

An Euch, Einwohner meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum bei allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrtum! Kehrt zum Frieden zurück; räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an mich Männer voll des echten, alten Berliner Geistes mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und ich gebe Euch mein königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besatzung nur auf die notwendiger Gebäude, des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner meines getreuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie ich es vergessen will und werde in meinem Herzen um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.

Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darniederliegt, vereint ihre innigen, tränenreichen Bitten mit den meinigen.

Geschrieben in der Nacht vom 18.—19. März 1848. Friedrich Wilhelm.

2. Quelle: Brief des Prinzen Wilhelm von Preußen an seine Schwester Charlotte, Kaiserin von Rußland.[1])

Fundort: Erich Brandenburg a. a. O. S. 43—46.

London, 28. März 1848.

. . . Endlich blieb man bei dem Entschluß stehen, daß die Proklamation des Königs von der Nacht in Ausführung kommen sollte, daß nämlich da, wo eine Barrikade von den Bürgern eingeebnet wurde, man dies als einen Beweis des Friedensantrages betrachten werde und vis-à-vis derselben die Truppen zurückziehen würde. Mit dieser Antwort, die unter den vielen Deputationen völligen Anklang zu finden schien, entfernten sich die Mitglieder derselben, die Prokla-

[1]) Der Brief gibt uns einen streng sachlichen und wahrheitsgetreuen Bericht über die Verwirrung, die im Berliner Königsschlosse herrschte, und die Vorgänge, die zu dem verhängnisvollen Befehl der Zurückziehung der Truppen führten.

mation[1]) in vielen Exemplaren mit sich nehmend, nach allen Stadtteilen sie verbreiten wollend. Es herrschte Ruhe; kein Schuß fiel mehr um diese Zeit. Desto unruhiger war es im Schloß; unberufene Leute kamen und gingen, um Rat zu erteilen . . . Es mochte 11 Uhr sein. Minister Graf Arnim kam, dem der König schon am 18. das Präsidium des Konseils angetragen hatte. — Da kam eine Deputation unbekannter Leute (Bürgermeister Naunyn war zugegen), um anzuzeigen, daß jenseit der Königstraße drei Barrikaden vom Volke eingeebnet wurden. (Es ergab sich späterhin, daß diese Anzeige eine vollständige Lüge war.) Ich schlug vor, durch Offiziere die Sache konstatieren zu lassen; es entstand aber sofort eine Art Siegestaumel, daß die Befehle des Königs durch die Bürger sofort respektiert würden, so daß man mich nicht hörte, obgleich ich noch sagte, daß, wenn das Faktum sich bestätigte, natürlich die Truppen von der Stelle, nach dem Wortlaut der Proklamation des Königs, zurückgehen müßten. Mit einem Male kam der Minister von Bodelschwingh ins Zimmer (Speisezimmer), wo die Deputationen vertreten und wir alle versammelt waren, und rief mit lauter Stimme und rotem Kopfe: „Da die Barrikaden verschwinden, so befehlen Seine Majestät, daß die Truppen von allen Straßen und Plätzen zurückgezogen werden sollen." Ich nahm sofort das Wort und sagte, das stehe ja im Widerspruche mit den Worten der Königlichen Proklamation, wo es nur heißt, daß da, wo eine Barrikade verschwinde, die vis-à-vis stehenden Truppen zurückgezogen werden sollten. Der Minister donnerte mir aber entgegen: „An den Worten des Königs darf nichts geändert, noch gedeutet werden." Ich fuhr fort, fragte, ob unter allen Plätzen auch die Schloßplätze zu verstehen seien, da dies doch die einzigen seien, wo die rückkehrenden Truppen sich aufstellen könnten. Der Minister Bodelschwingh donnerte mir aber nochmals dieselben Worte entgegen und befahl dann: „Und nun laufen und reiten Sie, meine Herren, um die Befehle des Königs zu überbringen; die Truppen sollen mit klingendem Spiel abziehen." —

Seit dem Moment sah ich den Minister von B(odelschwingh) nicht wieder; es waren die letzten Worte, welche er als Minister sprach. Ich suchte den König im ehemaligen ersten Zimmer der Gräfin Reden, fand ihn aber nicht, fand aber Graf Arnim schreibend; ich fragte ihn: „Wo ist der König? Was machen Sie denn?" Er erwiderte: „Ich formiere das neue Ministerium!" und ich las die Namen Auerswald, Schwerin. — Ich sagte aber: „Das ist ja ganz wie in Paris, . . . warten Sie doch damit noch." „Nein," war die Antwort, „es ist die höchste Zeit!"

Als ich ins Hallenkabinett des Königs trat, fand ich ihn auch dort nicht, zurückkehrend ins Speisezimmer, trat er auch eben ein; er sah die allgemeine Konsternation, und wir erzählten ihm den Bodelschwinghschen Auftritt. Er versicherte, keinen anderen Auftrag und keinen anderen Befehl gegeben zu haben als den, der in der Proklamation enthalten sei, und es müßte das sofort noch geändert werden. In demselben Moment kam aber schon das Füsilierbataillon 1. Garderegiments tambour battant über die Kurfürstenbrücke, darauf das vom Regiment Alexander, und die Menschenmasse stürzte nach. Der König befahl, die Brücke solle besetzt und gesperrt bleiben; es war zu spät und unmöglich. Die Truppen rückten auf die Schloßhöfe und auf den Domplatz. Als die Brücke unbesetzt blieb, sagte ich zu Arnim: „Nun sind wir verloren!" Denn ich sah alles vorher, was nun folgen würde.

---

[1]) Den Wortlaut dieser Proklamation bringt die 1. Quelle.

Ich ging hinunter zu den Truppen. Als ich zurückkehrte in die Zimmer der Königin, beruhigte ich die desolierten Anwesenden damit, daß alle Truppen noch da seien und vom besten Sinn beseelt. Mit einemmal höre ich trommeln; ich stürze an das Fenster und sehe — das 1. Garderegiment aus dem Portal Nr. 1 abmarschieren über den Schloßplatz unter dem Zujauchzen des Volkes! Zugleich kommt von allen Seiten der Ruf: „Die Truppen verlassen die Plätze!" Ich frage den Kriegsminister von Rohr, ob er es befohlen; er sagt: „Im Gegenteil, ich hatte befohlen, daß die Truppen um das Schloß biwakieren sollten." Da tritt jemand ein und sagt, Graf Arnim soll es befohlen haben, indem er erklärt, halbe Maßregeln taugen nichts, also es müssen die Truppen in die Kasernen rücken. Der p. von Rohr nahm seinen Hut, warf ihn auf den Tisch und rief: „Das mag der Graf Arnim verantworten!" und ich rief ihm zu: „Nun ist alles verloren!" —

Daß Graf Arnim jenen Befehl und jene Äußerungen nicht getan, hat er mir bald nach meiner Rückkehr angezeigt.

15.

Friedrich Wilhelm IV. und die deutsche Frage.

1848.

1. Quelle: Patent Friedrich Wilhelms IV. wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtages vom 18. März 1848.

Fundort: Friedrich Wilhelm IV. a. a. O. Bd. 2. Nr. 5.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. Als wir am 14. d. M. unsere getreuen Stände zum 27. April d. J. beriefen, um vereint mit ihnen die Maßregeln zu beschließen, die die unseren deutschen Bundesgenossen vorzuschlagende Regeneration Deutschlands auch für Preußen notwendig bedingen, konnten wir nicht ahnen, daß in denselben Stunden große Ereignisse in Wien[1]) einerseits die Ausführung unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, anderseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung unerläßlich machen würden.

Jetzt nach jenem wichtigen Ereignis finden wir uns vor allem bewogen, nicht allein vor Preußens, sondern vor Deutschlands, so es Gottes Wille ist, bald innigst vereintem Volke laut und umumwunden auszusprechen, welches die Vorschläge sind, die wir unseren deutschen Bundesgenossen zu machen beschlossen haben.

Vor allem verlangen wir, daß Deutschland aus einem Staatenbund zu einem Bundesstaat verwandelt werde. Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, die nur im Verein der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, daß demnach eine vorläufige Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich berufen werden muß.

Wir erkennen an, daß eine solche Bundesrepräsentation eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder notwendig erheische, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig nebeneinander sitzen.

Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehrverfassung und werden beantragen, solche im wesentlichen der nachzubilden, unter der unsere — Preußens — Heere in den Freiheitskriegen unverwelkliche Lorbeeren sich errangen. Wir verlangen, daß das deutsche Bundesheer unter einem Bundesbanner vereinigt werde, und hoffen, einen Bundesfeldherrn an seiner Spitze zu sehen. Wir verlangen eine

[1]) Am 13. März war in Wien die Revolution ausgebrochen, der sogleich Metternich und sein Regiment zum Opfer fiel.

deutsche Bundesflagge und hoffen, daß in nicht zu langer Frist eine deutsche Flotte dem deutschen Namen auf nahen und fernen Meeren Achtung verschaffen werde.

Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten staatsrechtlichen Ursprungs zwischen den Fürsten und Staaten wie auch zwischen den verschiedenen deutschen Regierungen.

Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimatrecht und volle Freizügigkeit in dem gesamten deutschen Vaterlande.

Wir verlangen, daß fortan keine Zollschranken mehr den Verkehr auf deutschem Boden hemmen und den Gewerbefleiß seiner Bewohner lähmen; wir verlangen also einen allgemeinen deutschen Zollverein, in dem gleiches Maß und Gewicht, gleicher Münzfuß, ein gleiches deutsches Handelsrecht auch das Band materieller Vereinigung bald um so fester schließen möge.

Wir schlagen vor Preßfreiheit mit gleichen Garantien gegen den Mißbrauch für das gesamte deutsche Vaterland.

Wir geben der freudigen Hoffnung Raum, daß die Ausführung unserer Absichten, ja daß schon deren Anbahnung die Spannung heben wird, die jetzt zu unserem großen Schmerz das deutsche Vaterland erfüllt, die Verkehr und Gewerbe lähmt, es spaltet, die es zu zerreißen droht; ja wir hoffen, daß jene Maßregeln Deutschland in sich stark, nach außen geachtet machen werden, damit in seinen vereinigten Kräften Europa die sicherste Gewähr eines dauernden, gesegneten Friedens finden möge.

Damit aber die Erfüllung unserer Absichten am wenigsten in unseren Staaten Zögerung und Hindernis finden könne, damit wir desto eher diese Vorschläge zu entwickeln imstande sind, die wir für die Verfassung unserer Staaten nötig erachten, haben wir beschlossen, die Berufung des Vereinigten Landtages zu beschleunigen, und beauftragen das Staatsministerium, diese Einberufung auf Sonntag den 2. April d. Js. zu bewirken.

Gegeben zu Berlin den 18. März 1848. Friedrich Wilhelm.

2. Quelle: Proklamation vom 21. März 1848.

Fundort: Weil a. a. O. S. 94 und 95.

An mein Volk und die deutsche Nation!

Mit Vertrauen sprach der König vor 35 Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König, mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland von Schmach und Erniedrigung.

Mit Vertrauen spreche ich heute im Augenblicke, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter deren edelste Stämme mein Volk sich mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gärung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen.

Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich mit Vertrauen mir anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf . . . . .

16.

Großdeutsch — kleindeutsch; Wahlkaisertum — Erbkaisertum.

1. Quelle: Rede Ludwig Uhlands in der Nationalversammlung am 23. Januar 1849.

Fundort: Friedrich Notter, Ludwig Uhland. Stuttgart 1863. S. 308—313.

Eine mächtige Volkserhebung muß sich aus ihrem eigenen Geiste die ihr angemessene Form schaffen . . . Ist unsere politische Neugestaltung von der monarchischen, dynastischen, aristokratischen Seite des bisherigen deutschen Staatslebens ausgegangen? Nein! unbestritten von der demokratischen! Die Wurzel also ist eine demokratische; der Gipfel aber schießt nicht von den Zweigen, sondern aus der Wurzel empor. Das wäre dem natürlichen Wachstum der neu erstehenden deutschen Eiche nicht gemäß, wenn wir ihrem Gipfel ein Brutnest erblicher Reichsadler aufpflanzen wollten! . . . Ich gestehe, einmal geträumt zu haben, daß der großartige Aufschwung der deutschen Nation auch bedeutende politische Charaktere hervorrufen werde, und daß hinfort nur die Hervorragendsten an der Spitze des deutschen Gesamtstaates stehen werden. Dies ist nur möglich durch Wahl, nicht durch Erbgang. Hier war freies Feld, hier offene Bahn für wahre und kühne Gedanken, und ich glaube, daß das deutsche Volk für solche Gedanken empfänglich ist.

. . . Die einmalige Wahl, vermöge welcher das zum Oberhaupt gewählte Oberhaupt die Würde vererben würde, diese erste Wahl ist ein letzter Wille, ein besonders feierlicher Verzicht auf das Wahlrecht. Ich hoffe, Sie werden diesen Verzicht nicht aussprechen; er steht im Widerspruch mit dem Geiste, durch den Sie hier gerufen sind. Die Revolution und ein Erbkaiser — das ist ein Jüngling mit grauen Haaren!

Ich lege noch meine Hand auf die alte, offene Wunde, den Ausschluß Österreichs. Ausschluß, das ist doch das aufrichtige Wort; denn wenn ein deutsches Erbkaisertum ohne Österreich beschlossen wird, so ist nicht abzusehen, wie irgend einmal Österreich noch zu Deutschland treten werde. Ich glaube an die erste Zeit erinnern zu müssen. Als man Schleswig erobern wollte, wer hätte da gedacht, daß man Österreich preisgeben würde? Als die österreichischen Abgesandten mit den deutschen Fahnen und den Waffen des Freiheitskampfes in die Versammlungen einzogen und mit lautem Jubel begrüßt wurden, wem hätte da geträumt, daß vor Jahresablauf die österreichischen Abgeordneten ohne Sang und Klang aus den Toren der Paulskirche abziehen sollten? Die deutsche Einheit soll geschaffen werden. Eine wahre Einigung muß alle deutschen Ländergebiete zusammenfassen. Das ist eine stümperhafte Einheit, die ein Dritteil der deutschen Länder außerhalb der Einigung läßt!

Daß es schwierig ist, Österreich mit dem übrigen Deutschland zu vereinigen, wissen wir alle; aber es scheint, manche nehmen es auch zu leicht, auf Österreich zu verzichten. Manchmal, wenn in diesem Saal österreichische Abgeordnete sprachen, und wenn sie gar nicht in meinem Sinne redeten, war mir doch, als ob ich eine Stimme von den Tirolerbergen vernähme oder das Adriatische Meer rauschen hörte. Wie verengt sich unser Gesichtskreis, wenn Österreich von uns ausgeschieden ist! Die westlichen (?) Hochgebirge weichen zurück; die volle und breite Donau spiegelt nicht mehr deutsche Ufer . . . Welche Einbuße wir an Macht, an Gebiet, an Volkszahl erleiden würden, das ist hinreichend erörtert; ich

füge nur eines bei: Deutschland würde ärmer um alle die Kraft des Geistes und Gemütes, die in einer deutschen Bevölkerung von acht Millionen lebendig ist. Ich glaube, daß wenn wir mit einem Bundesstaat ohne Österreich nach Hause kommen, unser Werk nicht überall wird gelobt werden; ich glaube dies namentlich von dem südlichen Deutschland sagen zu können, wo zwischen der dortigen Bevölkerung und der österreichischen eine nahe Verwandtschaft der Naturanlagen und der geschichtlichen Erinnerungen obwaltet. Schonen sie das Volksgefühl!

...Wir wollen, meine Herren, — gestatten Sie zum letztenmal! — einen Dombau. Wenn unsere alten Meister ihre riesenhaften Münster aufführten, der Vollendung des kühnen Werkes ungewiß, so bauten sie den einen Turm, und für den anderen legten sie den Sockel, — der Turm Preußen ragt hoch auf; wahren wir die Stelle für den Turm Österreich! Der Turmspitzen haben wir freilich eine große Zahl ... ich will mich anders fassen. Mitten in der Zerrissenheit dieser Versammlung war mir das ein erhebendes Gefühl, daß, so sehr wir uns oft gegen einander aufbäumen, wir dennoch durch das nicht mehr zu brechende, im Volksbewußtsein befestigte Gebot der deutschen Einheit wie mit eisernen Banden zusammengeschmiedet sind; trennen sie Österreich ab, so ist das Band zerschlagen. Zum Schluß, meine Herren: verwerfen Sie die Erblichkeit; schaffen Sie keinen herrschenden Einzelstaat; stoßen Sie Österreich nicht ab; retten Sie das Wahlrecht, dieses kostbare Volksrecht, dieses letzte fortwirkende Wahrzeichen des volksmäßigen Ursprungs der neuen Gewalt. Glauben Sie, es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öles gesalbet ist!"

2. Quelle: Rede des Abgeordneten Dahlmann[1]) in der Nationalversammlung zu Frankfurt am 22. Januar 1849.

Fundort: Tim Klein a. a. O. S. 409.

Ein Haus gilt mehr als ein Individuum ... An den Hohenzollern Preußens können wir ein Herrscherhaus nicht nur haben, sondern mit dem schlechtesten und dem besten Willen kann es kein Sterblicher dah'n bringen, daß wir es nicht an ihm hätten. Es ist gar keine Zukunft für Deutschland möglich ohne Preußen ... Ich will meine Meinung unbekümmert sagen, wie übel sie auch von verschiedenen Seiten aufgenommen werde. Ihr dämpfet das Feuer der Anarchie in Deutschland nicht; ihr dämpft dieses zerstörende Feuer weder in den kleinen Staaten, noch in den mittleren, noch in den großen endlich und in dem größten der rein deutschen Staaten als nur auf einem Wege, nur auf dem Wege, daß ihr eine kraftvolle Einheit einsetzet und durch diese Einheit die Bahn für die deutsche Volkskraft eröffnet, die zur Macht führt. Die Bahn der Macht ist die einzige, die den gärenden Freiheitstrieb befriedigen und sättigen wird, der sich bisher selbst nicht erkannt hat; denn es ist nicht bloß die Freiheit, die er meint, es ist zur größeren Hälfte die Macht, die ihm bisher versagte, nach der es ihn gelüstet.

Deutschland muß als solches endlich in die Reihe der politischen Großmächte des Weltteils eintreten: das kann nur durch Preußen geschehen, und weder Preußen kann ohne Deutschland, noch Deutschland ohne Preußen genesen .....

---

[1]) Friedrich Christoph Dahlmann, ein bedeutender Historiker, gehörte zu den Göttinger Sieben, die 1837 ihres Amtes entsetzt wurden; er wurde später Professor der Geschichte in Bonn. In der Nationalversammlung genoß er hohes Ansehen; er war auch Mitglied der Kaiserdeputation.

Ich verdamme niemandes Abstimmung; allein, was mich persönlich angeht, ich würde glauben, gebrochen zu haben mit allem, was mir vaterländisch teuer und heilig ist, gebrochen zu haben mit meinem Vaterlande, wenn ich anders meine Stimme abgäbe, als für die Einheit Deutschlands, für die erbliche Krone meines deutschen Vaterlandes.

17.

Aus der Gesetzgebung der deutschen Nationalversammlung.

1849.

Quelle: Das Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause vom 12. April 1849[1]).

Fundort: Weil a. a. O. S. 153—155.

§ 1. Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§ 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen:

2. Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses . . . Verfahrens;

3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§ 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem deutschen Staate angehört hat . . . . .

§ 6. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubes.

§ 7. In jedem Einzelstaat sind Wahlkreise von je 100000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§ 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50000 Seelen bilden einen Wahlkreis . . . . .

§ 11. Wer das Wahlrecht in einem Wahlkreise ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an einem Orte wählen . . . . .

§ 13. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden.

Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

§ 14. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen.

Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum drittenmal nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

---

[1]) Dieses Wahlgesetz spielt in der Geschichte der Reichsgründung eine große Rolle (vgl. Nr. 36. C, Nr. 45 und S. 118. Anm. 2) und bildet die Grundlage des noch jetzt zu Recht bestehenden Gesetzes für die Wahl der Reichstagsabgeordneten.

18.

Die Kaiserwahl in der Nationalversammlung in Frankfurt a. M.

28. März 1849.

Quelle: Sitzungsbericht der 196. öffentlichen Sitzung der deutschen Nationalversammlung vom 28. März 1849.

Fundort: Sevin, Geschichtliches Quellenbuch. 5. Aufl. Leipzig 1913. Bd. 10. S. 26.

Der Präsident Simson:

. . . Ich werde jedes Mitglied mit Namensaufruf auffordern lassen, den regierenden deutschen Fürsten zu nennen, welchem es seine Stimme für die Kaiserwürde gibt. Ich weiß, meine Herren, es ist niemand in diesem hohen Hause, der nicht mit mir in dem inbrünstigen Wunsche sich vereinigt, daß der Genius unseres Vaterlandes walten möge über dieser Wahl.

[Es erfolgt nunmehr der Namensaufruf der Mitglieder.]

Präsident: Ich verkündige Ihnen das Ergebnis der vollzogenen Wahl: die 290 abgegebenen Stimmen haben sich sämtlich auf den König von Preußen Friedrich Wilhelm IV. vereinigt. 248 Mitglieder haben sich der Wahl enthalten. — Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hat also in ihrer 196. öffentlichen Sitzung Mittwoch, den 28. März des Jahres 1849, auf Grund der von ihr beschlossenen, angenommenen und verkündigten Reichsverfassung die in derselben gegründete erbliche Kaiserwürde auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., übertragen. — Möge der deutsche Fürst, der wiederholt und öffentlich in unvergessenen Worten den warmen Herzschlag für die deutsche Sache sein kostbares mütterliches Erbe genannt hat, sich nun als Schutz und Schirm der Einheit, der Freiheit, der Größe unseres Vaterlandes bewähren, nachdem eine Versammlung, aus dem Gesamtwillen der Nation hervorgegangen, wie keine, die je auf deutschem Boden tagte, ihn an deren Spitze gerufen hat. An unserem edlen Volke aber möge, wenn es auf die Erhebung des Jahres 1848 und auf ihr nun erreichtes Ziel zurückblickt, der Ausspruch des Dichters zur Wahrheit werden, dessen Wiege vor jetzt fast einem Jahrhundert in dieser alten Kaiserstadt gestanden hat:

„Nicht den Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
Ziellos fortzuleiten, zu schwanken hierhin und dorthin,
Dies ist unser; so laßt uns sprechen und fest es behalten."

Gott sei mit Deutschland und seinem neugewählten Kaiser!

Es erschallt ein dreifaches stürmisches Hoch in der Versammlung und auf der Galerie, sowie das Läuten aller Glocken und Kanonensalven.

19.

Die Ablehnung der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelm IV.

3. April 1849.

1. Quelle: Ansprache des Präsidenten Simson an den König.

Fundort: Fr. Purbonsen, Quellenbuch zur brandenburgisch-preußischen Geschichte. 2. Aufl. Berlin o. J. S. 244 und 245.

Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung, im Frühling des vergangenen Jahres durch den übereinstimmenden Willen der Fürsten und Volksstämme Deutschlands berufen, das Werk der deutschen Verfassung zustande zu bringen, hat am Mittwoch, den 28. März dieses Jahres 1849, nach Verkündigung der in zweimaliger Lesung beschlossenen deutschen Reichsverfassung die in der-

selben begründete erbliche Kaiserwürde auf Seine Königliche Majestät von Preußen übertragen. Sie hat dabei das feste Vertrauen ausgesprochen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Übereinstimmung mit der Nationalversammlung die Verwirklichung dieser von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern werden. Sie hat endlich den Beschluß gefaßt, den erwählten Kaiser durch eine Deputation aus ihrer Mitte ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfassung annehmen zu wollen. In der Vollziehung dieses Auftrages stehen vor Ew. Majestät der Präsident der Reichsversammlung und 32 ihrer Mitglieder in der ehrfurchtsvollen Zuversicht, daß Ew. Majestät geruhen werden, die begeisterten Erwartungen des Vaterlandes, welches Ew. Majestät als den Schirm und Schutz seiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupt des Reiches erkoren hat, durch einen gesegneten Entschluß zur glücklichen Erfüllung zu führen.

2. Quelle: Antwort des Königs auf die Ansprache Simsons[1]).

Fundort: Tim Klein a. a. O. S. 416 und 417.

Die Botschaft, als deren Träger Sie zu mir gekommen sind, hat mich tief ergriffen. Sie hat meinen Blick auf den König der Könige gelenkt und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten, welche mir als dem König meines Volkes und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliegen. Solch ein Blick, meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß.

In dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung, welchen Sie mir überbringen, erkenne ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Dieser Ruf gibt mir ein Anrecht, dessen Wert ich zu schätzen weiß. Er fordert, wenn ich ihm folge, unermeßliche Opfer von mir. Er legt mir die schwersten Pflichten auf.

Die deutsche Nationalversammlung hat auf mich vor allem gezählt, wo es gilt, Deutschlands Einheit und Kraft zu gründen. Ich ehre ihr Vertrauen; sprechen Sie ihr meinen Dank dafür aus. Ich bin bereit, durch die Tat zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, die ihre Zuversicht auf meine Hingebung, auf meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen.

Aber ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen; ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen; ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren, ausdrücklichen und feierlichen Versicherung, ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entschließung fassen, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entschiedensten Folgen haben muß.

An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden,

---

[1]) Diese Antwort enthielt ihrem Wortlaut nach eigentlich eine bedingte Zusage, bedingt insofern, als sie die Annahme von der Zustimmung der deutschen Fürsten abhängig machte. Man sah aber auch in Kreisen der Kleindeutschen sofort ein, daß eine solche Zustimmung niemals zu erlangen war, und faßte des Königs Worte daher sogleich als Ablehnung auf. Und hierin täuschte man sich nicht. Zwar wurden mit den übrigen deutschen Regierungen Verhandlungen darüber sogleich angeknüpft; 28 deutsche Staaten erkannten sogar die Verfassung und die Übertragung der Kaiserkrone an Preußen an; aber die vier Königreiche schwankten, und Österreich hielt alle seine Rechte aufrecht; von seinem freiwilligen Austritt aus dem Bunde war nicht die Rede. Und so lehnte denn am 28. April 1849 Friedrich Wilhelm endgültig und unbedingt ab.

mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen.

Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und das, meine Herren, verkündigen Sie in allen seinen Gauen: bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere und innere Feinde, so werde ich auch ohne Ruf nicht fehlen. Ich werde dann getrost den Weg meines Hauses und meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre und Treue!

20.

Der Prinz von Preußen und die Ablehnung der deutschen Kaiserwürde.

1849.

Quelle: Brief des Prinzen (nachmaligen Königs) Wilhelm an den Freiherrn von Stillfried.

Fundort: Erich Brandenburg a. a. O. S. 63—65.

(Berlin) 16. Mai 1849.

Ihr Schreiben vom 16. d. Mts. ist mir richtig zugegangen, und erkenne ich aus demselben Ihre Anhänglichkeit an den König und sein Haus. Wenn Sie sagen, daß die deutsche Einheitsidee auch in Pommern Anklang findet und man die Annahme der deutschen Verfassung wünsche, wie sie aus zweiter Lesung hervorgegangen ist, so bin ich von dem Wunsche jener Einheit ebenso durchdrungen wie irgend jemand. Aber gerade darum bin ich ganz entschieden gegen die Annahme jener Verfassung und kann nur die Weisheit des Königs loben, daß er sie so, wie sie ist, nicht annahm. Ich ersuche Sie, die Personen, welches Ranges und Standes sie sein mögen, die sich für Annahme der Verfassung aussprechen, zu fragen, ob sie dieselbe Paragraph für Paragraph gelesen haben, und wenn dies geschehen, ob sie die Paragraphen genau geprüft haben und sich davon überzeugt halten, daß die Stellung, die man dem sogenannten Kaiser gegeben hat, eine solche ist, die Macht und Kraft verleiht, um dem gesamten Deutschland zum Heile zu gereichen? Eine solche Prüfung wird ergeben, daß alle Macht dem Parlamente gegeben ist und das Oberhaupt nur zum Schein besteht, dessen man sich bei Gelegenheit entledigen kann, um zur Republik zu gelangen. Die Republikaner wissen sehr wohl, daß Preußen aus diesen Gründen die Krone ablehnte; daher haben sie schon jetzt die Maske abgeworfen und suchen sofort auf dem Wege der Empörung gleich zu erreichen, was ihnen sonst noch jahrelange Anstrengung gekostet hätte, sie aber sicherer zum Ziele führte, wenn sie ein Schattenbild von Kaiser geschaffen hätten.

Dies kann nicht der Gang sein, den die treuen Pommern gehen wollen, und es kommt nur darauf an, ihnen dies alles klarzumachen, statt nachzusprechen, was die Wühler erzählen. In wenigen Tagen wird der König sprechen, und die, welche hören, sehen und verstehen wollen, werden ihn preisen für den Gang, den er geht. Die niederliegenden materiellen Interessen werden aufblühen, wenn Ordnung und Gesetz hergestellt sind; das Ministerium, was Vertrauen und nicht Mißtrauen verdient, arbeitet unabläßig an den Vorlagen dazu. Daher nur Mut gefaßt zum König, und Preußens Geschick wird sich erfüllen, d. h. es muß an die Spitze Deutschlands kommen, aber auf eine Art, die Dauer und Heil verspricht, und beides erreicht man nur durch Kraft und Konsequenz, und indem man die Rechte anderer berücksichtigt und betont, erhält man sich sein eigenes Recht.

Ihr Prinz von Preußen.

21.

Die Verfassung Preußens.

1850.

Quelle: Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat vom 31. Januar 1850.

Fundort: Karl Pannier, Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat. 5. Aufl. Leipzig o. J. S. 11—43.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., tun kund und fügen zu wissen, daß wir, nachdem die von uns unterm 5. Dezember 1848 vorbehaltlich der Revision im ordentlichen Wege der Gesetzgebung verkündigte und von beiden Kammern unseres Königreiches anerkannte Verfassung des preußischen Staates der darin angeordneten Revision unterworfen ist, die Verfassung in Übereinstimmung mit den beiden Kammern endgültig festgestellt haben.

Wir verkünden sie demnach als Staatsgrundgesetz, wie folgt:

Titel I. Vom Staatsgebiete.

Art. 1. Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet.

Art. 2. Die Grenzen dieses Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden.

Titel II. Von den Rechten der Preußen.

Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet . . . . .

Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich . . . . .

Art. 7. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Art. 9. Das Eigentum ist unverletzlich . . . . .

Art. 11. Die Freiheit der Auswanderung kann von Staatswegen nur in bezug auf die Wehrpflicht beschränkt werden.

Art. 12. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Art. 14. Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit zugrunde gelegt.

Art. 20. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Art. 21. Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden.

Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.

Art. 22. Unterricht zu erteilen und Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten, steht jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat.

Art. 23. Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener.

Art. 24. Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen.

Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften.

Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Beteiligung der Gemeinden aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.

Art. 25. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschulen werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staat aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen.

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Art. 26. Das Schul- und Unterrichtswesen ist durch Gesetz zu regeln. Bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung verbleibt es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei dem geltenden Rechte.

Art. 27. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Art. 29. Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln .....

Art. 30. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen .....

Art. 33. Das Briefgeheimnis ist unverletzlich.

Art. 34. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz.

Titel III. Vom Könige.

Art. 43. Die Person des Königs ist unverletzlich.

Art. 44. Die Minister des Königs sind verantwortlich. Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Art. 45. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erläßt die zu deren Ausführung nötigen Verordnungen.

Art. 46. Der König führt den Oberbefehl über das Heer.

Art. 47. Der König besetzt alle Stellen im Heere, sowie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, sofern nicht das Gesetz ein anderes verordnet.

Art. 51. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder auch nur eine auflösen[1]). Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach der Auf-

[1]) Da die erste Kammer (Herrenhaus) seit 1853 — bis dahin wurde ein Teil der Mitglieder gewählt — keine Wahlkammer mehr ist, so kann sie nicht mehr aufgelöst werden. Die Auflösung des Abgeordnetenhauses bewirkt eine Vertagung des Herrenhauses.

lösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden.

Art. 53. Die Krone ist den königlichen Hausgesetzen gemäß erblich in dem Mannesstamme des königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge.

Art. 54. Der König wird mit Vollendung des 18. Lebensjahres volljährig.

Er leistet in Gegenwart der vereinigten Kammern das eidliche Gelöbnis, die Verfassung des Königreiches fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.

Art. 56. Wenn der König minderjährig oder sonst dauernd verhindert ist, selbst zu regieren, so übernimmt derjenige volljährige Agnat, welcher der Krone am nächsten steht, die Regentschaft. Er hat sofort die Kammern zu berufen, die in vereinigter Sitzung über die Notwendigkeit der Regentschaft beschließen.

Art. 58. Der Regent übt die dem Könige zustehende Gewalt in dessen Namen aus. Derselbe schwört nach Einrichtung der Regentschaft vor den vereinigten Kammern einen Eid, die Verfassung des Königreiches fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren . . . . .

Titel IV. Von den Ministern.

Art. 60. Die Minister sowie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.

Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen.

Titel V. Von den Kammern.

Art. 62. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt[1]).

Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.

Finanzgesetzentwürfe und Staatshaushaltsetats werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt; letztere werden von der ersten Kammer im ganzen angenommen oder abgelehnt.

Art. 64. Dem Könige, sowie jeder Kammer steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

Gesetzesvorschläge, welche durch eine der Kammern oder den König verworfen worden sind, können in derselben Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden.

Art. 65. Die erste Kammer wird durch königliche Anordnung gebildet, welche nur durch ein mit Zustimmung der Kammern zu erlassendes Gesetz abgeändert werden kann.

Die erste Kammer wird zusammengesetzt aus Mitgliedern, welche der König mit erblicher Berechtigung oder auf Lebenszeit beruft[2]).

Art. 69. Die zweite Kammer besteht aus 443[3]) Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz festgestellt. Sie können aus einem oder mehreren Kreisen oder aus einer oder mehreren der größeren Städte bestehen.

---

[1]) Die erste Kammer heißt nach dem Gesetz vom 30. Mai 1855 das Herrenhaus, die zweite das Haus der Abgeordneten; beide bilden zusammen „die beiden Häuser des Landtages".

[2]) Dieser Artikel hat durch Gesetz vom 7. Mai 1853 die bisherigen Artikel 65—68 ersetzt.

[3]) Seit 1906. Ursprünglich belief sich die Zahl auf 350 Mitglieder.

Art. 70. Jeder Preuße, welcher das 25. Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz hat, die Befähigung zu den Gemeindewahlen besitzt, ist stimmberechtigter Urwähler.

Art. 71. Auf jede Vollzahl von 250 Seelen der Bevölkerung ist ein Wahlmann zu wählen. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt.

Die Gesamtsumme wird berechnet:

a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Urwahlbezirk für sich bildet;

b) bezirksweise, falls der Urwahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist.

Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritteils der Gesamtsteuer fallen.

Die zweite Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Dritteiles fallen.

Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Dritteil fällt.

Jede Abteilung wählt besonders, und zwar ein Dritteil der zu wählenden Wahlmänner . . . . .

Die Wahlmänner werden in jeder Abteilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilungen gewählt.

Art. 72. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner gewählt . . . . .

Art. 73. Die Legislaturperiode der zweiten Kammer wird auf fünf Jahre[1]) festgesetzt.

Art. 74. Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 30. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte infolge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits ein Jahr dem preußischen Staatsverbande angehört hat . . . . .

Art. 77. Die Eröffnung und die Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen dazu von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern.

Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen. Wird eine Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt.

Art. 78. Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vizepräsidenten und Schriftführer.

Wenn ein Kammermitglied ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in der Kammer und kann seine Stelle in derselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.

Niemand kann Mitglied beider Kammern sein.

Art. 79. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich . . .

---

[1]) Ursprünglich dauerte die Legislaturperiode drei Jahre; durch Gesetz vom 27. Mai 1888 ist sie auf fünf Jahre erhöht.

Art. 80. . . . Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit.

Art. 83. Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie stimmen nach ihrer freien Überzeugung und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Art. 84. Sie können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden.

Art. 85. Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft.

Titel VIII. Von den Finanzen.

Art. 99. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden.

Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.

Art. 100. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, soweit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden.

Art. 101. In betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden.

Die Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jedes Jahres, einschließlich einer Übersicht der Staatsschulden, wird mit den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer zur Entlastung der Staatsregierung den Kammern vorgelegt.

Titel X. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 106. Gesetze und Verordnungen sind verbindlich, wenn sie in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind.

Art. 107. Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit bei zwei Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens 21 Tagen liegen muß, genügt.

Art. 108. Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten leisten dem Könige den Eid der Treue und des Gehorsams und beschwören die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung.

Art. 109. Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.

Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel[1]).

Gegeben Charlottenburg den 31. Januar 1850.

Friedrich Wilhelm.

---

[1]) Die Verfassung hat im ganzen 119 Artikel.

22.

Friedrich Wilhelm IV. beschwört die Verfassung.

6. Februar 1850.

Quelle: Die Schwurrede des Königs. 6. Februar 1850.

Fundort: Friedrich Wilhelm IV. a. a. O. Bd. 2. Nr. 54.

Meine Herren!

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Was ich sagen werde, sind meine eigensten Worte; denn ich erscheine heute vor Ihnen wie nie zuvor und nie hernach. Ich bin hier, nicht um die angeborenen und ererbten heiligen Pflichten des königlichen Amtes zu üben (die hoch erhaben sind über dem Meinen und Wollen der Parteien), vor allem nicht gedeckt durch die Verantwortlichkeit meiner höchsten Räte, sondern als ich selbst allein, als ein Mann von Ehre, der sein Teuerstes, sein Wort geben will, ein Ja, vollkräftig und bedächtig. Darum einiges zuvor. — Das Werk, dem ich heute meine Bestätigung aufdrücken will, ist entstanden in einem Jahre, das die Treue werdender Geschlechter wohl mit Tränen, aber vergebens wünschen wird, aus unserer Geschichte hinauszubringen. In der Form, in der es Ihnen vorgelegt worden, ist es allerdings das Werk aufopfernder Treue von Männern, die diesen Thron gerettet haben, gegen die meine Dankbarkeit nur mit meinem Leben erlöschen wird; aber es wurde so in den Tagen, in denen im buchstäblichen Sinne des Wortes das Dasein des Vaterlandes bedroht war. Es war das Werk des Augenblicks, und es trug den breiten Stempel seines Ursprungs. Die Frage ist gerechtfertigt, wie ich bei solcher Betrachtung diesem Werke die Sanktion geben könne? Dennoch will ich es, weil ich es kann, und daß ich es kann, verdanke ich Ihnen allein, meine Herren. Sie haben die bessernde Hand daran gelegt; Sie haben Bedenkliches daraus entfernt, Gutes hineingetragen und mir durch ihre treffliche Arbeit und durch die Aufnahme meiner letzten Vorschläge ein Pfand gegeben, daß Sie die vor der Sanktion begonnene Arbeit der Vervollkommnung auch nachher nicht lassen wollen, und daß es unserem vereinten redlichen Streben auf verfassungsmäßigem Wege gelingen wird, es den Lebensbedürfnissen Preußens immer entsprechender zu machen. Ich darf dies Werk bestätigen, weil ich es in Hoffnung kann. Das erkenne ich mit allerwärmstem Danke gegen Sie, meine Herren, und ich spreche es gerührt und freudig aus, Sie haben den Dank des Vaterlandes verdient. Und so erkläre ich, Gott ist des Zeuge, daß mein Gelöbnis auf die Verfassung treu, wahrhaftig und ohne Rückhalt ist. Allein Leben und Segen der Verfassung, das fühlen Ihre und alle edlen Herzen im Lande, hängen von der Erfüllung unabweislicher Bedingungen ab.

Sie, meine Herren, müssen mir helfen, und die Landtage nach Ihnen und die Treue meines Volkes müssen mir helfen wider die, so die königlich verliehene Freiheit zum Deckel der Bosheit machen und sie gegen ihre Urheber kehren, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit, wider die, die diese Urkunde gleichsam als Ersatz der göttlichen Vorsehung, unserer Geschichte und der alten heiligen Treue betrachten möchten: alle guten Kräfte im Lande müssen sich vereinigen in Untertanentreue, in Ehrfurcht gegen das Königtum und diesen Thron, der auf den Siegen unserer Heere ruht, in Beobachtung der Gesetze, in wahrhaftiger Erfüllung des Huldigungseides, sowie des neuen Schwurs „der Treue und des Gehorsams gegen den König und des gewissenhaften Haltens der Verfassung"; mit einem Worte: seine Lebensbedingung ist die, daß mir das Regieren mit

diesem Gesetze möglich gemacht werde; denn in Preußen muß der König regieren, und ich regiere nicht, weil es also mein Wohlgefallen ist, Gott weiß es, sondern weil es Gottes Ordnung ist; darum will ich auch regieren. Ein freies Volk unter einem freien Könige, das war meine Losung seit 10 Jahren; das ist sie heute, und so soll es bleiben, solange ich atme.

Ehe ich zur Handlung des Tages schreite, werde ich zwei Gelöbnisse vor Ihnen erneuern. Das gebietet mir der Blick auf die 10 verflossenen Jahre meiner Regierung.

Zum ersten erneuere, wiederhole und bestätige ich feierlich und ausdrücklich die Gelöbnisse, die ich vor Gott und Menschen bei den Huldigungen zu Königsberg und hier geleistet habe[1])! — Ja! Ja! — Das will ich, so Gott mir helfe!

Zum zweiten erneuere, wiederhole und bestätige ich feierlich und ausdrücklich das heilige Gelöbnis, das ich am 11. April 1847[2]) ausgesprochen: „Mit meinem Hause dem Herrn zu dienen!" Ja! Ja! Das will ich, so Gott mir helfe! Dies Gelöbnis steht über allen anderen; es muß in einem jeden enthalten sein und alle anderen Gelöbnisse, sollen sie anders Wert haben, wie lauteres Lebenswasser durchströmen.

Jetzt aber und indem ich die Verfassungsurkunde kraft königlicher Machtvollkommenheit hiermit bestätige, gelobe ich feierlich, wahrhaftig und ausdrücklich vor Gott und Menschen, die Verfassung meines Landes und Reiches fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit ihr und den Gesetzen zu regieren — Ja! Ja! — das will ich, so mir Gott helfe!

Und nun befehle ich das bestätigte Gesetz in die Hände des allmächtigen Gottes, dessen Walten in der Geschichte Preußens handgreiflich zu erkennen ist, auf daß er aus diesem Menschenwerke ein Werkzeug des Heils machen wolle für unser teures Vaterland: nämlich der Geltendmachung seiner heiligen Rechte und Ordnungen! Also sei es!

23.

Die Ordnung der Thronfolge in Dänemark.

1852.

Quelle: Das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 (Französisch).

Übersetzung aus dem Abdruck des franz. Textes bei Aegidi und Klauhold, Das Staatsarchiv. Hamburg 1861 ff. Bd. 6. Nr. 1004.

Se. Majestät der Kaiser von Österreich . . ., der Prinz-Präsident der französischen Republik, Ihre Majestät die Königin von Großbritannien und Irland, Se. Majestät der König von Preußen, Se. Majestät der Kaiser aller Reußen, Se. Majestät der König von Schweden und Norwegen

haben in Anbetracht, daß die Aufrechterhaltung der Unverletzlichkeit der dänischen Monarchie . . . von großer Wichtigkeit für die Erhaltung des Friedens ist . . .

---

[1]) Anläßlich der Huldigung der Stände hatte der König (am 10. September 1840 in Königsberg und am 15. Oktober 1840 in Berlin) Vorausgehendes zusammenfassend gelobt: „In allen Stücken will ich so regieren, daß man in mir den echten Sohn des unvergeßlichen Vaters, der unvergeßlichen Mutter erkennen soll, deren Andenken von Geschlecht zu Geschlecht in Segen bleibt."

[2]) In jener Eröffnungsrede, von der oben (S. 21) nur ein Auszug gegeben werden konnte, hatte der König weiter gesagt: „Ein Bekenntnis vermag ich heute unmöglich zu unterdrücken. Dies Bekenntnis lautet (hierbei erhob sich der König und sprach stehend und mit erhobener Rechte): ‚Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen.'"

auf Einladung Seiner dänischen Majestät beschlossen, einen Vertrag zu schließen, um durch die Anerkennung Europas den Verfügungen, die hinsichtlich dieser Thronfolgeordnung erlassen werden, eine stärkere Bürgschaft der Festigkeit zu geben.

Infolgedessen haben die hohen Vertragschließenden zu ihren Bevollmächtigten ernannt, . . . die . . . folgenden Artikeln zugestimmt haben.

Art. 1. Nachdem Se. Majestät der König von Dänemark die Interessen seiner Monarchie in ernstliche Betrachtung gezogen . . . und erklärt hat, die Thronfolge in seinen Staaten derart ordnen zu wollen, daß mangels männlicher Nachkommenschaft in direkter Abstammung vom König Friedrich III. von Dänemark[1]) seine Krone an Seine Hoheit den Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und den Nachkommen übertragen werden solle, die aus der Ehe dieses Prinzen mit Ihrer Hoheit, der Prinzessin Luise von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, geborener Prinzessin von Hessen, hervorgehen, und zwar im Mannesstamme nach der Ordnung der Erstgeburt, verpflichten sich die hohen Vertragschließenden in voller Einmütigkeit, . . . sobald der vorgesehene Fall sich verwirklichen sollte, dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und den männlichen Nachkommen, die in direkter Linie aus seiner Ehe mit der genannten Prinzessin hervorgehen, das Recht anzuerkennen, die Nachfolge in der Gesamtheit der Staaten anzutreten, die gegenwärtig unter dem Zepter Sr. Majestät des Königs vereinigt sind.

Art. 3. Es wird ausdrücklich betont, daß die gegenseitigen Rechte und Pflichten Sr. Majestät des Königs von Dänemark und des Deutschen Bundes, die die Herzogtümer Holstein und Lauenburg betreffen, Rechte und Pflichten, die durch die Bundesakte von 1815 und durch das bestehende Bundesrecht festgesetzt sind, durch den gegenwärtigen Vertrag nicht berührt werden.

Art. 4. Die hohen Vertragschließenden behalten sich vor, den gegenwärtigen Vertrag zur Kenntnis der anderen Mächte zu bringen und sie einzuladen, ihm beizutreten.

Geschehen zu London am 8. Mai im Jahre des Heils 1852.

24.

Österreich und Preußen im Ausgang der Regierung Friedrich Wilhelms IV.

1858.

Quelle: Denkschrift des Bundestagsgesandten Otto von Bismarck über die Notwendigkeit einer selbständigen preußisch-deutschen Politik[2]).

Fundort: H. von Poschinger Preußen im Bundestag 1851—1859. Leipzig 1882. 3. Teil. S. 487—514.

Bis zum Jahre 1848 wurde der Deutsche Bund, welches auch die theoretischen Ansprüche an ihn sein mochten, tatsächlich doch nur als ein Schutzverein der deutschen Regierung gegen Krieg und Revolution behandelt. Österreich ließ damals

---

[1]) Friedrich III. hatte im Jahre 1660 die Erblichkeit der Königswürde in seinem Hause durchgesetzt und im Jahre 1665 durch das sogenannte Königsgesetz gesichert.

[2]) Die Denkschrift, im März 1858 geschrieben, ein Aktenstück vom Umfang eines „kleinen Buches", wurde zunächst an den Minister von Manteuffel gesandt; nach der Neubildung des Ministeriums durch den Prinzregenten erhielt auch der Minister von Auerswald eine Abschrift.

im allgemeinen die preußische Politik in Deutschland gewähren und nahm als Kaufpreis für diese Konzession die Unterstützung Preußens in europäischen Fragen entgegen; in Deutschland begnügte sich das Wiener Kabinett, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Preußen den ihm überlassenen Spielraum nur innerhalb gewisser Grenzen nutzbar mache. Zu diesem Behuf wurde insbesondere der Geschäftskreis des Bundes auf wenige und verhältnismäßig unwichtige Angelegenheiten beschränkt, das Widerspruchsrecht und die Unabhängigkeit der einzelnen Regierungen aber mit Schonung gepflegt; Angelegenheiten, über die Österreich und Preußen nicht einverstanden waren, gelangten nicht zur Verhandlung; eine aus den Protokollen ersichtliche Meinungsverschiedenheit beider Großmächte gehörte zu den Seltenheiten; ein offener Streit ihrer beiden Vertreter in den Sitzungen war etwas Unerhörtes und wurde als Gefahr für das Bestehen des Bundes unter allen Umständen vermieden. Auch mit kleineren Bundesregierungen, wenn sie nicht etwa einer Begünstigung liberaler Bestrebungen verdächtig waren, wurde lieber jahrelang verhandelt, als daß man ihnen durch Majoritätsbeschlüsse Zwang angetan hätte.

Der Gedanke, daß wichtige Meinungsverschiedenheiten durch Majoritätsbestimmungen am Bunde zur Entscheidung gebracht werden könnten, lag so fern, daß das Wiener Kabinett den Präsidialgesandten nur mit langen Unterbrechungen in Frankfurt anwesend sein und die Vertretung der österreichischen Interessen auf Jahr und Tag in den Händen des preußischen Gesandten ließ. Es begnügte sich damit, diesem in der Person des noch fungierenden königlich sächsischen Gesandten einen Beobachter zur Seite zu stellen . . . . .

Ein ganz anderes Bild gewähren die Verhandlungen am Bundestage seit der Reaktivierung im Jahre 1851. Der Fürst Schwarzenberg[1]) nahm den Plan auf, die Hegemonie über Deutschland, zu der Preußen durch die konstituierenden Versammlungen und die Unionsversuche nicht hatte gelangen können, für Österreich durch die Mittel zu gewinnen, die ihm die bestehende Bundesverfassung darbietet. Der Gedanke lag nahe, nachdem Österreichs innere Organisation eine Richtung genommen hatte, in der dauernde Erfolge nur durch Anlehnung an Deutschland behufs der Kräftigung des verhältnismäßig wenig zahlreichen deutschen Elementes im Kaiserstaat erreicht werden konnten. Die Durchführung des Planes war möglich, wenn es Österreich gelang, sich der Majorität im Bunde auf die Dauer zu versichern, demnächst die Kompetenz des Bundes und seiner Majoritätsbeschlüsse zu erweitern, und wenn Preußen die Macht oder der Wille fehlte, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Der Augenblick war für eine solche Konzeption ein sehr günstiger.

Österreich konnte nach seinen intimen Beziehungen zu Rußland auf dessen Unterstützung für seine deutsche Politik rechnen und hatte mit dem in Frankreich neu entstehenden Kaisertum Verbindungen angeknüpft, welche gegen das Lebensende des Fürsten Schwarzenberg Besorgnisse vor einer engen Allianz der drei Kaiser im Gegensatz zu Preußen und England hervorriefen.

Die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, erschreckt durch die Revolution und die aus derselben entspringende Gefahr, einen Teil ihrer Souveränität an Preußen zu verlieren, lehnte sich bereitwillig an Österreich an . . . Die Erinnerung an die Erlebnisse von 1848 bis 1850 hatten der Besorgnis vor

---

[1]) Österreichischer Ministerpräsident.

preußischer Oberherrschaft, welche an und für sich in der geographischen Lage der meisten Bundesstaaten im Verhältnis zu Preußen begründet ist, frische Nahrung gegeben, und die Eifersucht, mit welcher das 200jährige Wachsen des preußischen Königshauses einen großen Teil der anderen deutschen Fürsten erfüllt, wirkt bei diesen in derselben Richtung, wie die Furcht vor Preußens Machtvergrößerungen auf ihre Kosten . . . . .

Im Besitze der Macht, Majoritätsbeschlüsse der Bundesversammlung ziemlich sicher herbeizuführen, jedenfalls solche, die unwillkommen sind, verschleppen und hindern zu können, hat Österreich sein Bestreben natürlich darauf gerichtet, den Wirkungskreis des ihm dienstbaren Instrumentes zu erweitern. Es ist zu diesem Behuf erforderlich, mehr und wichtigere Gegenstände als vor 1848 in den Kreis der Bundesgesetzgebung zu ziehen, dann aber auch bei Beschlußnahme über dieselbe das Widerspruchsrecht der einzelnen und der Minoritäten zu beseitigen und für Majoritätsbeschlüsse eine erweiterte Kompetenz zu gewinnen. Mit diesem Bestreben geht das der meisten Bundesstaaten, ganz abgesehen von dem Einflusse, den Österreich auf sie übt, vermöge ihrer eigenen Interessen vollständig Hand in Hand.

Die kleineren und Mittelstaaten haben keinen Beruf, einer Kräftigung des Bundes auf Kosten der einzelnen Regierungen abhold zu sein: sie finden in dem Bundesverhältnis allein die Garantie ihrer Existenz, und ihre Minister gewinnen durch dasselbe ein Piedestal, von welchem herab sie über die Angelegenheiten Deutschlands und Preußens, ja selbst in der europäischen Politik lauter mitreden können, als es zulässig wäre, wenn sie mit den großen Verhältnissen der Weltpolitik in unmittelbare Beziehungen treten sollten. In der Bundesversammlung spricht jeder von ihnen ebenso laut und hat ebensoviel Stimmrecht wie Preußen, und insoweit sie zusammenhalten, geben sie den Ausschlag in den so häufig vor ihr Forum gezogenen Streitigkeiten Preußens und Österreichs. Es ist nicht zu verwundern, wenn sie sich für die Befestigung und Ausbildung eines Instituts mit interessieren, in welchem sie mit einem vergleichungsweise so geringen Aufwande nicht nur Sicherheit, sondern einen Zuwachs von politischer Wichtigkeit erlangen.

In diesem System ist aber für Preußen, solange es nicht auf die Eigenschaft einer europäischen Macht verzichtet, kein Platz. Ein Großstaat, welcher seine innere und auswärtige Politik auf den Grundlagen seiner eigenen Kräfte selbständig sichern kann und will, darf zu einer strafferen Zentralisation des Bundesverhältnisses nur in dem Maße die Hand bieten, als er die Leitung der Bundeskörperschaft zu gewinnen und gemeinsame Beschlüsse, die seiner eigenen Politik entsprechen, herbeizuführen vermag. Es ist also natürlich, daß Österreich sowohl, wie Preußen gleichzeitig nach einer solchen Stellung im Deutschen Bunde streben. Diese ist aber nur für einen von ihnen möglich; Österreich ist gegenwärtig in ihrem Besitz und, wie vorstehend entwickelt, mit allen Hilfsmitteln ausgestattet, um sich darin erhalten zu können. Bei der jetzigen Organisation des Bundes, und solange seine Beschlüsse allein von den deutschen Fürsten und ihren Ministern abhängen, ist es für Preußen nach aller menschlichen Voraussicht unmöglich, Österreich den dominierenden Einfluß zu entreißen. Dessen ist sich Österreich bewußt, und darum lehnt es jeden Wunsch Preußens, sich über eine Teilung oder gemeinschaftliche Ausübung dieses Einflusses zu verständigen, ohne weiteres ab. Es hat erkannt, daß Preußen in der jetzigen Bundesversammlung zur Minorität

prädestiniert ist, und glaubt deshalb, auch ohne Preußen und gegen Preußen, gestützt auf die Majorität der übrigen Bundesstaaten, Deutschland im Fahrwasser der Wiener Politik erhalten zu können . . . . .

Auch auf dem Schauplatz der europäischen Politik ist der Weg der gütlichen Verständigung und der Bewerbung um die Sympathien Preußens nicht mehr derjenige, auf welchem Österreich sich der Unterstützung der norddeutschen Großmacht zu versichern bestrebt ist. Selbst in solchen Fragen, wo sein Interesse unbeteiligt oder gar mit dem preußischen identisch war, hat es keine Anstrengungen gescheut, um das Ansehen Preußens zu beeinträchtigen und seiner Politik Hemmungen zu bereiten. Die Teilnahme Preußens an der Pariser Konferenz, bei welcher es sich der Hauptsache nach nur um einen Ehrenpunkt handelte, wurde von keiner Macht eifriger hintertrieben, als von Österreich, um durch den Ausschluß Preußens aus dem Rate der Großmächte das preußische Ansehen in den Augen Deutschlands herabzudrücken. In der Neuenburger Frage waren die Gegner Preußens zugleich die natürlichen Feinde Österreichs; aber der Wunsch, Preußen nicht zur Entfaltung seiner Kriegsmacht in Süddeutschland und nicht zur befriedigenden Erledigung einer Ehrensache gelangen zu lassen, war in Wien stärker, als die Abneigung gegen die Schweizer Demokratie und als die Sorge um deren Einwirkung auf Italien . . . . .

Wenn die Sachen so weitergehen wie in der letzten Zeit . . ., so kann der Moment nicht mehr fern sein, wo Preußen die Majorität der Überschreitung ihrer Befugnisse und die Majorität Preußen der Auflehnung gegen gültige Bundesbeschlüsse anklagen wird, beide sich also gegenseitig des Bundesbruchs beschuldigen.

Preußen in diese Lage zu versetzen, ist vielleicht das Ziel der Politik seiner Gegner . . . Eine solche Situation, zumal wenn der Moment ihres Eintretens nicht zu berechnen ist, kann jedenfalls unbequem genug werden, um zur Anwendung von Vorbeugungsmitteln aufzufordern, insbesondere wenn diese Mittel zugleich dahin führen, Preußens selbständiges Ansehen und seinen Einfluß auf Deutschland zu kräftigen.

Preußen würde dadurch seinem deutschen Berufe keineswegs untreu werden, es würde sich nur von dem Druck losmachen, mit dem die Fiktion seiner Gegner auf ihm lastet, daß „Bundestag" und „Deutschland" identische Begriffe seien, und daß Preußens deutsche Gesinnungen nach dem Maße seiner Fügsamkeit unter die Majorität der Bundesversammlung zu beurteilen seien. Seine deutschen Gesinnungen unabhängig von der Bundesversammlung zu betätigen, hat kein Staat in dem Maße den Beruf und die Gelegenheit wie Preußen, und es vermag dabei zugleich den Beweis zu liefern, daß Preußen für die mittleren und kleineren Staaten mehr Wichtigkeit hat als eine Majorität von neun Stimmen[1]) für Preußen. Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer außer Österreich vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregierungen[2]), und es gibt nichts Deutscheres als gerade die Entwickelung richtig verstandener Partikularinteressen.

---

[1]) Im engeren Rat der Bundesversammlung, der 17 Stimmen umfaßte, bildeten neun Stimmen die absolute Mehrheit. (Vergl. Nr. 2. Art. 4.)

[2]) Vgl. Nr. 31 und 36. B. 2. Quelle.

III.

Die Begründung des Deutschen Reiches.

25.

Die Regierungsgrundsätze des Prinz-Regenten von Preußen.

8. November 1858.

Quelle: Ansprache des Regenten an das neue Staatsministerium am 8. November 1858.

Fundort: L. Hahn, Kaiser Wilhelms Gedenkbuch. 1797—1873. Berlin 1874. S. 66—70.

Nachdem wir durch eine ernste Krisis gegangen sind, sehe ich Sie, die mein Vertrauen zu den ersten Räten der Krone berufen hat, zum erstenmal um mich versammelt. Augenblicke der Art gehören zu den schwersten im Leben des Monarchen, und ich als Regent habe sie nur noch tiefer empfunden, weil ein unglückliches Verhältnis mich in meine Stellung berufen hat. Die Pietät gegen meinen schwer heimgesuchten König und Herrn ließ mich lange schwanken, wie manche Erlebnisse, die ich unter seiner Regierung wahrnahm, in eine bessere Bahn wieder überzuleiten seien, ohne meinen brüderlichen Gefühlen und der Liebe, Sorgfalt und Treue, mit welcher unser allergnädigster König seine Regierung führte, zu nahe zu treten.

Wenn ich mich entschließen konnte, einen Wechsel in den Räten der Krone eintreten zu lassen[1]), so geschah es, weil ich bei allen von mir Erwählten dieselbe Ansicht traf, welche die meinige ist: daß nämlich von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein soll. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt.

In der Handhabung unserer inneren Verhältnisse, die zunächst vom Ministerium des Innern und der Landwirtschaft ressortieren, sind wir von einem Extreme zum andern seit 1848 geworfen worden. — Von einer Kommunalverwaltung, die ganz unvorbereitet Selfgovernment[2]) einführen sollte, sind wir zu den alten Verhältnissen zurückgedrängt worden, ohne den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, was sonst ein richtiges Mittehalten bewirkt haben würde. Hieran die bessernde Hand dereinst zu legen, wird erforderlich sein; aber vorerst müssen wir bestehen lassen, was eben erst wiederhergestellt ist, um nicht neue Unsicherheit und Unruhe zu erzeugen, die nur bedenklich sein würde.

Die Finanzen haben sich in acht Jahren von einem sehr unglücklichen Stande so gehoben, daß nicht nur das Budget gut balanciert, sondern Überschüsse sich ergeben. Aber noch kann bei weitem nicht allen Bedürfnissen entsprochen werden . . . Wie zu diesen Bedürfnissen die Mittel zu beschaffen sein werden, wird eine Hauptaufgabe der Zukunft sein. Die wahre Besteuerungsfähigkeit des Landes ist dabei vor allem ins Auge zu fassen.

---

[1]) Kurz nach Übernahme der Regentschaft entließ der Prinzregent das Ministerium Manteuffel und beauftragte (am 5. November 1858) den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen mit der Bildung eines neuen Ministeriums.

[2]) Selbstverwaltung.

Handel, Gewerbe und die damit eng verbundenen Kommunikationsmittel haben einen nie geahnten Aufschwung genommen; doch muß auch hier Maß und Ziel gehalten werden, damit nicht der Schwindelgeist uns Wunden schlage. Den Kommunikationswegen müssen nach wie vor bedeutende Mittel zu Gebote gestellt werden; aber sie dürfen nur mit Rücksicht auf alle Staatsbedürfnisse bemessen und dann müssen die Etats innegehalten werden.

Die Justiz hat sich in Preußen immer Achtung zu erhalten gewußt. Aber wir werden bemüht sein müssen, bei den veränderten Prinzipien der Rechtspflege das Gefühl der Wahrheit und der Billigkeit in alle Klassen der Bevölkerung eindringen zu lassen, damit Gerechtigkeit auch durch Geschworene wirklich gehandhabt werden kann.

Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen, die ins Auge gefaßt werden muß, ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muß zwischen den beiden christlichen Konfessionen eine möglichste Parität obwalten. In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist, und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechterhaltung derselben und ihre Weiterbeförderung ist mein fester Wille und Entschluß mit aller billigen Berücksichtigung des konfessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Dekrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und teilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken, ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebaren und Schaustellungen zu unterscheiden. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß, je höher man im Staate steht, man auch das Beispiel des Kirchenbesuches geben wird. — Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt. Übergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden. — Das Unterrichtswesen muß in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze geistiger Intelligenz stehen soll und durch seine Schulen die den verschiedenen Klassen der Bevölkerung nötige Bildung gewähren, ohne diese Klassen über ihre Sphären zu heben. Größere Mittel werden hierzu nötig werden.

Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachstum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indes auch jetzt aufmerksam gemacht, daß manches, was sich nicht bewährt hat, zu Änderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und — Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können.

Und so kommen wir zu Preußens politischer Stellung nach außen. — Preußen muß mit allen Großmächten im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist das freundliche Verhältnis gleichfalls geboten. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen. — Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen imstande ist.

Auf dieser Bahn, mir zu folgen, um sie mit Ehren gehen zu können, dazu bedarf ich Ihres Beistandes, Ihres Rates, den Sie mir nicht versagen werden. — Mögen wir uns immer verstehen zum Wohle des Vaterlandes und des Königtums von Gottes Gnaden!

26.

Die Thronbesteigung König Wilhelms.

2. Januar 1861.

Quelle: Erlaß vom 7. Januar 1861.

Fundort: B. Hahn a. a. O. S. 92—94.

An mein Volk.

König Friedrich Wilhelm IV. ruht in Gott. Er ist erlöst von den schweren Leiden, die er mit frommer Ergebung trug. Unsere Tränen, die in gerechter Trauer fließen, wolle der Herr in Gnaden trocknen; des Entschlafenen gesegnetes Andenken wird in meinem, in eurem Herzen nicht erlöschen.

Niemals hat eines Königs Herz treuer für seines Volkes Wohl geschlagen. Der Geist, in welchem unseres hochseligen Vaters Majestät, der Heldenkönig — so nannte ihn der nun heimgegangene königliche Sohn — nach den Jahren des Unheiles sein Volk wieder aufrichtete und zu den Kämpfen stählte, an welchen mein verklärter Bruder hochherzig teilnahm, war König Friedrich Wilhelm IV. ein heiliges Erbteil, welches er treu zu pflegen wußte. Überall gewährte er edlen Kräften Anregung und förderte deren Entfaltung. Mit freier königlicher Hand gab er dem Lande Institutionen, in deren Ausbau sich dessen Hoffnungen erfüllen sollten. Mit treuem Eifer war er bemüht, dem gesamten deutschen Vaterlande höhere Ehre und festere Einigung zu gewinnen. Als eine unheilvolle Bewegung der Geister alle Grundlagen des Rechts erschüttert hatte, wußte meines in Gott ruhenden Bruders Majestät die Verwirrung zu enden, durch eine neue politische Schöpfung die unterbrochene Entwicklung herzustellen und ihrem Fortgang feste Bahnen anzuweisen.

Dem Könige, der so Großes zu begründen wußte, dessen unvergeßliches Wort: „Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen“ auch meine Seele erfüllt, gebührt ein hervorragender Platz in der glorreichen Reihe der Monarchen, welchen Preußen seine Größe verdankt, welche es zum Träger des deutschen Geistes machten.

Dies hohe Vermächtnis meiner Ahnen, welches sie in unabläſſiger Sorge, mit ihrer beſten Kraft, mit Einſetzung ihres Lebens gegründet und gemehrt haben, will ich getreulich wahren. Mit Stolz ſehe ich mich von einem ſo treuen und tapferen Volke, von einem ſo ruhmreichen Heere umgeben.

Meine Hand ſoll das Wohl und das Recht aller in allen Schichten der Bevölkerung hüten, ſie ſoll ſchützend und fördernd über dieſem reichen Leben walten. Es iſt Preußens Beſtimmung nicht, dem Genuſſe der erworbenen Güter zu leben. In der Anſpannung ſeiner geiſtigen und ſittlichen Kräfte, in dem Ernſte und der Aufrichtigkeit ſeiner religiöſen Geſinnung, in der Vereinigung von Gehorſam und Freiheit, in der Stärkung ſeiner Wehrkraft liegen die Bedingungen ſeiner Macht; nur ſo vermag es ſeinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten.

Ich halte feſt an den Traditionen meines Hauſes, wenn ich den vaterländiſchen Geiſt meines Volkes zu heben und zu ſtärken mir vorſetze. Ich will das Recht des Staates nach ſeiner geſchichtlichen Bedeutung befeſtigen und ausbauen und die Inſtitutionen, welche König Friedrich Wilhelm IV. ins Leben gerufen hat, aufrecht erhalten. Treu dem Eide, mit dem ich die Regentſchaft übernahm, werde ich die Verfaſſung und die Geſetze des Königreichs ſchirmen. Möge es mir unter Gottes gnädigem Beiſtande gelingen, Preußen zu neuen Ehren zu führen!

Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutſchland zuſammen. Als deutſchem Fürſt liegt mir ob, Preußen in der Stellung zu kräftigen, welche es vermöge ſeiner ruhmvollen Geſchichte, ſeiner entwickelten Heeresorganiſation unter den deutſchen Staaten zum Heile aller einnehmen muß.

Das Vertrauen auf die Ruhe Europas iſt erſchüttert. Ich werde mich bemühen, die Segnungen des Friedens zu erhalten. Dennoch können Gefahren für Preußen und Deutſchland heraufziehen. Möge dann jener Gott vertrauende Mut, welcher Preußen in ſeinen großen Zeiten beſeelte, ſich an mir und an meinem Volke bewähren und dasſelbe mir auf meinen Wegen in Treue, Gehorſam und Ausdauer feſt zur Seite ſtehen! Möge Gottes Segen auf den Aufgaben ruhen, welche ſein Ratſchluß mir übergeben hat.

Berlin am 7. Januar 1861. Wilhelm.

27.

Die Heeresreorganiſation — des Königs „eigenſtes Werk".

1862.

Quelle: Anſprache des Königs an verſchiedene Abordnungen am 21. Oktober 1862.

Fundort: L. Hahn a. a. O. S. 124.

Es iſt ſehr ſchmerzlich für einen Monarchen, ſeine beſten Abſichten verkannt und entſtellt zu ſehen, wie ich das leider jetzt ſo vielfach erfahren habe. Bei ſolchen Anfechtungen iſt es ſchwer, nicht irre zu werden, ſondern feſt zu ſtehen. Was die Militär-Reorganiſation betrifft, ſo iſt dieſe mein eigenſtes Werk und mein Stolz, und ich bemerke hierbei, es gibt kein Boninſches[1]) und kein Roonſches Projekt; es iſt mein eigenes, und ich habe daran gearbeitet nach

[1]) Eduard von Bonin war preußiſcher Kriegsminiſter von 1852—1854 und 1858 und 1859.

meinen Erfahrungen und pflichtmäßiger Überzeugung. Ich werde fest daran halten und die Reorganisation mit aller Energie durchführen; denn ich weiß, daß sie zeitgemäß ist. Es ist auch eine Verleumdung, die geflissentlich verbreitet wird, daß die beschworene Verfassung gebrochen werden solle. Ich halte fest an meinem Eide, halte fest an meinem Programm von 1858, das mein Gewissen mir geboten[1]), die Auslegung des Programms kann aber doch nur der geben, der es aufgestellt, und es darf nichts von anderen hineingelegt werden, was nicht darin steht. Ich danke Ihnen noch einmal für die Unterstützung, die Sie mir und meinen ausgesprochenen Absichten schon dadurch leisten, daß Sie sich ermannt und gesammelt haben, den Angriffen gegenüber, deren Ziel die Schwächung des Königtums und des Thrones ist. Fahren Sie fort in Ihrer Treue und streben Sie danach, daß Ihre Gesinnung nicht auf die Kreise beschränkt bleibe, von denen sie hergesandt sind, sondern sich weiter über alle Stände des jetzt vielfach irre geleiteten Volkes verbreite; dann hoffe ich zu Gott, daß wir einer besseren Zukunft entgegensehen können.

28.

Bismarcks Berufung in das Ministerium.

1862.

Quelle: Otto Fürst von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart 1898. Bd. 1. S. 266—269.

In Paris erhielt ich folgendes Telegramm, dessen Unterschrift auf eine Verabredung beruhte:

Berlin, le 18 Septembre.
Periculum in mora[2]) Dépêchez-vous.
L'oncle de Maurice Henning.

Henning war der zweite Vorname Moritz Blanckenburgs[3]), des Neffen von Roon. Obwohl es die Fassung zweifelhaft ließ, ob die Aufforderung aus der eigenen Initiative Roons hervorgegangen oder von dem Könige veranlaßt war, zögerte ich nicht abzureisen.

Am 20. September morgens in Berlin angelangt, wurde ich zu dem Kronprinzen beschieden. Auf seine Frage, wie ich die Situation ansähe, konnte ich nur sehr zurückhaltend antworten, weil ich während der letzten Wochen keine deutschen Zeitungen gelesen und in einer Art von dépit mich über heimische Angelegenheiten nicht informiert hatte. Meine Verstimmung hatte ihren Grund darin, daß der König mir in Aussicht gestellt hatte, mir in spätestens sechs Wochen Gewißheit über meine Zukunft, d. h. darüber zu geben, ob ich in Berlin, Paris oder London mein Domizil haben sollte, daß darüber aber schon ein Vierteljahr verflossen war und ich im Herbst noch immer nicht wußte, wo ich im Winter wohnen würde. Ich war mit der Situation in ihren Einzelheiten nicht so vertraut, daß ich dem Kronprinzen ein programmartiges Urteil hätte abgeben können; außerdem hielt

---

[1]) Siehe Nr. 25.

[2]) Gefahr liegt im Verzuge. Das Telegramm kam von Roon, der unermüdlich Bismarcks Berufung betrieb. Bismarck war damals Gesandter in Paris.

[3]) Der konservative Abgeordnete Moritz Henning v. Blanckenburg, ein Neffe Roons, war Bismarcks Freund.

ich mich auch nicht für berechtigt, mich gegen ihn früher zu äußern als gegen den König. Den Eindruck, den die Tatsache meiner Audienz gemacht hatte, ersah ich zunächst aus der Mitteilung Roons, daß der König mit Bezug auf mich zu ihm gesagt habe: „Mit dem ist es auch nichts; er ist ja schon bei meinem Sohne gewesen." Die Tragweite dieser Äußerung wurde mir nicht sofort verständlich, weil ich nicht wußte, daß der König sich mit dem Gedanken der Abdikation trug und voraussetzte, daß ich davon gewußt oder etwas vermutet hätte und mich deshalb mit seinem Nachfolger zu stellen gesucht habe.

In der Tat war mir jeder Gedanke an Abdikation des Königs fremd, als ich am 22. September in Babelsberg empfangen wurde, und die Situation wurde mir erst klar, als Se. Majestät sie ungefähr mit den Worten präzisierte: „Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht so vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Untertanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, die Regierung niederzulegen, und meine Abdikationsurkunde, durch die angeführten Gründe motiviert, bereits entworfen." Der König zeigte mir das auf dem Tische liegende Aktenstück in seiner Handschrift, ob bereits vollzogen oder nicht, weiß ich nicht. Se. Majestät schloß, indem er wiederholte, ohne geeignete Minister könne er nicht regieren.

Ich erwiderte, es sei Sr. Majestät schon seit dem Mai bekannt, daß ich bereit sei, in das Ministerium einzutreten, ich sei gewiß, daß Roon mit mir bei ihm bleiben werde, und ich zweifelte nicht, daß die weitere Vervollständigung des Kabinetts gelingen werde, falls andere Mitglieder sich durch meinen Eintritt zum Rücktritt bewogen finden sollten. Der König stellte nach einigem Erwägen und Hin- und Herreden die Frage, ob ich bereit sei, als Minister für die Militär-Reorganisation einzutreten, und nach meiner Bejahung die weitere Frage, ob auch gegen die Majorität des Landtages und deren Beschlüsse. Auf meine Zusage erklärte er schließlich: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiciere nicht." Ob er das auf dem Tische liegende Schriftstück vernichtet oder in rei memoriam[1]) aufbewahrt hat, weiß ich nicht.

Der König forderte mich auf, ihn in den Park zu begleiten. Auf diesem Spaziergange gab er mir ein Programm zu lesen, das in seiner engen Schrift acht Folioseiten füllte, alle Eventualitäten der damaligen Regierungspolitik umfaßte und auf Details wie die Reform der Kreistage einging. Ich lasse es dahingestellt sein, ob dieses Elaborat schon Erörterungen mit meinen Vorgängern zur Unterlage gedient hatte, oder ob es zur Sicherstellung gegen eine mir zugetraute konservative Durchgängerei dienen sollte. Ohne Zweifel war, als er damit umging, mich zu berufen, eine Befürchtung der Art in ihm von seiner Gemahlin geweckt worden, von deren politischer Begabung er ursprünglich eine hohe Meinung hatte, die aus der Zeit datierte, wo Sr. Majestät nur eine kronprinzliche Kritik der Regierung des Bruders ohne Pflicht zu eigener besserer Leistung zugestanden hatte. In der Kritik war die Prinzessin ihrem Gemahl überlegen. Die ersten Zweifel an dieser geistigen Überlegenheit waren ihm gekommen, als er genötigt

[1]) Zur Erinnerung.

war, nicht mehr nur zu kritisieren, sondern selbst zu handeln und die amtliche Verantwortung für das Bessermachen zu tragen. Sobald die Aufgaben beider Herrschaften praktisch wurden, hatte der gesunde Verstand des Königs begonnen, sich allmählich von der schlagfertigen weiblichen Beredsamkeit mehr zu emanzipieren.

Es gelang mir, ihn zu überzeugen, daß es sich für ihn nicht um konservativ oder liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handele, und daß die letztere unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei. Ich sagte: „In dieser Lage werde ich, selbst wenn Eure Majestät mir Dinge befehlen sollten, die ich nicht für richtig hielte, Ihnen zwar diese meine Meinung offen entwickeln, aber wenn Sie auf der Ihrigen schließlich beharren, lieber mit dem Könige untergehen, als Eure Majestät im Kampfe mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen." Diese Auffassung war damals durchaus lebendig und maßgebend in mir, weil ich die Negation und die Phrase der damaligen Opposition für politisch verderblich hielt im Angesicht der nationalen Aufgaben Preußens, und weil ich für Wilhelm I. persönlich so starke Gefühle der Hingebung und Anhänglichkeit hegte, daß mir der Gedanke, in Gemeinschaft mit ihm zugrunde zu gehen, als ein nach Umständen natürlicher und sympathischer Abschluß des Lebens erschien.

Der König zerriß das Programm und war im Begriff, die Stücke von der Brücke in die trockene Schlucht im Park zu werfen, als ich daran erinnerte, daß diese Papiere mit der bekannten Handschrift in sehr unrechte Hände geraten könnten. Er fand, daß ich recht hätte, steckte die Stücke in die Tasche, um sie dem Feuer zu übergeben, und vollzog an demselben Tage meine Ernennung zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums, die am 23. veröffentlicht wurde. Meine Ernennung zum Ministerpräsidenten behielt der König vor[1]), bis er mit dem Fürsten von Hohenzollern, der staatsrechtlich diese Stellung noch inne hatte, die desfallsige Korrespondenz beendet haben werde.

29.

Bismarcks Stellung zu den großen Fragen seiner Zeit.

1859 und 1862.

1. Quelle: Schluß eines Briefes Bismarcks an den Minister von Schleinitz, datiert Petersburg 12. Mai 1859.

Fundort: Ludwig Hahn, Fürst Bismarck. Berlin 1878 ff. Bd. 1. S. 52.

. . . Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni[2]) werden heilen müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen.

---

[1]) Die endgültige Ernennung zum Ministerpräsidenten und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten erfolgte am 8. Oktober 1862.

[2]) Mit Eisen und Feuer.

2. Quelle: Vertrauliche Äußerungen Bismarcks in der Budgetkommission. Ende September 1862.

Fundort: Ludwig Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 1. S. 66 und 67.

Wir haben zu heißes Blut; wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unseren schmalen Leib zu tragen; nur sollten wir sie auch nützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. Bayern, Württemberg und Baden mögen den Liberalismus indulgieren; darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten, auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut.

30.

Der Verfassungsstreit in Preußen.

1862—1866.

1. Quelle: Bismarck a. a. O. Bd. 1. S. 283—286.

In den ersten Tagen des Oktobers (1862) fuhr ich dem Könige, der sich zum 30. September, dem Geburtstage seiner Gemahlin, nach Baden-Baden begeben hatte, bis Jüterbogk entgegen und erwartete ihn in dem noch unfertigen, von Reisenden dritter Klasse und Handwerkern gefüllten Bahnhofe, im Dunkeln auf einer umgestürzten Schiebkarre sitzend. Meine Absicht, indem ich die Gelegenheit zu einer Unterredung suchte, war, Se. Majestät über eine Aufsehen erregende Äußerung zu beruhigen, welche ich am 30. September in der Budgetkommission getan hatte, und die zwar nicht stenographiert, aber in den Zeitungen ziemlich getreu wiedergegeben war.

. . . Preußen könne — das war der Sinn meiner Rede —, wie schon ein Blick auf die Karte zeige, mit seinem schmalen, langgestreckten Leibe die Rüstung, deren Deutschland zu seiner Sicherheit bedürfe, allein nicht länger tragen; diese müsse sich auf die Deutschen gleichmäßig verteilen. Dem Ziele würden wir nicht durch Reden, Vereine und Majoritätsbeschlüsse näher kommen, sondern es werde ein ernster Kampf nicht zu vermeiden sein, ein Kampf, der nur durch Eisen und Blut erledigt werden könne . . . . .[1]).

Roon, der zugegen war, sprach beim Nachhausegehen seine Unzufriedenheit mit meinen Äußerungen aus, sagte unter andern, er hielte dergleichen „geistreiche Excurse" unserer Sache nicht für förderlich. Meine eigenen Gedanken bewegten sich zwischen dem Wunsche, Abgeordnete für eine energische nationale Politik zu gewinnen, und der Gefahr, den König in seiner vorsichtigen und gewaltsame Mittel scheuenden Veranlagung mißtrauisch gegen mich und meine Absichten zu machen. Um dem vermutlichen Eindruck der Presse auf ihn beizeiten entgegenzuwirken, fuhr ich ihm nach Jüterbogk entgegen.

Ich hatte einige Mühe, durch Erkundigungen bei kurz angebundenen Schaffnern des fahrplanmäßigen Zuges den Wagen zu ermitteln, in dem der König allein in einem gewöhnlichen Abteil 1. Klasse saß. Er war in gedrückter Stimmung, und

---

[1]) Vgl. Nr. 29. 2. Quelle.

als ich um die Erlaubnis bat, die Vorgänge während seiner Abwesenheit darzulegen, unterbrach er mich mit den Worten:

„Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz unter meinen Fenstern wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir."

. . . Als er schwieg, antwortete ich mit der kurzen Phrase: „Et après, Sire!" „Ja, après, dann sind wir tot", erwiderte der König. „Ja," fuhr ich fort, „dann sind wir tot; aber sterben müssen wir früher oder später, und können wir anständiger umkommen? Ich selbst im Kampfe für die Sache meines Königs und Eure Majestät, indem Sie Ihre königlichen Rechte von Gottes Gnaden mit dem eigenen Blute besiegeln; ob auf dem Schafott oder auf dem Schlachtfelde, ändert nichts an dem rühmlichen Einsetzen von Leib und Leben für die von Gottes Gnaden verliehenen Rechte . . . Ew. Majestät sind in der Notwendigkeit zu fechten; Sie können nicht kapitulieren; Sie müssen und wenn es mit körperlicher Gefahr ist, der Vergewaltigung entgegentreten." Je länger ich in diesem Sinne sprach, desto mehr belebte sich der König und fühlte sich in die Rolle des für Königtum und Vaterland kämpfenden Offiziers hinein. Er war äußeren und persönlichen Gefahren gegenüber von einer seltenen und ihm absolut natürlichen Furchtlosigkeit, auf dem Schlachtfelde wie Attentaten gegenüber; seine Haltung in jeder äußeren Gefahr hatte etwas Herzerhebendes und Begeisterndes. Der ideale Typus des preußischen Offiziers, der dem sicheren Tode im Dienste mit dem einfachen Worte „Zu Befehl" selbstlos und furchtlos entgegengeht, der aber, wenn er auf eigene Verantwortung handeln soll, die Kritik der Vorgesetzten oder der Welt mehr als den Tod und dergestalt fürchtet, daß die Energie und die Richtigkeit seiner Entschließung durch die Furcht vor Verweis und Tadel beeinträchtigt wird, dieser Typus war in ihm im höchsten Grade ausgebildet. Er hatte sich bis dahin auf seiner Fahrt nur gefragt, ob er vor der überlegenen Kritik seiner Frau Gemahlin und vor der öffentlichen Meinung in Preußen mit dem Wege, den er mit mir einschlug, würde bestehen können. Demgegenüber war die Wirkung unserer Unterredung in dem dunkeln Abteil, daß er die ihm nach der Situation zufallende Rolle mehr vom Standpunkte des Offiziers auffaßte. Er fühlte sich bei dem Porte-épée gefaßt und in der Lage eines Offiziers, der die Aufgabe hat, einen bestimmten Posten auf Tod und Leben zu behaupten, gleichviel, ob er darauf umkommt oder nicht. Damit war er auf einen seinem ganzen Gedankengange vertrauten Weg gestellt und fand in wenigen Minuten die Sicherheit wieder, um die er in Baden gebracht, und selbst seine Heiterkeit. Das Leben für König und Vaterland einzusetzen, war die Pflicht des preußischen Offiziers, um so mehr die des Königs, als des ersten Offiziers im Lande; sobald er seine Stellung unter dem Gesichtspunkte der Offiziersehre betrachtete, hatte sie für ihn ebensowenig Bedenkliches, wie für jeden normalen preußischen Offizier. Die instruktionsmäßige Verteidigung eines vielfach verlorenen Postens . . . Er fühlte sich ganz in der Aufgabe des ersten Offiziers der preußischen Monarchie, für den der Untergang im Dienste ein ehrenvoller Abschluß der für ihn gestellten Aufgabe ist. Der Beweis der Richtigkeit meiner Beurteilung ergab sich daraus, daß der König, den ich in Jüterbogk matt, niedergeschlagen und entmutigt gefunden hatte, schon vor der Ankunft in Berlin in eine heitere, man kann sagen, fröhliche und kampflustige Stimmung geriet, die sich den empfangenden Ministern und Beamten gegenüber auf das unzweideutigste erkennbar machte.

2. Quelle: Rede Bismarcks bei der Adreßdebatte im Abgeordnetenhause am 27. Januar 1863.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 1. S. 88—93.

Der von Ihrer Kommission Ihnen vorgelegte Entwurf[1]) hat das unstreitbare Verdienst, Klarheit in unsere gegenseitigen Beziehungen zu bringen. Es ist noch kein volles Jahr her, wenn ich nicht irre, war es bei den letzten Wahlen, da wurde die Behauptung, daß in Preußen das Parlament mit der Krone um die Herrschaft dieses Landes streite, mit Entschiedenheit zurückgewiesen; nachdem Sie die Adresse, wie sie vorliegt, werden angenommen haben, wird diese Zurückweisung nicht mehr möglich sein.

In dieser Adresse werden von dem Hause der Abgeordneten Rechte vindiziert[2]), welche das Haus entweder gar nicht oder doch nicht allein besitzt. Wenn Sie, meine Herren, das Recht hätten, durch Ihren alleinigen Beschluß das Budget[3]) in seiner Hauptsumme und in seinen Einzelheiten endgültig festzustellen; wenn Sie das Recht hätten, von Sr. Majestät dem Könige die Entlassung derjenigen Minister, welche Ihr Vertrauen nicht haben, zu fordern; wenn Sie das Recht hätten, durch Ihre Beschlüsse über den Staatshaushalts-Etat den Bestand und die Organisation der Armee festzustellen; wenn Sie das Recht hätten, wie Sie es verfassungsmäßig nicht haben, in der Adresse aber beanspruchen, die Beziehungen der Exekutivgewalt, der Staatsregierung zu ihren Beamten maßgebend zu kontrollieren: dann wären Sie in der Tat im Besitze der vollen Regierungsgewalt in diesem Lande. Auf der Basis dieser Ansprüche beruht Ihre Adresse, wenn sie überhaupt eine Basis hat. Ich glaube daher, die praktische Bedeutung derselben mit kurzen Worten dahin bezeichnen zu können: „Durch diese Adresse werden dem königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Regierungsrechte abgefordert, um sie der Majorität dieses Hauses zu übertragen."

Sie kleiden diese Forderung in die Form ein, daß Sie die Verfassung für verletzt erklären, insoweit die Krone und das Herrenhaus sich Ihrem Willen nicht fügen; Sie richten den Vorwurf der Verfassungsverletzung gegen das Ministerium, nicht gegen die Krone, deren Treue gegen die Verfassung Sie ganz außer allen Zweifel stellen. Gegen diese Scheidung habe ich mich schon in den Ausschußsitzungen verwahrt. Sie wissen so gut wie jedermann in Preußen, daß das Ministerium im Namen und auf Befehl Sr. Majestät des Königs in Preußen handelt und namentlich die Regierungsakte, in welchen Sie eine Verfassungsverletzung erblicken wollen, in diesem Sinne vollzogen hat. Sie wissen, daß ein preußisches Ministerium in dieser Beziehung anders dasteht, als ein englisches. Ein englisches Ministerium, mag es sich nennen wie es will, ist ein parlamentarisches, ein Ministerium der Majorität des Parlaments; wir aber sind Minister Sr. Majestät des Königs. Ich weise die Trennung der Minister von der Krone, wie sie in der Adresse angenommen wird, keineswegs zurück, um die Autorität

---

[1]) Es handelte sich um eine Adresse an den König. Hierin wurde behauptet, die Minister hätten die Verfassung verletzt und insonderheit gegen den Artikel 99 gehandelt. Bismarck hatte nämlich am 13. Oktober 1862 erklärt, die Regierung werde — auch ohne die gesetzlich erforderliche Zustimmung des Abgeordnetenhauses — die Ausgaben bestreiten, die zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt notwendig seien. — Die Adresse ward am 29. Januar mit großer Mehrheit angenommen und dem Könige später unmittelbar zugeschickt. Der König beantwortete sie im Sinne der Bismarckschen Ausführungen.

[2]) beansprucht. [3]) Den Staatsbedarf.

der Krone zu einem Schilde zu machen, durch welchen das Ministerium sich deckt. Wir bedürfen dieser Deckung nicht; wir stehen fest auf dem Boden unseres guten Rechtes. Ich weise diese Trennung nur deshalb zurück, weil durch sie die Tatsache verdeckt wird, daß Sie sich im Kampfe mit der Krone um die Herrschaft dieses Landes befinden, und nicht im Kampfe mit dem Ministerium.

Sie finden die Verfassungsverletzung in specie bei Art. 99. Art. 99 lautet, wenn ich mich der Worte erinnere: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden." Wenn darauf folgte: „Letzterer wird jährlich durch das Haus der Abgeordneten festgestellt", dann hätten Sie in Ihren Beschwerden in der Adresse vollkommen recht, dann wäre die Verfassung verletzt. Es folgt aber im Text des Art. 99: „Letzterer, der Staatshaushalts-Etat, wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt." Wie nun ein Gesetz zustande kommt, sagt Art. 62 mit unwiderleglicher Klarheit. Er sagt, daß zum Zustandekommen eines jeden Gesetzes, also auch des Budgetgesetzes, die Übereinstimmung der Krone und der beiden Kammern erforderlich ist. Daß das Herrenhaus berechtigt ist, ein von der zweiten Kammer beschlossenes und ihm nicht konvenierendes Budget zu verwerfen, ist außerdem noch in dem Artikel hervorgehoben.

Jedes dieser konkurrierenden Rechte ist in der Theorie unbegrenzt und das eine so stark wie das andere. Wenn eine Vereinbarung zwischen den drei Gewalten nicht stattfindet, so fehlt es der Verfassung an jeglicher Bestimmung darüber, welche von ihnen nachgeben müssen . . . . .

Die Verfassung hält das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten in allen Fragen, auch in der Budget-Gesetzgebung, durchaus fest; keine dieser Gewalten kann die anderen zum Nachgeben zwingen; die Verfassung verweist daher auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung. Ein konstitutionell erfahrener Staatsmann hat gesagt, daß das ganze Verfassungsleben jederzeit eine Reihe von Kompromissen ist.

Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen, und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht still zu stehen vermag, werden zu Machtfragen. Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann . . . . .[1])

Daß hier eine Lücke in der Verfassung ist, ist gar keine neue Erfindung. Ich habe selbst damals den Verhandlungen wegen der Revision der Verfassung beigewohnt, und wir haben uns mehrere Tage in sehr eingehender Weise mit dieser Möglichkeit beschäftigt, die jetzt nach 14 Jahren zum ersten Male zur Wirklichkeit geworden ist. Daß es eine Unmöglichkeit sei, ist damals niemandem eingefallen; man hat sich nur über die Vorkehrungsmaßregeln, die für einen solchen Fall getroffen werden sollten, nicht einigen können.

Ich muß nach dem Gesagten die Behauptungen, daß wir verfassungswidrig gehandelt haben, ja, daß wir die Verfassung verletzt hätten, auf das bestimmteste

---

[1]) Da der gesamte Staatsbedarf vom Abgeordnetenhause verweigert worden war, so hätten in strenger Auswirkung dieses Beschlusses alle staatlichen Ausgaben eingestellt werden müssen. Kein Beamter hätte sein Gehalt bekommen dürfen. Man hätte das Heer entlassen, alle Regierungs- und Gerichtskollegien auflösen müssen usw., mit anderen Worten: der Staat wäre völlig aus seinen Fugen gewichen und zugrunde gegangen.

und mit voller Überzeugung zurückweisen, und ich wiederhole, was ich in der Kommission sagte: „Wir, meine Herren, nehmen unseren Eid und das Gelöbnis auf die Verfassung ebenso ernsthaft wie Sie den Ihrigen. Lernen wir doch Überzeugungstreue an den Gegnern achten, und seien wir nicht so freigebig mit dem Vorwurfe des Verfassungsbruches, mit dem Vorwurfe des Eidbruches, welchen jener in sich schließt . . . . ."

Was die Verfassung Ihnen an Rechten zubilligt, soll Ihnen unverkürzt zukommen; was Sie darüber hinaus verlangen, das werden wir ablehnen und Ihren Forderungen gegenüber die Rechte der Krone mit Ausdauer wahrnehmen. Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß die Beratung dieses Manifestes, welches unserem königlichen Herrn überreicht werden soll, gerade zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstage des jüngsten mutmaßlichen Thronerben. In diesem Zusammentreffen, meine Herren, sehen wir eine verdoppelte Aufforderung, fest für die Rechte des Königtums, fest für die Rechte der Nachfolger Sr. Majestät einzustehen. Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt; es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden.

31.

Die Ablehnung der vom Frankfurter Fürstenkongreß vorgeschlagenen Bundesreform.

1863.

Quelle: Bericht des Staatsministeriums an den König vom 15. September 1863[1]).

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 1. S. 149—154.

. . . Die ausgedehnten Befugnisse, welche in der Reformakte dem aus wenigen und ungleichen Stimmen zusammengesetzten Direktorium[2]) mit und ohne Beirat des Bundesrates gegeben werden, die unvollkommene und den wirklichen Bedürfnissen nicht entsprechende Bildung der an Stelle einer Nationalversammlung vorgeschlagenen „Versammlung von Bundesabgeordneten", welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Partikularinteressen, nicht von deutschen Interessen hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnismäßig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugnis auch dieser Versammlung — lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Inter-

---

[1]) König Wilhelm hatte die Beteiligung an dem Fürstenkongreß bereits am 20. August endgültig mit der Begründuug abgelehnt, daß ihm bei der Kürze der zwischen der Einladung und der ersten Sitzung liegenden Zeit keine Möglichkeit gegeben werde, die zu erörternden Abänderungen der Bundesverfassung eingehend mit seinen Räten zu prüfen, und er vor einer solchen Prüfung keine ihn bindenden Erklärungen gegen seine Bundesgenossen geben könne. Dieser Bericht enthält nun ein aus Bismarcks Feder stammendes Gutachten über den ohne Preußens Mitwirkung fertig gestellten Reformentwurf des Kongresses.

[2]) Nach dem Reformentwurf sollte an der Spitze des Bundes ein aus fünf Mitgliedern gebildetes Direktorium (beschlossen wurde ein sechsgliederiges) stehen, dem ein aus Vertretern der Einzelregierungen zusammengesetzter Bundesrat (etwa der engere Rat der bisherigen Bundesversammlung) und ein Parlament aus Delegierten der Einzelparlamente zur Seite zu treten hätten.

essen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden[1]).

Diese Bürgschaft kann Eurer Majestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden National-Vertretung finden[2]). Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht ganz Deutschland zugute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Widerspiel dynastischer und partikularistischer Interessen ausschließen, welches sein Gegengewicht und sein Korrektiv in der Nationalvertretung finden muß. In keiner Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt so wenig außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich innerlich loslösenden Teil fallen; darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten. Die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dies Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden . . . . .[3])

Die Kundgebungen der preußischen Landesvertretung werden schon jetzt mit Bestimmtheit erkennen lassen, daß nur solche Änderungen der bestehenden Bundesverträge auf ihre demnächstige verfassungsmäßige Zustimmung zu rechnen haben, vermöge deren die Würde und die Machtstellung Preußens und die Interessen der gesamten deutschen Nation in gleichem Maße ihre Berücksichtigung finden.

Das preußische Volk bildet einen so wesentlichen Bestandteil des deutschen und ist an seinen Bedürfnissen und Interessen, wie in seinen Wünschen und Gesinnungen mit der Gesamtheit der deutschen Nation so innig verwachsen, daß die Stimme des preußischen Landtags zugleich die bisher fehlenden Anhaltspunkte für die Beurteilung der Aufnahme der beabsichtigten Institutionen von seiten des deutschen Volkes gewähren wird.

32.

A Die Veranlassung zum Dänischen Kriege.

1864.

Quelle: Das Ultimatum der beiden deutschen Großmächte vom 16. Januar 1864. (Französisch.)

Übersetzung: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 6. Nr. 1428.

Die Regierungen von Österreich und Preußen hatten sich der Hoffnung hingegeben, daß die am 18. November von Sr. Majestät dem König Christian IX. sanktionierte und mit dem 1. Januar 1864 ins Leben zu treten bestimmte gemeinsame Verfassung für Dänemark und Schleswig noch vor diesem Termine würde außer Kraft gesetzt werden. Diese Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Mit dem 1. Januar d. J. ist die Verfassung rechtlich in Kraft getreten und dadurch die Inkorporation Schleswigs vollzogen. Die königlich dänische Regierung hat dadurch die Verpflichtungen, welche sie im Jahre 1852 sowohl dem Deutschen Bunde, als insbesondere den beiden deutschen Mächten gegenüber eingegangen ist, auf unzweideutige Weise gebrochen und einen Zustand hervorgerufen, der als

[1]) Vgl. Nr. 24. [2]) Vgl. Nr. 36. C. [3]) Vgl. Nr. 24.

vertragsmäßig berechtigt nicht angesehen werden kann. Die genannten beiden Mächte sind . . . es sich selbst und dem Deutschen Bunde schuldig, einen solchen Zustand nicht zuzulassen.

Sie richten daher an die königlich dänische Regierung noch einmal die ausdrückliche Aufforderung, die auf keinem Rechtsgrunde beruhende Verfassung vom 18. November 1863 wieder aufzuheben und dadurch wenigstens den vorherigen status quo als die notwendige Vorbedingung jeder weiteren Verhandlung wieder herzustellen.

Sollte die königlich dänische Regierung dieser Aufforderung nicht entsprechen, so würden die beiden genannten Mächte sich genötigt sehen, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Herstellung des status quo und Sicherung des Herzogtums Schleswig gegen die widerrechtliche Vereinigung mit dem Königreiche Dänemark in Anwendung zu bringen.

Die unterzeichneten bisherigen Gesandten der beiden Mächte . . . sind angewiesen worden, die Aufhebung der Verfassung vom 18. November v. J. zu verlangen, und wenn die Erklärung, daß dieselbe erfolgt sei, ihnen nicht im Laufe des 18. d. Mts. zugeht, Kopenhagen zu verlassen.

Kopenhagen den 16. Januar 1864.

Brenner. Balan.

33.

Der Übergang nach Alsen.

29. Juni 1864.

Quelle: Brief Moltkes an seine Frau vom 3. Juli 1864.

Fundort: Helmuth von Moltke, Briefe an seine Braut und Frau. Stuttgart u. Leipzig 1910. S. 307—315.

Nach beendeter Partie Whist um 10 Uhr folgte ich mit Podbielski in meinem Wagen von hier über Gravenstein nach Schanze X, von wo man den Alsensund wie einen breiten Fluß in der Morgendämmerung zu unseren Füßen glänzen sah. Dunkel lag noch die blutgetränkte Höhe von Düppel zur Linken, gekrönt von der Ruine der einst so stattlichen Mühle, rechts Sonderburg mit seinem finsteren Schloß am Meer, wo Christian der Böse lange Jahre den Kampf gegen den schwedischen und dänischen Adel zu betrauern hatte[1]) . . . Tiefe Stille lag auf Alsen; von unserer Seite hörte man aus der Ferne den eigentümlichen Ton von Fuhrwerk und eisernen Achsen. Es war die reitende Artillerie, die sich noch nach Rackebüll bewegte, wo sie in Reserve verbleiben sollte, sonst nichts.

Das Wetter war ungemein günstig, ausnahmsweise windstill, ein trüber, verschleierter Himmel, daher so dunkel, wie es um die Zeit der größten Tageslänge in dieser Breite überhaupt nur werden kann, und eine milde Temperatur . . . . .

Noch fehlten wenige Minuten an zwei Uhr, dem Augenblick, wo unsere Boote an vier Stellen zwischen dem südlichsten Rand von Satrup-Holz nach Schnabeckshage vom Ufer abstoßen mußten.

Das Herabbringen der Kähne und das Schurren der flachen Boote über das Geröll des Strandes scheint unbemerkt geblieben zu sein. Jenseits rührte sich nichts; friedliche Ruhe lag über der schönen Gegend, und nur die Lerche erhob sich singend aus den wogenden Kornfeldern, welche bald der Schauplatz blutigen Kampfes werden mußten.

---

[1]) Der im Reformationszeitalter lebende und wegen seiner Grausamkeit abgesetzte König Christian II. von Dänemark wurde hier von 1531—1549 in strenger Haft gehalten.

Jetzt war es zwei Uhr, und mit geschärftem Blick spähten wir nach den ersten schwarzen Punkten, die sich auf dem klaren Seespiegel zeigen würden, — da blitzte es auf; nur sichtbar, nicht hörbar waren ein paar Schuß gefallen und zwar, wie es scheint, irrtümlich von unserer Seite herüber. Alsbald sprühten die Funken am jenseitigen Ufer, bald an dieser, bald an jener Stelle; dann leuchtete es hoch auf, und der dumpfe Knall verkündete, daß die bereit gehaltenen Geschütze der nächsten Strandbatterien ihre Kartätschenladung gegen unsere verwegenen Argonauten ausschütteten. Wirklich sind sie zu hoch gegangen, und nur ein Kahn ist umgeschlagen, die Mannschaft aber, wenigstens zum großen Teil, von den nächsten Booten gerettet.

Die braven Pontoniere, selbst wehrlos und eben erst von der Oder und Elbe angelangt, ruderten unaufhaltsam weiter; die Infanterie aber nahm das Feuer auf, und wenn auch manche Patrone ihr Ziel verfehlt haben mag, so rückte die Feuerlinie doch unaufhaltsam weiter.

Das war nicht anders zu erwarten, da Führer wie General Manstein und Röder in den vordersten Kähnen standen.

Das Ufer war erreicht; daran war nicht zu zweifeln; aber nun mußten die Fahrzeuge zurück; sie konnten auf dem Wege den endlich wach gewordenen feindlichen Schiffen begegnen. Die Gelandeten waren vorerst auf sich selbst angewiesen; was stand ihnen augenblicklich entgegen? Hell waren die Fanale aufgeflammt und leuchteten von Höhe zu Höhe bis Augustenburg und Norburg hin. Hatten die Dänen ein paar geschlossene Bataillone hinter der Fohlenkoppel schon versammelt? Das Blitzen des Gewehrfeuers im Walde zeigte, daß unsere Märker dort schon kämpften; aber ob unser oder des Gegners Feuer vorwärts rückte oder zurückging, war nicht zu unterscheiden. Es war ein Moment atemloser Spannung. Inzwischen hatten alle dänischen Strandbatterien ihr Feuer eröffnet. Auf unserer Seite waren deren neun in der Nacht zuvor erbaut und in dieser armiert. Die Artilleristen standen seit ein Uhr schußfertig und blieben ihnen nichts schuldig. Der Donner der Geschütze, auf unserer Seite allein 62, ist in Kiel deutlich gehört worden. Nach rechts von uns feuerte die große Sonderburger Schloßbatterie aus acht Stück Vierundachtzigpfündern und zwei gezogenen Pieces gegen eine Vierundzwanzigpfünderbatterie auf dem Mühlenberge. Aber all dieser Lärm entschied nichts; die ganze Aufmerksamkeit richtete sich auf die Halbinsel Arnkiel.

Dort sprühten nun die kleinen Funken immer weiter nach Osten; der weiße Rauch zeigte sich bereits am südlichen Rand des Waldes Fohlenkoppel, und die schwarzen Punkte bewegten sich langsam wieder gegen die Halbinsel zu. Es war kein Zweifel mehr; man hatte festen Fuß gefaßt. Der Däne hatte sich abermals überraschen lassen. Daß wir nach Alsen wollten, daß schon am 27. 160 flache Boote von Rothekrug durch Apenrade passiert, war ihm von seinen zahlreichen Spionen unzweifelhaft gemeldet; aber, wie es scheint, nahm man an, daß dieser Sturm zu Wasser, wie der zu Lande durch mehrtägige Beschießung werde vorbereitet werden müssen. Das Oberkommando hatte ja auch am 30. die Auswechselung von Gefangenen am Brückenkopf von Sonderburg vorgeschlagen . . . . .

Von Schnabeckshage war die Überfahrt fast ungehindert und trotz des weiteren Weges am ersten bewirkt worden, obwohl durch die Schiffe in der Augustenburger Föhrde augenscheinlich gefährdet. Legten diese sich zwischen unsere gelandeten Truppen und unsere Batterien, so konnten letztere nicht schießen.

Ein ungeheures Gebrüll verriet, daß „Rolf Krake" jetzt aus dem Schlummer erwacht sei. Der Ton seiner hundertpfündigen Armstrongs auf dem eisernen Resonanzboden ist unverkennbar. Vergeblich schleuderte er seine Riesengeschosse gegen unsere Tirailleurs. Er wurde von den vierundzwanzigpfündigen Gezogenen sofort begrüßt und zog sich wieder in die Bucht zurück.

Unterdes hatte General Manstein sich längs des Strandes südlich vorbewegt, wo es selbst zu lebhaftem Handgemenge kam. Die feindlichen Batterien wurden in der Kehle eine nach der anderen angegriffen und die Besatzungen gefangen genommen (darunter ein Offizier von der Leibgarde in rotem Rock). Ebenso setzten sich die Märker in Besitz von Groß-Moose, und erst am Abschnitt von Kjär stieß man auf einen lebhaften Widerstand geschlossener Abteilungen, die bis dahin versammelt waren. Es kam hier das Vordringen einen Moment zum Stehen in einem lebhaften Gefecht, welches wir von unserem Standpunkt nicht übersehen konnten. General Herwarth[1]) griff dort persönlich ein und traf im Tirailleurfeuer des Feindes mit unvergleichlicher Ruhe seine Anordnungen. Jetzt waren auch die ersten Feldgeschütze über das Wasser geschafft. Der Rückzug der Dänen wurde allgemein, und der „tappre Landsoldat" beschleunigte dabei seine Schritte sehr merklich.

Schon wurden ganze Scharen von Gefangenen von wenig Bewaffneten wie Herden an den Strand getrieben. Bewundernswert war die Dreihörigkeit unserer Westfalen von der Göbenschen Brigade, die gegen Sonderburg vordrangen und die Dänen hinter einem Knick im Rücken beschossen, während sie selbst in der augenscheinlichsten Gefahr schwebten, von Sonderburg aus selbst im Rücken gefaßt zu werden. Ganze Schwärme vom Feinde liefen durch die Kornfelder zurück. Eine Batterie nach der anderen verstummte, und ihre Besatzung flüchtete. Eine Haubitzbatterie rasselte auf unserem Ufer im scharfen Trabe herbei; aber es war schwer, zu unterscheiden, was drüben Feind, was Freund, so daß man nur auf die entferntesten Zielpunkte zu feuern wagte.

Inzwischen war es acht Uhr geworden, und die Sonne beschien ein Gemälde, welches ein Schlachtenmaler nicht schöner wünschen kann. Noch schwebten fortwährend die kleinen runden Dampfwolken über der uns zunächst links liegenden Batterie. Ich glaube, daß sie ziemlich viel verloren haben muß. Vor uns stand ein schönes Haus dicht an der Landbrücke in Sonderburg in hellen Flammen. Wir vermeinten, daß eine Granate aus der vierundzwanzigpfündigen Batterie zur Rechten unglücklicherweise dort gezündet habe; es stellte sich aber bald heraus, daß die Dänen bei Räumung des Ortes die eigene Stadt rücksichtslos dem Verderben preisgegeben hatten. Dieselbe war völlig von den Einwohnern verlassen, und der Brand hätte bei anderer Windrichtung bald alles einäschern können. Dänische Gefangene wurden zum Löschen angestellt. Ebenso hatte der Feind seine großen Barackenlager bei Ulkebüll und Wollerup in Brand gesteckt. Die mit Stroh gefüllten Bretterhütten flammten in heller Lohe empor, und zwei schwarze Rauchstreifen zogen einen Trauerflor über die langgestreckte Insel. Weiter rechts flimmerte in der Morgensonne das Meer, bedeckt mit zahllosen Segeln. Da lagen die mächtigen Kriegsschiffe, umschwärmt von Fahrzeugen aller Größe. Diese ganze Gesellschaft hatte sich eilends aus Höruphaff hinausgemacht, da nach wenig Minuten unsere Batterien ihr die Ausfahrt vom Süderholz versperren konnten.

---

[1]) Dieser kommandierte das Armeekorps, das die Wegnahme der Insel Alsen bewirkte.

Dampfer mit Schleppschiffen bewegten sich an der Küste nach den in größerer Entfernung ankernden Kriegsschiffen. Die Räumung der Insel hatte bereits begonnen. Aber alle Blicke wurden noch einmal gegen Norden gewendet, als abermals „Rolf Krake" seine Stimme erhob. Es sah stolz aus, wie der gepanzerte Riese, tief im Wasser versenkt, mit Anspannung aller seiner Dampfkraft aus der Föhrde hervorschoß, rechts und links seinen Gruß sendend, an der Landspitze von Arnkiel vorbeisteuernd. Einen Augenblick fürchteten wir, ihn nun links drehen zu sehen, wo unsere Boote in ununterbrochener Folge noch Feldgeschütz, Munition und Ambulanzen überführten. Er zog es aber doch vor, das Freie zu suchen, und dampfte nördlich hinaus in tunlichster Entfernung der unterhalb aufgestellten Batterie, deren zwölf- und vierundzwanzigpfündigen Geschosse laut klappernd gegen seine Rippen schlugen.

Aber so ein Monitor ist ein dickfelliger Bursche. Um 10 Uhr ist er noch einmal zurückgekehrt und hat zwei in der Sandwigs-Bucht liegende Kanonenboote herausgeholt, indem er sie mit seinem unverwundbaren Leibe deckte. Dort ist das Fahrwasser sehr breit und gestattet, dicht am Alsener Ufer zu bleiben. In die Augustenburger Föhrde wagte sich „Rolf" dagegen nicht wieder, und was da an Schiffen lag, war nun rettungslos verloren.

Zwischen sieben und acht Uhr erfolgte in dieser Richtung eine furchtbare Detonation, die mich augenblicklich und unwillkürlich an das Auffliegen eines großen Munitionsparkes am Euphrat erinnerte. Eine riesenhafte, schneeweiße Dampfwolke erhob sich in die blaue Luft. Nach dem Berichte des Marineministeriums in Kopenhagen sind es zwei Kanonenboote gewesen, die, von der Bemannung verlassen, um nicht in unsere Hände zu fallen, ihre Pulverkammern angesteckt hatten.

Um acht Uhr war Sonderburg von unseren Westfalen erreicht. Wir schifften sogleich hinüber, und der Prinz telegraphierte auf dem dänischen Kabel nach Karlsbad, daß Alsen genommen.

Zwar hatten wir die Handpferde schon nach dem Brückenkopf herangezogen; aber es war nicht möglich, sie über den Sund zu bringen, und wir erstiegen durch die ganz verödete Stadt zunächst die große Batterie. Dort standen die ungeheuren Vierundachtzigpfünder vernagelt; mit Kreide hatte die dritte Kompagnie 55. Regiments sich an die Lafetten geschrieben. Munition, Tornister, Mäntel, Brieftaschen lagen rings umher, und vor allem hatte Hannemann[1]) sich seiner Holzschuhe entledigt, die allerdings einer behendigen Bewegung lästige Fesseln sind . . . Hinter der Batterie war das Erdreich aufgepflügt von unseren Vierundzwanzigpfündern. Die Batterie, vor und hinter welcher das Terrain gleich abfällt, war sehr schwer zu treffen und unversehrt geblieben, aber weiter rückwärts lagen Dänen, die von den Sprengstücken schrecklich verwundet waren; unsere Krankenwärter waren schon dabei, diesen meist Sterbenden zu helfen.

Für den Prinzen Friedrich Karl wurde ein Ordonnanzpferd gefunden. Prinz Albrecht, General Graberg, Oberst Mertens, Major Kleist und ich erwischten einen Leiterwagen und eilten nach Wollerup, wo nun die Brigade Röder haltgemacht hatte, um Atem zu schöpfen, nachdem dort eine Menge Gefangene und Material erbeutet war. Wir fuhren dann weiter nach Hörup, wo wir General Wintzigerode fanden, von dessen Division einige Bataillone zur weiteren Verfolgung vorgeschoben waren.

---

[1]) Volkstümliche Bezeichnung des dänischen Soldaten.

General Herwarth hatte sich rechts gegen Höruphaff gewandt. Am dortigen Walde fiel noch der Leutnant Bär; dagegen wurden daselbst allein ein Regimentskommandeur und 400 Mann gefangen genommen.

Von lange her hatten die Dänen die Halbinsel Käkenis als ihren letzten Zufluchtsort zubereitet. Die Landenge war durchstochen, palissadiert, von Batterien und Kanonenbooten beherrscht. Diese Stellung zu nehmen, war nur denkbar, wenn man mit ihnen zugleich davor ankam, was nicht gelungen ist. Der Rückzug der Massen dorthin war zeitig schon angeordnet, und das Gefecht endete etwa 10 Uhr vormittags. Nach den bisher eingegangenen Meldungen sind 210 preußische und 320 dänische Verwundete in unsere Lazarette eingebracht. Ich hoffe, daß unser Verlust 300 Mann nicht weit übersteigen wird.

Die dänischen Bataillone waren sehr stark und sollen während der Waffenruhe durch Einstellung von Ersatz auf 1300 Mann gebracht worden sein. Der Feind hatte Alsen mit sechs Regimentern, also jedenfalls 12—15000, besetzt. Zurzeit sind schon 2600 Gefangene eingebracht. Von den Verwundeten werden wohl manche mit zurückgenommen sein; andere liegen unentdeckt in den Kornfeldern. Jedenfalls ist der Verlust über 3000 Mann, und die Zahl der Geschütze wird sich auf 60 belaufen. Darunter zwei bespannte Feldgeschütze. Dabei haben jetzt die Dänen erkennen müssen, daß sie auch auf ihren Inseln nicht mehr sicher sind, und es bleibt abzuwarten, ob die in Kopenhagen herrschende Gesellschaft die unglückliche Armee einer an Zahl, Bewaffnung und Tüchtigkeit weit überlegenen ferner gegenüberstellen wird.

Mit frohen, dankerfüllten Herzen gegen Gott, der uns den Sieg verlieh, traten wir den Rückweg an und fanden im Wagen nach sechsunddreißigstündigem Wachen einen gesunden Schlaf . . . . .

Ich habe Dir vorstehend eine Beschreibung der Wegnahme von Alsen gegeben, die keinen offiziellen Bericht, sondern die Anschauung eines Augenzeugen enthält, wobei die Darstellung immer an Frische gewinnt. Wenn Du glaubst, daß sie auch andere interessiert, so habe ich nichts dagegen, daß Abschriften genommen werden, in welchen einige Personalien weggelassen und ich nicht genannt werde . . . . .

34.

Der Wiener Friede.

30. Oktober 1864.

Quelle: Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864. (Französisch.)

Übersetzung aus dem Abdruck des franz. Textes bei Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 7. Nr. 1728.

Art. 3. Se. Majestät der König von Dänemark verzichtet auf alle seine Rechte auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zugunsten Ihrer Majestäten des Königs von Preußen und des Kaisers von Österreich und verpflichtet sich, die Verfügungen anzuerkennen, die Ihre genannten Majestäten hinsichtlich dieser Herzogtümer treffen werden.

Art. 4. Die Abtretung des Herzogtums Schleswig bezieht sich sowohl auf die Inseln, die zu diesem Herzogtum gehören, als auch auf das Gebiet, das auf dem festen Lande liegt.

Um die Abgrenzung zu vereinfachen und um den Unzuträglichkeiten ein Ende zu machen, die aus der Lage der vom schleswigschen Gebiet eingeschlossenen jüt-

ländischen Landesteile entspringen, tritt Se. Majestät der König von Dänemark an Ihre Majestäten den König von Preußen und den Kaiser von Österreich die jütländischen Besitzungen ab, die südlich von der Südgrenze des Amtes Ribe liegen, nämlich das jütländische Mögeltondern, die Insel Amrum, die jütländischen Teile der Inseln Föhr, Sylt und Röm usw.

Dagegen willigen Ihre Majestäten der König von Preußen und der Kaiser von Österreich ein, daß ein gleichwertiger Teil von Schleswig, der außer der Insel Aarö die Gebiete umfaßt, die dazu dienen, die Verbindung des vorhin erwähnten Amtes Ribe mit dem übrigen Jütland herzustellen und die Grenzlinie zwischen Jütland und Schleswig in der Gegend von Kolding zu verbessern, von dem Herzogtum Schleswig getrennt und dem Königreich Dänemark einverleibt werde.

Art. 8. Um eine gerechte Verteilung der Staatsschulden der dänischen Monarchie im Verhältnis der Bevölkerungszahl des Königreichs und der Herzogtümer zu erzielen und zugleich den unübersteigbaren Schwierigkeiten zu begegnen, die eine ins einzelne gehende Aufstellung der gegenseitigen Ansprüche und Rechte erzeugen würde, haben die hohen vertragschließenden Teile den Anteil an der Staatsschuld der dänischen Monarchie, der zu Lasten der Herzogtümer gesetzt werden soll, auf die runde Summe von 29 Millionen Taler (dänischen Geldes)[1]) festgesetzt.

Art. 12. Die Regierungen von Preußen und Österreich werden sich von den Herzogtümern die Kriegskosten zurückerstatten lassen.

Art. 19. Die Untertanen, die in den durch den gegenwärtigen Vertrag abgetretenen Gebieten heimatberechtigt sind, sollen kraft einer vorhergehenden vor einer zuständigen Behörde abgegebenen Erklärung während eines Zeitraumes von sechs Jahren, vom Tage des Austausches der Ratifikationen an gerechnet, das volle und ganze Recht haben, ihre beweglichen Güter unter Freiheit von Zöllen fortzuführen und sich mit ihren Familien in die Staaten Seiner dänischen Majestät zu begeben, in welchem Falle ihnen die Eigenschaft als dänischer Untertan erhalten bleibt. Ihre unbeweglichen Güter, die in dem abgetretenen Gebiete liegen, bleiben ihnen erhalten . . . . .[2]).

Art. 23. Um mit allen ihren Kräften zur Beruhigung der Gemüter beizutragen, erklären und versprechen die hohen vertragschließenden Teile, daß kein anläßlich der letzten Ereignisse bloßgestelltes Individuum, welches Standes und welcher Stellung es auch sei, in seiner Person oder in seinem Eigentum wegen seines Verhaltens oder seiner politischen Ansichten verfolgt, beunruhigt oder belästigt werden soll.

---

[1]) 100 dänische gleich 75 preußischen Talern.

[2]) Die Verschiedenheit der Auslegung dieser Bestimmung seitens der preußischen und dänischen Behörden führte zu einem unerwünschten Ergebnis; es wurden nämlich die Nachkommen jener Nordschleswiger, die für Dänemark sich entschieden oder optiert hatten, von Preußen nicht als preußische und von Dänemark nicht als dänische Untertanen anerkannt. Und so bildete sich die Gruppe der staatenlosen Optantenkinder. Die hieraus entstandenen langjährigen Reibereien wurden durch den sogenannten Optantenvertrag vom 11. Januar 1907 beseitigt. In diesem Vertrag verpflichtete sich Preußen, den in seinem Staatsgebiet wohnenden Optantenkindern auf ihren Antrag die preußische Staatsangehörigkeit zu verleihen, während Dänemark versprach, den Optantenkindern, die nicht Preußen werden wollten, den Aufenthalt in Dänemark nicht verwehren zu wollen.

35.

Der Vertrag von Gastein.

14. August 1865.

Quelle: Das Vertragsprotokoll vom 14. August 1865.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 9. Nr. 2011.

Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich und der König von Preußen haben sich überzeugt, daß das bisher bestandene Kondominium in den von Dänemark durch den Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 abgetretenen Ländern zu Unzukömmlichkeiten führt, welche gleichzeitig das gute Einvernehmen zwischen ihren Regierungen und die Interessen der Herzogtümer gefährden. Ihre Majestäten sind deshalb zu dem Entschlusse gelangt, die ihnen aus dem Artikel 3 des erwähnten Traktats zufließenden Rechte fortan nicht mehr gemeinsam auszuüben, sondern bis auf weitere Vereinbarung deren Ausübung geographisch zu teilen.

Zu diesem Zwecke haben Seine Majestät der König von Preußen ihrem Präsidenten des Staatsministeriums ... Otto von Bismarck-Schönhausen ..., Seine Majestät der Kaiser von Österreich ihren ... außerordentlichen Gesandten ... am königlich bayerischen Hofe Gustav Grafen von Blome ..., welche nach Auswechslung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten über die nachfolgenden Artikel übereingekommen sind.

Art. 1. Die Ausübung der von den hohen vertragschließenden Teilen durch den Art. 3 des Wiener Friedenstraktates vom 30. Oktober 1864 gemeinsam erworbenen Rechte wird unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an der Gesamtheit beider Herzogtümer in bezug auf das Herzogtum Schleswig auf Seine Majestät den König von Preußen, in bezug auf das Herzogtum Holstein auf Seine Majestät den Kaiser von Österreich übergehen.

Art. 2. Die hohen Kontrahenten wollen am Bunde die Herstellung einer deutschen Flotte in Antrag bringen und für diese den Kieler Hafen als Bundeshafen bestimmen. Bis zur Ausführung der desfallsigen Bundesbeschlüsse benutzen die Kriegsschiffe beider Mächte diesen Hafen, und wird das Kommando und die Polizei über ihn von Preußen ausgeübt. Preußen ist berechtigt, sowohl zur Verteidigung der Einfahrt Friedrichsort gegenüber die nötigen Befestigungen anzulegen, als auch auf dem holsteinischen Ufer der Bucht die dem Zwecke des Kriegshafens entsprechenden Marine-Etablissements einzurichten. Diese Befestigungen und Etablissements stehen gleichfalls unter preußischem Kommando, und die zu ihrer Besatzung und Bewachung erforderlichen preußischen Marinetruppen und Mannschaften können in Kiel und Umgegend einquartiert werden.

Art. 3. Die hohen kontrahierenden Teile werden in Frankfurt beantragen, Rendsburg zur deutschen Bundesfestung zu erheben .....

Art. 4. Während der Dauer der durch Art. 1 der gegenwärtigen Übereinkunft verabredeten Teilung wird die königlich preußische Regierung zwei Militärstraßen durch Holstein, die eine von Lübeck auf Kiel, die andere von Hamburg auf Rendsburg behalten .....

Art. 6. Es ist die übereinstimmende Absicht der hohen Kontrahenten, daß die Herzogtümer dem Zollverein beitreten werden .....

Art. 7. Preußen ist berechtigt, den anzulegenden Nord-Ostsee-Kanal je nach dem Ergebnis der von der königlichen Regierung eingeleiteten technischen Er-

mittelungen durch das holsteinische Gebiet zu führen. Insoweit dies der Fall sein wird, soll Preußen das Recht zustehen, die Richtung und die Dimensionen des Kanals zu bestimmen, die zur Anlage erforderlichen Grundstücke im Wege der Expropriation gegen Ersatz des Wertes zu erwerben, den Bau zu leiten, die Aufsicht über den Kanal und dessen Instandhaltung zu führen und das Zustimmungsrecht zu allen ihn betreffenden reglementarischen Bestimmungen zu üben.

Art. 9. Seine Majestät der Kaiser von Österreich überläßt die im mehrerwähnten Wiener Friedensvertrage erworbenen Rechte auf das Herzogtum Lauenburg Seiner Majestät dem Könige von Preußen, wogegen die königliche preußische Regierung sich verpflichtet, der kaiserlichen österreichischen Regierung die Summe von zwei Millionen und fünfhunderttausend dänischen Talern zu entrichten, in Berlin zahlbar in preußischem Silbergelde vier Wochen nach Bestätigung gegenwärtiger Übereinkunft durch Ihre Majestäten den König von Preußen und den Kaiser von Österreich.

Art. 10. Die Ausführung der vorstehend verabredeten Teilung des Kondominiums wird baldmöglichst nach Genehmigung dieses Abkommens durch Ihre Majestäten den König von Preußen und den Kaiser von Österreich beginnen und spätestens bis zum 15. September beendet sein.

Das bis jetzt bestehende gemeinschaftliche Oberkommando wird nach vollendeter Räumung Holsteins durch die königlich preußischen, Schleswigs durch die kaiserlich österreichischen Truppen, spätestens am 15. September, aufgelöst werden.

So geschehen Gastein den 14. August 1865.

von Bismarck. von Blome.

36.

Verhandlungen vor Ausbruch des Deutschen Krieges.

Juni 1866.

A. Die Anrufung des Deutschen Bundes seitens Österreichs.

1. Juni 1866.

Quelle: Erklärung des österreichischen Gesandten in der Sitzung der Bundesversammlung vom 1. Juni 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2298.

. . . Der Kaiserliche Präsidialgesandte ist beauftragt, der hohen Bundesversammlung . . . die Anzeige zu erstatten, daß die Kaiserliche Regierung ihre Bemühungen, einen definitiven bundesgemäßen Abschluß der Herzogtümerfrage durch ein Einverständnis mit Preußen vorzubereiten, für jetzt als vereitelt betrachte, und daß sie in dieser gemeinsamen deutschen Angelegenheit alles weitere den Entschließungen des Bundes anheimstelle, welchen von seiten Österreichs die bereitwilligste Anerkennung gesichert ist.

. . . Der Gesandte hat schließlich mit der vorstehenden Erklärung die weitere Anzeige zu verbinden, daß dem Kaiserlichen Statthalter in Holstein soeben die erforderliche Spezialvollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung übersendet worden ist, damit die gesetzliche Vertretung des Landes, um dessen Schicksal es sich handelt, und dessen Wünsche und Rechtsanschauungen einen der berechtigten Faktoren der Entscheidung bilden, nicht länger der Gelegenheit entbehre, ihre Ansichten auszusprechen.

B. Preußens Verwahrung gegen das Verfahren Österreichs.

1. Quelle: Depesche Bismarcks an den preußischen Gesandten in Wien vom 3. Juni 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2299.

... Die Königliche Regierung kann in dieser Erklärung des Wiener Hofes nichts anderes als die ausdrückliche Lossagung von dem Gasteiner Vertrage erkennen, durch welche die von demselben getroffenen Verabredungen hinfällig werden.

Wir stehen somit wiederum auf dem einfachen Boden des Wiener Friedens vom 30. Oktober 1864, und Seine Majestät der König wird den General von Manteuffel mit der Wahrung der Preußen aus diesem Vertrage zustehenden Souveränitätsrechte an Holstein beauftragen.

Im Prinzip mit der Berufung der Stände einverstanden, müssen wir doch der Kaiserlichen Regierung das Recht, sie nach ihrer Lossagung vom Gasteiner Vertrage noch einseitig vorzunehmen, absprechen. Damit dieselbe gesetzliche Wirkung habe, ist unsere Zustimmung und eine nicht von Österreich allein, sondern von beiden Souveränen erteilte Vollmacht erforderlich, und die Regierung Seiner Majestät des Königs, unseres allergnädigsten Herrn, muß gegen jeden Versuch dieser Art, die Souveränität nunmehr noch einseitig auszuüben, Verwahrung einlegen, wozu Ew. Exzellenz hierdurch den Auftrag erhalten . . . . .

2. Quelle: Erklärung Preußens in der Sitzung der Bundesversammlung vom 9. Juni 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2308.

... Die Königliche Regierung nimmt keinen Anstand zu erklären, daß sie weit davon entfernt ist, die Angelegenheit der Herzogtümer, welche auch sie vermöge der Verbindung Holsteins mit Schleswig als eine nationale betrachtet, anders als im Sinne dieser ihrer Auffassung lösen zu wollen. Sie hat es schon in einer nach Wien gerichteten Depesche vom 7. v. M., welche der Gesandte ebenfalls der hohen Bundesverversammlung vorzulegen die Ehre hat, ausgesprochen, daß sie die schleswig-holsteinische Angelegenheit in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln bereit ist und gerade in dieser Verbindung eine Erleichterung der friedlichen Lösung sieht. Sie erwartet auch jetzt nur den Augenblick, wo sie diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln und erledigen kann, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung dem Einflusse partikularer Interessen das Gegengewicht hält und die Bürgschaft gewährt, daß die von Preußen gebrachten Opfer schließlich dem gesamten Vaterlande und nicht der dynastischen Begehrlichkeit zugute kommen[1]). Unter den gegenwärtigen Umständen aber und bei der positiven Begrenzung, welcher die Kompetenz der Bundesversammlung durch die bestehende Verfassung unterliegt, muß sie Einspruch dagegen erheben, daß über eigene, durch blutige Kämpfe und durch internationale Verträge erworbene Rechte ohne ihre Zustimmung Verfügung getroffen werde.

In betreff der von der Kaiserlichen Regierung mit ihrer Erklärung verbundenen Anzeige, daß dem Freiherrn v. Gablenz Spezial-Vollmacht zur Einberufung des holsteinischen Landtages erteilt worden sei, hat der Gesandte

---

[1]) Vgl. Nr 24 und 31.

zu bemerken, daß seine Regierung die Einberufung der Stände als ein Souveränitätsrecht ansieht, welches unter den bestehenden Vertragsverhältnissen und namentlich, nachdem die Bestimmungen der Gasteiner Übereinkunft hinfällig geworden, von den beiden Souveränen gemeinschaftlich hätte ausgeübt werden müssen.

C. Preußische Bundesreform.

Quelle: Preußischer Entwurf zur Reform vom 10. Juni 1866.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 1. S. 447—449.

Art. 1. Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Bunde angehört haben, mit Ausnahme der österreichischen und niederländischen Landesteile.

Art. 2. Die gesetzgebende Gewalt des Bundes wird vom Bundestage in Gemeinschaft mit einer in regelmäßigen Zeiträumen zu berufenden Nationalvertretung ausgeübt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die Übereinstimmung der Mehrheit des Bundestages mit der Mehrheit der Volksvertretung erforderlich und ausreichend[1]).

Art. 4. Die Nationalvertretung geht aus direkten Wahlen hervor, welche nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849[2]) vorzunehmen sind.

Art. 5. Die Bundesstaaten bilden ein gemeinsames und einheitliches Zoll- und Handelsgebiet, in welchem die Errichtung von Freihäfen vorbehalten bleibt.

Art. 6. Der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1. die Zoll- und Handelsgesetzgebung;
2. die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundiertem und unfundiertem Papiergelde;
3. die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen;
4. die Erfindungspatente;
5. der Schutz des geistigen Eigentums;
6. die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimats- und Ansiedelungsverhältnisse, den Gewerbebetrieb, die Kolonisation und Auswanderung nach außerdeutschen Ländern;
7. Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schiffahrt und ihrer Flaggen zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Bunde ausgestattet wird;
8. das gesamte deutsche Eisenbahnwesen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs;
9. der Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle;
10. das Post- und Telegraphenwesen;
11. die gemeinsame Zivilprozeßordnung und das gemeinsame Konkursverfahren.

Art. 7. Die Bundesgewalt hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden, sowie Bündnisse und Verträge zu schließen, in völkerrechtlicher Vertretung des Bundes Gesandte zu ernennen und zu empfangen.

Die Kriegserklärung hat bei feindlicher Invasion des Bundesgebietes oder bei kriegerischem Angriff auf seine Küsten unter allen Umständen zu erfolgen; in den

[1]) Vgl. Nr. 31. [2]) Vgl. Nr. 17.

übrigen Fällen ist zur Kriegserklärung die Zustimmung der Souveräne von mindestens zwei Dritteilen der Bevölkerung des Bundesgebietes erforderlich.

Art. 8. Die Kriegsmarine des Bundes mit den erforderlichen Hafen- und Schiffahrtsanlagen wird nach folgenden Grundsätzen errichtet:

Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl. Bei Ernennung der Offiziere und Beamten konkurrieren die Küstenstaaten auf Grund besonderer Vereinbarungen.

Der Kieler und der Jadehafen werden Bundeskriegshäfen.

Als Maßstab der Beiträge zur Gründung und Erhaltung der Kriegsmarine und der damit zusammenhängenden Anstalten dient im allgemeinen die Bevölkerung unter Feststellung einer Mehrbelastung der Uferstaaten und Hansestädte.

Ein Bundesmarinebudget wird nach diesen Grundsätzen vereinbart.

Das Anwerben der Matrosen und Mannschaften für die Bundeskriegsmarine wird durch ein Gesetz geregelt.

Art. 9. Die Landmacht des Bundes wird in zwei Bundesheere eingeteilt: die Nordarmee und die Südarmee.

Im Krieg und Frieden ist Se. Majestät der König von Preußen Bundesoberfeldherr der Nordarmee, Se. Majestät der König von Bayern Bundesoberfeldherr der Südarmee.

Jeder der beiden Bundesoberfeldherren hat das Recht und die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb der von ihm befehligten Armee die bundesbeschlußmäßigen Truppen vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind, und daß die notwendige Einheit in der Einrichtung, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften, sowie in den Anforderungen an die Offiziere hergestellt wird.

Das Recht, bis zur Grenze der eigenen Truppenzahl die Offiziere zu ernennen, steht jeder Regierung zu; diejenigen Kommandos, unter welchen mehr als ein Kontingent steht, besetzt der Oberfeldherr.

Der Oberfeldherr hat das Recht, in den nach seiner Überzeugung dringenden Fällen die kriegsbereite Aufstellung jedes Teiles der von ihm befehligten Bundesarmee innerhalb des Gebietes der letzteren vorbehaltlich späterer Genehmigung durch Bundesbeschluß anzuordnen.

Für jedes der Bundesheere wird ein gemeinschaftliches, mit der Nationalvertretung zu vereinbarendes Militärbudget für Feldarmee und Festungswesen aus Beiträgen der zu dem betreffenden Heere ihre Truppen stellenden Regierungen gebildet. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach der Bevölkerung der betreffenden Staaten.

Art. 10. Die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landesteilen des österreichischen Kaiserstaates werden nach erfolgter Vereinbarung über dieselben mit dem zunächst einzuberufenden Parlament durch besondere Verträge geregelt werden.

D. Österreichs Antrag auf Mobilisierung des Bundesheeres.

11. Juni 1866.

Quelle: Der formelle Antrag in der Sitzung vom 11. Juni 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2311.

. . . Der Königlich preußische Gouverneur im Herzogtum Schleswig, Generalleutnant Freiherr von Manteuffel, hat dem Kaiserlichen Statthalter für das Herzogtum Holstein, Feldmarschallleutnant Freiherrn von Gablenz, amtlich an-

gezeigt, daß er von seiner Regierung befehligt sei, zur Wahrung der Kondominatsrechte Preußens die nicht von österreichischen Truppen besetzten Teile Holsteins zu besetzen.

Der Kaiserliche Statthalter hat gegen dieses Verfahren Protest erhoben und die ihm unterstellten kaiserlichen Truppen bei Altona konzentriert.

Ungeachtet dieser feierlichen Einsprache ... haben die preußischen Truppen die Grenze Holsteins überschritten und sich über das ganze Land verbreitet.

... Die Kaiserliche Regierung muß dies Vorgehen als einen Bruch der Gasteiner Übereinkunft bezeichnen .....

Freiherr von Manteuffel hat seitdem erklärt, er sei genötigt, die Regierungsgewalt auch in Holstein an sich zu nehmen: hierin liegt eine Verletzung des Wiener Friedensvertrages .....

Preußen hat zum Schutze vermeintlich verletzter Rechte den Weg zur Selbsthilfe betreten.

Es liegt demnach der im Artikel 19 der Wiener Schlußakte[1]) vorgesehene Fall vor, und die Bundesversammlung ist berufen, der unternommenen Selbsthilfe Einhalt zu tun.

Nach diesem gewalttätigen Vorgehen, bei welchem Preußen umfangreiche Rüstungen zur Seite stehen, kann nur in Aufbietung aller übrigen verfügbaren militärischen Kräfte des Bundes eine Gewähr des Schutzes für die innere Sicherheit Deutschlands und die bedrohten Rechte seiner Bundesglieder gefunden werden.

Die Kaiserliche Regierung erachtet die schleunige Mobilmachung sämtlicher nicht zur preußischen Armee gehörigen Armeekorps des Bundesheeres für notwendig .....

Sie beantragt[2]) daher:

Hohe Bundesversammlung wolle vorbehaltlich weiterer Entschließungen den Beschluß fassen:

Die Mobilmachung des I., II., III., VII., VIII., IX. und X. Bundes-Armeekorps anzuordnen .....[3])

E. Preußens Austritt aus dem Bunde.

14. Juni 1866.

Quelle: Erklärung des preußischen Gesandten in der Sitzung der Bundesversammlung vom 14. Juni 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2317.

... Nachdem das Vertrauen Preußens auf den Schutz, welchen der Bund jedem seiner Mitglieder verbürgt hat, durch den Umstand tief erschüttert worden war, daß das mächtigste Glied des Bundes seit drei Monaten im Widerspruch mit den Bundesgesetzen zum Behufe der Selbsthilfe gegen Preußen gerüstet hat, die Berufungen der Königlichen Regierung aber an die Wirksamkeit des Bundes und

[1]) Der Artikel 19 der Wiener Schlußakte lautet: Wenn zwischen Bundesgliedern Tätlichkeiten zu besorgen oder wirklich ausgeübt worden sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maßregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthilfe vorgebeugt und der bereits unternommenen Einhalt getan werde.

[2]) Der Antrag wurde am 14. Juni mit neun gegen sechs Stimmen angenommen.

[3]) Die ersten drei Armeekorps stellte Österreich, die folgenden drei Preußen, das VII. Bayern, das VIII. Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, das IX. Sachsen, Kurhessen und Nassau, das X. Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Holstein, die beiden Mecklenburg und die drei Hansestädte.

seiner Mitglieder zum Schutze Preußens gegen willkürlichen Angriff Österreichs nur Rüstungen mehrerer Bundesglieder ohne Aufklärung über den Zweck derselben zur Folge gehabt haben, mußte die Königliche Regierung die äußere und innere Sicherheit, die nach Artikel 2 der Bundesakte[1]) der Hauptzweck des Bundes ist, bereits als in hohem Grade gefährdet erkennen.

Diese ihre Auffassung hat der vertragswidrige Antrag Österreichs und dessen eingehende, ohne Zweifel auf Verabredung beruhende Aufnahme durch einen Teil ihrer bisherigen Bundesgenossen nur noch bestätigen und erhöhen können.

Durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesmitglied, welche durch den Antrag Österreichs und das Votum der Regierungen, welche ihm beigetreten sind, bedingt ist, sieht das Königliche Kabinett den Bundesbruch als vollzogen an.

Im Namen und auf allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs, seines allergnädigsten Herrn, erklärt der Gesandte daher hiermit, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich ansieht, ihn vielmehr als erloschen betrachten und behandeln wird.

Indes will Se. Majestät der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund auferbaut gewesen ist, als zerstört betrachten.

Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest und sieht es als eine unabweisliche Pflicht der deutschen Staaten an, für diese den angemessenen Ausdruck zu finden.

Die Königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung hiermit noch vor[2]) und erklärt sich bereit, auf den durch eine solche Reform modifizierten Grundlagen einen neuen Bund mit den deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen.

Der Gesandte vollzieht die Befehle seiner allerhöchsten Regierung, indem er seine bisherige Tätigkeit hiermit nunmehr für beendet erklärt . . . . .

37.

König Wilhelms Aufruf „An mein Volk".

18. Juni 1866.

Fundort: Kriegsgeschichtliche Abteilung des Großen Generalstabs, Der Feldzug von 1866 in Deutschland. Berlin 1867. Anlage 8.

An mein Volk!

In dem Augenblicke, wo Preußens Heer zu einem entscheidenden Kampfe auszieht, drängt es mich, zu meinem Volke, zu den Söhnen und Enkeln der tapferen Väter zu reden, zu denen vor einem halben Jahrhundert mein in Gott ruhender Vater unvergessene Worte sprach.

„Das Vaterland ist in Gefahr!"

Österreich und ein großer Teil Deutschlands stehen gegen dasselbe in Waffen!

---

[1]) Vgl. Nr. 2.

[2]) Vgl. C. Der Entwurf war den einzelnen Regierungen bereits am 10. Juni übersandt worden.

Nur wenige Jahre sind es her, seit ich aus freiem Entschlusse und ohne früherer Unbill zu gedenken, dem Kaiser von Österreich die Bundeshand reichte, als es galt, ein deutsches Land von fremder Herrschaft zu befreien. Aus dem gemeinschaftlich vergossenen Blute, hoffte ich, würde eine Waffenbrüderschaft erblühen, die zu fester, auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung beruhender Bundesgenossenschaft und mit ihr zu all dem gemeinsamen Wirken führen würde, aus welchem Deutschlands innere Wohlfahrt und äußere Bedeutung als Frucht hervorgehen sollte. Aber meine Hoffnung ist getäuscht worden. Österreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten; in dem jüngeren, aber kräftig sich entwickelnden Preußen will es keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen. Preußen — so meint es — muß in allen seinen Bestrebungen bekämpft werden, weil, was Preußen frommt, Österreich schade. Die alte, unselige Eifersucht ist in hellen Flammen wieder aufgelodert: Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr, gegen Preußen werden die deutschen Bundesfürsten nicht bloß aufgerufen, sondern zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: „Erniedrigung Preußens!"

Aber in meinem Volke lebt der Geist von 1813. Wer wird uns einen Fuß breit preußischen Bodens rauben, wenn wir ernstlich entschlossen sind, die Errungenschaften unserer Väter zu wahren, wenn König und Volk, durch die Gefahren des Vaterlandes fester als je geeint, an die Ehre desselben Gut und Blut zu setzen, für ihre höchste und heiligste Aufgabe halten? In sorglicher Voraussetzung dessen, was nun eingetreten ist, habe ich es seit Jahren für die erste Pflicht meines königlichen Amtes erkennen müssen, Preußens streitbares Volk für eine starke Machtentwicklung vorzubereiten. Befriedigt und zuversichtlich wird mit mir jeder Preuße auf die Waffenmacht blicken, die unsere Grenzen deckt. Mit seinem Könige an der Spitze, wird sich Preußens Volk ein wahres Volk in Waffen fühlen. Unsere Gegner täuschen sich, wenn sie wähnen, Preußen sei durch innere Streitigkeiten geschwächt. Dem Feinde gegenüber ist es einig und stark; dem Feinde gegenüber gleicht sich aus, was sich entgegenstand, um demnächst im Glück und Unglück vereint zu bleiben.

Ich habe alles getan, um Preußen die Lasten und Opfer eines Krieges zu ersparen; das weiß mein Volk; das weiß Gott, der die Herzen prüft. Bis zum letzten Augenblicke habe ich in Gemeinschaft mit Frankreich, England und Rußland die Wege für eine gütliche Ausgleichung gesucht und offengehalten. Österreich hat nicht gewollt, und andere deutsche Staaten haben sich offen auf seine Seite gestellt. So sei es denn! Nicht mein ist die Schuld, wenn mein Volk schweren Kampf kämpfen und vielleicht harte Bedrängnis wird erdulden müssen: aber es ist uns keine Wahl mehr geblieben! Wir müssen fechten um unsere Existenz; wir müssen in einen Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben.

Flehen wir den Allmächtigen, den Lenker der Geschicke der Völker, den Lenker der Schlachten an, daß er unsere Waffen segne!

Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der Tat nach zu-

sammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern.

Gott mit uns!

Berlin den 18. Juni 1866. Wilhelm.

38.

Aufruf des Königs Georg von Hannover.

17. Juni 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2334.

An mein getreues Volk!

Se. Majestät der König von Preußen hat mir den Krieg erklärt

Das ist geschehen, weil ich ein Bündnis nicht eingehen wollte, welches die Unabhängigkeit meiner Krone und die Selbständigkeit meines Königreichs antastete, die Ehre und das Recht meiner Krone demütigte und die Wohlfahrt meines getreuen Volkes erheblich zu verletzen geeignet war.

Eine solche Erniedrigung war gegen mein Recht und wider meine Pflicht, und weil ich sie zurückwies, brach der Feind in mein Land.

Ich verließ die augenblicklich gegen feindlichen Überfall nicht zu schützende Residenz, die Königin und meine Töchter, die Prinzessinnen, als teure Pfänder meines Vertrauens zu den getreuen Bewohnern meiner Hauptstadt dort zurücklassend, und begab mich mit dem Kronprinzen, wohin meine Pflicht mich rief, zu meiner treuen und auf mein Geheiß im Süden meines Königreiches rasch sich sammelnden Armee.

Von hier aus richte ich an mein getreues Volk meine Worte: Bleibt getreu Eurem Könige, auch unter dem Drucke der Fremdherrschaft; harret aus in den Wechselfällen der kommenden Zeiten; haltet fest wie Eure Väter, die für ihr Welfenhaus und für ihr Vaterland in nahen und fernen Landen kämpften und endlich siegten, und hoffet mit mir, daß der allmächtige Gott die ewigen Gesetze des Rechts und der Gerechtigkeit unwandelbar durchführt zu einem glorreichen Ende.

Ich in der Mitte meiner treu ergebenen, zu jedem Opfer bereiten Armee vereinige mit dem Kronprinzen meine Bitten für Euer Wohl.

Meine Zuversicht steht zu Gott; mein Vertrauen wurzelt in Eurer Treue.

Göttingen den 17. Juni 1866. Georg Rex.

39.

Die Kapitulation von Langensalza.

29. Juni 1866.

1. Quelle: Proklamation des Königs Georg V. vom 28. Juni 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2341.

Nachdem am gestrigen Tage, dem 27. Juni, meine ruhmreiche Armee ein neues unverwelkliches Reis in den Lorbeerkranz geflochten, welcher ihre Fahnen schmückt, hat mir der kommandierende General, Generalleutnant von Arentsschildt, und mit ihm die sämtlichen Brigadiers auf ihre militärische Ehre und ihr Gewissen erklärt, daß meine sämtlichen Truppen wegen der gehabten Anstrengungen und wegen der verschossenen Munition nicht mehr kampffähig seien, ja daß die-

selben wegen der Erschöpfung ihrer Kräfte nicht imstande seien zu marschieren. Zu gleicher Zeit haben der Generalleutnant von Arentsschildt und sämtliche Brigadiers mir erklärt, daß es unmöglich sei, Lebensmittel für die Truppen auf länger als einen Tag herbeizuschaffen.

Da nun heute der kommandierende General, Generalleutnant von Arentsschildt, ferner die Anzeige gemacht hat, er habe sich überzeugt, daß von allen Seiten sehr bedeutende und meiner Armee bei weitem überlegene Truppenmassen heranrückten, so habe ich in landesväterlicher Sorge für meine in der Armee die Waffen tragenden Landeskinder es nicht verantworten zu können geglaubt, das Blut meiner treuen und tapferen Soldaten in einem Kampfe vergießen zu lassen, der nach der auf Ehre und Gewissen erklärten Überzeugung meiner Generale im gegenwärtigen Augenblicke ein erfolgloser sein mußte. Ich habe deshalb den Generalleutnant von Arentsschildt beauftragt, eine militärische Kapitulation abzuschließen, indem eine überwältigende Übermacht sich gegenüber befindet.

Schwere Tage hat die unerforschliche Zulassung Gottes wie über mich, mein Haus und mein Königreich, so auch über meine Armee verhängt; die Gerechtigkeit des Allmächtigen bleibt unsere Hoffnung, und mit Stolz kann jeder meiner Krieger auf die Tage des Unglücks zurückblicken; denn um so heller strahlt in ihnen die Ehre und der Ruhm der hannoverschen Waffen.

Ich habe mit meinem teuren Sohne, dem Kronprinzen, bis zum letzten Augenblick das Los meiner Armee geteilt und werde es stets bezeugen und ihr nie vergessen, daß sie des Ruhmes der Vergangenheit sich auch in der Gegenwart wert gezeigt hat.

Die Zukunft befehle ich voll gläubiger Zuversicht in die Hand des allmächtigen und gerechten Gottes.

Langensalza den 28. Juni 1866. Georg V. Rex.

2. Quelle: Amtliche beeinflußte Bemerkung im Preußischen Staatsanzeiger.

Fundort: L. Hahn, Kaiser Wilhelms Gedenkbuch. S. 211.

Das Schicksal der hannoverschen Truppen, deren ruhmreiche Vergangenheit eng verwoben ist mit den schönsten Kriegstaten unseres eigenen Heeres, muß jedes Soldatenherz mit aufrichtiger Teilnahme erfüllen. Man durfte diese braven Truppen bedauern, als sie während des Feldzuges gegen Dänemark durch eine unglückliche Politik ihrer Regierung zur Untätigkeit verurteilt wurden; heute sind sie zu beklagen, weil neue, traurige Verirrungen ihrer Regierung sie einer unglücklichen Katastrophe entgegengeführt haben. Die hohe Selbstverleugnung aber, mit welcher die hannoversche Armee, treu dem geleisteten Eide, ihr hartes Los getragen, muß ihr die Achtung der preußischen Armee sichern.

40.

Die Schlacht bei Königgrätz.

3. Juli 1866.

1. Quelle: Telegramm des Königs vom 3. Juli, nachts 11 Uhr.

Fundort: Erich Brandenburg a. a. O. S. 190.

An die Königin Augusta. Einen vollständigen Sieg über die österreichische Armee, nahe an Königgrätz, zwischen der Elbe und Bistritz, haben wir heute in

einer achtstündigen Schlacht erfochten. Verlust des Feindes und Trophäen noch nicht gezählt, aber bedeutend. Einige 20 Kanonen. Alle acht Korps haben gefochten; aber große, schmerzliche Verluste. Ich preise Gott für seine Gnade. Wir sind alle wohl. Der Gouverneur soll Viktoria schießen.

Wilhelm.

2. Quelle: Brief König Wilhelms an die Königin Augusta.

Fundort: Erich Brandenburg a. a. O. S. 190—194.

Horriz, 4. Juli (1866).

Am 2. verließ mich Fritz Karl um 3 Uhr nachmittags nach einem Kriegsrate, in welchem beschlossen wurde, den durch Märsche und Kämpfe erschöpften Mannschaften ein bis zwei Ruhetage zu gönnen. Um ½11 Uhr abends traf jedoch General Voigts-Rhetz wieder bei mir ein, um die Ausbeute der Rekognoszierungen des Tages zu melden, die dahin ging, daß bedeutende feindliche Massen von Josephstadt nach Königgrätz diesseits der Elbe sich von acht bis drei Uhr bewegt hätten, Gefangene aussagten, die Armee konzentriere sich zwischen Elbe und Bistritz um Königgrätz; es wurde mir daher vorgeschlagen, den günstigen Umstand, daß die feindliche Armee sich diesseits der Elbe schlagen zu wollen scheine, zu benutzen und ihr die Schlacht anzubieten. Zu dem Ende sollte sich die 1. Armee mit dem II., III., IV. Korps im Zentrum, Sadowa vor sich habend, aufstellen, General Herwarth mit seinen eineinhalb Korps über Nechanitz in die linke Flanke, Fritz mit der 2. Armee, Garde, I., V., VI. Korps, von Königshof, seinen linken Flügel längs der Elbe, in die rechte Flanke des Feindes vorgehen. Erst um Mitternacht hatte ich mit General Moltke alles festgestellt, bestimmte meinen Aufbruch auf 5 Uhr früh, da die Armee sofort nachts 2 Uhr den Marsch anzutreten hatte. Ich hatte fast vier Meilen zu fahren und glaubte immer noch nicht recht an die Richtigkeit der Annahme, daß der Feind diesseits der Elbe stehen könne. Aber nur zu bald sollte sich die Richtigkeit herausstellen. Als ich in einem kleinen Dorfe, Dub, zu Pferde stieg, regnete es, und dauerte derselbe mit langen Unterbrechungen den Tag über an. Schon bei den Truppen vorüberfahrend, wurde ich fortwährend von denselben mit Hurra begrüßt. Das Gefecht fing soeben 8 Uhr mit Artilleriefeuer des II. Korps an, als ich in Sadowa ankam und auf einer Höhe Posto faßte; dies Korps stand rechts von hier. Die Division Horn (8. Division) ging bei Sadowa über die Bistritz und griff vorliegende waldige Höhen an, gewann bei der Heftigkeit der Verteidigung wenig Terrain, die 7. Division (Fransecky) entwickelte sich mehr links, mit gleich schwankendem Erfolge. Herwarth griff schon nach 1½ Stunden, von Nechanitz kommend, ins Gefecht ein, welches von nun an fast während 5 Stunden hauptsächlich in Artilleriegefecht bestand, untermischt mit Infanteriegefecht in waldigen Bergen. Mit Sehnsucht sahen wir dem Eintreffen der 2. Armee entgegen; denn bei diesem langen Artilleriekampfe mußte dieselbe bereits mehrere Male ihre Reserve-Munition verausgaben. Das Infanteriegefecht schwankte hin und her. Endlich entdeckten wir die ersten Spuren der Annäherung des Garde-Korps; aber das Gefecht konnte man nicht sehen, indem es jenseits einer Höhe vor sich ging und man nur dasselbe aus der feindlichen Flankenstellung annehmen konnte. Trotz dieser Umgehung und trotz des allmählichen, sehr langsamen Vordringens Herwarths hielt der Feind in dem Zentrum immer noch festen Stand. Jetzt wurde die 5. Brigade (Schimmelmann), Leib-, 48. Regiment, zur Unterstützung des Angriffes auf das Zentrum vorgenommen. Ich ritt durch die Regimenter durch, die mich mit

lautem Jubel begrüßten (während Pieffke[1]) im Marsche „Heil dir im Siegerkranz" usw. blies, ein ergreifender Moment). Plötzlich wurde das Artilleriefeuer im Zentrum schwächer und wurde Kavallerie verlangt, ein Zeichen, daß der Feind anfange zu weichen. Jetzt verließ ich meine Höhe, weil der Sieg anfing, sich durch den Flankenangriff der 2. Armee zu entscheiden, und ritt mit der Kavallerie vor.

Hier stieß ich zuerst auf die im vollen Avancieren begriffene (Tambour battant) 2. Garde-Division und Teile des Füsilierregiments inmitten eben genommener 12 Kanonen. Der Jubel, der ausbrach, als diese Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben; die Offiziere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts und von einer Truppe zur anderen, und überall das nicht endenwollende Hurrarufen! Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, sie zu verstehen! So traf ich auch noch die Truppen des I., VI. und V. Armeekorps, auch mein Infanterie-Regiment; vom VIII. Korps nur das 8. Jäger- und vom 7. nur das 17. Regiment, die übrigen waren zu weit schon entfernt in Verfolgung des Feindes. Jetzt brachen unsere Kavallerie-Regimenter vor; es kam zu einem Kavalleriegefecht vor meinen Augen, Wilhelm[2]) an der Spitze seiner Brigade, 1. Garde-Dragoner-, Ziethen-Husaren-, 11. Ulanen-(Hohenlohesches)Regiment, gegen österreichische Küraſſiere, Ulanen, die total kulbutiert wurden, und das Gefechtsfeld, das ich gleich darauf beschritt, sah fürchterlich aus, von zerhauenen Österreichern, tot, lebend! So avancierte dann wieder die Infanterie bis zum Talrande der Elbe, wo jenseits dieses Flusses noch sehr heftiges Granatfeuer erfolgte, in das ich auch geriet, aus dem mich Bismarck ernstlich entfernte. Ich ritt aber nun noch immer umher, um noch ungesehene Truppen zu begrüßen, wo ich Mutius, Württemberg und Bonin[3]) auch antraf. Alle diese Wiedersehen waren unbeschreiblich!! Steinmetz[3]), Herwarth fand ich nicht. Wie sah das Schlachtfeld aus! Wir zählten 35 Kanonen — es scheinen über 50 genommen zu sein — mehrere Fahnen; alles lag voller Gewehre, Tornister, Patronentaschen; wir rechnen bis heute 12000 Gefangene; hier befinden sich 50 gefangene Offiziere. — Aber nun den Revers der Medaille. Unser Verlust ist noch nicht ermittelt; er wird hoch sein. Daß General Hiller von der Garde[4]) geblieben ist, wirst Du schon wissen, ein großer Verlust! Anton Hohenzollern[5]) hat vier Gewehrkugeln im Bein! ich weiß nicht, wie es ihm heute geht! er soll enorm brav gewesen sein. Erckert ist schwer blessiert, ebenso Oberst Obernitz am Kopfe. Das 1. Garde-Regiment hat solche Verluste, daß aus 2 Bataillonen eins formiert ist!! In welcher Aufregung ich war, kannst Du denken! Und zwar der gemischten Art!! Freude und Wehmut. Endlich begegnete ich noch spät 8 Uhr Fritz mit seinem Stabe! Welch ein Moment nach allem Erlebten und am Abend dieses Tages! Ich übergab ihm selbst den Orden pour le mérite, so daß ihm die Tränen herabstürzten; denn er hatte mein Telegramm mit der Verleihung nicht erhalten! Also völlige Überraschung! — Einstens alles mündlich. Erst um 11 Uhr war ich hier, ohne alles, so daß ich auf einem Sofa kampierte.

---

[1]) Ein damals weit bekannter Militärkapellmeister.
[2]) Prinz Wilhelm von Mecklenburg, ein Neffe des Königs.
[3]) Die unter dem Kronprinzen stehenden kommandierenden Generale des VI., Garde-, I. und V. Korps.
[4]) General Hiller von Gärtingen war Befehlshaber der ersten Gardedivision.
[5]) Prinz Anton von Hohenzollern starb an den Wunden.

41.

Die Entscheidung für den Frieden.

26. Juli 1866.

Quelle: Kriegsgeschichtliche Abteilung des Großen Generalstabes a. a. O. S. 715—717.

Es war eine ernste und wichtige Entscheidung, welche an Se. Majestät den König herantrat, ähnlich der über den Beginn des Krieges.

Sollte dieser fortgesetzt werden in der Hoffnung auf noch größere Resultate? Die Armee stand vor Wien. Preßburg war schon nahezu in der Hand der preußischen Streitkräfte gewesen. Auf den Ausfall einer zweiten Schlacht, wenn sie erforderlich werden sollte, blickte man ohne Besorgnis, und möglich war der Einzug in Wien ohne allzu große Opfer.

Die militärischen Bedingungen waren also für den Augenblick günstig und von diesem Standpunkt aus die Wünsche natürlich, den Sieg bis an die äußerste Grenze zu verfolgen und der bewährten Kraft des preußischen Heeres volle Entfaltung zu gestatten. Ein Ziel, welches der erste Napoleon sich nie versagt hatte — die Hauptstadt des Gegners — lag in verlockender Nähe; ihre Türme waren den Blicken der Vorposten sichtbar.

Andererseits aber blieb wohl zu erwägen, daß Österreich, selbst nach dem Verluste von Wien, nicht genötigt war, Frieden zu schließen. Sein Heer konnte nach Ungarn ausweichen und die Komplikationen europäischer Politik abwarten.

Kam auf der vom Kaiser Napoleon vorgeschlagenen und dem Wesen nach öffentlich bekannten Basis ein Friede nicht zustande, so verletzte dies die Interessen nicht minder wie die Würde Frankreichs.

Ein großes Ziel war erreicht, sollte man, um ein größeres zu gewinnen, neue Opfer und äußerste Anstrengungen dem preußischen Volke auferlegen, das Errungene nochmals in Frage stellen? Eine weise Politik bemißt ihre Ziele nicht nach dem Begehrenswerten, sondern nach dem Notwendigen. Deutschlands nationale Entwickelung unter Preußens Führung war durch den dargebotenen Frieden gesichert, weitergehende Projekte der Eroberung, wie man sie Preußen zuzuschreiben gern geneigt ist, lagen nicht in dem Willen seiner Regierung.

Monarch und Volk durften sich sagen, daß sie der Pflicht Genüge getan, welche ein hoher Beruf dem Staate wie dem einzelnen auferlegt; sie mußten anerkennen, daß ein weiteres zwingendes Bedürfnis für die Sicherheit und die Entfaltung des nationalen Lebens Preußens und Deutschlands nicht vorlag. Was Preußen jetzt zu gewinnen im Begriffe stand an territorialem und an Machtzuwachs, das durfte es hoffen, bald und vollständig zu einem gemeinsamen Organismus mit dem bisherigen Bestande des Staates verwachsen zu sehen.

Die von Österreich dargebotenen Bedingungen schlossen ferner die Möglichkeit künftiger Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den früheren Bundesgenossen nicht aus. Weder der Ehre, noch der Macht Österreichs war eine Wunde geschlagen, welche eine unheilbare Feindschaft zwischen beiden Staaten notwendig im Gefolge hatte! Wenn man mehr forderte, wenn eine glückliche Fortsetzung des Krieges mehr zu erzwingen erlaubte, so mußte ein Stachel zurückbleiben, den keine Zeit entfernt hätte. Den Bruch zwischen Preußen und Österreich zu verewigen, konnte nicht im Interesse Preußens und Deutschlands liegen.

Die Erwägungen, welche in jenen entscheidenden Tagen in Nikolsburg im Rate Sr. Majestät des Königs auf die große Frage über Krieg und Frieden bestimmend einwirkten, haben hier nur flüchtig und in ihren allgemeinsten Umrissen angedeutet werden können. Ihre rückhaltlose Darlegung muß der künftigen Geschichtschreibung vorbehalten bleiben.

Die Entscheidung Sr. Majestät fiel für den Frieden aus.

Die Präliminarien wurden am 26. Juli unterzeichnet und die Ratifikationen am 28. ausgetauscht.

Der Entschluß des Königs wurde freudig begrüßt von einer Armee und einem Volke, welche mitten im Lauf eines glücklichen und ruhmreichen Krieges nicht verlernt hatten, die Segnungen des Friedens zu schätzen.

42.

Der Friede zu Prag.

23. August 1866.

Quelle: Der Friedensvertrag vom 23. August 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2369.

Im Namen der allerheiligsten und unteilbaren Dreieinigkeit!

Seine Majestät der König von Preußen und Seine Majestät der Kaiser von Österreich, beseelt von dem Wunsche, ihren Ländern die Wohltaten des Friedens wiederzugeben, haben beschlossen, die zu Nikolsburg am 26. Juli 1866 unterzeichneten Präliminarien in einen definitiven Friedensvertrag umzugestalten .....

Art. 2. Behufs Ausführung des Art. 6 der in Nikolsburg am 26. Juli dieses Jahres abgeschlossenen Friedenspräliminarien[1]), und nachdem Se. Majestät der Kaiser der Franzosen durch seinen bei Sr. Majestät dem Könige von Preußen beglaubigten Botschafter amtlich zu Nikolsburg am 29. Juli ejusdem hat erklären lassen: „qu'en ce qui concerne le Gouvernement de l'Empereur, la Vénétie est acquise à l'Italie pour lui être remise à la paix", — tritt Se. Majestät der Kaiser von Österreich dieser Erklärung auch seinerseits bei und gibt seine Zustimmung zu der Vereinigung des lombardo-venetianischen Königreichs mit dem Königreich Italien ohne andere lästige Bedingung als die Liquidierung der Schulden, die, als auf den abgetretenen Landesteilen haftend, werden anerkannt werden in Übereinstimmung mit dem Vorgange des Traktats von Zürich[2]).

Art. 4. Seine Majestät der Kaiser von Österreich erkennt die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Se. Majestät, das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, das Se. Majestät der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale

---

[1]) Der Artikel 6 lautet: Se. Majestät der König von Preußen macht sich anheischig, die Zustimmung seines Verbündeten, Sr. Majestät des Königs von Italien, zu den Friedenspräliminarien und zu dem auf dieselben begründeten Waffenstillstand zu beschaffen, sobald das Venetianische Königreich durch Erklärung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen zur Disposition Sr. Majestät des Königs von Italien gestellt wird. (Aegidi u. Klauhold, Bd. 11, Nr. 2364.)

[2]) Von 1859.

Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale, unabhängige Existenz haben wird.

Art. 5. Seine Majestät der Kaiser von Österreich überträgt auf Se. Majestät den König von Preußen alle seine im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen[1]).

Art. 6. Auf den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers von Österreich erklärt Se. Majestät der König von Preußen sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen, indem er sich dagegen vorbehält, den Beitrag Sachsens zu den Kriegskosten und die günstige Stellung des Königreichs Sachsen innerhalb des Norddeutschen Bundes durch einen mit Sr. Majestät dem Könige von Sachsen abzuschließenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln.

Dagegen verspricht Se. Majestät der Kaiser von Österreich, die von Sr. Majestät dem Könige von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen, anzuerkennen.

Art. 11. Se. Majestät der Kaiser von Österreich verpflichtet sich, behufs Deckung eines Teiles der für Preußen aus dem Kriege erwachsenen Kosten an Se. Majestät den König von Preußen die Summe von 40 Millionen preußischer Taler zu zahlen. Von dieser Summe soll jedoch der Betrag der Kriegskosten, die Se. Majestät der Kaiser von Österreich laut Art. 12 des gedachten Wiener Friedens vom 30. Oktober 1864 noch an die Herzogtümer Schleswig und Holstein zu fordern hat, mit 15 Millionen preußischer Taler und als Äquivalent der freien Verpflegung, die die preußische Armee bis zum Friedensschlusse in den von ihr okkupierten österreichischen Landesteilen haben wird, mit fünf Millionen preußischer Taler in Abzug gebracht werden, so daß nur 20 Millionen preußischer Taler bar zu zahlen bleiben.

Die Hälfte dieser Summe wird gleichzeitig mit dem Austausche der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages, die zweite Hälfte drei Wochen später zu Oppeln bar berichtigt werden[2]).

43.

Die Vereinigung der neuerworbenen Länder mit der preußischen Monarchie.

1866.

1. Quelle: Königliche Botschaft vom 16. August 1866, betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der freien Stadt Frankfurt mit der preußischen Monarchie.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2387.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., tun kund und fügen hiermit zu wissen: Die Regierungen des Königreichs Hannover, des Kur-

[1]) Diese Abmachung ist in Rücksicht auf die Wünsche Napoleons getroffen. Der Artikel wurde im Jahre 1878 auf Grund einer mit Österreich getroffenen Vereinbarung aufgehoben.

[2]) Der Vertrag hat 14 Artikel.

fürstentums Hessen und des Herzogtums Nassau, sowie die freie Stadt Frankfurt haben sich durch ihre Teilnahme an dem feindlichen Verhalten des ehemaligen Bundestages in offenen Kriegszustand mit Preußen versetzt. Sie haben sowohl die Neutralität, als das von Preußen unter dem Versprechen der Garantie ihres Territorial-Bestandes ihnen wiederholt und noch in letzter Stunde angebotene Bündnis abgelehnt, haben an dem Kriege Österreichs mit Preußen tätigen Anteil genommen und die Entscheidung des Krieges über sich und ihre Länder angerufen.

Diese Entscheidung ist nach Gottes Ratschluß gegen sie ausgefallen. Die politische Notwendigkeit zwingt uns, ihnen die Regierungsgewalt, deren sie durch das siegreiche Vordringen unserer Heere entkleidet sind, nicht wieder zu übertragen.

Die genannten Länder würden, falls sie ihre Selbständigkeit bewahrten, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feindseligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierungen der preußischen Politik und militärischen Aktion Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten können, welche weit über das Maß ihrer tatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgingen. Nicht in dem Verlangen nach Ländererwerb, sondern in der Pflicht, unsere ererbten Staaten vor wiederkehrender Gefahr zu schützen, der nationalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben, liegt für uns die Nötigung, das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, das Herzogtum Nassau und die freie Stadt Frankfurt auf immer mit unserer Monarchie zu vereinigen.

Wohl wissen wir, daß nur ein Teil der Bevölkerung jener Staaten mit uns die Überzeugung von dieser Notwendigkeit teilt. Wir achten und ehren die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit, welche die Bewohner derselben an ihre bisherigen Fürstenhäuser und an ihre selbständigen politischen Einrichtungen knüpfen. Allein wir vertrauen, daß die lebendige Beteiligung an der fortschreitenden Entwicklung des nationalen Gemeinwesens in Verbindung mit einer schonenden Behandlung berechtigter Eigentümlichkeiten den unvermeidlichen Übergang in die neue, größere Gemeinschaft erleichtern werde.

Die beiden Häuser des Landtages fordern wir auf, die zur beabsichtigten Vereinigung erforderliche verfassungsmäßige Einwilligung zu erteilen, und lassen ihnen zu diesem Behufe den beikommenden Gesetzentwurf zugehen.

Gegeben Berlin den 16. August 1866. Wilhelm.

2. Quelle: Proklamation an die Einwohner des vormaligen Königreichs Hannover vom 3. Oktober 1866.[1])

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2404.

Durch das Patent, welches ich heute vollzogen habe, vereinige ich Euch, Einwohner des hannoverschen Landes . . ., mit meinen Untertanen, Euren Nachbarn und deutschen Brüdern.

Durch die Entscheidung des Krieges und durch die Neugestaltung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes nunmehr von einem Fürstenhause getrennt, dem Ihr mit treuer Ergebenheit angehangen, tretet ihr jetzt in den Verband des Nachbarlandes, dessen Bevölkerung Euch durch Stammesgemeinschaft, durch Sprache und Sitte verwandt und durch Gemeinsamkeit der Interessen befreundet ist.

---

[1]) Die Proklamationen an die Bewohner von Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main wurden gleichfalls unter dem 3. Oktober erlassen. Sie stimmen mit der hierher gesetzten fast wörtlich überein.

Wenn Ihr Euch nicht ohne Schmerz von früheren, Euch liebgewordenen Verhältnissen lossagt, so ehre ich diesen Schmerz und würdige denselben als eine Bürgschaft, daß Ihr und Eure Kinder auch mir und meinem Hause mit Treue angehören werdet. Ihr werdet die Notwendigkeit des Geschehenen erkennen; denn sollen die Früchte des schweren Kampfes und der blutigen Siege für Deutschland nicht verloren sein, so gebietet es ebenso die Pflicht der Selbsterhaltung, als die Sorge für die Förderung der nationalen Interessen, Hannover usw. mit Preußen fest und dauernd zu vereinigen. Und — wie schon mein in Gott ruhender Herr Vater es ausgesprochen — nur Deutschland hat gewonnen, was Preußen erworben.

Dieses werdet Ihr mit Ernst erwägen, und so vertraue ich Eurem deutschen und redlichen Sinn, daß Ihr mir Eure Treue ebenso aufrichtig geloben werdet, wie ich zu meinem Volke Euch aufnehme. Euren Gewerben, Eurem Handel und Eurer Schiffahrt eröffnen sich durch die Vereinigung mit meinen Staaten reichere Quellen. Meine Vorsorge wird Eurem Fleiße wirksam entgegenkommen.

Eine gleiche Verteilung der Staatslasten, eine zweckgemäße, energische Verwaltung, sorgsam erwogene Gesetze, eine gerechte und pünktliche Justizpflege, kurz, alle die Garantien, welche Preußen zu dem gemacht, als was es sich jetzt in harter Probe bewährt hat, werden Euch fortan gemeinsame Güter sein.

Eure kriegstüchtige Jugend wird sich ihren Brüdern in meinen anderen Staaten zum Schutze des Vaterlandes treu anschließen, und mit Freude wird die preußische Armee die tapferen Hannoveraner usw. empfangen, denen in den Jahrbüchern deutschen Ruhmes nunmehr ein neues, größeres Blatt eröffnet ist.

Die Diener der Kirchen werden auch fernerhin die Bewahrer des väterlichen Glaubens sein.

Euren Lehranstalten, den vieljährigen Pflegerinnen deutscher Kunst und Wissenschaft, werde ich meine besondere Aufmerksamkeit widmen, und wenn der preußische Thron, je länger, desto mehr als der Hort der Freiheit und Selbständigkeit des deutschen Vaterlandes erkannt und gewürdigt wird, dann wird auch Euer Name unter denen seiner Söhne verzeichnet werden; dann werdet auch Ihr den Augenblick segnen, der Euch mit einem größeren Vaterlande vereinigt hat.

Das walte Gott.

Schloß Babelsberg den 3. Oktober 1866. Wilhelm.

44.

Geheimes Bündnis zwischen Preußen und Bayern.

1866.

Quelle: Der Bündnisvertrag zwischen Preußen und Bayern vom 22. August 1866[1]).

Fundort: S. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 1. S. 501 und 502.

Art. 1. Zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und Sr. Majestät dem Könige von Bayern wird hiermit ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen. Es garantieren sich die hohen Kontrahenten gegenseitig die Integrität des Gebiets

[1]) Die Verträge mit Württemberg, Baden und dem Großherzogtum Hessen sind völlig gleichlautend. Sie sind am Tage des Friedensschlusses mit den einzelnen Ländern abgeschlossen: mit Württemberg am 13. August, mit Baden am 17. August und mit Hessen am 3. September 1866. Sie wurden am 19. März 1867 veröffentlicht, als sich die Luxemburger Frage zu der Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich auswuchs.

ihrer bezüglichen Länder und verpflichten sich, im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen.

Art. 2. Se. Majestät der König von Bayern überträgt für diesen Fall den Oberbefehl über seine Truppen Sr. Majestät dem Könige von Preußen.

Art. 3. Die hohen Kontrahenten verpflichten sich, diesen Vertrag vorerst geheim zu halten.

Art. 4. Die Ratifikation des vorstehenden Vertrages erfolgt gleichzeitig mit der Ratifikation des unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Friedensvertrages, also bis spätestens zum 3. kommenden Monats.

Zu Urkund dessen haben die ... Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppelter Ausfertigung am heutigen Tage mit ihrer Namensunterschrift und ihrem Siegel versehen.

So geschehen zu Berlin den 22. August 1866.

45.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes.

1866.

Quelle: Bündnisvertrag zwischen Preußen und den meisten norddeutschen Staaten vom 18. August 1866.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 2378. Anlage.

Um der auf Grundlage der preußischen identischen Noten vom 16. Juni 1866[1]) ins Leben getretenen Bundesgenossenschaft zwischen Preußen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg usw. einen vertragsmäßigen Ausdruck zu geben, haben die verbündeten Staaten den Abschluß eines Bündnisvertrages beschlossen und zu diesem Zweck mit Vollmacht versehen:[2]) ...., welche über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. Die Regierungen von ... schließen ein Offensiv- und Defensivbündnis zur Erhaltung der Unabhängigkeit und Integrität, sowie der inneren und äußeren Sicherheit ihrer Staaten und treten sofort zur gemeinschaftlichen Verteidigung ihres Besitzstandes ein, welchen sie sich gegenseitig durch dieses Bündnis garantieren.

Art. 2. Die Zwecke des Bündnisses sollen defensiv durch eine Bundesverfassung auf der Basis der preußischen Grundzüge vom 10. Juni 1866[3]) sichergestellt werden, unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlaments[4]).

---

[1]) Diese gleichlautenden Noten vom 16. Juni 1866 waren gerichtet an die beiden Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar, die drei sächsischen Herzogtümer, Braunschweig, Anhalt, die beiden Reuß, die beiden Schwarzburg, Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe und die drei Hansestädte und enthielten die Aufforderung, mit Preußen ein Bündnis zu schließen im Sinne des Verfassungsentwurfes vom 10. Juni 1866. Nur Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie lehnten diese Einladung ab. Der vorliegende Bündnisvertrag wurde von den meisten Staaten am 18. August 1866 unterschrieben. Man beschränkte sich darauf, die Voraussetzungen und Zusicherungen der Note vom 16. Juni 1866 in die vertragsmäßige Form zu erheben.

[2]) Es folgen die Namen der von den einzelnen Regierungen bevollmächtigten Staatsmänner.

[3]) Vgl. Nr. 36. C.

[4]) Dies Parlament, der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes, trat am 24. Februar 1867 zusammen; am 4. März legte Bismarck den von ihm in seinen Grundzügen selbst aufgestellten Verfassungsentwurf vor (vgl. Nr. 46); am 17. April ward die neue Bundesverfassung erlassen.

Art. 3. Alle zwischen den Verbündeten bestehende Verträge und Übereinkünfte bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch gegenwärtiges Bündnis ausdrücklich modifiziert werden.

Art. 4. Die Truppen der Verbündeten stehen unter dem Oberbefehl Seiner Majestät des Königs von Preußen. Die Leistungen während des Krieges werden durch besondere Verabredungen geregelt.

Art. 5. Die verbündeten Regierungen werden gleichzeitig mit Preußen die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849[1]) vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Parlament anordnen und letzteres gemeinschaftlich mit Preußen einberufen. Zugleich werden sie Bevollmächtigte nach Berlin senden, um nach Maßgabe der Grundzüge vom 10. Juni d. J. den Bundesverfassungsentwurf festzustellen, welcher dem Parlament zur Beratung und Vereinbarung vorgelegt werden soll.

Art. 6. Die Dauer des Bündnisses ist bis zum Abschluß des neuen Bundesverhältnisses, eventuell auf ein Jahr, festgesetzt, wenn der neue Bund nicht vor Ablauf eines Jahres geschlossen sein sollte.

Art. 7. Der vorstehende Bündnisvertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sobald als möglich, spätestens aber innerhalb drei Wochen, vom Datum des Abschlusses an, in Berlin ausgewechselt werden.

46.

Geist und Wesen der Bundesverfassung.

1867.

Quelle: Rede Bismarcks bei der Besprechung über den Verfassungsentwurf am 11. März 1867.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 1. S. 598—607.

... Meine Absicht ist ebensowenig, der Spezialdiskussion vorzugreifen, sondern nur wenige allgemeine Gesichtspunkte zu entwickeln, die uns bei der Aufstellung der Verfassung geleitet haben.

Es hat nicht unsere Absicht sein können, ein theoretisches Ideal einer Grundverfassung herzustellen, in welcher die Einheit Deutschlands einerseits auf ewig verbürgt werde, auf der anderen Seite jeder partikularistischen Regung die freie Bewegung gesichert bleibe. Einen solchen Stein der Weisen, wenn er zu finden ist, zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen, einer solchen Quadratur des Zirkels um einige Dezimalstellen näher zu rücken, ist nicht die Aufgabe der Gegenwart. Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, in Erinnerung und in richtiger Schätzung, glaube ich, derjenigen Widerstandskräfte, an welchen die früheren Versuche in Frankfurt und Erfurt gescheitert sind, diese Widerstandskräfte so wenig, als es irgend mit dem Zweck verträglich war, herauszufordern. Wir haben es für unsere Aufgabe gehalten, ein Minimum derjenigen Konzessionen zu finden, welche die Sonderexistenzen auf deutschem Gebiete der Allgemeinheit machen müssen, wenn diese Allgemeinheit lebensfähig werden soll: wir mögen das Elaborat, das dadurch zustande gekommen ist[2]), mit dem Namen einer Verfassung belegen oder

[1]) Vgl. Nr. 17.

[2]) Bismarck hat in wenigen Stunden im Dezember 1866 die grundlegende Skizze gemacht und die leitenden Gesichtspunkte aufgestellt, nach denen seine beiden Mitarbeiter Delbrück und Bucher den Entwurf fertig stellten. Bismarck ließ sich von dem Gedanken

nicht, das tut zur Sache nichts. Wir glauben aber, daß, wenn es hier angenommen wird, für das deutsche Volk die Bahn frei gemacht worden ist, und daß wir das Vertrauen zum Genius unseres eigenen Volkes haben können, daß es auf dieser Bahn den Weg zu finden wissen wird, der zu seinen Zielen führt.

Wenn zu diesem Zweck, nach unserer Ansicht wenigstens, das Gegebene hinreicht, so begreife ich vollständig, daß viele Wünsche unbefriedigt bleiben, daß man daneben noch eine Menge anderer Dinge gewünscht und gleich gewünscht hätte. Ich begreife aber nicht, wie man, weil diese Wünsche bisher unerfüllt geblieben sind, das Gebotene ablehnen und dabei doch behaupten will, man wolle überhaupt eine Verfassung, die Deutschland zur Einheit führen könne . . . . .

Für den Augenblick wüßte ich dem, was ich gesagt habe, nichts weiter hinzuzufügen, als die . . . Aufforderung: Meine Herren! Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können!

47.

Die Thronkandidatur des Prinzen Leopold wird der französischen Volksvertretung bekannt gegeben.

6. Juli 1870.

Quelle: Erklärung des Herzogs von Gramont[1]) in der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers vom 6. Juli 1870.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19. Nr. 4003.

Il est vrai que le maréchal Prim[2]) a offert au prince Léopold de Hohenzollern la couronne d'Espagne et que ce dernier l'a acceptée. (Sensation.) Mais le peuple espagnol ne s'est point prononcé, et nous ne connaissons point encore les détails vrais d'une négociation qui nous a été cachée. (Mouvement.) Aussi une discussion ne saurait-elle aboutir maintenant à aucun résultat pratique. Nous vous prions, messieurs, de l'ajourner.

Nous n'avons cessé de temoigner nos sympathies à la nation espagnole et d'éviter tout ce qui aurait pu avoir les apparences d'une immixtion quelconque dans les affaires intérieures d'une noble et grande nation en plein exercise de sa souveraineté; nous ne sommes pas sortis, à l'égard des divers prétendants au trône, de la plus stricte neutralité, et nous n'avons jamais témoigné pour aucun d'eux ni préférence ni éloignement. (Marques d'approbation.)

Nous persisterons dans cette conduite.

Mais nous ne croyons pas que le respect des droits d'un peuple voisin nous oblige à souffrir qu'une puissance étrangère, en plaçant un de ses princes sur

---

leiten, durch diese Verfassung dem Kernstaat Preußen die Führerschaft ebenso sicher zu wahren, wie den übrigen Einzelstaaten Würde und Einfluß. Er wünschte die Beschleunigung der Arbeiten, da nach dem Bündnis vom 18. August 1866 der Bund bis zu demselben Tage 1867 geschlossen sein mußte (vgl. Nr. 45). Die Verfassung konnte bereits am 17. April 1867 verkündigt werden. Sie bildet den Kern der heutigen Reichsverfassung, die nur insoweit von ihr abweicht, als es durch die Ereignisse von 1870/71 bedingt wurde.

[1]) Der Herzog von Gramont, der derzeitige Minister des Äußeren, beantwortete durch diese Erklärung eine Interpellation vom 5. Juli, die folgenden Wortlaut hatte: Nous demandons à interpeller le Gouvernement sur la candidature éventuelle d'un prince de la famille royale de Prusse au trône d'Espagne.

[2]) Spanischer Ministerpräsident.

le trône de Charles-Quint, puisse déranger à notre détriment l'équilibre actuel des forces en Europe. . . (Vifs et nombreux applaudissements.) . . . et mettre en péril les intérets et l'honneur de la France. (Nouveaux aupplaudissements — Bravos prolongés.)

Cette éventualité, nous en avons le ferme espoir, ne se réalisera pas.

Pour l'empêcher, nous comptons à la fois sur la sagesse du peuple allemand et sur l'amitié du peuple espagnol . . . . .

S'il en était autrement, forts de votre appui, messieurs, et de celui de la nation . . . nous saurions remplir notre devoir sans hésitation et sans faiblesse. (Longs applaudissement. Acclamations répétées. — Mouvements et réclamations sur quelques bancs à gauche.) . . . (M. le ministre des affaires étrangères en descendant de la tribune et en retournant à son banc, est accompagné par de nouvelles salves d'applaudissements.)

48.

Die Emſer Depeſche.

13. Juli 1870.

Quelle: Bismarck a. a. O. Bd. 2. S. 87—92.

Zum Rücktritt entſchloſſen[1]), trotz der Vorwürfe, die mir Roon darüber machte, lud ich ihn und Moltke zum 13. ein, mit mir zu drei zu ſpeiſen, und teilte ihnen bei Tiſche meine An- und Abſichten mit. Beide waren ſehr niedergeſchlagen und machten mir indirekt Vorwürfe, daß ich die im Vergleiche mit ihnen größere Leichtigkeit des Rückzuges aus dem Dienſte egoiſtiſch benutzte. Ich vertrat die Meinung, daß ich mein Ehrgefühl nicht der Politik opfern könne, daß ſie beide als Berufsſoldaten wegen der Unfreiheit ihrer Entſchließung nicht dieſelben Geſichtspunkte zu nehmen brauchten wie ein verantwortlicher auswärtiger Miniſter. Während der Unterhaltung wurde mir gemeldet, daß ein Ziffertelegramm, wenn ich mich recht erinnere, von ungefähr 200 Gruppen aus Ems, von dem Geheimrat Abeken[2]) unterzeichnet, in der Überſetzung begriffen ſei. Nachdem mir die Entzifferung überbracht war, welche ergab, daß Abeken das Telegramm auf Befehl Sr. Majeſtät redigiert und unterzeichnet hatte, las ich dasſelbe meinen Gäſten vor[3]), deren Niedergeſchlagenheit ſo tief wurde, daß ſie Speiſe und Trank verſchmähten. Bei wiederholter Prüfung des Aktenſtückes verweilte ich bei der einen Auftrag involvierenden Ermächtigung Sr. Majeſtät, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweiſung ſogleich ſowohl unſeren Ge-

---

[1]) Bismarck wollte aus dem Dienſte ſcheiden, weil er in der Entſagung des hohenzollerſchen Prinzen in der Angelegenheit der ſpaniſchen Kandidatur nach all den beleidigenden Herausforderungen eine Demütigung Deutſchlands ſah, die er amtlich nicht verantworten mochte.

[2]) Der Geheime Legitationsrat Abeken gehörte als Vertreter des Auswärtigen Amtes in jenen kritiſchen Tagen der Umgebung des Königs an. Er machte ſpäter den Krieg im Hauptquartier mit.

[3]) Die am 13. Juli 3 Uhr 50 Min. nachm. in Ems aufgegebene, 6 Uhr 9 Min. in Berlin eingetroffene Depeſche lautete in der Entzifferung:

„Se. Majeſtät ſchreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt ſehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich ſollte ihn autoriſieren, ſofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zuſtimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernſt zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht

sandten, als in der Presse mitzuteilen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf das Maß seines Vertrauens auf den Stand unserer Rüstungen, respektive auf die Zeit, deren dieselben bei der überraschend aufgetauchten Kriegsgefahr noch bedürfen würden. Er antwortete, daß er, wenn Krieg werden sollte, von einem Aufschub des Ausbruches keinen Vorteil für uns erwarte; selbst wenn wir zunächst nicht stark genug sein sollten, sofort alle linksrheinischen Landesteile gegen eine französische Invasion zu decken, so würde unsere Kriegsbereitschaft die französische sehr bald überholen, während in einer späteren Periode dieser Vorteil sich abschwächen würde; er halte den schnellen Ausbruch im ganzen für uns vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege, und wenn wir den Forderungen dieses Gefühls nicht gerecht wurden, so verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung, und das 1866 durch unsere militärischen Erfolge gesteigerte deutsche Nationalgefühl südlich des Mains, wie es sich in der Bereitwilligkeit der Südstaaten zu den Bündnissen ausgesprochen hatte, mußte wieder erkalten ... Die politischen Erwägungen in betreff der süddeutschen Staaten fanden mutatis mutandis[1]) auch auf unsere Beziehungen zu der Bevölkerung von Hannover, Hessen, Schleswig-Holstein Anwendung. Daß diese Auffassung richtig war, beweist die Genugtuung, mit der heute, nach zwanzig Jahren, nicht nur die Holsteiner, sondern auch die Hanseaten der 1870er Heldentaten ihrer Söhne gedenken. Alle diese Erwägungen, bewußt und unbewußt, verstärkten in mir die Empfindung, daß der Krieg nur auf Kosten unserer preußischen Ehre und des nationalen Vertrauens auf dieselbe vermieden werden könne.

In dieser Überzeugung machte ich von der mir durch Abeken übermittelten königlichen Ermächtigung Gebrauch, den Inhalt des Telegramms zu veröffentlichen, und reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern, auf die nachstehende Fassung:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Bot-

---

nehmen dürfe, noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.' Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zumutung auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Se. Majestät stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten, als in der Presse mitgeteilt werden sollte."

[1]) Mit den erforderlichen Abänderungen.

schafter nichts weiter mitzuteilen habe." Der Unterschied in der Wirkung des gekürzten Textes der Emser Depesche im Vergleich mit der, welche das Original hervorgerufen hätte, war kein Ergebnis stärkerer Worte, sondern der Form, welche diese Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaktion Abekens nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde.

Nachdem ich meinen beiden Gästen die konzentrierte Redaktion vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: „So hat das einen anderen Klang, vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare[1]) in Antwort auf eine Herausforderung." Ich erläuterte: „Wenn ich diesen Text, welcher keine Änderungen und keinen Zusatz des Telegramms enthält, in Ausführung des allerhöchsten Auftrags sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegraphisch an alle unsere Gesandtschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und anderen ab, die der Ursprung des Krieges hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen seien, und die gallische Überhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Öffentlichkeit, soweit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstags möglich ist, verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten."

Diese meine Auseinandersetzung erzeugte bei den beiden Generalen einen Umschlag zu freudiger Stimmung, dessen Lebhaftigkeit mich überraschte. Sie hatten plötzlich die Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune. Roon sagte: „Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen." Moltke trat so weit aus seiner gleichmütigen Passivität heraus, daß er sich mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: „Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher die alte Karkasse[2]) der Teufel holen." Er war damals hinfälliger als später und hatte Zweifel, ob er die Strapazen des Feldzuges überleben werde

49.

Die Begeisterung in Deutschland bei Kriegsausbruch.

1870.

Quelle: Brief König Wilhelms an die Königin Augusta vom 15. Juli 1870.

Fundort: Erich Brandenburg a. a. O. S. 226–228.

Berlin, 15. Juli 1870.

An Königin Augusta.

So sind also die eisernen Würfel gefallen, schneller als man es erwarten konnte! Gottes Wege sind nicht unsere Wege, und vor seinem Angesicht stehe ich mit ruhigem Gewissen, daß ich diese Katastrophe nicht verschulde! Sein Wille wird weiter geschehen und uns lenken! Amen!

---

[1]) Chamade ist ein Signal, das andeutet, daß man zur Übergabe bereit ist. Fanfare ist ein Signal zum Angriff.

[2]) Karcasse ist ein Gerippe.

Meine Reise also glich in und von Ems bis hier einem Triumphzuge; ich habe so etwas nicht geahnt, nicht für möglich gehalten. Alle Bahnhöfe überfüllt, auch die, wo nicht gehalten wurde; in Kassel eine Adresse des Magistrates, in Göttingen die ganze Universitätsjugend; von Braunschweig hatte ein Extrazug Hunderte von Menschen nach meiner Station gebracht; in Magdeburg waren alle Wagen und Transportwagen mit Menschen besetzt; in Potsdam der Perron Kopf an Kopf, und nun hier! Eine solche Masse Menschen und Wagen alle aufgefahren nebeneinander vom Bahnhof, Anhaltstraße, Königgrätzer Straße bis zum Brandenburger Tor und unter den Linden auf der anderen Seite, alle Fenster voller Menschen, Illumination und an dem Palais unabsehbar Menschen, denen ich mehrere Male am Fenster und unter der Veranda [mich] zeigen mußte, und noch diesen Moment, ½11 Uhr, dauert das Singen und Schreien fort!! Mich erfüllt eine komplette Angst bei diesem Enthusiasmus; denn was für Chancen bietet nicht der Krieg, wo all dieser Jubel oft verstummen könnte und müßte! — In Brandenburg kam mir Fritz, Bismarck, Roon und Moltke entgegen! Wir besprachen die ganze Lage, und ich setzte für morgen ein Konseil an, nicht ahnend, was mir bei der Ankunft bevorstand! Vom Feldmarschall[1]), Generalen, Magistrat wurde ich empfangen und trat mit ihnen in das Zimmer, diese Personen zu begrüßen, als Bismarck ein Telegramm öffnete — die Kriegserklärung stand im Wolffschen Telegramm, worauf Thiele eines vorlas, das die vollständigen Details bereits enthielt[2])!

Denke Dir meinen Eindruck, solche Nachricht beim ersten Schritt in die Residenz! Natürlich war der erste Gedanke, sofort mit der Mobilmachung der ganzen Armee zu antworten, was sofort besprochen und befohlen wurde!! Und jetzt sind die Befehlstelegramme schon nach allen Seiten fort! Und ebenso sind die Süddeutschen aufgefordert, das gleiche zu tun, von denen heute noch die allerbesten Aussprüche eingingen und auch von einem völligen Enthusiasmus dort berichtet wird! Kurzum, es ist ein Nationalgefühl, wie man es wohl niemals so allgemein und gleich erlebt hat! — Aber welche Erwartungen werden mir aufgebürdet! Wie wird ihnen entsprochen werden können?! Gott mit uns!

Dein treuester, tief ergriffener Freund W[ilhelm].

50.

Die Eröffnung des Reichstages des Norddeutschen Bundes.

19. Juli 1870.

Quelle: Thronrede König Wilhelms I.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19. Nr. 4056.

Geehrte Herren vom Reichstage des Norddeutschen Bundes!

Als ich Sie bei Ihrem letzten Zusammentreten an dieser Stelle im Namen der verbündeten Regierungen willkommen hieß, durfte ich es mit freudigem Dank bezeugen, daß meinem aufrichtigen Streben, den Wünschen der Völker und den Bedürfnissen der Zivilisation durch Verhütung jeder Störung des Friedens zu entsprechen, der Erfolg unter Gottes Beistand nicht gefehlt habe.

---

[1]) Der alte Wrangel.

[2]) Thiele war Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen. Wolfftelegramm ist ein Telegramm des Wolffschen Telegraphenbüros. König Wilhelm erhielt damals die Nachricht von der französischen Mobilmachung und der Kriegsrede, die der französische Ministerpräsident Ollivier an demselben Tage im Gesetzgebenden Körper gehalten hatte.

Wenn nichtsdestoweniger Kriegsdrohung und Kriegsgefahr den verbündeten Regierungen die Pflicht auferlegt haben, Sie zu einer außerordentlichen Session zu berufen, so wird in Ihnen wie in uns die Überzeugung lebendig sein, daß der Norddeutsche Bund die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens auszubilden bemüht war, und daß, wenn wir gegenwärtig diese Volkskraft zum Schutze unserer Unabhängigkeit aufrufen, wir dem Gebote der Ehre und der Pflicht gehorchen.

Die spanische Thronkandidatur eines deutschen Prinzen, deren Aufstellung und Beseitigung die verbündeten Regierungen gleich fern standen, und die für den Norddeutschen Bund nur insofern von Interesse war, als die Regierung jener uns befreundeten Nation daran die Hoffnung zu knüpfen schien, einem vielgeprüften Lande die Bürgschaften einer geordneten und friedliebenden Regierung zu gewinnen, hat dem Gouvernement des Kaisers der Franzosen den Vorwand geboten, in einer dem diplomatischen Verkehr seit langer Zeit unbekannten Weise den Kriegsfall zu stellen und diesen auch nach Beseitigung jenes Vorwandes mit jener Geringschätzung des Anrechtes der Völker auf die Segnungen des Friedens festzuhalten, von der die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs analoge Beispiele bietet.

Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechtes und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, das die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewalttat.

Es ist keine Überhebung, die mir diese Worte in den Mund legt. Die verbündeten Regierungen wie ich selbst, wir handeln in dem vollen Bewußtsein, daß Sieg und Niederlage in den Händen des Lenkers der Schlachten ruhen. Wir haben mit klarem Blicke die Verantwortlichkeit ermessen, die vor den Gerichten Gottes und der Menschen den trifft, der zwei große friedliebende Völker im Herzen Europas zu verheerenden Kriegen treibt.

Das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampfe berufen als zu dem blutigen der Waffen.

Doch die Machthaber Frankreichs haben es verstanden, das wohlberechtigte, aber reizbare Selbstgefühl unseres großen Nachbarvolkes durch berechnete Mißleitung für persönliche Interessen und Leidenschaften auszubeuten.

Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, alles, was Ehre und Würde gestatten, getan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe der Verteidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewalttat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war.

51.

Die französische Kriegserklärung.

19. Juli 1870.

Quelle: Die formelle Kriegserklärung, überreicht durch den französischen Geschäftsträger Le Sourd.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19. Nr. 4053.

Berlin, 19 Juillet 1870.

Le Soussigné, chargé d'affaires de France, en exécution des ordres qu'il a reçus de son Gouvernement, a l'honneur de porter à la connaissance de Son Excellence Monsieur le Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Prusse la communication suivante:

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français, ne pouvant regarder que comme une entreprise dirigée contre la sécurité territoriale de la France le projet d'élever un Prince prussien au trône d'Espagne, s'est trouvé dans la nécessité de demander à Sa Majesté le Roi de Prusse l'assurance qu'une telle combinaison ne pourrait se réaliser avec son assentiment.

Sa Majesté le Roi de Prusse s'étant refusé à donner cette assurance et ayant témoigner au contraire à l'Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur des Français qu'il entendait se réserver, pour cette éventualité comme pour toute autre, la faculté de consulter les circonstances, le Gouvernement impérial a dû voir dans la déclaration du Roi une arrière-pensée menaçante pour la France comme pour l'équilibre général des forces en Europe. Cette déclaration a été aggravée encore par la notification faites aux cabinets du refus de recevoir l'Ambassadeur de l'Empereur et d'entrer dans aucune explication nouvelle avec lui.

En conséquence, le gouvernement de Sa Majesté Impériale a jugé qu'il avait l'obligation de pourvoir immédiatement à la défence de son honneur et de ses intérêts compromis et, résolu à prendre, à cet effet, toutes les mesures commandées par la situation qui lui est faite, il se considère, dès à présent, comme étant en état de guerre avec la Prusse. Le Soussigné a l'honneur etc.

(signé) Le Sourd.

52.

Die Schlacht bei Wörth.

6. August 1870.

Quelle: Helmuth von Moltke, Geschichte des deutsch-französischen Krieges von 1870/71. Volksausgabe. Berlin 1895. S. 9—14.

Nachdem schon in der Nacht zum 6. die beiderseitigen Vorposten mehrfach aneinander geraten waren, glaubte der Führer der 20. (deutschen) Brigade, sich des dicht vor der Front liegenden Überganges über die ein ernstes Hindernis bildende Sauer bemächtigen zu sollen. Die nach Wörth führende Brücke war zerstört; aber die Schützen durchwateten den Fluß und drangen um 7 Uhr früh in die vom Gegner nicht besetzte Stadt.

Bald genug zeigte es sich, daß man einen zahlreichen Feind in starker Stellung vor sich habe.

Die breiten Wiesen der Sauer liegen überall im wirksamen Bereich des überhöhenden rechten Talhangs, und das weittragende Chassepotgewehr mußte

hier zur vollen Geltung gelangen. Jenseit des Flusses war das Gelände mit Wein- und Hopfenkulturen bedeckt, welche der Verteidigung großen Vorschub boten.

Das bei Wörth entstehende Gefecht wurde schon nach einer halben Stunde abgebrochen; aber da die Artillerie sich von beiden Seiten daran beteiligt hatte, war das Signal für die bayrische Division Hartmann gegeben, welche nun, von Langensulzbach vorgehend, bald in ein lebhaftes Gefecht mit dem linken Flügel der Franzosen trat. Ihrerseits hatten diese zu ihrer Rechten Gunstett angegriffen, wo sie jedoch auf das anrückende XI. Korps trafen.

Beim V. Korps, gegenüber von Wörth, erschallte sonach im Norden wie im Süden der Kampf, und es schien geboten, den Gegner im Zentrum ernstlich zu beschäftigen, um zu verhindern, daß er sich mit aller Macht auf einen der beiden Flügel werfe.

Die Artillerie wurde vorgezogen, und um 10 Uhr standen 108 Geschütze am östlichen Talhang der Sauer im Feuer.

Infanterieabteilungen durchwateten, bis an die Brust im Wasser, den Fluß; aber dieser mit unzureichenden Kräften unternommene Vorstoß scheiterte, und nur mit äußerster Anstrengung vermochte man sich auf dem jenseitigen Ufer zu behaupten.

Vom Kronprinzen lief die Weisung ein, nichts zu unternehmen, was an diesem Tage zur Schlacht führen könne. Bereits aber befand sich das V. Korps in so ernstem Kampfe, daß derselbe nicht ohne die augenscheinlichsten Nachteile abzubrechen war. General von Kirchbach entschloß sich daher, auf eigene Verantwortung das Gefecht weiterzuführen.

Der frontale Angriff war mit den größten Schwierigkeiten verbunden und konnte ohne seitwärtige Unterstützung kaum gelingen. Aber eben jetzt stellten zur Rechten die Bayern infolge des auch an sie gelangten Befehls das Gefecht ein und zogen sich nach Langensulzbach zurück. Zur Linken jedoch stand das XI. Korps bereit, entscheidend einzugreifen. Es bemächtigte sich des Albrechthäuserhofes und drang in den Niederwald ein.

Vorwärts Wörth bestand der Kampf aus einer Reihe wiederholter Vorstöße von beiden Seiten, bei welchen vermöge der Beschaffenheit des Geländes der jedesmalige Angreifer sich im Nachteile befand.

Allmählich jedoch gelang es, sämtliche Bataillone und endlich auch die Artillerie des V. Korps auf das westliche Ufer der Sauer zu bringen, während das XI. Korps dort bereits feste Stützpunkte für weiteres Vorschreiten gewonnen hatte.

Auf die bei Morsbronn eben in einer Rechtsschwenkung begriffene Infanterie stürzten sich nun trotz der denkbar ungünstigsten Bodenbeschaffenheit zwei Kürassier- und ein Lanzierregiment der Brigade Michel mit großer Entschlossenheit. Aber ohne Deckung im Terrain zu suchen, empfing das Regiment Nr. 32 in entwickelter Front die heranbrausende Schar von mehr als 1000 Pferden mit einem Feuer, welches namentlich den Kürassieren ungeheure Verluste bereitete. Einige Reiter durchbrachen die Schützenlinie und gelangten ins Freie; viele wurden im Dorfe gefangen; was übrig blieb, stürmte in wildem Ritt bis nach Walburg fort. Dort stießen die Versprengten auf das preußische 13. Husarenregiment, erlitten neue Verluste und verschwanden vom Schlachtfeld.

Zwar gelang es der Infanterie des französischen rechten Flügels, die vordersten Abteilungen des Gegners bei Albrechtshäuserhof zurückzuwerfen; die weitere Bewegung scheiterte aber an dem Feuer der neu demaskierten Artillerie.

Nachdem endlich auch die letzten Bataillone über die Sauer vorgegangen waren, ging das XI. Korps unter beständigem Ringen Schritt vor Schritt durch

den Niederwald vor. Um $2^1/_2$ Uhr wurde der Nordsaum erreicht, wo sich der linke Flügel des V. Korps anschloß. Das brennende Elsaßhausen wurde erstürmt und auch das lebhaft verteidigte kleine Gehölz südlich von Fröschweiler genommen.

Auf engem Raume zusammengedrängt, war so die Lage des französischen Heeres eine äußerst gefährliche geworden. Zwar hielt sein linker Flügel noch stand gegen die jetzt zu erneutem Angriff vorgeschrittenen Bayern; aber in Front und rechter Flanke sah es sich aus nächster Nähe bedrängt und selbst seinen Rückzug ernstlich bedroht. Marschall Mac Mahon suchte daher durch einen kräftigen Gegenstoß sich nach Süden Luft zu machen. Diesem mußten die östlich von Elsaßhausen stehenden, beim heftigen Kampf in Verwirrung geratenen Abteilungen weichen; sie wurden zum Teil bis in den Niederwald gedrängt, aber schnell wieder gesammelt und vorgeführt. Noch versuchte auch hier die französische Kavallerie das Schicksal des Tages zu wenden. Trotz der sehr ungünstigen Bodenverhältnisse warf sich die Division Bonnemains auf die nicht gedeckt stehenden Gegner, erlitt furchtbare Verluste und stob, ohne zum eigentlichen Einhauen gekommen zu sein, auseinander.

Von Süden rückten jetzt noch die Württemberger, von Norden die Bayern heran. General von Bose, obwohl zweimal verwundet, führte, was er von seinen Abteilungen sammeln konnte, zum Sturm auf das brennende Fröschweiler, den letzten Stützpunkt des Gegners, vor. Die Artillerie rückte auf Kartätschenschußweite heran und bahnte der nun von allen Seiten eindringenden Infanterie den Weg. Nach einem bis aufs äußerste fortgesetzten tapferen Widerstand gingen endlich 5 Uhr die Franzosen in Auflösung gegen Reichshofen und Niederbronn zurück. Der Falkenstein-Bach und die inzwischen dort eingetroffene Division Lespart gewährten eine erste Aufnahme; aber diese frische Abteilung leistete nur kurzen Widerstand und wurde in den allgemeinen Rückzug mit fortgerissen.

Der Sieg der III. Armee war teuer erkauft durch den Verlust von 489 Offizieren und 10000 Mann. Die Einbuße der Franzosen ist nicht genauer bekannt; aber allein an Gefangenen ließen sie 200 Offiziere und 9000 Mann zurück[1]). 33 Geschütze und 2000 Beutepferde fielen in die Hände der Deutschen.

Die innere Auflösung der französischen Armee muß so groß gewesen sein, daß sie unlenksam geworden war. Denn nur eine Brigade der Division Lespart schlug den Weg über Bitsch zur französischen Hauptarmee bei St. Avold ein; alles übrige, dem einmal gegebenen Anstoß folgend, wälzte sich unaufhaltsam in südwestlicher Richtung auf Zabern zurück.

53.

Der Triumphzug und der Tränenzug.

Am Abend der Schlacht bei Wörth (6. August 1870).

Quelle: Karl Klein[2]), Fröschweiler Chronik. 29. Aufl. München 1912. S. 145—148.

Während ... das siegreiche Heer teils in geschlossenen Kolonnen vorüberflutete, teils in aufgelösten Haufen das eroberte Dorf Fröschweiler ausplünderte, erscholl plötzlich von Wörth herauf ein unbeschreibliches Getöse. Es mußte wieder etwas

---

[1]) Seitdem ist festgestellt, daß die Einbuße der Franzosen betrug: 10000 Tote und Verwundete, 6000 unverwundete Gefangene und 8000 Versprengte.

[2]) Der evangelische Pfarrer Karl Klein (1838—1898), von 1867—1882 Geistlicher in Fröschweiler, beschrieb kurz nach dem Kriege die Kriegs- und Friedensbilder, denen er in den großen Tagen von 1870 und 1871 als Zuschauer beigewohnt hatte. Diese Fröschweiler

Neues, Außerordentliches im Anzuge sein. Die Soldaten sprangen, wie von elektrischem Feuer entzündet, zu allen Häusern und Höfen hinaus, stellten sich in Reih und Glied und bildeten auf beiden Seiten der Straße eine undurchdringliche Mauer. Ich stand auf der Haustreppe. „Was ist denn?" — „Der Kronprinz kommt! Der Kronprinz kommt!" — Ich kann nicht sagen, wie diese Nachricht meine Seele durchzuckte ... ich rief meinen Leuten zu: „Schnell heraus, der Kronprinz von Preußen kommt!" Und das Getöse dringt immer näher, und das Triumphgeschrei wird immer größer ... Jetzt sind sie im Unterdorf ... horch, wie sie jubeln! — gebt acht! jetzt biegen sie um die brennende Kirche ... Die Trommeln wirbeln, die Siegeslieder brausen — eine ungeheuere Begeisterung flammt durch die Reihen — alle Häupter sind entblößt, die Mützen fliegen hoch empor, und aus aller Mund tönt ein tausendfaches donnerndes Hurra! Hoch! Hurra! Wir stehen da, wie verzaubert ... Wahrhaftig, da zieht er, umgeben von seinen Generalen (Kirchbach trägt einen Kranz von Eichenlaub), an unseren Blicken vorüber.

Wie sein Angesicht vor Freude strahlt, und wie er so wohlwollend die jubelnden Scharen begrüßt ... Kein Wunder ... Sie haben ihr Blut vergossen, und ihr Hurrarufen läutet dem geschlagenen Cäsar zu Grabe ... Welch großartiges, majestätisches Schauspiel! Was doch in diesem Augenblick sein fürstliches Herz empfunden haben mag? Durch Flammen und Ruinen über die blutige Walstatt ... Ob durch die Siegesfreude auch eine Ahnung zieht von dem tausendfachen Weh, das der Krieg über die Völker wälzt? Und ob es ihm nicht lieber wäre, einst wie ein rechter Salomo Deutschland in Frieden zu regieren, als, mit Siegespalmen geschmückt, auf schäumendem Schlachtroß über blutgetränkte Gefilde zu ziehen? ... Wir glauben's gerne; sein Blick ist milde; seine ganze Erscheinung erweckt Vertrauen; wir vernehmen es auch aus den wenigen Worten, die er zu den verzagten Einwohnern spricht: „Die Leute sollen sich nicht fürchten." Auch sieht man's den immer wiedet Hurra rufenden Kriegern an, sie haben ihn lieb; denn er ist ihres Vaterlands Hoffnung. Und ihm sieht man's auch an; er hat das Bewußtsein: „Ich bin das Haupt; ich schlage, wenn sie streiten" ... Gott weiß, was die Zukunft in ihrem verschleierten Schoße birgt! .....

Item Hebel sagt: „Die goldnen Kronen drücken sehr schwer; 's isch net als wenn's a Strohhut wär ..." — Der Siegeszug bewegt sich vorwärts in der Richtung nach Reichshofen. Im Oberdorf aber schwenkt der hohe Feldherr rechts ab in die Schindergasse; dort liegt in Reisehenners Stube der tapfere General Raoul[1]), blutend aus vielen Wunden, mit zerbrochenem Schwert und brechendem Herzen. Der deutsche Sieger tritt in die Bauernhütte ein, schaut freundlich in die fieberglühenden Augen, drückt teilnahmsvoll die todesmatte Hand — ein Wort huldvoller Anerkennung, eine Träne hochherzigen Mitleids vergelten den erbitterten Widerstand, und noch einmal, unter gewaltigen Siegesmärschen und unter endlosem Freudengeschrei wogt der Triumphzug vorüber. Wir schauen zu; unser Herz möchte in Stücke zerspringen ... überall Schrecken, Brand und Verwüstung, und hier vor unseren Augen in stolzer Ruhmespracht der fremde Eroberer, in unbändiger Begeisterung die feindlichen Scharen ... O Krieg, wie schmerzlich, wie tränenreich sind deine Folgen! Jetzt rauschen die Feierklänge weiter hinab ins

---

Chronik ist ein Volksbuch ersten Ranges. Alles das, was das Volksgemüt damals in tiefster Bewegung erlebte, ist mit einer Wahrheit und Unmittelbarkeit zur Anschauung gebracht, die zum Mit- und Nacherleben auffordert und befähigt.

[1]) Es war der tödlich verwundete französische Divisionsgeneral Raoul.

Tal . . . aus dem Kirchturm schlagen die Flammen hoch gen Himmel und leuchten weit hinaus ins Schlachtgefilde. Aber das Getöse will kein Ende nehmen. Es naht ein anderer Zug. Da kommen sie als Gefangene, hundert-, tausendweise, aus allen Waffengattungen, unsere armen geschlagenen, vor etlichen Tagen noch so fröhlichen, siegesgewissen Soldaten! Da kommen sie, entwaffnet, zerrissen, staubbedeckt, niedergeschlagen, wie verurteilte Missetäter . . . umschlossen, gedrängt, verhöhnt von deutschen Truppen, die sie triumphierend ins Lager abführen. Ist's möglich? Ganze Haufen Kanonen, Mitrailleusen, Wagen und sonstige Siegesbeute . . . Ganze Bataillone . . . Welche Demütigung, welche Niederlage! . . . und für uns alle, welch wehmutsvoller Anblick, welch herzzerreißendes Schauspiel! Da kommen sie! todesmüde von dem langen, schweren Kampfe, bleich vor Schrecken, Gram und Verzweiflung, und Vorwärts! donnert's hinterdrein und: Viktoria! schallt's von allen Seiten. Spott und Verwünschung regnet's von tausend Lippen. Und sie können und dürfen nicht zucken — sie sind ja vernichtet . . . Siehe, wie dort ein deutscher Reiter mit blankem Säbel gegen einen französischen Offizier lossprengt und ihm seinen Degen aus der Scheide reißt, und wie dem Gefangenen vor Schmerz und Schmach die Tränen über die Wangen rollen! wie dort einem Turko, der keuchend, sterbensmüde sich dahinschleppt, die Kolbenstöße auf den Rücken fallen! Wie so manches Schimpfwort, so manche Roheit den geschlagenen Feind in die Gefangenschaft begleiten! Ach, so etwas vergißt man zeitlebens nimmer . . . ja, ja! das ist ein Tränenzug; wir sehen ihn, und auch unsere Tränen fließen; so mancher winkt mit nassen Augen ein dankbares Lebewohl zu unseren Fenstern herüber, und wir können ihm nichts mehr mitgeben als einen Seufzer voll Mitleid . . . Und seht, wie dort auf der Bahre ein Verwundeter so kläglich wimmert! — Sie möchten ihn von einer Seite der Straße zur anderen tragen, wo die Ärzte an Menschenleibern blutig hantieren, — aber sie kommen nicht durchs Gedränge; denn durch solche Siegeszüge darf auch ein Verschmachtender keine Lücke brechen. Er soll zuschauen und . . . sterben . . . und stirbt, sein letztes Wehgeheul verhallt im Freudenjubel, und sein letzter Blick bricht über der Schmach seines Vaterlandes und seiner gefangenen Brüder. Das ist der Krieg! das ist der Krieg, nicht wie oft krankhafte Phantasie ihn träumt, das ist der Krieg in seiner wahren, entsetzlichen Gestalt.

Aber die vielen Gefangenen! . . . immer wieder neue Transporte . . . Wir begreifen es endlich. Sie haben unser Dorf mit Sturm genommen. Sie haben unser Heer unter eiserner Umarmung zusammengedrückt, und die Tore der Flucht den Großenwald hinab waren zu enge. Fahret wohl, ihr tapferen, schmachbedeckten Zeugen einer ruhmvollen Vergangenheit! Das Glücksrad ist zerbrochen. Fahret wohl, ihr unglücklichen Opfer napoleonischer und nationaler Missetat! Die Stunde der Vergeltung ist gekommen!

54.

Der Todesritt der Brigade Bredow in der Schlacht bei Vionville.

16. August 1870.

Quelle: Bericht des Grafen Schmettow, Kommandeurs der Halberstädter Kürassiere.

Fundort: Halberstädter Intelligenzblatt. Jahrgang 1870. Nr. 169.

Kantonnement Etain, unweit Verdun, 22. August 1870.

Hiermit gebe ich Ihnen an, was ich bis jetzt als positiv gewiß mitteilen kann. Ich habe gezögert, weil tot gesagte Persönlichkeiten mitunter gesund wieder er-

schienen sind. Noch bemerke ich, daß bei dieser Gelegenheit gefangen worden zu sein, der Stolz eines jeden Betroffenen sein darf; denn nur verwundet, oder nachdem das Regiment auf seinem Heldenritt zwei Batterien und zwei Infanteriekolonnen durchbrochen, konnte es den französischen Kürassieren gelingen, Gefangene zu machen. Es wäre unverantwortlich von einem Führer, seine Truppe in den sicheren Schlund des Todes hineinzuführen, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen. Dies war der Fall. Der Chef des Generalstabes des III. Armeekorps, Oberst von Voigt-Rhetz, kam zu unserem hochverehrten Brigadekommandeur von Bredow, den wir bei jeder Gelegenheit vorangesehen, und sagte: „Herr General, der kommandierende General hat mit dem General von Rheinbaben verabredet, daß Sie am Walde hier durchbrechen müssen, und Sie stehen noch ruhig hier?" General von Bredow erwiderte: „Ich soll hier am Walde die Infanterie durchbrechen?" „Jawohl," war die Antwort, „wir haben das Dorf bereits genommen und können nicht an den Wald herankommen; das Schicksal der Schlacht hängt davon ab, daß alles aufgeräumt werde, was noch längs des Waldes steht. Sie müssen attackieren und zwar auf das energischste." Wir bildeten zwei Treffen, das Kürassierregiment auf dem linken Flügel den Waldessaum entlang, das Ulanenregiment auf dem rechten Flügel, hundert Schritt zurück. Unser braver General mit seinem Stabe (vier Offiziere), von denen er drei verlor, war ungefähr mit den Kürassieren in gleicher Höhe. Die erste Batterie wurde nur mit zwei Geschützen fertig zum Feuern, und wir waren darin. Die Ehre, den Kommandeur zu holen, konnte ich keinem anderen überlassen, und ich glaube, ich habe ihn gefunden. Es war mir sehr klar, daß es sich bei diesem Todesritt nicht darum handelte, Trophäen heimzubringen, sondern alles niederzuwerfen, was noch zwischen Wald und Chaussee sich stehend befand. In der Batterie war alles niedergehauen, und so ging es in rasendem Jagen auf eine Infanteriekolonne, die niedergeritten und niedergehauen wurde, nachdem sie durchbrochen uns Schüsse nachschickte. Jetzt war das Regiment schon mit den Ulanen zusammengeschlossen. Eine zweite Batterie wurde attackiert, heruntergehauen, was nicht floh, und mit diesem fliehenden Teil ging es auf eine zweite Infanteriekolonne. Kurz, ehe sie erreicht, schwenkten aus einer Waldlücke zwei Schwadronen französischer Kürassiere in die Lücken des Häufleins, und nachdem die letzte Kolonne Infanterie überritten, schwenkte das Häuflein nun pêle-mêle mit den französischen Kürassieren und den Ulanen rechts ab und jagte zurück. Vor der Batterie erhielt ich zwei Schüsse, die den Helm durchbohrten, ohne mich ernstlich zu berühren. Der Adjutant, von zwei Kugeln getroffen, stürzte vom Pferde; der eine Trompeter wurde heruntergeschossen, das Pferd des anderen verwundet; ich sprach noch eine Weile mit dem Rittmeister Heister, bis auch er fiel. Eine Weile war Leutnant Campbell an meiner Seite, bis man ihm übel mitspielte beim Versuch, die Standarte den französischen Kürassieren zu entreißen, die er mit der linken Hand erfaßt hatte. Einige Leute hieben ihn wieder heraus.

Nie werde ich es vergessen, wie ich, ungefähr an der Stelle, von der wir ausgeritten, dem ersten Trompeter, den ich fand, das Regimentssignal zu blasen befahl. Die Trompete war durchschossen, und es kam ein Ton heraus, der mir durch Mark und Bein ging. Auf meinen Ruf fanden sich von 11 Zügen (fünf waren detachiert gewesen) noch drei zusammen. Ein traurig ernstes Biwak, das folgte. Zwei Tage darauf waren wir wieder im Feuer.

Das Regiment verlor sieben Offiziere und 206 Mann. Von sämtlichen Offizieren ist nachgewiesen, daß sie sich in diesseitigen Lazaretten befinden; nur über den Leutnant Friese, der mit zerbrochenem Schenkel auf dem Schlachtfeld gesehen wurde, fehlt dem Regiment Kunde. Rittmeister Meyer und Portepeefähnrich von Stockhausen sind auf dem Schlachtfelde beerdigt.

Graf Schmettow.

55.

Die Schlacht bei Gravelotte.

18. August 1870.

Quelle: Brief König Wilhelms I. an die Königin Augusta vom 19. August 1870.

Fundort: Erich Brandenburg a. a. O. S. 236 und 237.

Schlachtfeld bei Rezonville den 19. August 1870.

Das war ein neuer Siegestag gestern, dessen Folgen noch nicht zu ermessen sind.

Gestern früh gingen das XII., Garde- und IX. Korps gegen die nördliche Straße Metz-Verdun bis St. Marcel und Doncourt vor, gefolgt vom VI. und X. Korps, während das VII. und VIII., sodann auch das II. bei Rezonville gegen Metz stehen blieben.

Als jene Korps rechts schwenkten, in sehr waldigem Terrain, gegen Verneville und St. Privat, begannen diese Korps den Angriff gegen Gravelotte, nicht heftig, um die große Umgehung gegen die starke Position Amanvilliers-Chatel bis zur Metzer Chaussee abzuwarten. Diese weite Umgehung trat erst um 4 Uhr ins Gefecht, mit dem Pivotkorps[1]), dem IX., um 12 Uhr. Der Feind setzte in den Wäldern heftigen Widerstand entgegen, so daß nur langsam Terrain gewonnen wurde. St. Privat wurde vom Gardekorps, Verneville vom IX. Korps genommen, das XII. Korps und Artillerie des III. griffen nun ins Gefecht ein.

Gravelotte wurde von Truppen des VII. und VIII. Korps und die Wälder zu beiden Seiten genommen und behauptet, mit großen Verlusten.

Um die durch die Umgehung zurückgedrängten feindlichen Truppen nochmals anzugreifen, wurde ein Vorstoß über Gravelotte bei einbrechender Dunkelheit unternommen, der auf ein so enormes Feuer hinter Schützengräben, en étage und Geschützfeuer stieß, daß das eben eintreffende II. Korps den Feind mit dem Bajonett angreifen mußte und die feste Position vollständig nahm und behauptete.

Es war 8½ Uhr, als das Feuer auf allen Punkten nach und nach schwieg. Bei jenem letzten Vorstoß fehlten die historischen Granaten von Königgrätz für mich nicht, aus denen mich diesesmal Minister von Roon entfernte. Alle Truppen, die ich sah, begrüßten mich mit enthusiastischen Hurras. Sie taten Wunder der Tapferkeit gegen einen gleich braven Feind, der jeden Schritt verteidigte und oft Offensivstöße unternahm, die jedesmal zurückgeschlagen wurden.

Was nun das Schicksal des Feindes sein wird, der in dem verschanzten, sehr festen Lager der Festung Metz zusammengedrängt steht, ist noch nicht zu berechnen.

Ich scheue mich, nach den Verlusten zu fragen und Namen zu nennen, da nur zu viele Bekannte genannt werden, oft unverbürgt. Dein Regiment soll sich brillant geschlagen haben; Waldersee ist verwundet, ernst, aber nicht tödlich, wie

---

[1]) Pivot = Schwenk- und Drehpunkt.

man sagt. Ich wollte hier biwakieren, fand aber nach einigen Stunden eine Stube, wo ich auf dem mitgeführten königlichen Krankenwagen ruhte und, da ich nicht ein Stück meiner Equipage von Pont-à-Mousson bei mir habe, völlig angezogen seit 36 Stunden bin. Ich danke Gott, daß er uns den Sieg verlieh.

Wilhelm.

56.

Die Schlacht bei Sedan.

1. September 1870.

Quelle: Brief des Königs Wilhelm an die Königin Augusta.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19 (1. Teil). Nr. 4097.

Vendresse, südlich Sedan, 3. September 1870.

Du kennst nun durch meine drei Telegramme[1]) den ganzen Umfang des großen weltgeschichtlichen Ereignisses, das sich zugetragen hat! Es ist wie ein Traum, selbst wenn man es Stunde für Stunde hat abrollen sehen!

Wenn ich mir denke, daß nach einem großen glücklichen Kriege ich während meiner Regierung nichts Ruhmreicheres mehr erwarten konnte und ich nun diesen weltgeschichtlichen Akt erfolgt sehe, so beuge ich mich vor Gott, der allein mich, mein Heer und meine Mitverbündeten ausersehen hat, das Geschehene zu vollbringen, und uns zu Werkzeugen seines Willens bestellt hat. Nur in diesem Sinne vermag ich das Werk aufzufassen, um in Demut Gottes Führung und seine Gnade zu preisen.

Nun folge ein Bild der Schlacht und deren Folgen in gedrängter Kürze.

Die Armee war am Abend des 31. und am 1. früh in den vorgeschriebenen Stellungen angelangt, rund um Sedan. Die Bayern hatten den linken Flügel bei Bazeilles an der Maas, daneben die Sachsen gegen Moncelle und Daigny, die Garde gegen Givonne noch im Anmarsch, das V. und XI. Korps gegen St. Menges und Fleigneux; da hier die Maas einen scharfen Bogen macht, so war von St. Menges bis Donchery kein Korps aufgestellt, in diesem Orte aber Württemberger, die zugleich den Rücken gegen Ausfälle gegen Mézières deckten. Kavallerie-Division Graf Stolberg in der Ebene von Donchery als rechter Flügel. In der Front gegen Süden der Rest der Bayern.

Der Kampf begann trotz dichten Nebels bei Bazeilles schon früh am Morgen, und es entspann sich nach und nach ein sehr heftiges Gefecht, wobei Haus für Haus genommen werden mußte, was fast den ganzen Tag dauerte, und in welches die Erfurter Division Schöler (aus der Reserve, IV. Korps) eingreifen mußte. Als ich um 8 Uhr auf der Front vor Sedan eintraf, begann die große Batterie gerade ihr Feuer gegen die Festungswerke. Auf allen Punkten entspann sich nun ein gewaltiger Geschützkampf, der stundenlang währte, und währenddessen von unserer Seite nach und nach Terrain gewonnen wurde. Die genannten Dörfer wurden genommen.

Sehr tief eingeschnittene Schluchten mit Wäldern erschwerten das Vordringen der Infanterie und begünstigten die Verteidigung. Die Dörfer Illy und Floing wurden genommen, und zog sich allmählich der Feuerkreis immer enger um Sedan zusammen. Es war ein grandioser Anblick von unserer Stellung auf einer dominierenden Höhe hinter jener genannten Batterie, rechts vom Dorfe Fresnois

[1]) Das bekannteste ist unter Nr. 57, 5. Quelle wiedergegeben.

vorwärts, oberhalb Petit Torcy. Der heftige Widerstand des Feindes fing allmählich an nachzulassen, was wir an den aufgelösten Bataillonen erkennen konnten, die eiligst aus den Wäldern und Dörfern zurückliefen. Die Kavallerie suchte einige Bataillone unseres V. Korps anzugreifen, die vortreffliche Haltung bewahrten; die Kavallerie jagte durch die Bataillons-Intervallen durch, kehrte dann um und auf demselben Weg zurück, was sich dreimal von verschiedenen Regimentern wiederholte, so daß das Feld mit Leichen und Pferden besät war, was wir alles von unserem Standpunkte genau mit ansehen konnten. Ich habe die Nummer dieses braven Regimentes noch nicht erfahren können.

Da sich der Rückzug des Feindes auf vielen Stellen in Flucht auflöste und alles, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, in die Stadt und nächste Umgebungen sich zusammendrängte, aber noch immer keine Andeutung sich zeigte, daß der Feind sich durch Kapitulation aus dieser verzweifelten Lage zu ziehen beabsichtigte, so blieb nichts übrig, als durch die genannte Batterie die Stadt bombardieren zu lassen; da es nach 20 Minuten ungefähr an mehreren Stellen bereits brannte, was mit den vielen brennenden Dörfern in dem ganzen Schlachtkreise einen erschütternden Eindruck machte — so ließ ich das Feuer schweigen und sendete den Oberstleutnant von Bronsart vom Generalstabe als Parlamentär mit weißer Fahne ab, der Armee und Festung die Kapitulation antragend. Ihm begegnete bereits ein bayerischer Offizier, der mir meldete, daß ein französischer Parlamentär mit weißer Fahne am Tore sich gemeldet habe. Der Oberstleutnant von Bronsart wurde eingelassen, und auf seine Frage nach dem General en chef wurde er unerwartet vor den Kaiser geführt, der ihm sofort einen Brief an mich übergeben wollte. Da der Kaiser fragte, was für Aufträge er habe, und zur Antwort erhielt: „Armee und Festung zur Übergabe aufzufordern," erwiderte er, daß er sich dieserhalb an den General von Wimpffen zu wenden habe, der für den blessierten Mac Mahon soeben das Kommando übernommen habe, und daß er nunmehr seinen Generaladjutanten Reille mit dem Briefe an mich absenden werde. Es war 7 Uhr, als Reille und Bronsart zu mir kamen; letzterer kam etwas voraus, und durch ihn erfuhren wir erst mit Bestimmtheit, daß der Kaiser anwesend sei. Du kannst Dir den Eindruck denken, den es auf mich vor allem und auf alle machte! Reille sprang vom Pferde und übergab mir den Brief seines Kaisers, hinzufügend, daß er sonst keine Aufträge hätte. Noch ehe ich den Brief öffnete, sagte ich ihm: „Aber ich verlange als erste Bedingung, daß die Armee die Waffen niederlege." Der Brief fängt so an: „N'ayant pas pu mourir à la tête de mes troupes, je dépose mon épée à Votre Majesté", alles weitere mir anheimstellend[1]).

Meine Antwort[1]) war, daß ich die Art unserer Begegnung beklage und um Sendung eines Bevollmächtigten ersuche, mit dem die Kapitulation abzuschließen sei. Nachdem ich dem General Reille den Brief übergeben hatte, sprach ich einige Worte mit ihm als altem Bekannten, und so endigte dieser Akt. — Ich bevollmächtigte Moltke zum Unterhändler und gab Bismarck auf, zurückzubleiben, falls politische Fragen zur Sprache kämen, ritt dann zu meinem Wagen und fuhr hierher, auf der Straße überall von stürmischen Hurras der heranziehenden Trains begrüßt, die überall die Volkshymne anstimmten. Es war ergreifend. Alles hatte Lichter angezündet, so daß man zeitweise in einer improvisierten Illumination

[1]) Siehe Nr. 57. Quelle 1 und 2.

fuhr. Um 11 Uhr war ich hier und trank mit meiner Umgebung auf das Wohl der Armee, die solches Ereignis erkämpfte[1]).

57.

Die Gefangennahme Napoleons und die Kapitulation des französischen Heeres nach der Schlacht bei Sedan.

1. und 2. September 1870.

1. Quelle: Brief Napoleons an König Wilhelm vom 1. September 1870.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19. S. 198. Fußnote.

Monsieur mon frère! N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes il ne me reste qu'à remettre mon épée entre les mains de Votre Majesté. Je suis de Votre Majesté le bon frère

Napoléon.

2. Quelle: Antwort König Wilhelms.

Fundort: E. Brandenburg a. a. O. S. 240 und 241.

Monsieur mon frère. En regrettant les circonstances dans lesquelles nous nous rencontrons, j'accepte l'épée de Votre Majesté et je prie de bien vouloir nommer un de Ses officiers muni de pleins pouvoirs pour traiter de conditions de la capitulation de l'armée, qui s'est si bravement battue sous Vos ordres. De mon côté j'ai désigné le général de Moltke à cet effet.

Je suis de Votre Majesté le bon frère Guillaume.

3. Quelle: Das amtliche Protokoll der Kapitulation.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19. Nr. 4095.

Entre les Soussignés: le chef de l'état-major de Sa Majesté le Roi Guillaume, commandant en chef des armées allemandes, et le général commandant en chef de l'armée française, tous deux munis de pleins pouvoirs de Leurs Majestés de Roi Guillaume et l'empereur Napoléon la convention suivante a été conclue.

Art. 1er. L'armée française, placée sous les ordres du général de Wimpffen, se trouvant actuellement cernée par des forces supérieures autour de Sédan, est prisonnière de guerre.

Art. 2me. Vue la défense valeureuse de cette armée il est fait exception pour tous les généraux et officiers, ainsi que pour les employés supérieurs ayant rang d'officiers, qui engageront leur parole d'honneur par écrit de ne pas porter les armes contre l'Allemagne et de n'agir d'aucune autre manière contre ses intérêts jusqu'à la fin de la guerre actuelle. Les officiers et employés, qui acceptent ces conditions, conserveront leurs armes, et les objets, qui leur appartiennent personnellement.

Art. 3me. Toutes les autres armes, ainsi que tout le matériel de l'armée, consistant en drapeaux. aigles, canons, chevaux, caisses de guerre, équipages de

---

[1]) Trinkspruch des Königs: „Wir müssen heute aus Dankbarkeit auf das Wohl meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhepunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von mir Genannten und jedes einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat." (Oncken, Unser Heldenkaiser. Berlin o. J. S. 153.)

l'armée, munitions etc. seront livrés à Sédan à une commissions militaire instituée par le commandant en chef, pour être remis immédiatement au commissaire allemand.

Art. 4me. La place de Sédan sera livrée ensuite dans son état actuel et au plus tard dans la soirée du 2. Septembre à la disposition de Sa Majesté le Roi de Prusse.

Art. 5me. Les officiers qui n'auront pas pris l'engagement mentionné à l'article 2me, ainsi que les troupes désarmées seront conduits rangés d'après leurs régiments en corps et en ordre militaire. Cette mesure commencera ce 2 Septembre et sera terminée le 3. Ces détachements seront conduits, sur le terrain bordé par la Meuse près d'Iges, pour être remis aux commissaires allemands par leurs officiers, qui céderont alors le commandement à leurs sous-officiers.

Art. 6me. Les médecins militaires sans exceptions resteront en arrière pour prendre soin des blessés.

Fait à Frénois le 2. Septembre 1870.

von Moltke.
de Wimpffen.

4. Quelle: Bericht Bismarcks an den König vom 2. September 1870.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19. Nr. 4096.

Nachdem ich mich gestern abend auf Eurer Königlichen Majestät Befehl hierher begeben hatte, um an den Verhandlungen über die Kapitulation teilzunehmen, wurden letztere bis etwa 1 Uhr nachts durch die Bewilligung einer Bedenkzeit unterbrochen, welche General Wimpffen erbeten, nachdem General von Moltke bestimmt erklärt hatte, daß keine andere Bedingung als die Waffenstreckung bewilligt werden und das Bombardement um 9 Uhr morgens wieder beginnen würde, wenn bis dahin die Kapitulation nicht abgeschlossen wäre. Heute früh gegen 6 Uhr wurde mir der General Reille angemeldet, welcher mir mitteilte, daß der Kaiser mich zu sehen wünsche und sich bereits auf dem Wege von Sedan hierher befinde. Der General kehrte sofort zurück, um Seiner Majestät zu melden, daß ich ihm folgte, und ich befand mich kurz darauf, etwa auf halbem Wege zwischen hier und Sedan, in der Nähe von Frénois, dem Kaiser gegenüber. Seine Majestät befand sich in einem offenen Wagen mit drei höheren Offizieren und ebenso vielen zu Pferde daneben. Persönlich bekannt waren mir von letzteren die Generale Castelnau, Reille und Moskowa, der am Fuße verwundet schien, und Vaubert. Am Wagen angekommen, stieg ich vom Pferde, trat an der Seite des Kaisers an den Schlag und fragte nach den Befehlen Seiner Majestät. Der Kaiser drückte zunächst den Wunsch aus, Eure Königliche Majestät zu sehen, anscheinend in der Meinung, daß allerhöchstdieselben sich ebenfalls in Donchery befänden. Nachdem ich erwidert, daß Eurer Majestät Hauptquartier augenblicklich drei Meilen entfernt in Vendresse sei, fragte der Kaiser, ob Eure Majestät einen Ort bestimmt hätten, wohin er sich zunächst begeben solle, und eventuell, welches meine Meinung darüber sei. Ich entgegnete ihm, daß ich in vollständiger Dunkelheit hierher gekommen und die Gegend mir deshalb unbekannt sei, und stellte ihm das in Donchery von mir bewohnte Haus zur Verfügung, welches ich sofort räumen würde. Der Kaiser nahm dies an und fuhr im Schritt gegen Donchery, hielt aber einige hundert Schritt von der in die Stadt führenden Maasbrücke vor einem einsam gelegenen Arbeiterhause an und fragte mich, ob er nicht dort absteigen

könne. Ich ließ das Haus durch den Legationsrat Grafen Bismarck-Bohlen, der mir inzwischen gefolgt war, besichtigen; nachdem gemeldet, daß seine innere Beschaffenheit sehr dürftig und eng, das Haus aber von Verwundeten frei sei, stieg der Kaiser ab und forderte mich auf, ihm in das Innere zu folgen. Hier hatte ich in einem sehr kleinen, einen Tisch und zwei Stühle enthaltenden Zimmer eine Unterredung von etwa einer Stunde mit dem Kaiser. Seine Majestät betonte vorzugsweise den Wunsch, günstigere Kapitulationsbedingungen für die Armee zu erhalten. Ich lehnte von Hause aus ab, hierüber mit Seiner Majestät zu unterhandeln, indem diese rein militärische Frage zwischen dem General von Moltke und dem General von Wimpffen zu erledigen sei. Dagegen fragte ich den Kaiser, ob Seine Majestät zu Friedensverhandlungen geneigt sei. Der Kaiser erwiderte, daß er jetzt als Gefangener nicht in der Lage sei, und auf mein weiteres Befragen, durch wen seiner Ansicht nach die Staatsgewalt Frankreichs gegenwärtig vertreten werde, verwies mich Seine Majestät auf das in Paris bestehende Gouvernement. Nach Aufklärung dieses aus dem gestrigen Schreiben des Kaisers an Eure Majestät nicht mit Sicherheit zu beurteilenden Punktes erkannte ich und verschwieg dies auch dem Kaiser nicht, daß die Situation noch heute wie gestern kein anderes praktisches Moment als das militärische darbiete, und betonte die daraus für uns hervorgehende Notwendigkeit, durch die Kapitulation Sedans vor allen Dingen ein materielles Pfand für die Befestigung der gewonnenen militärischen Resultate in die Hand zu bekommen. Ich hatte schon gestern abend mit dem General von Moltke nach allen Seiten hin die Frage erwogen, ob es möglich sein würde, ohne Schädigung der deutschen Interessen dem militärischen Ehrgefühl einer Armee, die sich gut geschlagen hatte, günstigere Bedingungen als die festgestellten anzubieten. Nach pflichtmäßiger Erwägung mußten wir beide in der Verneinung dieser Frage beharren. Wenn daher der General von Moltke, der inzwischen aus der Stadt hinzugekommen war, sich zu Eurer Majestät begab, um allerhöchstdemselben die Wünsche des Kaisers vorzulegen, so geschah dies, wie Eurer Majestät bekannt, nicht in der Absicht, dieselben zu befürworten.

Der Kaiser begab sich demnächst ins Freie und lud mich ein, mich vor der Türe des Hauses neben ihn zu setzen. Seine Majestät stellte mir die Frage, ob es nicht tunlich sei, die französische Armee über die belgische Grenze gehen zu lassen, damit sie dort entwaffnet und interniert würde. Ich hatte auch diese Eventualität bereits am Abend zuvor mit General von Moltke besprochen und ging unter Anführung der oben bereits angeführten Motive auch auf die Besprechung dieser Modalität nicht ein. In Berührung der politischen Situation nahm ich meinerseits keine Initiative, der Kaiser nur insoweit, daß er das Unglück des Krieges beklagte und erklärte, daß er selbst den Krieg nicht gewollt habe, durch den Druck der öffentlichen Meinung Frankreichs aber dazu genötigt worden sei . . . . .

Durch Erkundigungen in der Stadt und insbesondere durch Rekognoszierungen der Offiziere vom Generalstabe war inzwischen, etwa zwischen 9 und 10 Uhr, festgestellt worden, daß das Schloß Bellevue bei Frénois zur Aufnahme des Kaisers geeignet und auch noch nicht mit Verwundeten belegt sei. Ich meldete dies Seiner Majestät in der Form, daß ich Frénois als den Ort bezeichnete, den ich Eurer Majestät zur Zusammenkunft in Vorschlag bringen würde, und deshalb dem Kaiser anheimstellte, ob Seine Majestät sich gleich dahin begeben wolle, da der Aufenthalt innerhalb des kleinen Arbeiterhauses unbequem sei und der Kaiser vielleicht einiger Ruhe bedürfen würde. Seine Majestät ging hierauf bereitwillig ein, und

geleitete ich den Kaiser, dem eine Ehreneskorte von Eurer Majestät Leib-Kürassierregiment voranritt, nach dem Schlosse Bellevue, wo inzwischen das weitere Gefolge und die Equipagen des Kaisers, deren Ankunft aus der Stadt bisher für unsicher gehalten zu werden schien, von Sedan eingetroffen waren, ebenso der General Wimpffen, mit welchem in Erwartung der Rückkehr des Generals von Moltke die Besprechung der gestern abgebrochenen Kapitulationsverhandlungen durch den General von Podbielski im Beisein des Oberstleutnants von Verdy und des Stabschefs des Generals von Wimpffen, welche beiden Offiziere das Protokoll führten, wieder aufgenommen wurde. Ich habe nur an der Einleitung derselben durch die Darlegung der politischen und rechtlichen Situation nach Maßgabe der mir vom Kaiser selbst gewordenen Aufschlüsse teilgenommen, indem ich unmittelbar darauf durch den Rittmeister Grafen von Nostitz im Auftrage des Generals von Moltke die Meldung erhielt, daß Eure Majestät den Kaiser erst nach Abschluß der Kapitulation sehen wollten — eine Meldung, nach welcher gegnerischerseits die Hoffnung, andere Bedingungen als die abgeschlossenen zu erhalten, aufgegeben wurde. Ich ritt darauf in der Absicht, Eurer Majestät die Lage der Dinge zu melden, allerhöchstdemselben nach Chéhery entgegen, traf unterwegs den General von Moltke mit dem von Eurer Majestät genehmigten Texte der Kapitulation, welcher, nachdem wir mit ihm in Frénois eingetroffen, nunmehr ohne Widerspruch angenommen und unterzeichnet wurde. Das Verhalten des Generals von Wimpffen war, ebenso wie das der übrigen französischen Generale in der Nacht vorher, ein sehr würdiges; nur konnte dieser tapfere Offizier sich nicht enthalten, mir gegenüber seinem tiefen Schmerze darüber Ausdruck zu geben, daß gerade er berufen sein müsse, 48 Stunden nach seiner Ankunft aus Afrika und einen halben Tag nach seiner Übernahme des Kommandos seinen Namen unter eine für die französischen Waffen so verhängnisvolle Kapitulation zu setzen; indessen der Mangel an Lebensmitteln und Munition und die absolute Unmöglichkeit jeder weiteren Verteidigung lege ihm als General die Pflicht auf, seine persönlichen Gefühle schweigen zu lassen, da weiteres Blutvergießen in der Situation nichts mehr ändern könne. Die Bewilligung der Entlassung der Offiziere auf ihr Ehrenwort wurde mit lebhaftem Danke entgegengenommen als ein Ausdruck der Intentionen Eurer Majestät, den Gefühlen einer Truppe, welche sich tapfer geschlagen hatte, nicht über die Linie hinaus zu nahe zu treten, welche durch das Gebot unserer politisch-militärischen Interessen mit Notwendigkeit gezogen war. Diesem Gefühle hat der General von Wimpffen auch nachträglich in einem Schreiben Ausdruck gegeben, in welchem er dem General von Moltke seinen Dank für die rücksichtsvollen Formen ausdrückt, in denen die Verhandlungen von seiten desselben geführt worden sind.

Graf Bismarck.

5. Quelle: Telegramm König Wilhelms an die Königin Augusta.

Fundort: Wilhelm Oncken, Unser Heldenkaiser. Berlin o. J. S. 152.

An die Königin Augusta in Berlin.

Vor Sedan, 2. September, nachm. 1 Uhr 22 Min.

Eine Kapitulation, wodurch die ganze Armee in Sedan kriegsgefangen, ist soeben mit General Wimpffen geschlossen worden, der an Stelle des verwundeten Marschalls Mac Mahon das Kommando führt. Der Kaiser hat nur sich selbst mir ergeben, da er das Kommando nicht führt und alles der Regentschaft in Paris

überließ. Seinen Aufenthaltsort werde ich bestimmen, sobald ich ihn gesprochen habe, in einem Rendezvous, das sofort stattfindet. Welch eine Wendung durch Gottes Führung!

Wilhelm.

6. Quelle: Brief König Wilhelms an die Königin Augusta (2. Teil).

Fundort: Oncken a. a. O. S. 206 und 207.

Vendresse, 3. September 1870.

Abends 10 Uhr. Ich will noch rasch den gestrigen Tag erzählen. Da ich keine Meldungen von Moltke über die Kapitulationsverhandlungen erhalten hatte, die in Donchery stattfinden sollten, so fuhr ich verabredetermaßen nach dem Schlachtfelde um 8 Uhr früh und begegnete Moltke, der entgegenkam, um meine Einwilligung zur vorgeschlagenen Kapitulation zu erhalten, zugleich anzeigte, daß Napoleon früh 5 Uhr Sedan verlassen habe, nach Donchery gekommen sei und Bismarck habe wecken lassen, der ihn vor einem kleinen, einzeln gelegenen Hause mit seinen Herren sitzend gefunden habe und ihm gesagt, er wünsche zu mir. Auf Bismarcks Bemerkung, daß ich in einigen Stunden gegen Sedan reiten würde, hat er sich mit Bismarck in das kleine Haus zurückgezogen und Konversation über ganz nichtssagende Dinge gepflogen. Da der Kaiser immer wieder auf ein Wiedersehen mit mir zurückkam, auf der Straße, die ich kam, aber kein ordentliches Lokal zu finden war, ganz in der Nähe aber ein Schlößchen mit Park sich befand, so schlug dies Bismarck zum Rendezvous vor. Um 10 Uhr kam ich auf einer Höhe vor Sedan an. Ungefähr um 12 Uhr erschienen Moltke und Bismarck mit der vollzogenen Kapitulationsurkunde. Nach angehörten Erzählungen des oben Vorgetragenen, um 2 Uhr, setzte ich mich mit meiner und Fritzens Suite, worauf die Kavallerie-Stabswache, in Bewegung zum Rendezvous! Beim Eintreten in den Park sahen wir die ganze Feldequipage in wohlbekannter Livree des Kaisers, woraus es klar war, daß er Sedan verlassen hatte, um nicht mehr dahin zurückzukehren! Ich stieg vor dem Schlößchen ab und fand den Kaiser in einer Veranda vitrée, die in ein Zimmer führte, in das wir gleich eintraten. Ich begrüßte ihn mit Darreichung der Hand und den Worten: „Sire, le sort des armes a décidé entre nous, mais il m'est bien pénible de revoir Votre Majesté dans cette situation!“ Wir waren beide sehr bewegt. Er fragte, was ich über ihn beschlösse, worauf ich ihm Wilhelmshöhe vorschlug, was er annahm; er fragte nach dem Weg, ob über Belgien oder durch Frankreich, was letzteres angeordnet war, jedoch noch geändert werden könne (was auch geschehen ist). Er bat, seine Umgebung mitnehmen zu dürfen, die Generäle Reille, Moskowa, Prinz Murat II usw. ebenso, daß er seinen Hausstand beibehalten dürfe, was alles ich natürlich akkordierte. Dann lobte er meine Armee, vorzüglich die Artillerie, die nicht ihresgleichen habe (was sich in diesem Kriege vollkommen erwiesen hat), tadelte die Indisziplin seiner Armee. Beim Abschiede sagte ich ihm, daß ich glaubte, ihn hinreichend zu kennen, um überzeugt zu sein, daß er den Krieg nicht gewünscht habe, aber (glaubte) zu demselben gezwungen zu sein. Er: Vous avez parfaitement raison, mais l'opinion publique m'y a forcé. Ich: L'opinon publique forcée par le ministère, ich hätte bei Ernennung dieses Ministeriums sofort gefühlt, daß der mit demselben eingetretene Prinzipienwechsel nicht zum Heil seiner Regierung ausfallen werde, was er achselzuckend bejahte. Die ganze Konversation schien ihm wohlzutun, und ich darf glauben, daß ich ihm seine Lage sehr erleichtert habe, und wir beide

schieden tief bewegt! Was ich alles empfand, nachdem ich ihn vor drei Jahren im Kulminationspunkt gesehen habe, kann ich heute nicht beschreiben! Von diesem Rendezvous beritt ich von ½3—½8 Uhr die ganze Armee um Sedan! Den Empfang der Truppen, das Wiedersehen des dezimierten Gardekorps, das alles kann ich heute nicht beschreiben; ich war tief, tief ergriffen von so viel Beweisen der Liebe und Hingebung!!! Es war unbeschreiblich! — Die Armee, welche kapituliert, ist 60—70000 Mann, viele 100 Kanonen und unzähliges Material! Der Gefangenentransport ist eine wahre Kalamität. Am 31. und 1. hat Manteuffel zwei energische Ausfälle aus Metz brillant zurückgeschlagen. Nun Adieu mit bewegtem Herzen am Schluß eines solchen Briefes!!!

Dein W.

Ich überlasse Dir, was Du aus diesen Erzählungen veröffentlichen willst. Jedenfalls sind die Details des Rendezvous auszuschließen und einfach zu sagen, daß der Besuch ¼ Stunde dauerte, und daß beide Monarchen sehr bewegt über dieses Wiedersehen gewesen schienen. Auch die Details über Bismarcks erste Entrevue sind nur allgemein zu erzählen.

58.

Das Programm der neuen französischen Regierung.

September 1870.

1. Quelle: Aufruf an das französische Volk vom 4. September 1870.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19. Nr. 4101.

Français! — Le Peuple a devancé la Chambre, qui hésitait. Pour sauver la Patrie en danger, il a demandé la République.

Il a mis ses représentants non au pouvoir, mais au péril.

La République a vaincu l'invasion en 1792; la République est proclamée.

La Révolution est faite au nom du droit, du salut public.

Citoyens, veillez sur la Cité qui vous est confiée; demain vous serez, avec l'armée, les vengeurs de la Patrie!

2. Quelle: Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen, Jules Favre, an die Vertreter Frankreichs bei den neutralen Regierungen vom 6. September 1870 (Französisch).

Übersetzung: Paul von Elpons, Tagebuch des Deutsch-französischen Krieges 1870/71. Saarbrücken o. J. S. 485 und 486.

... Befreit von der Schande und der Gefährlichkeit einer Regierung, welche alle ihre Pflichten verriet, begreift jeder, daß der erste Akt dieser endlich wieder eroberten Volkssouveränität darin besteht, sich selbst zu bezwingen und seine Kraft in der Achtung des Rechts zu suchen. Außerdem drängt die Zeit: der Feind ist vor unseren Toren; wir haben nur einen Gedanken, ihn aus unserem Gebiet zu verjagen. Wir sind es nicht, welche diese Pflicht, deren wir uns entschlossen unterziehen, Frankreich auferlegt haben; sie würde demselben nicht obliegen, wenn unsere Stimme gehört worden wäre. Wir haben energisch, selbst um den Preis unserer Popularität, die Politik des Krieges von uns gewiesen .....

... Die kaiserliche Regierung, die seit lange schon ihre Interessen von denen des Volkes getrennt hatte, hat diese Politik verworfen. Wir nehmen sie wieder auf in der Hoffnung, daß Frankreich, durch die Erfahrung belehrt, die Weisheit

haben wird, sie auszuüben. Seinerseits hat der König von Preußen erklärt, er mache nicht Frankreich, sondern der kaiserlichen Dynastie den Krieg[1]). Die Dynastie liegt am Boden. Das freie Frankreich steht auf. Will der König von Preußen einen Krieg fortsetzen, der ihm wenigstens ebenso fatal als uns sein wird?

Will er der Welt des 19. Jahrhunderts das grausame Schauspiel zweier sich zerreißenden Nationen geben, die, die Menschlichkeit, die Wissenschaft, die Vernunft vergessend, Ruinen und Leichname aufhäufen? Es steht ihm frei, er übernehme dann auch die Verantwortlichkeit vor der Welt und der Geschichte! Wenn es eine Herausforderung ist, wir nehmen sie an. Wir treten keinen Fingerbreit Erde, keinen Stein unserer Festungen ab. Dabei ist unser Interesse das von ganz Europa ... Doch sollten wir auch allein bleiben; wir werden nicht wanken. Wir besitzen eine entschlossene Armee, gut versorgte Festungen, einen gut angelegten Festungsgürtel und vor allem den Brustwall von 300000 Streitern, entschlossen bis auf den letzten Mann sich zu halten ... Nach den Forts die Brustwehren, nach den Brustwehren die Barrikaden. Paris kann sich drei Monate halten und siegen; wenn es unterläge, würde Frankreich aufstehend es rächen; es würde den Kampf fortsetzen, und der Angreifer würde dabei zugrunde gehen.

59.

Bismarcks Kriegsziele und seine Stellung zu der neuen französischen Republik.

Quelle: Bismarcks Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter bei den neutralen Mächten vom 16. September 1870.

Fundort: Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 19. Nr. 4106.

Euerer ... ist das Schriftstück[2]) bekannt, welches Herr Jules Favre im Namen der jetzigen Machthaber in Paris, welche sich selbst das Gouvernement de la défense nationale nennen, an die Vertreter Frankreichs im Auslande gerichtet hat.

Gleichzeitig ist es zu meiner Kenntnis gekommen, daß Herr Thiers eine vertrauliche Mission an einige auswärtige Höfe übernommen hat, und ich darf voraussetzen, daß er sich zur Aufgabe machen wird, einerseits den Glauben an die Friedensliebe der jetzigen Pariser Regierung zu erwecken, andererseits die Intervention der neutralen Mächte zugunsten eines Friedens zu erbitten, welcher Deutschland der Früchte seines Sieges berauben und jeder Friedensbasis, welche eine Erschwerung des nächsten französischen Angriffs auf Deutschland enthalten könnte, vorbeugen soll.

An die ernstliche Absicht der jetzigen Pariser Regierung, dem Kriege ein Ende zu machen, können wir nicht glauben, solange dieselbe im Innern fortfährt, durch ihre Sprache und ihre Akte die Volksleidenschaft aufzustacheln, den Haß und die Erbitterung der durch die Leiden des Krieges an sich gereizten Bevölkerung zu steigern, und jede für Deutschland annehmbare Basis als für Frankreich unannehm-

---

[1]) König Wilhelm schreibt hierzu an seine Gemahlin (6. 11. 1870): „Der aus meiner Proklamation angeführte Satz steht mit keiner Silbe in derselben; denn es heißt in derselben, daß wir der französischen Armee (nicht: dem Kaiser) den Krieg machten." (Oncken a. a. O. S. 216.) Wörtlich heißt es in der berührten Ansprache König Wilhelms an das französische Volk vom 11. August 1870: Je fais la guerre aux soldats et non aux citoyens français. (Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11. Nr. 4091.)

[2]) Vgl. Nr. 58. 2. Quelle.

bar im voraus zu verdammen. Sie macht sich dadurch selbst den Frieden unmöglich, auf den sie durch eine ruhige und dem Ernst der Situation Rechnung tragende Sprache das Volk vorbereiten müßte, wenn wir annehmen sollten, daß sie ehrliche Friedensverhandlungen mit uns beabsichtige. Die Zumutung, daß wir jetzt einen Waffenstillstand ohne jede Sicherheit für unsere Friedensbedingungen abschließen sollten, könnte nur dann ernsthaft gemeint sein, wenn man bei uns Mangel an militärischem und politischem Urteil oder Gleichgültigkeit gegen die Interessen Deutschlands voraussetzt.

Daneben besteht ein wesentliches Hindernis für die Franzosen, die Notwendigkeit des Friedens mit Deutschland ernstlich ins Auge zu fassen, in der von den jetzigen Machthabern genährten Hoffnung auf eine diplomatische oder materielle Intervention der neutralen Mächte zugunsten Frankreichs. Kommt die französische Nation zur Überzeugung, daß, wie sie allein den Krieg willkürlich heraufbeschworen hat, und wie Deutschland ihn allein hat auskämpfen müssen, so sie auch mit Deutschland allein ihre Rechnung abschließen muß: so wird sie dem jetzt sicher nutzlosen Widerstande bald ein Ende machen. Es ist die Grausamkeit der Neutralen gegen die französische Nation, wenn sie zulassen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere.

Wir sind fern von jeder Neigung zur Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs. Was für eine Regierung sich die französische Nation geben will, ist für uns gleichgültig. Formell ist die Regierung des Kaisers Napoleon bisher die allein von uns anerkannte. Unsere Friedensbedingungen, mit welcher zur Sache legitimierten Regierung wir dieselben auch mögen zu verhandeln haben, sind ganz unabhängig von der Frage, wie und von wem die französische Nation regiert wird; sie sind uns durch die Natur der Dinge und das Gesetz der Notwehr gegen ein gewalttätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben. Die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. Solange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Norden von Deutschland. Straßburg ist im Besitze Frankreichs eine stets offene Ausfallspforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitze gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als 20 Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben von letzterem nichts zu begehren als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen und uns, um Rache für seine jetzige Niederlage zu nehmen, ebenso händelsüchtig und ruchlos wie in diesem Jahre wiederum angreifen, sobald es sich durch eigene Kraft oder fremde Bündnisse] stark genug dazu fühlt[1]).

---

[1]) Ausführlicher schreibt Bismarck in einer Note an die diplomatischen Vertreter bei den neutralen Mächten vom 13. September 1870 (Aegidi und Klauhold a. a. O. Bd. 11, Nr. 4105): „... Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir uns infolge dieses Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müssen, und das ganz unabhängig von den Bedingungen, welche wir etwa an Frankreich stellen möchten. Es ist die Niederlage an sich, es ist unsere siegreiche Abwehr

Indem wir Frankreich, von dessen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europas ausgegangen ist, das Ergreifen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im europäischen Interesse, welches das des Friedens ist. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten; nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Überwindung unseres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unserer Friedensliebe aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unserer Verteidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten.

Euere . . . bitte ich, sich von diesen Gedanken zu durchdringen und dieselben in Ihren Besprechungen mit zur Geltung zu bringen.

v. Bismarck.

60.

Die Belagerung von Paris.

Quelle: Brief Moltkes an seinen Bruder Adolf vom 22. Dezember 1870.

Fundort: J. Schmieder, Quellen zur Geschichte. Leipzig 1912. Teil 3. S. 158 und 159.

Die allgemeine Sehnsucht nach Beendigung dieses furchtbaren Krieges läßt in der Heimat vergessen, daß er erst fünf Monate dauert; man hofft alles von einem Bombardement von Paris. Daß dieses nicht schon erfolgt, schreibt man zarter Rücksicht auf die Pariser oder gar dem Einfluß hoher Persönlichkeiten zu, während hier nur das militärisch Mögliche und Zweckmäßige ins Auge gefaßt wird. Von drei Seiten sind mir schon die Verse zugeschickt:

„Guter Moltke gehst so stumm
Immer um das Ding herum;
Bester Moltke, sei nicht dumm;
Mach doch endlich bum, bum, bum!"

Was es heißt, eine Festung anzugreifen, zu deren Verteidigung eine Armee bereit steht, das hätte man doch aus Sewastopol lernen können. Sewastopol wurde erst Festung während des Angriffs; alles Material konnte zur See herangeschafft werden; die Vorbereitungen dauerten zehn Monate; der erste Sturm kostete 10000, der zweite 13000 Menschen.

Um Paris zu bombardieren, müssen wir erst die Forts haben. Es ist auch zur Anwendung dieses Zwangmittels nichts versäumt worden; ich erwarte aber weit mehr von dem langsam, aber sicher wirkenden Hunger.

Wir wissen, daß seit Wochen in Paris nur noch einzelne Gaslaternen brennen, daß in den meisten Häusern trotz des ungewöhnlich frühen und strengen Winters

---

ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt ohne Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgendwelche Vorteile als den Ruhm unserer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur Tat zu machen . . . Nachdem man uns zu dem Kriege, dem wir widerstrebten, gezwungen hat, müssen wir dahin streben, für unsere Verteidigung gegen den nächsten Angriff bessere Bürgschaften als die ihres Wohlwollens zu gewinnen."

bei völligem Mangel an Kohlen nicht geheizt wird. Die Hungersnot ist noch nicht da, aber ihre Vorläuferin, die Teuerung. Die Rothschild ... haben noch immer ihr dindon truffé[1]); die untersten Klassen sind von der Regierung bezahlt und ernährt; aber der ganze Mittelstand darbt und zwar schon seit langem. Solche Zustände sind auf die Dauer nicht haltbar. Freilich setzt es voraus, daß wir in der Feldschlacht alle Heere schlagen, die sich immer von neuem gegen uns zusammenballen. Wohl nur der Schreckensherrschaft der Advokaten ist es möglich, solche Heere aufzutreiben, schlecht organisiert, ohne Fuhrwesen sie der rauhen Witterung auszusetzen, selbst ohne Ambulanzen und Ärzte. Die unglücklichen Menschen bei allem Patriotismus und bei aller Tapferkeit sind nicht imstande, unseren festgefügten, braven Truppen zu widerstehen; das Elend der Biwaks dezimiert sie schonungslos, und die Verwundeten liegen zu Hunderten an dem Wege, ohne jede Hilfe, bis unsere Ambulanzen, auf welche die Franzosen schießen, sie finden. Die Franktireurs sind der Schrecken aller Ortschaften; sie beschwören das Verderben über diese herauf.

Doch genug der traurigen Dinge. Gott schenke einen baldigen, glücklichen Ausgang, und an dem zweifle ich nicht.

61.

Die Übereinkunft von Versailles.

28. Januar 1871.

Quelle: Waffenstillstandsvertrag[2]) vom 28. Januar 1871 (Französisch).

Übersetzung: Elpons a. a. O. S. 710.

Art. 1. Ein allgemeiner Waffenstillstand wird auf der ganzen militärischen Operationslinie eintreten und für Paris noch heute, für die Departements innerhalb dreier Tage beginnen. Die Dauer des Waffenstillstandes ist von heute ab 21 Tage dergestalt, daß außer im Falle der Erneuerung er überall am 19. Februar mittags 12 Uhr schließt. Die kriegführenden Heere behalten ihre beziehungsweisen Stellungen, die durch eine Demarkationslinie getrennt werden ... Die Kriegsoperationen in den Departements Doubs, Jura und Côte d'or werden fortgesetzt unabhängig vom Waffenstillstand bis zu dem Augenblick, wo man sich über die Demarkationslinie verständigt .....

Art. 2. Der also verabredete Waffenstillstand hat den Zweck, der Regierung der Nationalversammlung die Berufung einer freigewählten Versammlung zu gestatten, die über die Frage zu entscheiden haben wird, ob der Krieg fortgesetzt oder unter welchen Bedingungen Frieden geschlossen werden soll. Die Versammlung tritt in Bordeaux zusammen. Alle Erleichterungen zur Wahl und zum Zusammentritt der Abgeordneten werden seitens der Befehlshaber der deutschen Heere gewährt werden.

Art. 3. Dem deutschen Heere werden durch die französische Militärbehörde alle Forts der äußeren Verteidigungslinie von Paris, wie ihr Kriegsmaterial übergeben .....

Art. 4. Während des Waffenstillstandes wird das deutsche Heer Paris nicht betreten.

---

[1]) Mit Trüffeln zubereiteter Puterbraten.

[2]) Die Übereinkunft wurde am 28. Januar abends zwischen Bismarck und Jules Favre in Versailles abgeschlossen.

Art. 6. Die Besatzungen (Linienheer, Mobilgarden[1]), Seetruppen) von Paris und der Forts sind kriegsgefangen bis auf eine Division von 12000 Mann, welche die Militärbehörde für den inneren Dienst behält; die kriegsgefangenen Truppen geben ihre Waffen ab ... Diese Truppen bleiben in der Stadt.

Art. 7. Die Nationalgarde[2]) behält ihre Waffen und versieht die Bewachung von Paris und die Aufrechterhaltung der Ordnung . . . . .

Art. 9. Nach Übergabe der Forts und Entwaffnung der Enceinte[3]) und Besatzung wird die Ernährung von Paris auf den Eisenbahnen und Flüssen freigegeben . . . . .

Art. 11. Die Stadt Paris zahlt eine städtische Kriegskontribution von 200 Millionen Franks und zwar vor dem 15. Tage des Waffenstillstandes . . . . .

62.

Der Friedens-Präliminarvertrag von Versailles.

26. Februar 1871.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 2. S. 236—238.

Art. 1. Frankreich verzichtet zugunsten des Deutschen Reiches auf alle seine Rechte und Ansprüche auf diejenigen Gebiete, welche östlich von der nachstehend verzeichneten Grenze belegen sind[4]).

Das Deutsche Reich wird diese Gebiete für immer mit vollem Souveränitäts- und Eigentumsrecht besitzen.

Dagegen werden die Stadt und Festungswerke von Belfort mit einem später festzusetzenden Rayon bei Frankreich verbleiben.

Art. 2. Frankreich wird Sr. Majestät dem deutschen Kaiser die Summe von 5 Milliarden Franks zahlen. Mindestens eine Milliarde Franks wird im Laufe des Jahres 1871 gezahlt und der ganze Rest im Laufe dreier Jahre von der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages ab.

Art. 3. Die Räumung der französischen, durch die deutschen Truppen besetzten Gebiete wird nach der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages seitens der in Bordeaux tagenden Nationalversammlung beginnen.

Unmittelbar nach der Ratifikation werden die deutschen Truppen das Innere der Stadt Paris, sowie die am linken Ufer der Seine belegenen Forts verlassen. Sie werden in möglichst kurzer Frist, die durch ein Einvernehmen zwischen den Militärbehörden beider Länder festgestellt wird, die Departements Calvados, Orne, Sarthe, Eure et Loir, Loiret, Loir et Cher, Indre et Loire, Yonne gänzlich und weiter die Departements Seine inferieure, Eure, Seine et Oise, Seine et Marne, Aube, Cote d'or bis zum linken Ufer der Seine räumen . . . . .

Die Räumung der zwischen dem rechten Ufer der Seine und der Ostgrenze gelegenen Departements wird seitens der deutschen Truppen schrittweise nach der Ratifikation des definitiven Friedensvertrages und der Zahlung der ersten halben

---

[1]) Die Mobilgarde (Garde nationale mobile) umfaßte alle kriegsverwendungsfähigen Mannschaften, die durch Stellvertretung oder hohe Losnummer vom Dienst im stehenden Heer verschont geblieben war; sie wurde jetzt im Kriege in erster Linie zu Besatzungszwecken verwendet.

[2]) Zur Nationalgarde (Garde nationale) gehörten alle nicht gedienten, waffenfähigen Bürger vom 30. bis 60. Lebensjahr.

[3]) Umwallung der Stadt.

[4]) Es folgt jetzt eine genaue Beschreibung des Verlaufes der neuen Grenzlinie.

Milliarde der Kontribution erfolgen, die im Artikel 2 ſtipuliert iſt. Die Räumung wird beginnen bei den Paris am nächſten gelegenen Departements und wird, je nachdem die Zahlungen der Kontribution bewirkt ſein werden, fortgeſetzt. Nach der erſten Zahlung einer halben Milliarde wird die Räumung folgender Departements ſtattfinden: Somme, Oiſe und der Teile der Departements Seine inferieure, Seine et Oiſe, Seine et Marne, die auf dem rechten Seineufer gelegen ſind, ſowie des Teiles Departements Seine und der Forts auf dem rechten Seineufer. Nach der Zahlung von zwei Milliarden wird die deutſche Okkupation nur noch die Departements Marne, Ardennes, Haute Marne, Meuſe, Vosges, Meurthe, ſowie die Feſtung Belfort mit ihrem Gebiete umfaſſen, die als Pfand für die rückſtändigen drei Milliarden dienen ſollen . . . . .

Art. 4. Die deutſchen Truppen werden ſich in den beſetzten Departements der Requiſitionen, ſei es in Geld, ſei es in Naturalien enthalten. Dagegen wird der Unterhalt der deutſchen Truppen, welche in Frankreich zurückbleiben, auf Koſten der franzöſiſchen Regierung erfolgen und zwar nach Maßgabe, wie ſie durch ein Einvernehmen mit der deutſchen Militär-Intendantur vereinbart iſt.

Art. 6. Die Kriegsgefangenen, welche nicht bereits auf dem Wege der Auswechſlung in Freiheit geſetzt worden ſind, werden unverzüglich nach der Ratifikation der vorliegenden Präliminarien zurückgegeben werden . . . . .

Art. 7. Die Eröffnung der Verhandlungen, betreffend den definitiven Frieden, welcher auf Grundlage der gegenwärtigen Präliminarien abzuſchließen iſt, wird in Brüſſel unverzüglich nach Ratifikation der letzteren durch die Nationalverſammlung und Seine Majeſtät den deutſchen Kaiſer ſtattfinden.

von Bismarck. A. Thiers. Jules Favre.

63.

Bayern tritt dem neuen Deutſchen Bunde (Reiche) bei.

23. November 1870. 1. Februar 1871[1]).

Quelle: Bericht des bayeriſchen Bevollmächtigten, des Grafen Bray, an den König Ludwig II. von Bayern vom 22. November 1870.

Fundort: O. v. Bray-Steinburg, Denkwürdigkeiten aus ſeinem Leben. Leipzig 1901. S. 195 und 196.

... Erſt jetzt, nachdem vorbehaltlich allerhöchſter Genehmigung über die Hauptpunkte eine Einigung erfolgte, iſt das Material für eine Berichterſtattung gegeben. Dasſelbe wird ſich aber überſichtlicher aus dem Geſamtentwurfe, welchen wir vor Ende dieſer Woche ſelbſt nach Bayern zu überbringen hoffen, entnehmen laſſen.

Bezüglich der äußeren Verhältniſſe, welche, wie Eurer Majeſtät bekannt iſt, gleich anfangs als zu den ſchwierigſten Punkten unſerer Verhandlungen gehörig erkannt wurden, iſt die unbedingte Erhaltung des bayeriſchen Geſandtſchaftsrechts, inſofern nur bayeriſche Intereſſen in Betracht kommen, angeſtrebt und erreicht worden. Damit allein wäre aber wenig gewonnen, da es in der Natur eines Bundes liegt, daß viele wichtige Staatszwecke auf die Gemeinſchaft übergehen. Dieſe für uns allein zu vertreten, ließ ſich nicht beanſpruchen; es blieb ſomit nichts übrig, als für Bayern Einfluß auf die Bundespolitik zu vindizieren und dieſen Einfluß durch eine feſte, vertragsmäßig zu konzedierende Stellung zu garantieren.

[1]) Bayern unterzeichnete den Vertrag am 23. November; der Beitritt erfolgte am 1. Februar 1871.

Was sich in dieser Richtung erzielen ließ, ist im wesentlichen folgendes: ständige Vertretung der Bundesgesandten in Verhinderungsfällen durch die bayerischen und Beteiligung der letzteren an äußeren gemeinsamen Angelegenheiten überhaupt; Einsetzung eines ständigen diplomatischen Ausschusses im Bundesrate durch die Vertreter der drei Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg unter bayerischem Vorsitz, welchem sämtliche auswärtigen Angelegenheiten des Bundes zuzuweisen sind; Wahrung des Rechts, über rein bayerische Verhältnisse Staatsverträge abzuschließen, soweit sie dem Zwecke des Bundes nicht widerstreiten; die vertragsmäßige Zusage, daß zu Friedensverhandlungen nach einem Bundeskriege stets auch ein bayerischer Bevollmächtigter zugezogen werden wird; endlich finanzielle Abmachungen mit dem Bunde zugunsten des bayerischen Gesandtschaftswesens.

Die große Mehrzahl dieser Zugeständnisse sind Bayern allein mit Ausschluß aller übrigen dem Bunde beigetretenen Staaten bewilligt worden. Sie sind also wirkliche Privilegien, mittels welcher der Krone Bayern eine mittelbare Einflußnahme auch auf europäische Verhältnisse gesichert ist, und Eure Königliche Majestät wollen allerhöchstsich versichert halten, daß deren Einräumung nicht ohne Mühe und ohne Kampf erlangt worden ist.

Über die militärischen Verhältnisse erstattet Freiherr von Prankh . . . gesonderten Bericht . . . . .

64.

Deutschlands Fürsten und Volk bitten König Wilhelm um Annahme der Kaiserwürde.

3. und 18. Dezember 1870.

1. Quelle: Brief König Ludwigs II. an König Wilhelm vom 30. November 1870[1]).

Fundort: L. Hahn, Kaiser Wilhelms Gedenkbuch. S. 369 und 370.

Nach dem Beitritt Süddeutschlands zu dem Deutschen Verfassungsbündnis werden die Ew. Majestät übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Überzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Ew. Majestät im Namen des gesamten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben.

Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Ew. Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden werde.

Sobald mir Ew. Majestät und die verbündeten Fürsten ihre Willensmeinung kundgegeben haben, würde ich meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten.

Ludwig.

---

[1]) Der Brief ist nach einem Entwurf Bismarcks geschrieben, da man in München „nicht die richtige Fassung zu finden vermochte und sich dieselbe von Versailles erbeten hatte". Vgl. S. 110. Er wurde am 3. Dezember durch den Prinzen Luitpold, den späteren Prinzregenten, dem Könige überreicht.

2. Quelle: Adreſſe des Norddeutſchen Reichstages an König Wilhelm[1]).

Fundort: L. Hahn, Kaiſer Wilhelms Gedenkbuch. S. 371.

Auf den Ruf Ew. Majeſtät hat das Volk um ſeine Führer ſich geſchart, und auf fremdem Boden verteidigt es mit Heldenkraft das frevelhaft herausgeforderte Vaterland. Ungemeſſene Opfer fordert der Krieg; aber der tiefe Schmerz über den Verluſt der tapferen Söhne erſchüttert nicht den entſchloſſenen Willen der Nation, welche nicht eher die Waffen ablegen wird, bis der Friede durch geſicherte Grenzen beſſer verbürgt iſt gegen wiederkehrende Angriffe des eiferſüchtigen Nachbarn.

Dank den Siegen, zu denen Ew. Majeſtät die Heere Deutſchlands in treuer Waffengenoſſenſchaft geführt hat, ſieht die Nation der dauernden Einigung entgegen.

Vereint mit den Fürſten Deutſchlands naht der Norddeutſche Reichstag mit der Bitte, daß es Ew. Majeſtät gefallen möge, durch Annahme der deutſchen Kaiſerkrone das Einigungswerk zu weihen.

Die deutſche Krone auf dem Haupte Ew. Majeſtät wird dem wieder aufgerichteten Reiche deutſcher Nation Tage der Macht, des Friedens, der Wohlfahrt und der im Schutze der Geſetze geſicherten Freiheit eröffnen.

Das Vaterland dankt dem Führer und dem ruhmreichen Heere, an deſſen Spitze Ew. Majeſtät heute noch auf dem erkämpften Siegesfelde weilt. Unvergeſſen für immer werden der Nation die Hingebung und die Taten ihrer Söhne bleiben. Möge dem Volke bald vergönnt ſein, daß der ruhmgekrönte Kaiſer der Nation den Frieden wiedergibt! Mächtig und ſiegreich hat ſich das vereinte Deutſchland im Kriege bewährt unter ſeinem höchſten Feldherrn; mächtig und friedliebend wird das geeinigte Deutſche Reich unter ſeinem Kaiſer ſein.

Eurer Königlichen Majeſtät alleruntertänigſter, treugehorſamſter
Reichstag des Norddeutſchen Bundes.

65.

Das Widerſtreben König Wilhelms gegen den Kaiſertitel.

Quelle: Bismarck a. a. O. Bd. 2. S. 115—122.

Die Annahme des Kaiſertitels durch den König bei Erweiterung des Norddeutſchen Bundes war ein politiſches Bedürfnis, weil er in den Erinnerungen aus Zeiten, da er rechtlich mehr, faktiſch weniger als heut zu bedeuten hatte, ein werbendes Element für Einheit und Zentraliſation bildete, und ich war überzeugt, daß der feſtigende Druck auf unſere Reichsinſtitutionen um ſo nachhaltiger ſein müßte, je mehr der preußiſche Träger desſelben das gefährliche, aber der deutſchen Vorgeſchichte innelebende Beſtreben vermiede, den anderen Dynaſtien die Überlegenheit der eigenen unter die Augen zu rücken. König Wilhelm I. war nicht frei von der Neigung dazu, und ſein Widerſtreben gegen den Titel war nicht ohne Zuſammenhang mit dem Bedürfniſſe, gerade das überlegene Anſehen der angeſtammten preußiſchen Krone mehr als das des Kaiſertitels zur Anerkennung zu

---

[1]) Die Adreſſe wurde am 10. Dezember 1870 beſchloſſen und am 18. Dezember in einer einfachen, aber ergreifenden Feier durch eine Abordnung des Reichstages dem Könige in Verſailles überreicht. An der Spitze dieſer Abordnung ſtand der Präſident des Reichstages Dr. Simſon, derſelbe, der ſchon einmal als Sprecher des deutſchen Volkes einem preußiſchen Könige die Kaiſerkrone angetragen hatte. (Vgl. Nr. 19.)

bringen. Die Kaiserkrone erschien ihm im Lichte eines übertragenen modernen Amtes, dessen Autorität von Friedrich dem Großen bekämpft war, den Großen Kurfürsten bedrückt hatte. Bei den ersten Erörterungen sagte er: „Was soll mir der Charakter-Major?“ worauf ich unter anderem erwiderte: „Eure Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, das „Präsidium“? In dem Ausdrucke „Präsidium“ liegt eine Abstraktion, in dem Worte „Kaiser“ eine große Schwungkraft . . . . .

Außer den bayerischen Unterhändlern befand sich in Versailles als besonderer Vertrauensmann des Königs Ludwig der ihm als Oberststallmeister persönlich nahestehende Graf Holnstein. Derselbe übernahm auf meine Bitte in dem Augenblick, wo die Kaiserfrage kritisch war und an dem Schweigen Bayerns und der Abneigung König Wilhelms zu scheitern drohte, die Überbringung eines Schreibens von mir an seinen Herrn, das ich, um die Beförderung nicht zu verzögern, sofort an einem abgedeckten Ecktisch auf durchschlagendem Papier und mit widerstrebender Tinte schrieb. Ich entwickelte darin den Gedanken, daß die bayerische Krone die Präsidialrechte, für die die bayerische Zustimmung geschäftlich bereits vorlag, dem Könige von Preußen ohne Verstimmung des bayerischen Selbstgefühls nicht werde einräumen können; der König von Preußen sei ein Nachbar des Königs von Bayern, und bei der Verschiedenheit der Stammesbeziehungen werde die Kritik über die Konzessionen, welche Bayern mache und gemacht habe, schärfer und für die Rivalitäten der deutschen Stämme empfindlicher werden. Preußische Autorität, innerhalb der Grenzen Bayerns ausgeübt, sei neu und werde die bayerische Empfindung verletzen; ein deutscher Kaiser aber sei nicht der im Stamme verschiedene Nachbar Bayerns, sondern der Landsmann; meines Erachtens könne der König Ludwig die von ihm der Autorität des Präsidiums bereits gemachten Konzessionen schicklicherweise nur einem deutschen Kaiser, nicht einem König von Preußen machen[1]) . . . Der Graf trat seine Reise nach Hohenschwangau binnen zwei Stunden, am 27. November, an und legte sie unter großen Schwierigkeiten und mit häufiger Unterbrechung in vier Tagen zurück. Der König war wegen eines Zahnleidens bettlägerig, lehnte zuerst ab, ihn zu empfangen, nahm ihn aber an, nachdem er vernommen hatte, daß der Graf in meinem Auftrage und mit einem Briefe von mir komme. Er hat darauf im Bett mein Schreiben in Gegenwart des Grafen zweimal sorgfältig durchgelesen, Schreibzeug gefordert und das von mir erbetene und im Konzept entworfene[2]) Schreiben an den König Wilhelm zu Papier gebracht[3]). Darin war das Hauptargument für den Kaisertitel mit der Andeutung wiedergegeben, daß Bayern die zugesagten, aber noch nicht ratifizierten Konzessionen nur dem deutschen Kaiser, aber nicht dem König von Preußen

---

[1]) In dem Briefe heißt es: „In der deutschen Kaiserfrage habe ich mir erlaubt, dem Grafen Holnstein einen kurzen Entwurf vorzulegen, welchem der Gedankengang zugrunde liegt, der meinem Gefühl nach die deutschen Stämme bewegt: der deutsche Kaiser ist ihrer aller Landsmann, der König von Preußen ein Nachbar, dem unter diesem Namen Rechte, die ihre Grundlage nur in der freiwilligen Übertragung durch die deutschen Fürsten und Stämme finden, nicht zustehe. Ich glaube, daß der deutsche Titel für das Präsidium die Zulassung desselben erleichtert, und die Geschichte lehrt, daß die großen Fürstenhäuser Deutschlands, Preußen eingeschlossen, die Existenz des von ihnen gewählten Kaisers niemals als eine Beeinträchtigung ihrer eigenen europäischen Stellung empfunden haben.“ (Bismarcks Ged. u. Er. Bd. 1. S. 353 und 354.)

[2]) Vgl. S. 108 Anm.

[3]) Nämlich den Brief unter Nr. 64. Quelle 1.

machen könne. Ich hatte diese Wendung ausdrücklich gewählt, um einen Druck auf die Abneigung meines hohen Herrn gegen den Kaisertitel auszuüben.

Eine neue Schwierigkeit erhob Seine Majestät bei der Formulierung des Kaisertitels, indem er, wenn schon Kaiser, Kaiser von Deutschland heißen wollte. In dieser Phase haben der Kronprinz ... und der Großherzog von Baden mich, jeder in seiner Weise, unterstützt, wenn auch keiner von beiden der zornigen Abneigung des alten Herrn gegen den „Charakter-Major" offen widersprach. Der Kronprinz unterstützte mich durch passive Assistenz in Gegenwart seines Herrn Vaters und durch gelegentliche kurze Äußerungen seiner Ansicht, die aber meine Gefechtsposition dem Könige gegenüber nicht stärkten, sondern eher eine verschärfte Reizbarkeit des hohen Herrn zur Folge hatten. Denn der König war noch leichter geneigt, dem Minister als seinem Herrn Sohne Konzessionen zu machen in gewissenhafter Erinnerung an Verfassungseid und Ministerverantwortlichkeit. Meinungen mit dem Kronprinzen faßte er von dem Standpunkt des pater familias[1]) auf.

In der Schlußberatung am 17. Januar 1871 lehnte er die Bezeichnung Deutscher Kaiser ab und erklärte, er wolle Kaiser von Deutschland oder gar nicht Kaiser sein. Ich hob hervor, wie die adjektivische Form Deutscher Kaiser und die genitivische Kaiser von Deutschland sprachlich und zeitlich verschieden seien. Man hätte Römischer Kaiser, nicht Kaiser von Rom gesagt; der Zar nenne sich nicht Kaiser von Rußland, sondern Russischer, auch „Gesamtrussischer" Kaiser ... Ich machte ferner geltend, daß unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. auf den Talern Borussorum, nicht Borussiae rex[2]) erscheine, daß der Titel „Kaiser von Deutschland" einen landesherrlichen Anspruch auf die nichtpreußischen Gebiete involviere, den die Fürsten zu bewilligen nicht geneigt wären; daß in dem Schreiben des Königs von Bayern in Anregung gebracht sei, daß die „Ausübung der Präsidialrechte mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde"[3]), endlich, daß derselbe Titel auf Vorschlag des Bundesrats in die neue Fassung des Artikels 11 der Verfassung aufgenommen sei .....

... Die Erörterung der Titelfrage kam zu keinem klaren Abschluß; indessen konnte man sich doch für berechtigt halten, die Zeremonie der Kaiserproklamation anzuberaumen; aber der König hatte befohlen, daß nicht von dem Deutschen Kaiser, sondern von dem Kaiser von Deutschland dabei die Rede sei.

Diese Sachlage veranlaßte mich, am folgenden Morgen vor der Feierlichkeit im Spiegelsaale den Großherzog von Baden aufzusuchen als den ersten der anwesenden Fürsten, der voraussichtlich nach Verlesung der Proklamation das Wort nehmen würde, und ihn zu fragen, wie er den neuen Kaiser zu bezeichnen denke. Der Großherzog antwortete: „Als Kaiser von Deutschland, nach Befehl Sr. Majestät." Unter den Argumenten, die ich dem Großherzog dafür geltend machte, daß das abschließende Hoch auf den Kaiser nicht in dieser Form ausgebracht werden könne, war das durchschlagendste meine Berufung auf die Tatsache, daß der künftige Text der Reichsverfassung bereits durch einen Beschluß des Reichstages in Berlin präjudiziert sei. Die in seinen konstitutionellen Gedankenkreis fallende Hinweisung auf den Reichstagsbeschluß bewog ihn, den König noch einmal aufzusuchen. Die Unterredung der beiden Herren blieb mir unbekannt, und ich war

[1]) Familienoberhaupt.
[2]) „Der Preußen König", nicht „Preußens König".
[3]) Vgl. Nr. 64.

bei Verlesung der Proklamation in Spannung. Der Großherzog wich dadurch aus, daß er ein Hoch weder auf den Deutschen Kaiser, noch auf den Kaiser von Deutschland, sondern auf den Kaiser Wilhelm ausbrachte. Se. Majestät hatte mir diesen Verlauf so übel genommen, daß er beim Herabtreten von dem erhöhten Stande der Fürsten mich, der ich allein auf dem freien Platze davor stand, ignorierte, an mir vorüberging, um den hinter mir stehenden Generalen die Hand zu bieten, und in dieser Haltung mehrere Tage verharrte, bis allmählich die gegenseitigen Beziehungen wieder in das alte Geleise kamen.

66.

Die Kaiserproklamation in Versailles.

18. Januar 1871.

A. Die Feier.

Quelle: Brief des Kaisers Wilhelm an die Königin Augusta vom 18. Januar 1871.

Fundort: Erich Brandenburg a. a. O. S. 254—257.

Versailles, 18. Januar 1871.

Eben kehre ich vom Schloß nach vollbrachtem Kaiserakt zurück! Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen letzten Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen. In einer Konferenz gestern mit Fritz, Bismarck und Schleinitz[1]) war ich zuletzt so moros, daß ich drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu übertragen! Erst nachdem ich in inbrünstigem Gebet mich an Gott gewandt habe, habe ich Fassung und Kraft gewonnen. Er wolle geben, daß so viele Hoffnungen und Erwartungen durch mich in Erfüllung gehen mögen, als gewünscht wurde! An meinem redlichen Willen soll es nicht fehlen . . . . .

Die Feier ist sehr würdig vor sich gegangen. Das Wetter ist trübe, aber sehr mild. Die vielen Ankommenden, das Einrücken der nächststehenden Fahnen und Standarten (auch Bayern) usw. gaben dem unbeteiligten Versailles un air de fête. Um 12 Uhr versammelten sich die Fürsten in einem der Salons vor der galerie des glaces; in den drei darauffolgenden stand meine Stabswache als Ehrenwache; Posten auf dem escalier de marbre[2]) (auf dem die populace in die Gemächer der Königin Marie Antoinette drang!!), in cour de marbre eine Ehrenwache von meinem 7. Regiment. In der Mitte der Galerie am Fenster war der Altar errichtet; zu beiden Seiten längs der Fenster über 150 Soldaten mit dem Eisernen Kreuz; gegenüber längs den Spiegel-Embrasuren[3]) die Offizierkorps, mehrere hundert Personen. Am Ende der Galerie war ein Hautpas[4]) gestellt, dessen Hintergrund die Fahnen einnahmen (einige 80; inkl. Bayern; Württemberg und Sachsen waren aus Konfusion nicht erschienen). Wir stellten uns vis-à-

---

[1]) Schleinitz war in den fünfziger Jahren Minister des Auswärtigen (vgl. Nr. 29. 1. Quelle); damals war er Minister des Königlichen Hauses.

[2]) In der Nacht vom 5. zum 6. Oktober 1780 drang auf dieser Marmortreppe eine zügellose Volksmasse in die Gemächer der Königin Marie Antoinette, die sich nur mit knapper Not vor den Mordbanden rettete.

[3]) Spiegelrahmen.

[4]) Erhöhter Tritt.

vis des Altars, wo Rogge[1]) eine verkürzte Liturgie sprach und ein schönes, nicht zu langes Gebet und Anrede sprach mit dem Schluß: „Nun danket alle Gott" (der liturgische Chor von den Musikern meines Regiments, wie allsonntäglich, singt sehr gut). Dann ging ich mit den Fürsten nach dem Hautpas und sprach dieselben mit kurzen Worten an (abgelesen)[2]), worauf Bismarck die Proklamation verlas[3]) und Fritz von Baden das erste Hoch[4]) auf mich mit dem neuen Titel ausbrachte, was von der ganzen Versammlung langtönend widerhallte! Es war ein sehr ergreifender Moment!! Es folgte die Gratulation der Fürsten, worauf eine Defiliercour stattfand, und zum Schluß ging ich längs den Fahnen und Eisernen-Kreuz-Mannschaften herunter, womit alles endigte . . . . .

Dein treuster Freund

Wilhelm].

B. Der Kaiser und die Fürsten.

Quelle: Ansprache Kaiser Wilhelms an die deutschen Fürsten.

Fundort: Horst Kohl, Die Begründung des Deutschen Reiches in Briefen und Berichten der führenden Männer. Leipzig o. J. S. 92.

Durchlauchtigste Fürsten und Bundesgenossen!

In Gemeinschaft mit der Gesamtheit der deutschen Fürsten und freien Städte haben Sie Sich der von des Königs von Bayern Majestät an mich gerichteten Aufforderung angeschlossen, mit Wiederherstellung des Deutschen Reiches die deutsche Kaiserwürde für mich und meine Nachfolger an der Krone Preußen zu übernehmen. Ich habe Ihnen, durchlauchtigste Fürsten, und meinen anderen hohen Bundesgenossen bereits schriftlich meinen Dank für das mir kundgegebene Vertrauen und meinen Entschluß ausgesprochen, Ihrer Aufforderung Folge zu leisten. Diesen Entschluß habe ich gefaßt in der Hoffnung, daß es mir unter Gottes Beistande gelingen werde, die mit der kaiserlichen Würde verbundenen Pflichten zum Segen Deutschlands zu erfüllen.

Dem deutschen Volke gebe ich meinen Entschluß durch eine heute von mir erlassene Proklamation kund, zu deren Verlesung ich meinen Kanzler auffordere.

C. Der Kaiser und das deutsche Volk.

Quelle: Botschaft „An das deutsche Volk" vom 17. Januar 1871.

Fundort: L. Hahn, Kaiser Wilhelms Gedenkbuch. S. 377 und 378.

Wir Wilhelm,
von Gottes Gnaden König von Preußen,

nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

---

[1]) Der spätere Hofprediger Bernhard Rogge, ein Schwager Roons, machte als Divisionspfarrer der 1. Gardedivision den Feldzug mit.

[2]) Wortlaut unter B. — [3]) Wortlaut unter C. — [4]) Vgl. D.

Demgemäß werden wir und unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke gegönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.

Gegeben Hauptquartier Versailles den 17. Januar 1871. Wilhelm.

D. Das erste Kaiserhoch.

Quelle: Aufzeichnung des Großherzogs von Baden.

Fundort: Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866—1871. Jena 1902. S. 465.

Nun kam die Reihe an mich — ich trat zum Kaiser heran, verbeugte mich und bat um die Erlaubnis, die Versammlung zu einem Hoch auf ihn einladen zu dürfen. Nickend erteilte der Kaiser die Genehmigung, und ich rief so laut wie möglich in die harrende, lautlose Versammlung: „Seine Kaiserliche und Königliche Majestät — Kaiser Wilhelm, lebe hoch!" was sechsfach wiederholt wurde. Darauf reichte mir der Kaiser die Hand in äußerst herzlicher Weise und wandte sich dann an den Kronprinzen, der von dem Akte so ergriffen war, daß er vor dem Vater das Knie beugte und seine segnende Hand erbat. Der König erhob ihn mit sehr inniger Umarmung und in tiefster Bewegung, welche sich allen Anwesenden sichtbar mitteilte. Dann begrüßte der Kaiser jeden einzelnen Fürsten und nahm die Begrüßung der zahlreichen Versammlung dadurch entgegen, daß die Anwesenden gruppenweise herantraten und eine Verbeugung machten. Nach diesem Begrüßungsakte ging der Kaiser zu den Fahnen und sprach mit den Trägern; dann stieg er vom Hochtritt herab, sprach mit vielen Generalen und Standesherren und ging unter den Klängen eines Festmarsches an der langen Reihe der Dekorierten herab, mit vielen tapferen Kriegern freundliche Worte sprechend. Der Kaiser hatte nun wieder seine sonstige Frische und kräftige Haltung gewonnen.

IV.

Im neuen Reich.

67.

Die Eröffnung des ersten deutschen Reichstages.

21. März 1871.

Quelle: Die Thronrede Kaiser Wilhelms I.

Fundort: L. Hahn, Kaiser Wilhelms Gedenkbuch. S. 383 und 384.

Geehrte Herren!

Wenn ich nach dem glorreichen, aber schweren Kampfe, den Deutschland für seine Unabhängigkeit siegreich geführt hat, zum erstenmale den deutschen Reichstag um mich versammelt sehe, so drängt es mich vor allem, meinem demütigen Danke gegen Gott Ausdruck zu geben für die weltgeschichtlichen Erfolge, mit denen seine Gnade die treue Eintracht der deutschen Bundesgenossen, den Heldenmut und die Manneszucht unserer Heere und die opferfreudige Hingebung des deutschen Volkes gesegnet hat.

Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung.

Das Bewußtsein seiner Einheit war in dem deutschen Volke, wenn auch verhüllt, doch stets lebendig; es hat seine Hülle gesprengt in der Begeisterung, mit welcher die gesamte Nation sich zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes erhob und in unvertilgbarer Schrift auf den Schlachtfeldern Frankreichs ihren Willen verzeichnete, ein einiges Volk zu sein und zu bleiben.

Der Geist, der in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, den schwachen, wie den starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren . . . . .

Der ehrenvolle Beruf des ersten deutschen Reichstages wird es zunächst sein, die Wunden nach Möglichkeit zu heilen, welche der Krieg geschlagen hat, und den Dank des Vaterlandes denen zu betätigen, welche den Sieg mit ihrem Blut und Leben bezahlt haben; gleichzeitig werden Sie, geehrte Herren, die Arbeiten beginnen, durch die die Organe des Deutschen Reiches zur Erfüllung der Aufgabe zusammenwirken, welche die Verfassung Ihnen stellt: zum Schutze des in Deutschland gültigen Rechtes und zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes . . . . .

Die Lage der für Deutschland rückerworbenen Gebiete wird eine Reihe von Maßregeln erheischen, für die durch die Reichsgesetzgebung die Grundlagen zu

ſchaffen ſind. Ein Geſetz über die Penſionen der Offiziere und Soldaten und über die Unterſtützung ihrer Hinterbliebenen ſoll für das geſamte deutſche Heer die Anſprüche gleichmäßig regeln, die der gleichen Hingebung für das Vaterland an den Dank der Nation zuſtehen.

Geehrte Herren, möge die Wiederherſtellung des Deutſchen Reiches für die deutſche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe ſein; möge dem deutſchen Reichskriege, den wir ſo ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen, und möge die Aufgabe des deutſchen Volkes fortan darin beſchloſſen ſein, ſich in dem Weltkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweiſen! Das walte Gott!

68.

Die Verfaſſung des Deutſchen Reiches.

Quelle: Die Verfaſſungsurkunde vom 16. April 1871.

Fundort: Karl Pannier, Die Verfaſſung des Deutſchen Reiches. 19. Aufl. Leipzig o. J. S. 13—51.

Se. Majeſtät der König von Preußen im Namen des Norddeutſchen Bundes, Se. Majeſtät der König von Bayern, Se. Majeſtät der König von Württemberg, Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Heſſen und bei Rhein für die ſüdlich vom Main belegenen Teile des Großherzogtums Heſſen ſchließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und innerhalb desſelben gültigen Rechtes, ſowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutſchen Volkes. Dieſer Bund wird den Namen Deutſches Reich führen und wird nachſtehende Verfaſſung haben.

I. Bundesgebiet.

Art. 1. Das Bundesgebiet beſteht aus den Staaten Preußen mit Lauenburg, Bayern, Sachſen, Württemberg, Baden, Heſſen, Mecklenburg-Schwerin, Sachſen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunſchweig, Sachſen-Meiningen, Sachſen-Altenburg, Sachſen-Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolſtadt, Schwarzburg-Sondershauſen, Waldeck, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg[1]).

II. Reichsgeſetzgebung.

Art. 2. Innerhalb dieſes Bundesgebietes übt das Reich das Recht der Geſetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieſer Verfaſſung und mit der Wirkung aus, daß die Reichsgeſetze den Landesgeſetzen vorgehen . . . . .

Art. 3. Für ganz Deutſchland beſteht ein gemeinſames Indigenat[2]) mit der Wirkung, daß der Angehörige (Untertan, Staatsbürger) eines jeden Bundesſtaates in jedem anderen Bundesſtaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum feſten Wohnſitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Ämtern, zur Erwerbung von Grundſtücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechts und zum Genuſſe aller ſonſtigen bürgerlichen Rechte unter denſelben Vorausſetzungen wie der Einheimiſche zuzulaſſen, auch in betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsſchutzes demſelben gleich zu behandeln iſt . . . . .

---

[1]) Durch Geſetz vom 9. Juni 1871 wurde Elſaß-Lothringen, durch Geſetz vom 15. Dezember 1890 Helgoland mit dem Deutſchen Reiche vereinigt.

[2]) Heimatrecht.

Dem Auslande gegenüber haben alle Deutschen gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reiches.

Art. 4. Der Beaufsichtigung seitens des Reiches und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1. die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Staatsbürgerrecht, Paßwesen und Fremdenpolizei und über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens, soweit diese Gegenstände nicht schon durch den Artikel 3 dieser Verfassung erledigt sind, in Bayern jedoch mit Ausschluß der Heimats- und Niederlassungs-Verhältnisse, desgleichen über die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern;
2. die Zoll- und Handelsgesetzgebung und die für die Zwecke des Reiches zu verwendenden Steuern;
3. die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundiertem und unfundiertem Papiergelde;
4. die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen;
5. die Erfindungspatente;
6. der Schutz des geistigen Eigentums;
7. Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schiffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Reiche ausgestattet wird;
8. das Eisenbahnwesen . . . . . und die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs;
9. der Flößerei- und Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle; desgleichen die Seeschiffahrtszeichen (Leuchtfeuer, Tonnen, Baken und sonstigen Tagesmarken);
10. das Post- und Telegraphenwesen, jedoch in Bayern und Württemberg nur nach Maßgabe der Bestimmung im Artikel 52;
11. Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen in Zivilsachen und Erledigung von Requisitionen überhaupt;
12. sowie über die Beglaubigung von öffentlichen Urkunden;
13. die gemeinsame Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren;
14. das Militärwesen des Reiches und die Kriegsmarine;
15. Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei;
16. die Bestimmungen über die Presse und das Vereinswesen.

Art. 5. Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag. Die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetze erforderlich und ausreichend.

III. Bundesrat.

Art. 6. Der Bundesrat besteht aus den Vertretern der Mitglieder des Bundes, unter welchen die Stimmführung sich in der Weise verteilt, daß Preußen mit den ehemaligen Stimmen von Hannover, Kurhessen, Holstein, Nassau und Frankfurt 17 Stimmen führt, Bayern 6, Sachsen 4, Württemberg 4, Baden 3, Hessen 3, Mecklenburg-Schwerin 2, Sachsen-Weimar 1, Mecklenburg-Strelitz 1, Oldenburg 1, Braunschweig 2, Sachsen-Meiningen 1, Sachsen-Altenburg 1,

Sachsen-Koburg-Gotha 1, Anhalt 1, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Waldeck 1, Reuß ältere Linie 1, Reuß jüngere Linie 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe 1, Lübeck 1, Bremen 1, Hamburg 1, zusammen 58 Stimmen[1]).

Art. 7. Der Bundesrat beschließt:

1. über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse;

2. über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetze etwas anderes bestimmt ist;

3. über Mängel, welche bei der Ausführung der Reichsgesetze oder der vorstehend erwähnten Vorschriften oder Einrichtungen hervortreten . . . . .

Art. 9. Jedes Mitglied des Bundesrates hat das Recht, im Reichstage zu erscheinen, und muß daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrates nicht adoptiert worden sind. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein.

IV. Präsidium.

Art. 11. Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, der den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen . . . . .

Art. 12. Dem Kaiser steht es zu, den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen.

Art. 13. Die Berufung des Bundesrates und des Reichstages findet alljährlich statt, und kann der Bundesrat zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrat berufen werden.

Art. 15. Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist . . . . .

Art. 17. Dem Kaiser steht die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Überwachung der Ausführung derselben zu. Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Art. 18. Der Kaiser ernennt die Reichsbeamten, läßt dieselben für das Reich vereidigen und verfügt erforderlichen Falles deren Entlassung.

V. Reichstag.

Art. 20. Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor[2]) . : . . .

---

[1]) Nach dem Gesetz vom 31. Mai 1911 gilt Elsaß-Lothringen als Bundesstaat; es führt im Bundesrat drei Stimmen. Die Stimmenzahl ist dadurch auf 61 angewachsen.

[2]) Als Wahlgesetz für den deutschen Reichstag gilt mit den durch Hinzutritt der süddeutschen Staaten notwendig gewordenen Abänderungen das Wahlgesetz für den Norddeutschen Reichstag vom 31. Mai 1869, das selbst wiederum zurückgeht auf das Reichsgesetz vom 12. April 1849. (Vgl. Nr. 17.)

Art. 21. Beamte bedürfen keines Urlaubes zum Eintritt in den Reichstag.

Wenn ein Mitglied des Reichstages ein besoldetes Reichsamt oder in einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in dem Reichstag und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.

Art. 22. Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich.

Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Art. 23. Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reiches Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrate resp. Reichskanzler zu überweisen.

Art. 24. Die Legislaturperiode des Reichstages dauert fünf Jahre[1]). Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrates unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.

Art. 25. Im Falle der Auflösung des Reichstages müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden.

Art. 26. Ohne Zustimmung des Reichstages darf die Vertagung desselben die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Art. 28. Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit . . .

Art. 29. Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Art. 30. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

VI. Zoll- und Handelswesen.

Art. 33. Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze . . . . .[2])

Art. 35. Das Reich ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteuerung des im Bundesgebiete gewonnenen Salzes und Tabaks, bereiteten Branntweines und Bieres und aus Rüben oder anderen inländischen Erzeugnissen dargestellten Zuckers und Sirups . . . . .

Art. 38. Der Ertrag der Zölle und der anderen in Artikel 35 bezeichneten Abgaben fließt in die Reichskasse . . . . .

VII. Eisenbahnwesen.

Art. 41. Eisenbahnen, welche im Interesse der Verteidigung Deutschlands oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für notwendig erachtet werden, können kraft eines Reichsgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, unbeschadet der Landeshoheitsrechte,

---

[1]) Ursprünglich drei Jahre; durch Reichsgesetz vom 19. März 1888 ist die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre verlängert worden.

[2]) Außerhalb der Zollgrenze blieben damals noch Hamburg und Bremen (bis 1888); heute sind ausgeschlossen die Insel Helgoland und einige Freihafengebiete.

für Rechnung des Reiches angelegt oder an Privatunternehmer zur Ausführung konzessioniert und mit dem Expropriationsrechte ausgestattet werden . . . . .

Art. 42. Die Bundesregierungen verpflichten sich, die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und zu diesem Behuf auch die neu herzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen.

Art. 47. Den Anforderungen der Behörden des Reiches in betreff der Benutzung der Eisenbahnen zum Zweck der Verteidigung Deutschlands haben sämtliche Eisenbahnverwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere ist das Militär und alles Kriegsmaterial zu gleichen ermäßigten Sätzen zu befördern.

VIII. Post- und Telegraphenwesen.

Art. 48. Das Postwesen und das Telegraphenwesen werden für das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches als einheitliche Staatsverkehrs-Anstalten eingerichtet und verwaltet . . . . .

Art. 49. Die Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens sind für das ganze Reich gemeinschaftlich. Die Ausgaben werden aus den gemeinschaftlichen Einnahmen bestritten. Die Überschüsse fließen in die Reichskasse.

Art. 52. Die Bestimmungen in den vorstehenden Artikeln 48—50 finden auf Bayern und Württemberg keine Anwendung.

An den zur Reichskasse fließenden Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens haben Bayern und Württemberg keinen Teil.

IX. Marine und Schiffahrt.

Art. 53. Die Kriegsmarine des Reiches ist eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt dem Kaiser ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernennt, und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind.

Der Kieler Hafen und der Jadehafen sind Reichskriegshäfen.

Der zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhängenden Anstalten erforderliche Aufwand wird aus der Reichskasse bestritten . . . . .

Art. 54. Die Kauffahrteischiffe aller Bundesstaaten bilden eine einheitliche Handelsmarine . . . . .

Art. 55. Die Flagge der Kriegs- und Handelsmarine ist schwarz-weiß-rot.

XI. Reichskriegswesen.

Art. 57. Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.

Art. 58. Die Kosten und Lasten des gesamten Kriegswesens des Reiches sind von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig zu tragen . . . . .

Art. 59. Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere, die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das 39. Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an. Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heer sind die Mannschaften der Kavallerie und reitenden Feld-

Artillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienste bei den Fahnen verpflichtet . . . . .[1])

Art. 63. Die gesamte Landmacht des Reiches wird ein einheitliches Heer bilden, welches im Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht . . . . .

Art. 64. Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahneneid aufzunehmen.

Der Höchstkommandierende eines Kontingents sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Kontingents befehligen, und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser ernannt. Die von demselben ernannten Offiziere leisten ihm den Fahneneid. Bei Generalen und den Generalstellungen versehenden Offizieren innerhalb des Kontingents ist die Ernennung von der jedesmaligen Zustimmung des Kaisers abhängig zu machen.

Art. 66. Wo nicht besondere Konventionen ein anderes bestimmen, ernennen die Bundesfürsten, beziehentlich die Senate, die Offiziere ihrer Kontingente, mit der Einschränkung des Artikels 64. Sie sind Chefs aller ihren Gebieten angehörenden Truppenteile und genießen die damit verbundenen Ehren. Sie haben namentlich das Recht der Inspizierung zu jeder Zeit und erhalten außer den regelmäßigen Rapporten und Meldungen über vorkommende Veränderungen behufs der nötigen landesherrlichen Publikation rechtzeitig Mitteilung von den die betreffenden Truppenteile berührenden Avancements und Ernennungen.

Auch steht ihnen das Recht zu, zu polizeilichen Zwecken nicht bloß ihre eigenen Truppen zu verwenden, sondern auch alle anderen Truppenteile des Reichsheeres, welche in ihren Ländergebieten dislociert sind, zu requirieren[2]).

XII. Reichsfinanzen.

Art. 69. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahres nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt.

Art. 70. Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Überschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, solange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche in Höhe des budgetgemäßen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden . . . . .

Art. 72. Über die Verwendung aller Einnahmen des Reiches ist durch den Reichskanzler dem Bundesrate und dem Reichstage zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen.

Art. 73. In Fällen eines außerordentlichen Bedürfnisses kann im Wege der Reichsgesetzgebung die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Übernahme einer Garantie zu Lasten des Reiches erfolgen.

---

[1]) Diese Fassung hat Artikel 59 durch Reichsgesetz betr. Änderung der Wehrpflicht vom 15. April 1905 erhalten.

[2]) Die in Abschnitt 11 enthaltenen Vorschriften haben für Bayern und Württemberg keine Geltung; die militärischen Beziehungen beider Länder zum Reiche sind in Verträgen vom 25. November 1870 geregelt; beide Staaten haben auch nach dieser Seite hin sich mancherlei Rechte vorbehalten.

XIII. Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen.

Art. 75. Für .... Unternehmungen gegen das Deutsche Reich, welche, wenn gegen einen der einzelnen Bundesstaaten gerichtet, als Hochverrat oder Landesverrat zu qualifizieren wären, ist das Reichsgericht zuständig.

Art. 76. Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Teiles von dem Bundesrate erledigt.

XIV. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 78. Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrate 14 Stimmen gegen sich haben.

Diejenigen Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte der einzelnen Bundesstaaten in deren Verhältnis zur Gesamtheit festgestellt sind, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden[1]).

69.

Aus der Zeit des Kulturkampfes.

1873.

Quelle: Briefwechsel zwischen Papst Pius IX. und Kaiser Wilhelm.

Fundort: William Pierson, Preußische Geschichte. 6. Aufl. Berlin 1894. Bd. 2. S. 478—480.

1.

Im Vatikan den 7. August 1873.

Majestät! Sämtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von Eurer Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab. Wenn ich mit mir selber darüber zu Rate gehe, welche Ursachen diese sehr harten Maßregeln veranlaßt haben mögen, so bekenne ich, daß ich keine Gründe aufzufinden imstande bin. Andererseits wird mir mitgeteilt, daß Eure Majestät das Verfahren Ihrer Regierung nicht billigen und die Härte der Maßregeln wider die katholische Religion nicht gutheißen. Wenn es aber wahr ist, daß Eure Majestät es nicht billigen — und die Schreiben, welche allerhöchstdieselben früher an mich gerichtet haben, dürften zur Genüge dartun, daß Sie dasjenige, was gegenwärtig vorgeht, nicht billigen können, — und wenn, sage ich, Eure Majestät es nicht billigen, daß Ihre Regierung auf den eingeschlagenen Bahnen fortfährt, die rigorosen Maßregeln gegen die Religion Jesu Christi immer weiter auszudehnen, und letztere hierdurch so schwer schädigt, werden dann Eure Majestät nicht die Überzeugung gewinnen, daß diese Maßregeln keine andere Wirkung haben als diejenige, den eigenen Thron Eurer Majestät zu untergraben? Ich rede mit Freimut; denn mein Panier ist die Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise, welche hier näher darzulegen nicht der Ort ist, gehört, sage ich, dem Papste an. Ich gebe mich der Überzeugung hin, daß Eure Majestät meine Betrachtungen mit der gewohnten Güte aufnehmen und die in dem vorliegenden Falle erforderlichen Maßregeln treffen werde. — Indem ich allerhöchstdemselben den Ausdruck meiner Ergebenheit und Verehrung darbringe, bitte ich Gott, daß er Eure Majestät und mich mit den Banden der gleichen Barmherzigkeit umfassen möge. Pius.

[1]) Die Verfassung umfaßt 78 Artikel in 14 Abschnitten.

2.

Berlin den 3. September 1873.

Ich bin erfreut, daß Eure Heiligkeit mir, wie in früheren Zeiten die Ehre erweisen, mir zu schreiben; ich bin es umsomehr, als mir dadurch die Gelegenheit zuteil wird, Irrtümer zu berichtigen, welche nach Inhalt des Schreibens Eurer Heiligkeit vom 7. August in den Ihnen über deutsche Verhältnisse zugegangenen Meldungen vorgekommen sein müssen. Wenn die Berichte, welche Eurer Heiligkeit über deutsche Verhältnisse erstattet werden, nur Wahrheit meldeten, so wäre es nicht möglich, daß Eure Heiligkeit der Vermutung Raum geben könnten, daß meine Regierung Bahnen einschlüge, welche ich nicht billigte. Nach der Verfassung meiner Staaten kann ein solcher Fall nicht eintreten, da die Gesetze und Regierungsmaßregeln in Preußen meiner landesherrlichen Zustimmung bedürfen. — Zu meinem tiefen Schmerze hat ein Teil meiner katholischen Untertanen seit zwei Jahren eine politische Partei organisiert, welche den in Preußen seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören sucht. Leider haben höhere katholische Geistliche diese Bewegung nicht nur gebilligt, sondern sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die bestehenden Landesgesetze angeschlossen. — Der Wahrnehmung Eurer Heiligkeit wird nicht entgangen sein, daß ähnliche Erscheinungen sich gegenwärtig in der Mehrzahl der europäischen und in einigen überseeischen Staaten wiederholen. — Es ist nicht meine Aufgabe, die Ursachen zu untersuchen, durch welche Priester und Gläubige einer der christlichen Konfessionen bewogen werden können, den Feinden jeder staatlichen Ordnung in Bekämpfung der letzteren behilflich zu sein; wohl aber ist es meine Aufgabe, in den Staaten, deren Regierung mir von Gott anvertraut ist, den inneren Frieden zu schützen und das Ansehen der Gesetze zu wahren. Ich bin mir bewußt, daß ich über Erfüllung dieser meiner königlichen Pflicht Gott Rechenschaft schuldig bin, und ich werde Ordnung und Gesetz in meinen Staaten jeder Anfechtung gegenüber aufrecht halten, solange mir Gott die Macht dazu verleiht.

Ich bin als christlicher Monarch dazu verpflichtet auch da, wo ich zu meinem Schmerz diesen königlichen Beruf gegen die Diener einer Kirche zu erfüllen habe, von der ich annehme, daß sie nicht minder wie die evangelische Kirche das Gebot des Gehorsams gegen die weltliche Obrigkeit als einen Ausfluß des uns geoffenbarten Willens erkennt. — Zu meinem Bedauern verleugnen viele der Eurer Heiligkeit unterworfenen Geistlichen in Preußen die christliche Lehre in dieser Richtung und setzen meine Regierung in die Notwendigkeit, gestützt auf die große Mehrzahl meiner treuen katholischen und evangelischen Untertanen, die Befolgung der Landesgesetze durch weltliche Mittel zu erzwingen. — Ich gebe mich gern der Hoffnung hin, daß Eure Heiligkeit, wenn von der wahren Lage der Dinge unterrichtet, Ihre Autorität werden anwenden wollen, um der unter bedauerlicher Entstellung der Wahrheit und unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu machen. Die Religion Jesu Christi hat, wie ich Eurer Heiligkeit vor Gott bezeuge, mit diesen Umtrieben nichts zu tun, auch nicht die Wahrheit, zu deren von Eurer Heiligkeit angerufenem Panier ich mich rückhaltlos bekenne. — Noch eine Äußerung in dem Schreiben Eurer Heiligkeit kann ich nicht ohne Widerspruch übergehen, wenn sie auch nicht auf irrigen Berichterstattungen, sondern auf Eurer Heiligkeit Glauben beruht, die Äußerung nämlich, daß jeder, der die Taufe empfangen hat, dem Papste gehöre. Der evangelische Glaube, zu dem ich mich, wie Eurer Heiligkeit bekannt sein muß,

gleich meinen Vorfahren und mit der Mehrheit meiner Untertanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesum Christum anzunehmen. — Diese Verschiedenheit des Glaubens hält mich nicht ab, mit denen, welche den unseren nicht teilen, in Frieden zu leben und Eurer Heiligkeit den Ausdruck meiner persönlichen Ergebenheit und Verehrung darzubringen.

Wilhelm.

70.

Kaiser Wilhelms Empfindungen im Hinblick auf die beiden Mordversuche.

1878.

Quelle: Letztwillige Aufzeichnung vom 31. Dezember 1878.

Fundort: Erich Brandenburg a. a. O. S. 298—300.

Berlin, 31. Dezember 1878, ½11 Uhr abends.

Es geht ein Jahr zu Ende, das für mich ein verhängnisvolles sein sollte. Ereignisse von erschütternder Art trafen mich am 11. Mai und am 2. Juni.

Die körperlichen Leiden traten zurück gegen den Schmerz, daß preußische Landeskinder eine Tat vollbrachten, die am Schlusse meiner Lebenstage doppelt schwer zu überwinden war und mein Herz und Gemüt für den Rest meiner Tage finster erscheinen läßt! Doch muß ich mich ergeben in den Willen Gottes, der dies alles zuließ, aber zugleich seine Gnade und Barmherzigkeit walten ließ, die mich zu meinen Berufsgeschäften wieder fähig machte. So preise ich Gott für diese seine Führung, in der ich zugleich eine Mahnung erkenne, mich zu prüfen, ehe ich vor dem Richterstuhl des Allmächtigen erscheinen soll! Daher erkenne ich in den so sichtbar gewordenen Ereignissen eine gnadenvolle Führung Gottes, die zum Guten führen soll wie alles, was von ihm in Leid und Freude uns trifft. Darum preise ich die Vorsehung für die schmerzensvollen Ereignisse des ablaufenden Jahres. Sie haben mir auch Erhebendes gebracht durch die Teilnahme, die mir von allen Seiten zuteil wurde.

Zunächst findet hier meine Gemahlin meinen heißen Dank für ihre Liebe und Teilnahme, die sie mir, selbst leidend, schenkte, demnächst meine Tochter, die mit kindlicher Liebe mich pflegte und mir so wohltat. Alle Familienmitglieder nah und fern finden hier meinen liebevollen Dank für alles, was sie mir Teilnehmendes in der Schmerzenszeit bewiesen. Allen denen, die in so überraschender Weise meiner gedachten, gebührt hier mein inniger Dank. Und woher kam diese Teilnahme? Von wo anders als vom Allmächtigen, dessen Führung es wollte, daß ich in der Welt so gestellt wurde, daß seine Gnade sich jedermann einprägte, die über mir waltete. Und in dieser Waltung erkenne ich wiederum seine Liebe und Barmherzigkeit, daß er mich ausrüstete, seinen Willen hier auf Erden zu vollführen, und er mich und mein Volk würdig fand, das übertragene Pfund zu verwalten. Also wiederum nur Gottes Gnade preise ich in allem, was mir von Menschen in der Leidenszeit Gutes zuteil ward. Aber nicht bloß in dieser Leidenszeit zeigte sich diese Teilnahme, sondern jederzeit habe ich sie in einem Maße empfangen, das weit über das Verdienst ging, mit dem ich jenes Pfund verwalten konnte. Die Menschen haben meine Schwächen und Fehler übersehen wollen; aber der, welcher sie kennt, wolle mir dereinst ein barmherziger Richter sein, wo ich die Lehren und Weisungen des eingeborenen Sohnes des himmlischen Vaters nicht achtete! Herr, dein Wille geschehe im Himmel, also auch auf Erden. Im Glauben ist die Hoffnung und die himmlische Liebe der Weg dahin! Amen!

Wilhelm.

71.

Der Übergang zur Schutzzoll- und Sozialpolitik.

1878.

Quelle: Amtlich beeinflußte Darstellung der Provinzial-Korrespondenz[1]) vom 14. und 21. September 1881.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 4. S. 199 und 200.

Als der Norddeutsche Bund und vollends das Deutsche Reich — wie man weiß mit viel Mühe und Not — gegründet war, lag dem Fürsten Bismarck in erster Linie der äußere und innere Ausbau des Reiches in seinen notwendigen Einrichtungen ob. Erst nachdem das Notwendigste geschehen, drängte sich dem Reichskanzler mehr und mehr die Aufgabe auf, das Reich auch in finanzieller Beziehung selbständig und unabhängig zu machen und deshalb sich nach solchen wirtschaftlichen Hilfsquellen umzusehen, welche die Erreichung dieses großen nationalen Zieles möglich machen könnten ... Die Erhaltung, Förderung und Vermehrung der produktiven Kräfte des Landes, welche vornehmlich in der Landwirtschaft und Industrie zu suchen sind, wurde das weitere Ziel, um dauernd eine Hebung der gesamten wirtschaftlichen Kräfte und so eine innere Gesundung des Reiches für die Zukunft vorzubereiten.

Die Wege, die der Kanzler zu diesem Ziele einschlug, waren freilich von denen verschieden, welche die wirtschaftlich maßgebenden Persönlichkeiten und Parteien im Reiche[2]) bisher empfohlen hatten .....

Den Glauben an die Unfehlbarkeit jener an sich bestrickenden und einfachen Lehre des Freihandels und des Gehenlassens[3]), deren dauernde praktische Anwendung Deutschland den großen Nachbarvölkern gegenüber wirtschaftlich in ein abhängiges, fast tributpflichtiges Verhältnis gebracht hätte, hat Fürst Bismarck überwunden und hiermit den Grund gelegt zu einer wirklichen nationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich nicht von fremden Grundsätzen, sondern von den ureigenen Bedürfnissen des Landes leiten läßt.

Eine neue Reihe von Tatsachen kam hinzu, um die Erwägungen des Kanzlers zugleich nach einer anderen Richtung hin zu lenken und denselben eine erhöhte Wichtigkeit zu geben.

Die erschütternden Ereignisse des Jahres 1878 hatten zunächst Beschränkungen eines Teiles der Staatsbürger zur Folge[4]). Aber der Kanzler und die verbündeten

---

[1]) Die Provinzial-Korrespondenz war in den 60er, 70er und 80er Jahren das Organ der preußischen Regierung, das sie dazu benutzte, ihre Anschauungen den kleineren Blättern zugänglich zu machen. Sie stand unter Leitung des Geheimrats Hahn, desselben, der auch die hier vielfach benutzte Sammlung von Bismarcks Reden, Staatsschriften ..., sowie das Kaiser Wilhelms Gedenkbuch herausgegeben hat.

[2]) Bismarcks Ratgeber in wirtschaftlichen Dingen war bisher der Präsident des Reichskanzleramtes, der Minister Delbrück, gewesen. Dieser hatte schon im Jahre 1876 den Abschied erbeten und erhalten. Im Reichstage hatte sich Bismarck bislang auf die Liberalen gestützt; jetzt brach er mit diesen und trat in Verbindung mit den rechtsstehenden Parteigruppen und dem Zentrum.

[3]) Bislang hatte in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung der unbeschränkte Individualismus geherrscht. Entsprechend dem allgemein geltenden Grundsatz «laisser faire — laisser aller» war dem Staate keinerlei Eingriffe in das Wirtschaftsleben und die soziale Stellung und Betätigung der Einzelperson gestattet; höchstens hatte man ihn in der Rolle des Aufsehers geduldet. Den großen Umschwung, der jetzt erfolgte, zeigten der Übergang zum Schutzzoll und die einsetzende Sozialgesetzgebung.

[4]) Gemeint ist das Sozialistengesetz, das von 1878—1890 galt, und dessen erster Paragraph lautete: Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kom-

Regierungen waren weit davon entfernt, hierin den einzigen Weg zu einer inneren Gesundung zu erblicken. Die Mordversuche auf den erhabensten und edelsten Monarchen, der sein Leben, seine Ehre, seinen Thron für des Vaterlandes Wohl in heißen Kämpfen eingesetzt und das Traumbild der Einigung Deutschlands verwirklicht hatte — sie konnten und sollten nicht bloß Maßregeln polizeilicher Natur zur Folge haben. Für den Fürsten Bismarck waren jene Ereignisse ein Beweis von dem Vorhandensein einer tief inneren Krankheit des Volkes und eine Aufforderung zu dem Versuche einer Heilung der öffentlichen Zustände, die solche Freveltaten möglich gemacht und hatten heranreifen lassen. Für ihn unterlag es keinem Zweifel, daß die Verirrung und Verwilderung der Gemüter, aus der jene Verbrechen hervorgegangen, nicht lediglich in der Bosheit und Gottlosigkeit ihren Grund hatten, sondern mit den wirtschaftlichen Verhältnissen im engsten Zusammenhang standen. Das System der wirtschaftlichen Freiheit . . . hat mehr und mehr die Ungleichheit und die Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen durch die Starken befördert. Die Abhängigkeit, in der die Industrie von dem Handel steht und dadurch die Grundsätze der freien Konkurrenz erhalten wird, hat schließlich immer nachhaltiger auf die einzelnen und namentlich die untersten Glieder gewirkt, die überdies durch die ganze moderne Art und Weise der Produktion immer mehr zu schutzlosen Werkzeugen herabgesunken sind. Diese Umstände haben die Armut und Unzufriedenheit vermehrt und die Arbeiterklassen den Lehren gewissenloser Agitatoren zugänglich gemacht.

Diesen Zuständen mußte vor allem dadurch Einhalt zu tun versucht werden, daß man die Beschwerden und Klagen, die Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiterklasse wirklich untersuchte und abwog. Anstatt . . . alles auch in Zukunft, wie vielfach vorgeschlagen wurde, im Vertrauen auf den guten Geist der Menschheit der freien Entwicklung anheimzugeben, gelangte Fürst Bismarck zu der Überzeugung, daß der Staat einen hohen sittlichen Beruf zu erfüllen und diesen vor allem dadurch zu betätigen habe, daß er aufhört, eine gleichgültige Aufseherrolle zu spielen, daß er vielmehr den Schwachen helfend und fördernd zur Seite stehen müsse, um sie vor den Unbilden des Lebens und den eigennützig waltenden Privatinteressen des Stärkeren, soviel eben im allgemeinen Interesse liegt, zu schützen. Und hiermit hat er den vernünftigen und berechtigten Kern der sozialistischen Forderungen und Beschwerden, die durch das freihändlerische Wirtschaftssystem hervorgerufen worden sind, der wüsten Agitation zu entziehen und hoffentlich auch vor ferneren Auswüchsen zu bewahren gewußt. Durch wirksame Staatshilfe hofft er die Arbeiter zu gesunden Gliedern und zu einer wesentlichen Stütze der staatlichen Gemeinschaft zu machen.

72.

Die Sozialpolitik Kaiser Wilhelms I.

Quelle: Kaiserliche Botschaft an den Reichstag vom 17. November 1881.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 4. S. 221.

. . . Schon im Februar dieses Jahres[1]) haben wir unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege

---

munistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

[1]) Die Thronrede vom 15. Februar 1881 sprach die Zuversicht auf die Mitwirkung des Reichstages zur Heilung sozialer Schäden im Wege der Gesetzgebung aus.

der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können.

Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein . . . . .

73.

Die beginnende Feindschaft Rußlands gegen Deutschland.

1878.

Quelle: Brief Alexanders II. an Kaiser Wilhelm vom 15. August 1879[1]).

Fundort: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte. 4. Auflage. Stuttgart o. J. Bd. 2. S. 775 und 776.

. . . Ich halte es für meine Pflicht, Deine Aufmerksamkeit auf die traurigen Folgen zu lenken, die das in unseren freundnachbarlichen Beziehungen herbeiführen könnte, wenn unsere beiden Nationen einander reizen, wie die Presse der beiden Länder es zu tun beginnt. — Ich sehe darin die Arbeit unserer gemein-

[1]) Die Panslawisten schoben die Schuld an dem großen Mißerfolg, den Rußland auf dem Berliner Kongreß (1878) erlebt hatte, dem Leiter der Verhandlungen, dem Fürsten Bismarck, zu, trotzdem dieser als „ehrlicher Makler" zwischen den Parteien zu vermitteln versuchte, ja fast mehr im russischen Sinne gewirkt hatte. Infolgedessen erhob sich in der russischen Presse ein wüster Lärm gegen Deutschland, und die öffentliche Meinung in Rußland wurde gegen alles deutsche Wesen aufgehetzt. Auch der Zar konnte sich diesen Einflüssen nicht verschließen. Aus dieser Stimmung heraus schrieb er diesen Brief. Die nähere Veranlassung gaben die Verhältnisse auf dem Balkan. Hier arbeitete eine inter-

samen Feinde, derselben, welche den Bund der drei Kaiser nicht verdauen konnten[1]). Du erinnerst Dich, daß wir mehr als einmal mit Dir darüber gesprochen haben, und wie glücklich ich war, mich zu überzeugen, daß unsere Überzeugungen darüber die gleichen waren. Ich verstehe vollkommen, daß Du darauf hältst, Deine guten Beziehungen mit Österreich aufrecht zu erhalten; aber ich verstehe nicht, welches Interesse Deutschland haben könnte, die Rußlands zu opfern. — Ist es eines wirklichen Staatsmannes würdig, eine persönliche Verstimmung in die Wagschale[2]) zu werfen, wenn es sich um das Interesse zweier großen Länder handelt, die geschaffen sind, miteinander in gutem Einvernehmen zu leben, und von denen der eine dem anderen im Jahre 1870 einen Dienst geleistet hat, den Du nach Deinen eigenen Worten niemals vergessen zu wollen erklärtest[3]). Ich würde mir nicht erlaubt haben, Dich daran zu erinnern; aber die Umstände werden zu ernst, als daß ich Dir die Befürchtungen verhehlen könnte, die mich beschäftigen, und deren Folgen unheilvoll für unsere beiden Länder werden könnten. Gott schütze uns davor und berate Dich!

74.

Die Entstehung des deutsch-österreichischen Bündnisses.

1879.

Quelle: Rede Bismarcks im Reichstage vom 6. Februar 1888.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 5. S. 521 und 522.

Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre auf diesem Kongreß; ja, ich kann fast sagen, der dritte; denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen. Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield[5]) schenkte, in den schwierigsten, kritischsten Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den

---

nationale Kommission daran, die Grenzen usw. in Gemäßheit des Berliner Vertrages festzulegen. Der russische Reichskanzler, der Fürst Gortschakow, verlangte nun, daß der deutsche Vertreter in allen Fragen ohne weiteres auf die russische Seite trete, und ging nicht einmal auf Bismarcks Bitte ein, die russischen Wünsche jeweils vorher vertraulich bekannt zu geben. Als Deutschland nach Recht und Gewissen sich in solchen Fällen entschied und für Österreich gegen Rußland stimmte, erfolgte der Beschwerdebrief.

[1]) Gemeint ist das Bündnis zwischen Deutschland, Österreich und Rußland, das von 1872—1878 bestand.

[2]) Wahrscheinlich ist hier auf die gegenseitige Abneigung angespielt, die zwischen Bismarck und Gortschakow bestand.

[3]) Am 27. Februar 1871 schrieb Kaiser Wilhelm an den Zaren: „Preußen wird nie vergessen, daß es Ihnen zu danken hat, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat. Möge Gott Sie dafür segnen! Für immer Ihr dankbarer Freund Wilhelm."

[4]) Graf Schuwalow war russischer Botschafter in London; er war mit Bismarck befreundet.

[5]) Der leitende englische Minister.

Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahe stand, dessen Zustimmung im Bett erreicht; — kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: „Nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen!“ Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist. Welches mußte also meine Überraschung und meine Enttäuschung sein, wie allmählich eine Art Preßfeldzug in Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des darauffolgenden Jahres bis 1879 zu starken Forderungen eines Druckes, den wir auf Österreich üben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten[1]). Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten; denn, wenn wir uns Österreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten in Europa, notwendig in Abhängigkeit von Rußland. Wäre eine solche Abhängigkeit erträglich gewesen? Ich hätte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir sagte: „Wir haben gar keine streitigen Interessen; es ist gar kein Grund, warum Rußland uns je die Freundschaft kündigen sollte.“ Ich habe wenigstens meinen russischen Kollegen, die mir dergleichen auseinandersetzten, nicht gerade widersprochen[2]). Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich; der sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unseren Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieser Streit über Instruktionen, die wir an unsere Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerten sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite[3]).

Das ist der Ursprung unseres österreichischen Vertrages. Durch diese Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir seit Jahrzehnten vermiedenen Option zwischen unseren beiden bisherigen Freunden zu schreiten. Ich habe damals den Vertrag, der vorgestern publiziert worden ist, in Gastein und Wien verhandelt, und er gilt noch heute zwischen uns.

75.

Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag.

1879.

Quelle: Die amtliche Mitteilung des Vertrages im Reichs- und Staatsanzeiger vom 3. Februar 1888[4]).

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 5. S. 505 und 506.

Die Regierungen Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben sich zu der Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein

---

[1]) In den Angelegenheiten der orientalischen Kommission (vgl. S. 127 Anm.).

[2]) Vor allem war es Graf Schuwalow gewesen (vgl. Bismarcks Ged. u. Er. Bd. 2. S. 220—224).

[3]) Diese Kriegsdrohungen waren ausgesprochen in dem Briefe des Kaisers Alexander (vgl. Nr. 73).

[4]) Infolge der aus allslawischen Kreisen Rußlands hervorgegangenen Verdächtigungen der deutschen Politik hatte die russische Regierung allmählich große Truppenmassen an ihre westliche Grenze gelegt. Um fortgesetzten Mißdeutungen der Absichten Deutschlands und

defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwertet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhaltes ihres Bündnisvertrages jeden Zweifel hierüber ausschließen wird, und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen. Der Text lautet:

In Erwägung, daß Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser, König von Preußen, und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit ihrer Reiche und die Ruhe ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen; in Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche, imstande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen; in Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Österreich-Ungarn niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen[1]) geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren, haben Ihre Majestäten der Kaiser von Deutschland und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, indem sie einander feierlich versprechen, daß sie ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen. Zu diesem Zwecke haben allerhöchstdieselben zu ihren Bevollmächtigten ernannt: Se. Majestät der Deutsche Kaiser allerhöchstihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, Generalleutnant Prinzen Heinrich von Reuß; Se. Majestät der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, allerhöchstihren Wirklich Geheimen Rat, Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußeren, Feldmarschall-Leutnant Julius Grafen Andrassy . . ., welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt: Artikel 1. Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen. Art. 2. Würde einer der hohen kontrahierenden Teile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den hohen Mitkontrahenten zu beobachten. Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von seiten Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel 1 dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß. Art. 3. Dieser

---

Österreich-Ungarns gegenüber nachzuweisen, daß Rußland von diesen Mächten keinen Angriff zu fürchten habe, und offen darüber aufzuklären, innerhalb welcher Linien erstere sich gegenseitig Schutz zugesagt haben, wurde der Bündnisvertrag am 3. Februar 1888 gleichzeitig im „Reichs- und Staatsanzeiger", in der „Wiener Abendpost" und im „Pester Lloyd" veröffentlicht. (Vgl. Nr. 74 und 78.)

[1]) Gemeint ist der Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878.

Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden. Beide hohe Kontrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo[1]) ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexanders der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlaß, — sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß sie einen Angriff auf einen von ihnen als gegen beide gerichtet betrachten müßten. Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien am 7. Oktober 1879. H. VII. P. Reuß. Andrassy.

76.

Die Gründung des Dreibundes.

1882.

Quelle: Artikel 3, 4 und 7 des Vertrages vom 20. Mai 1882.

Fundort: Kriegs-Rundschau. Herausgegeben von der „Täglichen Rundschau". Berlin 1914 ff.[2]) S. 744 und 745.

Art. 3. Falls einer oder zwei der hohen Vertragschließenden ohne direkte Herausforderung von ihrer Seite von zwei oder mehreren Großmächten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, angegriffen und in einen Krieg mit ihnen verwickelt würden, würde sich der casus foederis[3]) für alle hohen Vertragschließenden gleichzeitig ergeben.

Art. 4. Falls eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die staatliche Sicherheit eines der hohen Vertragschließenden bedrohen würde und der Bedrohte dadurch gezwungen wäre, ihr den Krieg zu erklären, so verpflichten sich die beiden anderen, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten . . . . .

Art. 7. Österreich-Ungarn und Italien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, damit jede territoriale Veränderung, die der einen oder der anderen der den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnenden Mächte nachteilig wäre, hintangehalten werde. Sie werden einander zu diesem Behufe alle Aufschlüsse geben, die geeignet sind, sich gegenseitig über ihre eigenen Absichten sowie über die anderer Mächte aufzuklären. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß im Laufe der Ereignisse die Aufrechterhaltung des Statusquo[4]) im Gebiete des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder Ägäischen Meere unmöglich würde, und daß entweder infolge des Vorgehens

---

[1]) Um die entstandene Mißstimmung beizulegen, besuchte Kaiser Wilhelm den Zaren Alexander II. am 3. und 4. September 1879 in Alexandrowo, einem russischen Grenzort südlich von Thorn.

[2]) Weiterhin als Kriegsrundschau bezeichnet.

[3]) Bündnisfall, der den Verträgen zufolge den Bund zum gemeinsamen Handeln veranlaßt.

[4]) Der Zustand, in dem der Balkan sich jetzt befindet. (Vgl. status quo ante bellum = der Zustand, in dem es sich vor dem Kriege befand.)

einer dritten Macht oder sonstwie Österreich-Ungarn oder Italien genötigt wären, den Statusquo durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu verändern, so würde diese Besetzung nur stattfinden nach einer vorangehenden Übereinkunft zwischen den beiden Mächten, welche auf dem Prinzip einer gegenseitigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile, die eine jede von ihnen über den gegenwärtigen Statusquo hinaus erlangen würde, zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte.

77.

Grundsätze der deutschen Kolonialpolitik.

1884.

Quelle: Rede Bismarcks im Reichstage vom 26. Juni 1884.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 5. S. 47—50.

Was die Kolonialfrage im engeren Sinne anlangt, so wiederhole ich die Genesis derselben, wie ich sie damals angegeben habe[1]). Wir sind zuerst durch die Unternehmung hanseatischer Kaufleute[2]), verbunden mit Terrainankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlaßt worden, die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in dem gewünschten Maße versprechen könnten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien, — ich will sagen nach dem System, wie die meisten im vorigen Jahrhundert waren, was man jetzt das französische System nennen könnte — gegen Kolonien, die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, — daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hatte bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt hatte bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten.

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens, ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird — aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht.

Ich kann mich dem nicht entziehen. Ich bin mit einem gewissen Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt: „Womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen Unternehmungen, über deren Mut — ich habe die

---

[1]) In einer Sitzung des Reichstagsausschusses.

[2]) Bismarck denkt hier in erster Linie an die Unternehmungen und Erwerbungen des Bremer Kaufmanns Lüderitz in Südwestafrika.

Herren persönlich gesprochen, über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe — ich sage, womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich ihnen sagen wollte: ‚Das ist alles sehr schön; aber das Deutsche Reich ist dazu nicht stark genug; es würde das Übelwollen anderer Staaten auf sich ziehen; es würde ... in unangenehme Berührung mit anderen kommen; es würde Nasenstüber erhalten, für die es keine Vergeltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug!?‘“ Aber ich muß sagen, daß ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reiches doch eine gewisse Schüchternheit empfand, eine Abneigung, mich so auszusprechen, und selbst wenn ich an diese unsere Schwäche und Unfähigkeit geglaubt hätte, ich würde mich geniert haben, den Hilfesuchenden offen zu sagen: „Wir sind zu arm; wir sind zu schwach; wir sind zu furchtsam, für Euren Anschluß an das Reich Euch Hilfe vom Reiche zu gewähren.“

Ich habe nicht den Mut gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen. Wohl aber habe ich mich sehr sorgfältig bemüht, ausfindig zu machen, ob wir nicht in unberechtigter Weise in wohlerworbene ältere Rechte anderer Nationen eingriffen, und die Bemühungen mich darüber zu vergewissern, haben mehr als ein halbes Jahr Zeit erfordert ... Es ist sodann ... darauf hingewiesen, daß unsere Kolonialunternehmungen ganz außerordentlich kostspielig seien und unseren notleidenden Reichsschatz in eine noch schlimmere Lage bringen würden als jetzt. Es ist das allerdings richtig, wenn wir, wie das früher bei ähnlichen Versuchen geschehen ist, damit anfangen wollten, eine Anzahl von oberen und unteren Beamten dort hinzuschicken und zunächst eine Garnison dort hinzulegen, Kasernen, Häfen und Forts zu bauen. Das ist aber nicht entfernt unsere Absicht, wenigstens die meinige nicht. Meine von Sr. Majestät dem Kaiser gebilligte Absicht ist, die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonie ebenso wie ihr Entstehen der Tätigkeit und dem Unternehmungsgeiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen und weniger in der Form der Annektierung von überseeischen Provinzen an das Deutsche Reich vorzugehen, als in der Form von Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal-Charters[1]) im Anschluß an die ruhmreiche Laufbahn, die die englische Kaufmannschaft bei Gründung der Ostindischen Kompagnie zurückgelegt hat, und den Interessenten der Kolonie zugleich das Regieren derselben im wesentlichen zu überlassen und ihnen nur die Möglichkeit europäischer Jurisdiktion für Europäer und desjenigen Schutzes zu gewähren, den wir ohne stehende Garnison dort leisten können.

Unsere Absicht ist, nicht Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwicklung auch solche, die sich eine Souveränität, eine schließlich dem Deutschen Reiche lehnbar bleibende, unter seiner Protektion stehende kaufmännische Souveränität erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft, als auch gegen Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. Im übrigen hoffen wir, daß der Baum durch die Tätigkeit der Gärtner, die ihn pflanzen, auch im ganzen gedeihen wird, und wenn er es nicht tut, so ist die Pflanze eine verfehlte, und es trifft der Schade weniger das Reich — denn die

[1]) Königliche Gnadenbriefe. Die englische Ostindische Kompagnie eroberte aus eigener Kraft fast ganz Vorderindien.

Kosten sind nicht bedeutend, die wir verlangen — als die Unternehmer, die sich in ihren Unternehmungen vergriffen haben. Das ist der Unterschied: bei dem System, welches ich das französische nannte, will die Staatsregierung jedesmal beurteilen, ob das Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in Aussicht stellt; bei diesem System überlassen wir dem Handel, dem Privatmann die Wahl, und wenn wir sehen, daß der Baum Wurzel schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reiches anruft, so stehen wir ihm bei, und ich sehe auch nicht ein, wie wir ihm das rechtmäßig versagen können[1]).

78.

Die Wehrhaftigkeit des Reiches.

Quelle: Bismarcks Rede im Reichstage vom 6. Februar 1888[2]).

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 5. S. 510—530.

Wenn ich sage, wir müssen dauernd bestrebt sein, allen Eventualitäten gewachsen zu sein, so erhebe ich damit den Anspruch, daß wir noch größere Anstrengungen machen müssen als andere Mächte zu gleichem Zwecke wegen unserer geographischen Lage. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur seine östliche Grenze, Rußland nur seine westliche Grenze, auf der es angegriffen werden kann. Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwicklung der Weltgeschichte, nach unserer geographischen Lage und nach dem vielleicht minderen Zusammenhang, den die deutsche Nation bisher in sich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgesetzt als irgend ein anderes Volk. Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Er hat uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt, und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns,

---

[1]) Ähnlich, aber schärfer noch drückt sich Bismarck in einer Reichstagsrede vom 8. November 1885 aus: „Wir erstreben keine staatliche Organisation, keine Kolonien im französischen Sinne, keine Garnisonen usw., sondern wir beabsichtigen nur, dem deutschen Handel mit unserem Schutz zu folgen, da, wo er sich einrichtet . . . Mein Ziel ist der regierende Kaufmann und nicht der regierende Bureaukrat in jenen Gegenden, nicht der regierende Miltär und der preußische Beamte . . . Mein Ziel ist die Regierung kaufmännischer Gesellschaften, über denen nur die Aufsicht und der Schutz des Reiches und des Kaisers zu schweben hat. (Hahn, Bd. 5, S. 150/151.)

[2]) Wegen der Gefahr eines französisch-russischen Bündnisses, die im Laufe des Jahres 1887 recht drohend geworden war, wurde nicht nur das deutsch-österreichische Bündnis veröffentlicht (vgl. Nr. 75), sondern man schritt zugleich auch zu einer erheblichen Vermehrung und Stärkung des Heeres, indem für die Landwehr ein zweites Aufgebot hergestellt und die Dienstpflicht bis zum 39. Lebensjahr verlängert und für den Landsturm das 45. Lebensjahr als Altersgrenze festgesetzt wurde (Gesetz über die Änderung der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888). Auch die Kosten für diese Neuordnung stellten Regierung und Reichstag bereit (Gesetz über die Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres vom 20. Februar 1888). Bei der ersten Beratung dieses zweiten Gesetzes hielt Bismarck am 6. Februar 1888 im Reichstage die große und berühmte Rede, der die nachfolgenden Abschnitte entnommen sind. In derselben Rede sprach er sich übrigens auch über die Entstehung des deutsch-österreichischen Bündnisses aus (vgl. Nr. 74).

Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in unseren beiden Flanken fühlen lassen; sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir freiwillig vielleicht nicht leisten würden; sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt; sonst streben wir lieber auseinander ... Wir müssen dieser Bestimmung der Vorsehung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr tun, als uns ermuntern.

Die Vorlage bringt uns einen Zuwachs an waffentüchtigen Truppen, einen möglichen Zuwachs — brauchen wir ihn nicht, so brauchen wir ihn auch nicht zu rufen, dann können wir ihn zu Hause lassen; haben wir ihn aber zur Verfügung, haben wir die Waffen dafür, so bildet dieses neue Gesetz eine Verstärkung der Friedensbürgschaften und eine Verstärkung der Friedensliga, die gerade so stark ist, als wenn eine vierte Großmacht mit 700000 Mann Truppen — was ja früher die höchste Stärke war, die es gab — dem Bunde beigetreten wäre.

Diese gewaltige Verstärkung wird, wie ich glaube, auch beruhigend auf unsere eigenen Landsleute wirken und wird die Nervosität unserer öffentlichen Meinung, unserer Börse und unserer Presse einigermaßen ermäßigen. Ich hoffe, sie werden Linderung fühlen, wenn sie sich das klar machen, daß nach dieser Verstärkung und von dem Augenblicke an, wo das Gesetz unterzeichnet und publiziert ist, die Leute da sind ... Wir können an jeder unserer Grenzen eine Million guter Soldaten in Defensive haben. Wir können dabei Reserven von einer halben Million und höher, auch von einer ganzen Million, im Hinterland behalten und nach Bedürfnis vorschieben. Man hat mir gesagt: Das wird nur die Folge haben, daß die anderen auch noch höher steigen. Das können sie nicht. Die Ziffer haben sie längst erreicht ... In der Ziffer sind sie ebenso hoch wie wir; aber in der Qualität können sie es uns nicht nachmachen. Die Tapferkeit ist ja bei allen zivilisierten Nationen gleich; der Russe, der Franzose schlagen sich so tapfer wie der Deutsche; aber unsere Leute, unsere 700000 Mann sind kriegsgedient ..., ausgediente Soldaten, und die noch nichts verlernt haben. Und was uns kein Volk in der Welt nachmachen kann: wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu kommandieren. Das ist, was man nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem anderen Lande wieder vorkommt. Das Maß von Bildung, welches erforderlich ist, um einen Offizier und Unteroffizier zum Kommando zu befähigen nach den Ansprüchen, die der Soldat an ihn macht, existiert bei uns in sehr viel breiteren Schichten als in irgend einem anderen Lande. Wir haben mehr Offiziermaterial und Unteroffiziermaterial als irgend ein anderes Land, und wir haben ein Offizierkorps, welches uns kein anderes Land der Welt nachmachen kann. Darin besteht unsere Überlegenheit und ebenso in der Überlegenheit unseres Unteroffizierkorps, welches ja die Zöglinge unseres Offizierkorps bildet ... Ich bin also darüber ohne Sorge.

Außerdem aber ist noch ein Vorteil der Annahme dieses Gesetzes: gerade die Stärke, die wir erstreben, stimmt uns selbst notwendig friedfertig. Das klingt paradox; es ist aber doch so. Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff ... Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; es muß ein Krieg sein, der mit dem Enthusiasmus ge-

führt wird, wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Es ist mir noch erinnerlich der ohrengellende, freudige Zuruf am Kölner Bahnhofe, und so war es von Berlin bis Köln, so war es hier in Berlin. Die Wogen der Volksstimmung trugen uns in den Krieg hinein; wir hätten wollen mögen oder nicht. So muß es auch sein, wenn eine Volkskraft wie die unsere zur vollen Geltung kommen soll ... Ein Krieg, zu dem wir nicht vom Volkswillen getragen werden, der wird geführt werden, wenn schließlich die verordneten Obrigkeiten ihn für nötig halten und erklärt haben; er wird auch mit vollem Schneid und vielleicht siegreich geführt werden, wenn man erst einmal Feuer bekommen und Blut gesehen hat. Aber es wird nicht von Hause aus der Elan und das Feuer dahinter sein, wie in einem Kriege, wenn wir angegriffen werden. Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen ... Wenn unsere Gegner etwa vermuten, daß es die Furcht vor dem Ausgange ist, der uns friedfertig stimmt, dann irren sie sich ganz gewaltig. Also es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird.

... Es ist ja unzweifelhaft, daß die Drohungen und die Beschimpfungen, die Herausforderungen, die an uns gerichtet worden sind, auch bei uns eine ganz erhebliche und berechtigte Erbitterung erregt haben, und das ist beim Deutschen recht schwer; denn er ist dem Nationalhaß an sich unzugänglicher wie irgend eine andere Nation; wir sind aber bemüht, sie zu besänftigen, und wir wollen nach wie vor den Frieden mit unseren Nachbarn ... Dieses Bestreben wird uns noch immer einigermaßen erschwert durch drohende Zeitungsartikel vom Auslande, und ich möchte die Mahnung hauptsächlich an das Ausland richten, doch diese Drohungen zu unterlassen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir — nicht von der Regierung — aber in der Presse erfahren, ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit, wenn man bedenkt, daß man eine große und stolze Macht, wie es das Deutsche Reich ist, durch eine gewisse drohende Gestaltung der Druckerschwärze, durch Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können. Man sollte das unterlassen; dann würde man es uns leichter machen, unseren beiden Nachbarn auch gefälliger entgegenzukommen. Jedes Land ist auf die Dauer doch für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgend einmal verantwortlich; die Rechnung wird an irgend einem Tage präsentiert in der Verstimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht, — aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst — nichts in der Welt, und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Waffen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!

79.

Der Tod Kaiser Wilhelms I.

9. März 1888.

Quelle: Ansprache des Fürsten Bismarck an den Reichstag am 9. März 1888.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 5. S. 533 und 534.

Mir liegt die traurige Pflicht ob, Ihnen die amtliche Mitteilung von dem zu machen, was Sie bereits tatsächlich wissen werden: daß Se. Majestät der Kaiser Wilhelm heute vormittag um ½9 Uhr zu seinen Vätern entschlafen ist. Infolge dieses Ereignisses ist die preußische Krone und damit nach Artikel 11 der Reichsverfassung die deutsche Kaiserwürde auf Se. Majestät Friedrich III., König von Preußen, übergegangen. Nach den mir zugegangenen telegraphischen Nachrichten darf ich annehmen, daß Se. Majestät der regierende Kaiser und König morgen von San Remo abreisen und in der gegebenen Zeit hier in Berlin eintreffen wird. Ich hatte von dem hochseligen Herrn in seinen letzten Tagen in Betätigung der Arbeitskraft, die ihn nur mit dem Leben verlassen hat, noch die Unterschrift erhalten, welche vor mir liegt, und welche mich ermächtigt, den Reichstag in der üblichen Zeit nach Abmachung seiner Geschäfte, das heißt also etwa heute oder morgen, zu schließen. Ich hatte die Bitte an Se. Majestät gerichtet, nur den Anfangsbuchsstaben des Namens noch zu unterzeichnen. Se. Majestät aber haben mir darauf erwidert, daß sie glaubten, den vollen Namen noch unterschreiben zu können. Infolgedessen liegt dieses historische Aktenstück der letzten Unterschrift Sr. Majestät vor mir. Unter den obwaltenden Umständen nehme ich an, daß es den Wünschen der Mitglieder des Reichstages ebenso wie denen der verbündeten Regierungen entsprechen wird, daß der Reichstag noch nicht auseinandergeht, sondern zusammenbleibt bis nach Eintreffen Sr. Majestät des Kaisers, und ich mache deshalb von dieser allerhöchsten Ermächtigung weiter keinen Gebrauch, als daß ich dieselbe als historisches Dokument zu den Akten gebe und den Herrn Präsidenten bitte, die Entschlüsse, welche den Stimmungen und den Überzeugungen des Reichstages entsprechen, in dieser Richtung herbeizuführen. Es steht mir nicht zu, meine Herren, von dieser amtlichen Stelle aus den persönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen mich das Hinscheiden meines Herrn erfüllt, das Ausscheiden des ersten deutschen Kaisers aus unserer Mitte. Es ist dafür auch kein Bedürfnis; denn die Gefühle, die mich bewegen, sie leben in dem Herzen eines jeden Deutschen; es hat deshalb keinen Zweck, sie auszusprechen. Aber das eine glaube ich Ihnen doch nicht vorenthalten zu dürfen — nicht von meinen Empfindungen, sondern von meinen Erlebnissen —, daß inmitten der schweren Schickungen, welche der von uns geschiedene Herr in seinem Hause noch erlebt hat, es zwei Tatsachen waren, welche ihn mit Befriedigung und Trost erfüllten. Die eine war die, daß die Leiden seines einzigen Sohnes und Nachfolgers, unseres jetzigen regierenden Herrn, die ganze Welt — nicht nur Deutschland, sondern alle Weltteile, kann man sagen — ich habe noch heute ein Telegramm aus Neu York in dieser Beziehung erhalten —, mit einer Teilnahme erfüllt haben, die beweist, welches Vertrauen sich die Dynastie des deutschen Kaiserhauses bei allen Nationen erworben hat. Es ist dies ein Erbteil, kann ich wohl sagen, welches des Kaisers lange Regierung dem deutschen Volke hinterläßt. Das Vertrauen, das die Dynastie erworben hat, wird sich auf die Nation übertragen trotz allem, was dagegen versucht wird. Die zweite Tatsache, in der

Se. Majestät einen Trost in manchen schweren Schickungen empfand, war die, daß der Kaiser auf die Entwicklung seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Konsolidierung der Nationalität des Volkes, dem er als deutscher Fürst angehört hatte, — daß der Kaiser auf die Entwicklung, welche die Lösung dieser Aufgabe inzwischen genommen hatte, mit einer Befriedigung zurückblickte, welche den Abend seines Lebens verschönt und beleuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Tatsache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Dynastien, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme in Deutschland, aller Abteilungen des Reichstages dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des Deutschen Reiches auf jede Gefahr hin, die uns bedrohen könnte, als Bedürfnis von den verbündeten Regierungen empfunden wurde[1]). Diese Wahrnehmung hat Se. Majestät mit großem Troste erfüllt, und noch in der letzten Beziehung, die ich zu meinem dahingeschiedenen Herrn gehabt habe — es war gestern — hat er darauf Bezug genommen, wie ihn dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation, wie er durch die Volksvertretung hier verkündet worden ist, gestärkt und erfreut hat. Ich glaube, meine Herren, es wird für Sie alle erwünscht sein, dieses Zeugnis, das ich aus eigener Wahrnehmung für die letzten Stimmungen unseres dahingeschiedenen Herrn ablegen kann, mit in Ihre Heimat zu nehmen, weil jeder einzelne von Ihnen einen Anteil an dem Verdienste hat, welches dem zugrunde liegt. Meine Herren, die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein, welches der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und in Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe.

80.

Regierungsgrundsätze Kaiser Friedrichs III.

1888.

Quelle: Erlaß des Kaisers an den Fürsten Bismarck vom 12. März 1888.

Fundort: Gebhardt a. a. O. Bd. 2. S. 819 und 820.

Mein lieber Fürst!

Bei dem Antritt meiner Regierung ist es mir ein Bedürfnis, mich an Sie, den langjährigen vielbewährten ersten Diener meines in Gott ruhenden Herrn Vaters zu wenden. Sie sind der treue und mutvolle Ratgeber gewesen, der den Zielen seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat.

Ihnen bin ich und bleibt mein Haus zu warmem Dank verpflichtet.

Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung meiner Regierung maßgebend sein sollen.

Die Verfassungs- und Rechtsanordnungen des Reiches und Preußens müssen vor allem in der Ehrfurcht und in den Sitten der Nation sich befestigen. Es

---

[1]) Die Gesetze vom 11. und 20. Februar 1888 (vgl. S. 134. Anm. 2).

sind daher die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlaßt.

Die Förderung der Aufgaben der Reichsregierung muß die festen Grundlagen unberührt lassen, auf denen bisher der preußische Staat sicher geruht hat.

Im Reiche sind die verfassungsmäßigen Rechte aller verbündeten Regierungen ebenso gewissenhaft zu achten, wie die des Reichstages; aber von beiden ist eine gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen. Dabei ist im Auge zu behalten, daß diese gegenseitigen Rechte nur zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen, welche das oberste Gesetz bleibt, und daß neu hervortretenden, unzweifelhaften nationalen Bedürfnissen stets in vollem Maße Genüge geleistet werden muß.

Die notwendige und sicherste Bürgschaft für ungestörte Förderung dieser Aufgaben sehe ich in der ungeschwächten Erhaltung der Wehrkraft des Landes, meines erprobten Heeres und der aufblühenden Marine, der durch Gewinnung überseeischer Besitzungen ernste Pflichten erwachsen sind. Beide müssen jederzeit auf der Höhe der Ausbildung und der Vollendung der Organisation erhalten werden, welche deren Ruhm begründet hat, und welche deren fernere Leistungsfähigkeit sichert.

Ich bin entschlossen, im Reiche und in Preußen die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Bestimmungen von Reichs- und Landesverfassung zu führen. Dieselben sind von meinen Vorfahren auf dem Throne in weiser Erkenntnis der unabweisbaren Bedürfnisse und zu lösenden schwierigen Aufgaben des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens begründet worden und müssen allseitig geachtet werden, um ihre Kraft und segensreiche Wirksamkeit betätigen zu können.

Ich will, daß der seit Jahrhunderten in meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen meinen Untertanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein jeglicher unter ihnen steht meinem Herzen gleich nahe — haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt.

Einig mit den Anschauungen meines kaiserlichen Herrn Vaters, werde ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirtschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu versöhnen und unvermeidliche Mißstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staates allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu machen.

Mit den sozialen Fragen enge verbunden erachte ich die der Erziehung der heranwachsenden Jugend zugewandte Pflege. Muß einerseits eine höhere Bildung immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, daß durch Halbbildung ernste Gefahren geschaffen, daß Lebensansprüche geweckt werden, denen die wirtschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können, oder daß durch einseitige Erstrebung vermehrten Wissens die erziehliche Aufgabe unberücksichtigt bleibe.

Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufgewachsenes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirtschaftlicher Bewegung durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung einzelner für die Gesamtheit erwachsen. Es ist mein Wille, daß keine Gelegenheit versäumt werde, in dem öffentlichen Dienste dahin einzuwirken, daß der Versuchung zu unverhältnismäßigem Aufwande entgegengetreten werde.

Jedem Vorschlage finanzieller Reformen ist meine vorurteilsfreie Erwägung im voraus gesichert, wenn nicht die in Preußen altbewährte Sparsamkeit die Auflegung neuer Lasten umgehen und eine Erleichterung bisheriger Anforderungen herbeiführen läßt.

Die größeren und kleineren Verbänden im Staate verliehene Selbstverwaltung halte ich für ersprießlich. Dagegen stelle ich es zur Prüfung: ob nicht das diesen Verbänden gewährte Recht der Steuerauflagen, welches von ihnen ohne hinreichende Rücksicht auf die gleichzeitig von Reich und Staat ausgehende Belastung geübt wird, den einzelnen unverhältnismäßig beschweren kann.

In gleicher Weise wird zu erwägen sein, ob nicht in der Gliederung der Behörden eine vereinfachende Änderung zulässig erscheint, in welcher die Verminderung der Zahl der Angestellten eine Erhöhung ihrer Bezüge ermöglichen würde.

Gelingt es, die Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens kräftig zu erhalten, so wird es mir zur besonderen Genugtuung gereichen, die Blüte, welche deutsche Kunst und Wissenschaft in so reichem Maße zeigt, zu voller Entfaltung zu bringen.

Zur Verwirklichung dieser meiner Absichten rechne ich auf Ihre so oft bewiesene Hingebung und auf die Unterstützung Ihrer bewähren Erfahrung. Möge es mir beschieden sein, dergestalt unter einmütigem Zusammenwirken der Reichsorgane, der hingebenden Tätigkeit der Volksvertretung, wie aller Behörden und durch vertrauensvolle Mitarbeit sämtlicher Klassen der Bevölkerung Deutschland und Preußen zu Ehren in friedlicher Entwicklung zu führen!

Unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großtaten, werde ich zufrieden sein, wenn dereinst von meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei meinem Volke wohltätig, meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen!

Berlin den 12. März 1888.

Ihr wohlgeneigter

Friedrich III.

V.

Der Aufstieg zur Weltmacht.

81.

Ein Charakterbild Kaiser Wilhelms II.

Quelle: Dr. G. Hinzpeter, Kaiser Wilhelm II. Bielefeld 1888. S. 4—15[1]).

Aus der Verbindung von welfischem, leicht in Energie umgesetztem Starrsinn und hohenzollernschem, mit Idealismus gepaartem Eigenwillen wurde am 27. Januar 1859 ein menschliches Wesen geboren mit eigentümlich stark ausgeprägter Individualität, welche, durch nichts wirklich verändert, selbst den mächtigsten

[1]) Dr. Hinzpeter war der bekannte Erzieher des Kaisers, der, wie er selbst sagte, „mehr als 20 Jahre hindurch die Entwicklung dieser Individualität zu verfolgen imstande und während mehr als der Hälfte dieser Zeit ihr Wesen zum Gegenstand eifrigsten Studiums zu machen berufen“ und darum, wie kein anderer, befähigt war „eine Skizze nach der Natur zu zeichnen“.

äußeren Einflüssen widerstehend, in ihrer Eigenart sich konsequent entwickelt hat, ein Wesen von eigentümlich kristallinischem Gefüge, welches durch alle Phasen der Entwicklung sich erhalten, in allen natürlichen Metamorphosen stets seinen Charakter bewahrt hat. Schon in dem wunderhübschen, sehr mädchenhaften Knaben, dessen Zartheit durch eine sehr peinliche Unbeholfenheit des linken Armes bis zur Schwäche gesteigert wurde, frappierte der Widerstand, den jeder Druck, jeder Versuch, das innere Wesen in eine bestimmte Form zu zwängen, hervorrief . . . . .

Schon der Zucht des Denkens widerstrebte die spröde Natur auf das äußerste. Der von frühester Jugend an allen Fürstenkindern zuströmende Überfluß von Vorstellungen und Empfindungen hat leicht eine gewisse Zerfahrenheit im Denken und Blasiertheit im Fühlen zur Folge. Die Bekämpfung solchen unheilvollen Mangels an Konzentrationsfähigkeit ist überall eine der wichtigsten Aufgaben der Prinzenerziehung. Diese war bei solcher an sich so spröden Natur schwer zu lösen. Nur die äußerste Strenge und das energische Zusammenwirken aller konkurrierenden Autoritäten vermochte das Widerstreben zu überwältigen, bis das erwachte Bewußtsein den eigenen Willen zum Beistand heranführte, womit dann jede Schwierigkeit bald gehoben war.

Selbst diesem zeitweise gewaltigen Druck der methodisch vorgehenden moralischen Mächte entzog sich aber stets das innere Wesen des heranwachsenden Prinzen; es entwickelte sich seiner Natur gemäß stetig fort, von den äußeren Einflüssen berührt, modifiziert, dirigiert, aber niemals wesentlich verändert oder verschoben. So hat er von der eminent künstlerisch begabten und beschäftigten Mutter wohl eine gewisse Freude an der Ausübung des eigenen ererbten Talents und eine warme Begeisterung für alle Schöpfungen der Kunst, von dem bürgerlich liberalen Vater die volle Freiheit von aller Kastenbefangenheit und Standesüberhebung, von dem philosophisch räsonierenden Erzieher eine gewisse Neigung zum Disputieren und Argumentieren übernommen; aber überwältigend ist die Einwirkung auch dieser höchsten Autoritäten nicht gewesen; keine hat dem spröden Material ihr Gepräge zu geben vermocht ... Diese kräftige eigenartige Pflanze sog aus allem ihr Gebotenen das für ihre besondere Entwicklung Brauchbare und assimilierte es für sich zu fröhlichem Wachstum.

Die Kirchenlehre wurde ihm geraume Zeit von einem liberalen und dann nach plötzlichem Wechsel von einem streng orthodoxen Geistlichen vorgetragen. Die gefürchtete Verwirrung der Begriffe trat keineswegs ein; die eigentümliche Fähigkeit dieses in seinem Wege unbeirrbaren Geistes, überall das zu nehmen, was ihm zusagt, ließ ihn auch seine religiösen Vorstellungen aus gebotenem Material mit eigener Arbeit zu persönlichem Gebrauch zusammenstellen. Und wohl ihm und uns, daß dies seinem Wesen gemäß war, und daß es ihm gelungen! Zum obersten Bischof der Kirche ist er dadurch sehr wohl geeignet, zum Parteihaupt sehr wenig.

Den Anschauungen der Eltern gemäß war der Erziehung die Aufgabe gestellt, im Gegensatz zur Tradition dem Interesse für das bürgerliche Leben den Vorrang vor dem militärischen in dem heranwachsenden Prinzen zu verschaffen. Die verschiedensten Mittel wurden dazu angewandt und alle sich bietenden Gelegenheiten benutzt; die ungewöhnliche Verpflanzung des Prinzen nach Kassel geschah zum guten Teil auch von diesem Gesichtspunkte aus. Museen und Fabriken, Werkstätten und Bergwerke wurden eifrigst besucht und studiert; aber neben der regen Sympathie an dem Schul-, Studenten- und Volksleben wuchs das angeborene militärische Interesse kräftig empor, bis es sich einen breiten Platz im Träumen,

Denken und Handeln erworben. Aber doch wieder in eigentümlicher Art. Obgleich der Prinz in den Kreisen der Potsdamer Offiziere sich außerordentlich wohl fühlte, beherrschten ihn keineswegs deren Ideen. Die Antipathie derselben gegen die zur gleichberechtigten Rivalin sich emporarbeitenden Marine störte seine früh erwachte Sympathie für diese so wenig, daß er es im Gegenteil unternahm, seine Kameraden durch öffentliche Vorträge über die Flotte zu seinen Anschauungen hinüberzuziehen. Mit lebhaftem Interesse, oft mit warmer Begeisterung pflegte er an dem Leben und Streben der Kreise teilzunehmen, in welche er während der verschiedenen Phasen seiner Entwicklung gestellt wurde, im Gefühl der Solidität der eigenen Persönlichkeit von allem falschen Hochmut frei: aber nie ist er ganz darin aufgegangen, immer hat er seine Selbständigkeit im Empfinden und Urteilen bewahrt und bewiesen ... Seine Natur ist im eigentlichsten Sinne des Wortes eine souveräne, da das Wesen der Souveränität in der Unabhängigkeit von jeder fremden Gewalt, Selbstbestimmung und Selbstbeherrschung liegt. Diese aber haben sich bei ihm vorwaltend gezeigt nicht nur negativ in der Abwehr fremder Gewalt über das eigene Wesen, sondern ebenso positiv bei dem Entfalten der eigenen Individualität und dem Gestalten des eigenen Lebens.

Durch eine Verletzung bei der Geburt, welche eine unheilbare Schwäche des linken Armes zur Folge gehabt, war seiner physischen und psychischen Entwicklung ein ganz eigentümliches Hindernis bereitet, welches zu beseitigen alle Kunst und Sorgfalt unfähig bleiben mußten, wenn nicht das Kind schon in ungewöhnlicher Energie des Willens dabei mitwirkte. Es galt, das natürliche Gefühl körperlicher Unbeholfenheit und der damit unvermeidlich verbundenen Zagheit zu überwinden. Es war für ihn eine eminente moralische Leistung, ein ausgezeichneter Schütze, Schwimmer und Reiter, der kühne, unerschrockene Mann zu werden, der jetzt für den nicht unwahrscheinlichen Fall eines Attentates vor allem den einen Wunsch hegt, daß ihm noch genug Kraft bleibe, um den Mörder zu packen und abzustrafen. — Nie ist in die preußische Armee ein junger Mann eingetreten, der physisch so wenig geeignet erschienen, ein brillanter und schneidiger Reiteroffizier zu werden, als der junge Prinz Wilhelm. Als er es aber geworden war, als er sein Husarenregiment seinem scharf kritisierenden Großvater vorgestellt und von seinem als kavalleristische Autorität so gefürchteten Onkel das bezeichnende, fast einer Abbitte gleichlautende Lob geerntet: „Du hast es gut gemacht! Ich hätte es nie geglaubt!“ da hatte er sich durch redliche, das gewöhnliche Maß weit übersteigende Arbeit an sich selbst den Anspruch auf eine über sein Alter hinausgehende gebietende Stellung erworben, da er sich selbst zu gebieten, sich selbst zu heben, eine natürliche Schwäche zu einer Quelle von Kraft und Energie zu verwandeln verstanden. Die wenigen, die damals die Bedeutung der Leistung, dieses Sieges der moralischen Kraft über körperliche Schwäche ermessen konnten, fühlten sich seit der Zeit zu den stolzesten Hoffnungen auf diese Persönlichkeit berechtigt.

Und in ähnlicher Weise ist es charakteristisch für seine ganze Entwicklung gewesen, daß er in unbeirrbarer Selbstbestimmung und Selbstbeherrschung aus allem, was ihm widerfuhr an Glück oder Unglück, Gutem oder Bösem, Schönem oder Häßlichem, zu nehmen suchte, was Klarheit und Bestimmtheit, Maß und Gleichgewicht, Kraft und Klugheit in ihm fördern und entwickeln konnten. Der Anblick des Kulturkampfes mit seinen trübseligen Folgen stärkte seinen natürlichen Sinn für Billigkeit und religiöse Duldsamkeit. Eine genauere persönliche Einsicht in die harte und hoffnungsarme Existenz der Arbeiterbevölkerung wie der reflektierende

Vergleich derselben mit der eigenen materiellen Behaglichkeit und Sorgenfreiheit, wie die eingehende Beschäftigung mit den sozialen Fragen der Gegenwart machten für seinen durch und durch gerechten Sinn die Notwendigkeit sozialer Formen zu einem unanfechtbaren Axiom und zu einer persönlichen Lieblingsvorstellung. Ein Aufenthalt in England pflegt seine Überzeugung von dem hohen Wert einer starken Zentralgewalt zu stärken, während ein solcher in Rußland ihn eher die Selbstverwaltung schätzen lehrt. Alle Reisen aber in diesen Ländern wie in Frankreich und Italien vermehren sicher sein deutsches Nationalgefühl, welches stets leicht erregbar in ihm gewesen ist. Das freudige Genießen der deutschen Dichtung aller Perioden von Beowulf bis zu Felix Dahn weckte seinen Enthusiasmus für deutsches Leben und Empfinden aller Zeiten, wie an der andächtigen Aufnahme der deutschen Geschichte sich seine Begeisterung für deutsche Taten und Helden entzündete, von Karl dem Großen und seinen Paladinen bis zu den Heroengestalten des eigenen Vaters und Großvaters . . . Der Schwung, den seine erregbare Natur durch solches Bewundern erhielt, wurde eine neue Quelle der Kraft und der Erhebung. Der Trieb zur Nacheiferung entwickelte sich daraus bis zu dem tief empfundenen Bedauern, die letzten hohen Triumphe des Vaterlandes nur als jubelndes Kind statt als mitwirkender Mann erlebt zu haben, und bis zu der vom Übelwollen so arg mißdeuteten Sehnsucht, an gleich großen Ereignissen teilnehmen zu dürfen . . . Daß aber der Phantasie und der Leidenschaft kein ungebührlicher Einfluß auf das Handeln zufalle, dafür sorgt der überlegende regelnde Verstand, der in der eigentümlichen Mischung seines Wesens ein so bedeutendes Ingredienz bildet. Zorn und Haß so gut wie Liebe und Bewunderung werden stets seine Seele erwärmen zu energischem Vorgehen, schwerlich sie je erhitzen zu tollkühnem Wagen. Klugheit und Gerechtigkeit sind für ihn nicht bloß theoretische Tugenden, sondern seiner ganzen Natur entsprechende, sein Streben und Handeln bestimmende Eigenschaften. Seine bekannte Kampagne gegen die seinem in allen Genüssen maßvollen Wesen so antipathischen und seiner ganzen Lebensauffassung so widerstrebenden Spielpassion der vornehmen jungen Welt, welche vor seinen Augen blühende Existenzen vernichtet und dadurch seine tiefste Entrüstung hervorgerufen hatte, konnte erfolgreich nur sein, weil sie in weiser Mäßigung in den seiner damaligen Stellung als Regimentskommandeur entsprechenden Schranken geführt wurde. Gerade diese kluge Beschränkung trug ihm auch die besonders freudig empfundene Genugtuung des rückhaltlosen Beifalls des sonst so streng kritisierenden Vaters ein.

Den Kampf gegen die Leidenschaft, den er hierbei für andere unternahm, hat er mit unerbittlicher Strenge in sich selbst geführt und das Maßhalten sich zum Lebensprinzip gemacht. Selbst seine Familie ist für ihn wohl die unentbehrliche Basis seines Lebens; das Zusammensein mit Frau und Kindern ist ihm unabweisbares Bedürfnis; ihre Zuneigung erhellt sein Leben, und die Sorge um sie erwärmt sein Herz; aber auch diese Gefühle sollen seine Kraft nicht verzehren, sondern mehren. Nur ein Gefühl beherrscht sein ganzes Leben und Streben, dominiert alle Bedenken und Reflexionen, treibt unwiderstehlich zur Anspannung aller Kräfte und wenn nötig, zum kühnsten Wagen. Das ist das Pflichtgefühl, stets die stärkste und wirksamste Triebfeder in allen Gliedern seiner Rasse. In diesem Gliede, von dem wir reden, ist es immer stark gewesen und hat, wo irgendmöglich, den Verzicht auf alle Prärogative der Stellung und den Erwerb von Ehre und Stellung durch eigene Anstrengung als selbstverständlich erscheinen

lassen. Es ist dem ganzen Wesen kongruent naturgemäß besonders kräftig gewachsen. Es wird ihn als ersten Diener des Staates, als welchen er sich selbst einführt, stets das Allgemeinwohl über alle einzelnen, namentlich über alle persönlichen Interessen zu stellen, für das Heil des über alles geliebten Vaterlandes das eigene Behagen, den eigenen Vorteil, das eigene Leben unbedenklich zu opfern treiben und befähigen.

Es gibt ihm auch jetzt die Kraft, ohne Schwindel der Selbstüberhebung wie der Schwäche in einfacher Sicherheit durch den festen Glauben an sich und seinen königlichen Beruf den Thron seiner Ahnen zu besteigen, diese einsame Höhe, wo jene Selbstbestimmung und Selbstbeherrschung die notwendigsten Ausrüstungsgegenstände sind. Es läßt ihn ohne Zittern der Hand die Zügel der Regierung ergreifen und unerdrückt von der unermeßlichen Verantwortung tun, was seines Amtes ist. Er weiß, er ist zu demselben berufen und muß nun desselben warten mit dem, was an und in ihm ist. Hilfe bringen kann ihm dabei nur die Überzeugung, daß es der Himmel ist, der ihn dazu berufen, daß ihm also auch dessen Schutz gewiß ist.

82.

Regierungsgrundsätze Kaiser Wilhelms II.

1888.

Quelle: Thronrede bei Eröffnung des Deutschen Reichstages am 25. Juni 1888[1]).

Fundort: Johs. Penzler, Die Reden Kaiser Wilhelms II. Leipzig o. J. Bd. 1. S. 11—14.

Geehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße ich Sie und weiß, daß Sie mit mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden meines hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte ich Gott, mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen sein Wille mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch meines hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem deutschen Volke zu verkünden, daß ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen mein hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung

---

[1]) Zur Eröffnung des für eine außerordentliche Tagung einberufenen Reichstages hatte sich die Mehrzahl der deutschen Bundesfürsten persönlich um den jugendlichen Kaiser versammelt und bot dadurch dem Volke die Gewähr, daß auch die schweren Heimsuchungen, die das Kaiserhaus betroffen hatten, die Bundes- und Reichstreue der deutschen Fürsten keinen Augenblick erschüttern, sondern diese nur zu um so engerem Aneinanderschluß bewegen konnte. Der Kaiser verlas die Thronrede selbst.

des Auslandes gewonnen hat. Daß auch mir dies gelinge, steht bei Gott; erstreben will ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach außen und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung; sie zu wahren und zu schirmen in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers.

An der Gesetzgebung des Reiches habe ich nach der Verfassung mehr in meiner Eigenschaft als König von Preußen, wie in der des Deutschen Kaisers mitzuwirken; aber in beiden wird es mein Bestreben sein, das Werk der Reichsgesetzgebung in dem gleichen Sinne fortzuführen, wie mein hochseliger Herr Großvater es begonnen hat. Insbesondere eigne ich mir die von ihm am 17. November 1881 erlassene Botschaft[1]) ihrem vollen Umfange nach an und werde im Sinne derselben fortfahren, dahin zu wirken, daß die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie im Anschluß an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten im Kampfe ums Dasein gewähren kann. Ich hoffe, daß es gelingen werde, auf diesem Wege der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze näher zu kommen, und hege die Zuversicht, daß ich zur Pflege unserer inneren Wohlfahrt die einhellige Unterstützung aller treuen Anhänger des Reiches und der verbündeten Regierungen finden werde ohne Trennung nach gesonderter Parteistellung.

Ebenso aber halte ich für geboten, unsere staatliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Bahnen der Gesetzlichkeit zu erhalten und allen Bestrebungen, welche den Zweck und die Wirkung haben, die staatliche Ordnung zu untergraben, mit Festigkeit entgegenzutreten.

In der auswärtigen Politik bin ich entschlossen, Frieden zu halten mit jedermann, soviel an mir liegt. Meine Liebe zum deutschen Heere und meine Stellung zu demselben werden mich niemals in Versuchung führen, dem Lande die Wohltaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit ist. Unser Heer soll uns den Frieden sichern und, wenn er uns dennoch gebrochen wird, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Das wird es mit Gottes Hilfe vermögen nach der Stärke, die es durch das von Ihnen einmütig beschlossene jüngste Wehrgesetz[2]) erhalten hat. Diese Stärke zu Angriffskriegen zu benutzen, liegt mir fern. Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhms, noch irgendwelcher Eroberungen, nachdem es sich die Berechtigung, als einige und unabhängige Nation zu bestehen, endgültig erkämpft hat.

Unser Bündnis mit Österreich-Ungarn ist öffentlich bekannt; ich halte an demselben in deutscher Treue fest, nicht bloß, weil es geschlossen ist, sondern weil ich in diesem defensiven Bunde eine Grundlage des europäischen Gleichgewichts erblicke, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heute von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener

[1]) Vgl. Nr. 72. — [2]) Vgl. S. 134. Anm. 2.

Geltung war. Gleiche geschichtliche Beziehungen und gleiche nationale Bedürfnisse der Gegenwart verbinden uns mit Italien. Beide Länder wollen die Segnungen des Friedens festhalten, um in Ruhe der Befestigung ihrer neu gewonnenen Einheit, der Ausbildung ihrer nationalen Institutionen und der Förderung ihrer Wohlfahrt zu leben.

Unsere mit Österreich-Ungarn und Italien bestehenden Verabredungen gestatten mir zu meiner Befriedigung die sorgfältige Pflege meiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Rußland und der seit hundert Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbarreiche, welche meinen eigenen Gefühlen ebenso wie den Interessen Deutschlands entspricht.

In der gewissenhaften Pflege des Friedens stelle ich mich ebenso bereitwillig in den Dienst des Vaterlandes, wie in der Sorge für unser Kriegsheer und freue mich der traditionellen Beziehungen zu auswärtigen Mächten, durch welche mein Bestreben in ersterer Richtung befördert wird.

Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.

83.

Bismarcks Entlassung.

20. März 1890.

1. Quelle: Bismarcks Entlassungsgesuch vom 18. März 1890.

Fundort: Gebhardt a. a. O. Bd. 2. S. 826—828.

Berlin 18. März 1890.

Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. haben Eure Majestät mir befohlen, den Orderentwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Order vom 8. September 1852[1]), welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelt, außer Geltung gesetzt werden soll ... Diese Order allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik des Kabinetts zu übernehmen, welches ihm im Landtage und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird ... Ich habe bisher niemals das Bedürfnis gehabt, mich meinen Kollegen gegenüber auf die Order von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicherzustellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen, noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Order von 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Eurer Majestät sicherzustellen. Aus vorstehenden Gründen bin ich außerstande, Eurer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Order

[1]) Um dem Ministerpräsidenten mehr als bisher eine allgemeine Übersicht über die verschiedenen Zweige der Verwaltung zu geben, bestimmte Friedrich Wilhelm IV. in der erwähnten Kabinettsorder vom 8. September 1852, daß jeder Minister über alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit sich mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen und diesem auch alle dem Könige vorzulegenden Berichte zur Meinungsäußerung und Weitergabe einzureichen habe.

von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

... Eure Majestät haben den mir am 15. erteilten Befehl aufrecht erhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Eurer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdemselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdemselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in allerhöchstdero preußischen Diensten verzichte, im Reichsdienste aber bliebe ... Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Eure Majestät für dieselbe die capitis diminutio[1]) wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Order von 1852 liegt. Eure Majestät geruhten außerdem bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M., mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen[2]), deren ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Tätigkeit bedarf. Aber auch, wenn es tunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und unsere Reichspolitik so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüberstände wie der bayerischen oder sächsischen und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrat dem Reichstage gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Eurer Majestät ... über die Richtung unserer auswärtigen Politik, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen[3]).

Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Eure Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten habe, sehr schmerzlich, aus den gewohnten Beziehungen zu Allerhöchstdemselben und zu der Gesamtpolitik des Reiches und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienste bliebe, kann ich nicht anders, als Eure Majestät alleruntertänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus Eurer Majestät Zivil- und Militärkabinett entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinem Entlassungsgesuch den Wünschen Eurer Majestät entgegenkomme

---

[1]) Die Vernichtung der Stellung des Oberhauptes.

[2]) Diese Andeutung bezieht sich auf eine Unterredung, die Bismarck mit dem Zentrumsführer Windthorst hatte. In der Audienz vom 15. März tadelte ihn der Kaiser wegen dieser angeblichen Eigenmächtigkeit sehr scharf.

[3]) Es schien damals so — und darauf bezog sich die angedeutete Entscheidung — als wolle der Kaiser eine Änderung in dem Verhältnis zu Rußland eintreten lassen. Bismarck, getreu dem Vermächtnis des alten Kaisers, glaubte diese Schwenkung nicht mitmachen zu können.

und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr und Tag Eurer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Eurer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Eure Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird.

(gez.) von Bismarck.

2. Quelle: Handschreiben des Kaisers vom 20. März 1890.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 5. S. 642 und 643.

Mein lieber Fürst!

Mit tiefer Bewegung habe ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, mich von Ihnen zu trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktrittes jetzt genötigt bin, mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so tue ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten.

Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Ämtern als Reichskanzler, Präsident meines Staats-Ministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Tatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden.

Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in meinem Leben betrachtet, daß ich Sie bei meinem Regierungsantritt als meinen ersten Berater zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie meinem Hause, meinen Vorfahren und mir gewesen sind, wird mir und dem deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und tatkräftigen Friedenspolitik, die ich auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur meines Handelns zu machen entschlossen bin, alle Zeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in meiner Macht. Ich muß mir daran genügen lassen, Sie meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als ein Zeichen dieses Dankes verleihe ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde ich Ihnen mein lebensgroßes Bildnis zugehen lassen.

Gott segne Sie, mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters.

In diesen Gesinnungen bleibe ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener, dankbarer Kaiser und König.

Berlin den 20. März 1890. Wilhelm I. R.

3. Quelle: Telegramm des Kaisers an den Großherzog von Sachsen-Weimar vom 22. März 1890.

Fundort: Gebhardt a. a. O. Bd. 2. S. 833.

Mir ist so weh, als hätte ich noch einmal meinen Großvater verloren. Aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zugrunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte; Volldampf voran!

84.

Der Tod Moltkes.

25. Oktober 1891.

Quelle: Kabinettsorder des Kaisers vom 26. Oktober 1891.

Fundort: Albert Richter, Quellenbuch. 8. Aufl. Leipzig 1916. S. 309.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse ist am gestrigen Abend der Generalfeldmarschall Graf von Moltke aus diesem Leben abberufen worden. Tief erschüttert sehe ich den greisen Helden, meinen treuen Freund und Berater, von meiner Seite gerissen. Ich betrauere auf das schmerzlichste den unersetzlichen Verlust, den mit mir meine Armee wie das ganze deutsche Vaterland erlitten hat. Hohe Ehre sei seinem Angedenken, welches für alle Zeiten unauslöschlich in den Blättern der Weltgeschichte fortleben und den späteren Geschlechtern das Bild des tiefen Denkers, des großen Feldherrn lebendig erhalten wird. Bis zum letzten Atemzuge hat der Verewigte in bescheidener Einfachheit, selbstloser Pflichterfüllung und unwandelbarer Treue meinen erlauchten Vorfahren wie mir gedient, und durch seine hervorragenden Gaben und seine glänzenden Leistungen in siegreichen Kriegen wie im stillen Wirken des Friedens sich unaussprechliche Verdienste erworben um den Ruhm der Armee und das Wohl des Vaterlandes, dessen Dankbarkeit nie erlöschen wird.

85.

Der Tod Bismarcks.

30. Juli 1898.

Quelle: Nachruf des Kaisers im Reichsanzeiger[1]).

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 2. S. 100 und 101.

Friedrichsruh 2. August 1898.

Mit meinen hohen Verbündeten und mit dem ganzen deutschen Volke stehe ich trauernd an der Bahre des ersten Kanzlers des Deutschen Reiches, des Fürsten Otto von Bismarck, Herzogs von Lauenburg.

Wir, die wir Zeugen seines Wirkens waren, die wir zu ihm als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlosen Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohn seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des

---

[1]) Nach Empfang der Trauernachricht brach der Kaiser sofort seine Nordlandsreise ab und traf am 2. August mit der Kaiserin zur Trauerfeier am Sarge des ersten Reichskanzlers in Friedrichsruh ein. An demselben Tage erließ er die hier wiedergegebene Kundgebung, die noch am Abend in einer Sonderausgabe des „Reichsanzeigers" veröffentlicht wurde.

Mannes, in dem Gott der Herr das Werkzeug geschaffen, den unsterblichen Gedanken von Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen.

Nicht ziemt es in diesem Augenblick, alle Taten, die der große Entschlafene vollbracht, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er errungen, aufzuzählen. Sie sind zu gewaltig und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre eherne Tafel eingraben.

Mich aber drängt es, vor der Welt der einmütigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von der die ganze Nation heute erfüllt ist, und im Namen der Nation das Gelübde abzulegen, das, was er, der große Kanzler, unter Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen und, wenn es not tut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr . . . . .

Wilhelm I. R.

86.

Der Fortgang der Sozialpolitik.

Quelle: Erlaß Kaiser Wilhelms II. an den Handelsminister vom 4. Februar 1890.

Fundort: L. Hahn, Fürst Bismarck. Bd. 5. S. 639.

Bei meinem Regierungsantritt habe ich meinen Entschluß[1]) kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in der mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat.

So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen[2]) sind, so erfüllen diese doch nicht die ganze mir gestellte Aufgabe.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden.

Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit diesen Fühlung zu behalten.

---

[1]) Vgl. Nr. 82.

[2]) Am 22. Juni 1889 hatte das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung Gesetzeskraft erlangt; die dritte der drei großen sozialpolitischen Einrichtungen war damit geschaffen.

Die staatlichen Bergwerke wünsche ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrikinspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat.

Zur Vorberatung dieser Fragen will ich, daß der Staatsrat unter meinem Vorsitze und unter Zuziehung der sachkundigen Personen zusammentrete, die ich dazu berufen werde. Ihre Auswahl behalte ich meiner Bestimmung vor[1]).

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen die, die aus der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen[2]), um die Herbeiführung gleichmäßiger, internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, die an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen.

87.

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands und seine Gefahren.

Quelle: Fürst von Bülow, Deutsche Politik[3]) (Philipp Zorn und Herbert von Berger, Deutschland unter Kaiser Wilhelm II. Berlin 1914. Bd. 1. Erstes Buch). S. 100 und 101.

Selten oder niemals hat ein Land in so kurzer Zeit einen so gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt wie das Deutsche Reich in der Epoche vom Frankfurter Frieden bis auf diesen Tag. Die Konsolidierung der deutschen Großmachtsstellung in Europa, die dadurch vollzogene staatliche Einigung Deutschlands und Sicherung der deutschen Grenzen und das Beschreiten der weltpolitischen Wege unter gleichzeitigem Bau einer starken Flotte: diese beiden folgenreichsten politischen Ereignisse unserer neueren Geschichte sind am unmittelbarsten der Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens zugute gekommen. In mehr als vier Jahrzehnten ungestörten Friedens konnte sich der seit dem Ende des Mittelalters zum erstenmal wieder erwachte deutsche Unternehmungsgeist die rapide Entfaltung der Verkehrsmittel, die Errungenschaften der technischen Wissenschaften und Fertigkeiten, die hohe Entwicklung des modernen Geldverkehrs zunutze machen, um an der Vermehrung des deutschen Wohlstandes zu arbeiten. Aus dem armen deutschen Lande ist ein reiches Land geworden. Das Volk der Denker, Dichter und Krieger ist zu einem Kaufmanns- und Handelsvolk ersten Ranges geworden[4]) und ringt heute um die Palme auf dem Weltmarkt mit England, das die erste Welthandelsmacht schon zu einer Zeit war, die Deutschland noch als ein Volk von Bauern und

---

[1]) Der Staatsrat wurde am 11. Februar 1890 eröffnet. Auch Arbeiter, unter ihnen ein Sozialdemokrat, waren geladen. Über die Ergebnisse wurde nichts bekannt.

[2]) Diese Konferenz tagte vom 15.—29. März 1890 in Berlin und wurde von den meisten europäischen Staaten beschickt. Ihre Ergebnisse harren noch der Verwirklichung durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten.

[3]) Kurz vor Ausbruch des Krieges geschrieben.

[4]) Vgl. die Zahlen in Nr. 91 und Nr. 94. 3. Quelle

Handwerkern sah. Wo sind die Zeiten, wo unser Schiller nur zwei gewaltige Nationen ringen sah um der Welt alleinigen Besitz, den Franken, der seinen ehernen Degen in die Wage der Gerechtigkeit wirft, und den Briten, der seine Handelsflotten gierig wie Polypenarme ausstreckt? Wo er den Deutschen, der, während die Erde geteilt wurde, im Land der Träume geweilt hatte, mit dem armen Poeten in den Himmel idealistischer Bedürfnislosigkeit versetzte?

Heute hat die deutsche Industrie ihre Abnehmer bis hin in die entlegensten Gegenden der Erde. Die deutsche Handelsflagge ist den fremden Häfen ein gewohnter Anblick und weiß sich sicher unter dem Schutze der deutschen Kriegsschiffe. Deutsche Kapitalien arbeiten im Auslande neben denen der alten Geldmächte England und Frankreich und wirken an der Festigung der wirtschaftlichen Interessenverbindungen zwischen uns und den anderen Völkern. Auf dem Felde der Weltwirtschaft sind die Folgen unserer nationalen Wiedergeburt bisher am fühlbarsten geworden. In den Ziffern der internationalen Verkehrs- und Handelsstatistiken drückt sich der Aufstieg des Deutschen Reiches neben den alten Mächten am plastischsten aus.

Wir haben Grund, auf unsere gewaltigen wirtschaftlichen Erfolge stolz zu sein. Und die Genugtuung des deutschen Patrioten ist gerechtfertigt, wenn er darauf hinweist, in wie beispiellos kurzer Zeit wir Deutschen mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung die weite Strecke durchmessen haben, die uns noch vor einem halben Jahrhundert von Völkern trennte, die wir heute überflügelt haben. Nur der überschäumenden Lebenskraft eines kerngesunden, willensstarken und ehrgeizigen Volkes konnte solches gelingen. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß das beinahe rasende Tempo unseres wirtschaftlichen Emporkommens doch vielfach die ruhige organische Entwicklung gestört und Dissonanzen geschaffen hat, die eine Ausgleichung erforderten. Der Mensch ist geneigt, über den in die Augen stechenden Erfolgen, die er einer speziellen Begabung verdankt, die harmonische Entwicklung seiner anderen Fähigkeiten und Kräfte zu vernachlässigen. Er wird bisweilen solche Einseitigkeit mit empfindlichen Rückschlägen büßen müssen, wenn veränderte Verhältnisse andere Kräfte und Leistungen erfordern. In Deutschland war der rapide wirtschaftliche Aufschwung ein durch die Sonne der Zeitverhältnisse begünstigtes rasches Emporblühen der Industrie und des Handels. Die vollendeten modernen Verkehrsmittel öffneten uns anders als früher die Märkte auch entlegener Länder. Die Schätze unseres heimischen Bodens waren noch ungehoben, die unvergleichlichen Fortschritte der Maschinen- und Elektrotechnik stellten ganz neue industrielle Betriebsmittel zur Verfügung, und das rasche Wachstum unserer Bevölkerung lieferte die Massen der Arbeiter zur Gründung und Ausdehnung großer industrieller Betriebe. Dazu gaben vier Jahrzehnte des Friedens die Möglichkeit, den Weltmarkt in jeder Beziehung zu bearbeiten. Die kaufmännische und industrielle Begabung des deutschen Volkes, die uns schon einmal vor Jahrhunderten zum ersten der handel- und gewerbetreibenden Völker gemacht hatte und durch unsere staatliche Verkümmerung und einen schweren nationalen Daseinskampf bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts niedergehalten worden war, fand die Gunst der Zeitverhältnisse in seltener Weise zu ihrer Verfügung. Als sich Unternehmer und königliche Kaufleute fanden . . ., die Gunst der Zeit zu benutzen, mußten Industrie und Handel die Erfolge der nächsten Zukunft gehören. Die Nation wandte sich mehr und mehr den sich neu eröffnenden Aussichten zu. Die unteren Volksklassen strömten vom flachen Lande hinweg den industriellen

Betrieben zu. Aus den mittleren und oberen Schichten des Bürgertums bildete sich ein zahlreiches tüchtiges industrielles Beamtentum. Die Industrialisierung, die sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts angekündigt hatte, vollzog sich nach der Gründung des Reiches, vor allem seit dem Ausgang der achtziger Jahre in Deutschland mit einer Vehemenz, die nur in den Vereinigten Staaten ihresgleichen hat. Noch im Jahre 1882 ernährte die deutsche Landwirtschaft fast so viele Menschen wie Handel und Industrie zusammen; im Jahre 1895 stand sie schon allein hinter der Industrie um beinahe 2000000 Berufszugehörige zurück. In 13 Jahren eine völlige Umkehr der Verhältnisse.

88.

Kaiser Wilhelm II. und die Landwirtschaft.

Quelle: Ansprache an eine Abordnung der landwirtschaftlichen Zentralvereine der östlichen Provinzen vom 22. Februar 1893.

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 1. S. 225.

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie zu mir gekommen sind und sich unmittelbar an Ihren Landesvater wenden. Wie mein unablässiges Streben auf das Wohl meines Landes gerichtet ist, so ist es auch mein Wunsch und Wille, den Schwierigkeiten und Sorgen abzuhelfen, mit denen die Landwirtschaft, zumal in den östlichen Provinzen, zu kämpfen hat. Die Mittel und Wege, die hierzu einzuschlagen, sind mannigfacher Art und schwieriger Natur. Nur einer längeren Zeit wird es, auch bei voller Hingabe meiner Regierung an die gestellte Aufgabe, gelingen, dem angestrebten Ziele näher zu kommen. Dazu bedarf es vor allem des Friedens, zu dessen Erhaltung auch Sie beitragen können, indem Sie für die Stärkung unserer Wehrkraft eintreten.

Die Wünsche, die Sie mir vortragen, werden von meiner Regierung eingehend geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Je mehr dies geschehen und das Gedeihen der Landwirtschaft gefördert werden kann, desto größer wird meine Befriedigung sein, da die Landwirtschaft und die ackerbautreibende Bevölkerung mir besonders am Herzen liegen. Ich erblicke gleich meinen Vorfahren in ihr, wie ich vor drei Jahren in Königsberg auf dem Feste der Provinz ausgesprochen habe, eine Säule des Königtums, die zu erhalten und zu festigen mir Pflicht und Freude ist, und ich vertraue zuversichtlich, daß sie sich als solche in alter Treue allezeit bewähren wird.

89.

Stellung der Regierung zu den großen Wirtschaftskreisen.

Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers Bülow vom 1. Februar 1905.

Fundort: Wilhelm von Massow, Fürst Bülows Reden. Leipzig o. J. Bd. 3. S. 214 und 215.

Deutschland ist nicht lediglich ein Industriestaat; es ist Agrar- und Industriestaat. Weite Distrikte in unserem Vaterlande, namentlich im Nordosten, aber auch im Süden und Südwesten, z. B. in Bayern, sind auf den Betrieb der Landwirtschaft angewiesen. Hier fehlen die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung der Industrie entweder ganz oder sind nur spärlich und in örtlich beschränktem Umfange vorhanden. Ich erkenne durchaus die hohe Bedeutung an,

welche Industrie und Handel für unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung haben, für die Mehrung unseres Nationalvermögens, für unsere Machtstellung in der Welt. Ich freue mich dieser Erfolge unserer Handelspolitik, welche zu diesem wirtschaftlichen Aufschwunge mit beigetragen hat. Ich betrachte aber die Landwirtschaft als einen den beiden anderen Erwerbsständen vollständig gleichberechtigten Faktor; ich erachte die Erhaltung eines leistungsfähigen, fest eingesessenen Bauernstandes, dieser Grundlage unserer Nähr- und Wehrverhältnisse, für im höchsten Staatsinteresse liegend.

Wenn ein so wichtiges Glied des Volksorganismus wie die Landwirtschaft krankt, dann darf es nicht seinem Schicksal überlassen werden, sondern es ist Pflicht einer staatserhaltenden Politik, ihr jede Fürsorge und Pflege angedeihen zu lassen, die sich mit den Lebensinteressen der anderen Erwerbsstände irgend vereinigen läßt.

90.

Der Aufstieg zur Weltmacht.

1. Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers Grafen Bülow am 3. März 1902.

Fundort: Wilhelm von Massow a. a. O. Bd. 2. S. 55 u. 56.

Wenn Sie unter Weltpolitik — das tut ja bisweilen der Herr Abgeordnete Richter[1]) — die Tendenz verstehen, den Hans Dampf in allen Gassen zu spielen, die Finger in jede Ritze zu stecken, sich à la Phaeton ins Blaue zu verlieren, so bin ich nicht nur kein Anhänger, sondern ich bin — das habe ich tatsächlich genügend bewiesen — der allerentschiedenste Gegner einer solchen Weltpolitik. Wenn Sie aber, wie das soeben der Herr Abgeordnete Dr. Freiherr von Hertling[2]) ausgeführt hat, unter Weltpolitik die Einsicht verstehen, daß Deutschland durch die Entwicklung der Verhältnisse große und immer größer werdende überseeische Interessen erworben hat, und daß es unsere Pflicht ist, diese Interessen zu schützen; — die Erkenntnis, daß wir nicht mehr Interessen haben nur um unseren Ofen herum und in der Nähe unseres Kirchturmes, sondern überall da, wohin deutscher Gewerbefleiß und Handelsgeist gedrungen sind, — dann bin ich, dann sind die verbündeten Regierungen Anhänger jener Weltpolitik, die davon ausgeht, daß wir Interessen haben in allen Weltteilen und diese Interessen innerhalb der Grenzen des Möglichen und Vernünftigen pflegen müssen.

2. Quelle: Rede bei dem Festmahl, das anläßlich der Jubelfeier des Reiches am 18. Januar 1896 im königlichen Schloß in Berlin gegeben wurde.

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 2. S. 9 und 10.

Der heutige Tag, ein Tag dankbaren Rückblickes, wie das ganze Jahr in allen seinen Feiern, ist eine einzige große Dankesfeier und Gedenkfeier für den hochseligen großen Kaiser. Über dem heutigen Tage ruht der Segen, schwebt der Geist dessen, der in Charlottenburg, und dessen, der in der Friedenskirche[3]) ge-

---

[1]) Der bekannte Führer der freisinnigen Volkspartei, ein grundsätzlicher Gegner jeder Flotten- und Weltpolitik.

[2]) Führer des Zentrums, der nachmalige Reichskanzler.

[3]) Gemeint sind Kaiser Wilhelm I., der im Charlottenburger Mausoleum ruht, und Kaiser Friedrich III., der in der Friedenskirche in Potsdam bestattet ist.

bettet ist. Was unsere Väter erhofften, was die deutsche Jugend träumend gesungen und gewünscht hat, ihnen, den beiden Kaisern, ist es vergönnt gewesen, das Deutsche Reich mit den Fürsten sich zu erkämpfen und wiederherzustellen. Wir dürfen dankbar die Vorteile genießen; wir dürfen uns des heutigen Tages freuen. Damit geht auf uns jedoch die ernste Pflicht über, auch das zu erhalten, was die hohen Herren uns erkämpft haben. Aus dem Deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Hüter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern. Das Gelöbnis, was ich heute vor Ihnen ablegte, es kann nur Wahrheit werden, wenn Ihre, von einheitlichem patriotischem Geiste beseelte, vollste Unterstützung mir zuteil wird. Mit diesem Wunsche, daß Sie in vollster Einigkeit mir helfen werden, meine Pflicht nicht nur meinen engeren Landsleuten, sondern auch den vielen Tausenden von Landsleuten im Auslande gegenüber zu erfüllen, das heißt, daß ich sie schützen kann, wenn ich es muß, und mit der Mahnung, die an uns alle geht: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen," erhebe ich mein Glas auf unser geliebtes deutsches Vaterland und rufe: Das Deutsche Reich hoch! — und nochmals hoch! — und zum drittenmal hoch!

3. Quelle: Abschiedsrede an den Prinzen Heinrich am 15. Dezember 1897 in Kiel[1]).

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 2. S. 78—80.

Die Fahrt, die Du antreten wirst, und die Aufgabe, die Du zu erfüllen hast, bedingen an sich nichts Neues; sie sind die logischen Konsequenzen dessen, was mein hochseliger Herr Großvater und sein großer Kanzler politisch gestiftet und was unser herrlicher Vater mit dem Schwerte auf dem Schlachtfelde errungen hat; es ist weiter nichts, wie die erste Betätigung des neugeeinten und neuerstandenen Deutschen Reiches in seinen überseeischen Aufgaben. Dasselbe hat in der staunenswerten Entwicklung seiner Handelsinteressen einen solchen Umfang gewonnen, daß es meine Pflicht ist, der neuen deutschen Hansa zu folgen und ihr den Schutz angedeihen zu lassen, den sie vom Reich und vom Kaiser verlangen kann.

Die deutschen Brüder kirchlichen Berufes, die hinausgezogen sind zu stillem Wirken, und die nicht gescheut haben, ihr Leben einzusetzen, um unsere Religion auf fremdem Boden, bei fremdem Volke heimisch zu machen, haben sich unter meinen Schutz gestellt, und es gilt, diesen mehrfach gekränkten und auch oft bedrängten Brüdern für immer Halt und Schutz zu verschaffen. Deswegen ist die Unternehmung, die ich Dir übertragen habe, und die Du in Gemeinschaft mit den Kameraden und den Schiffen, die bereits draußen sind, zu erfüllen haben wirst, wesentlich die eines Schutzes und nicht des Trutzes. Es soll unter dem schützenden Panier unserer deutschen Kriegsflagge unserem Handel, dem deutschen Kaufmann, den deutschen Schiffen das Recht zuteil werden, was wir beanspruchen dürfen, das gleiche Recht, was von Fremden allen anderen Nationen gegenüber zugestanden wird.

---

[1]) Am 16. Dezember 1897 ging Prinz Heinrich an Bord der „Deutschland" in See nach Ostasien. Am Abend zuvor fand im königlichen Schlosse zu Kiel ein größeres Abschiedsmahl statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kaiser die hierher gesetzte Ansprache.

Neu ist auch unser Handel nicht; war doch die Hansa in alten Zeiten eine der gewaltigsten Unternehmungen, welche je die Welt gesehen, und es vermochten einst die deutschen Städte Flotten aufzustellen, wie sie bis dahin der breite Meeresrücken wohl kaum getragen hatte. Sie verfiel aber und mußte verfallen, weil die eine Bedingung fehlte, nämlich die des kaiserlichen Schutzes. Jetzt ist es anders geworden; die erste Vorbedingung: das Deutsche Reich, ist geschaffen; die zweite Vorbedingung: der deutsche Handel, blüht und entwickelt sich, und er kann sich nur gedeihlich und sicher entwickeln, wenn er unter der Reichsgewalt sich sicher fühlt. Reichsgewalt bedeutet Seegewalt, und Seegewalt und Reichsgewalt bedingen sich gegenseitig so, daß die eine ohne die andere nicht bestehen kann.

Als ein Zeichen der Reichs- und Seegewalt wird nun das durch Deine Division verstärkte Geschwader aufzutreten haben mit allen Kameraden der fremden Flotten draußen im innigen Verkehr und guter Freundschaft zu festem Schutz der heimischen Interessen gegen jeden, der den Deutschen zu nahe treten will. Das ist Dein Beruf und Deine Aufgabe.

Möge einem jeden Europäer draußen, dem deutschen Kaufmann draußen, und vor allen Dingen dem Fremden draußen, auf dessen Boden wir sind, oder mit dem wir zu tun haben werden, klar sein, daß der deutsche Michel seinen mit dem Reichsadler geschmückten Schild fest auf den Boden gestellt hat, um dem, der ihn um Schutz angeht, ein für allemal diesen Schutz zu gewähren, und mögen unsere Landsleute draußen die feste Überzeugung haben, seien sie Priester oder seien sie Kaufleute, oder welchem Gewerbe sie obliegen, daß der Schutz des Deutschen Reiches, bedingt durch die kaiserlichen Schiffe, ihnen nachhaltig gewährt werden wird. Sollte es aber je irgend einer unternehmen, uns an unserem guten Recht zu kränken oder schädigen zu wollen, dann fahre darein mit gepanzerter Faust! und, so Gott will, flicht Dir den Lorbeer um Deine junge Stirn, den niemand im ganzen Deutschen Reiche Dir neiden wird! . . . . .

4. Quelle: Reichstagsrede des Staatssekretärs Grafen Bülow am 11. Dezember 1899.

Fundort: Wilhelm von Massow a. a. O. Bd. 1. S. 98—100.

In unserem 19. Jahrhundert hat England sein Kolonialreich, das größte Reich, das die Welt seit den Tagen der Römer gesehen hat, weiter und immer weiter ausgedehnt, haben die Franzosen in Nordafrika und Ostafrika festen Fuß gefaßt und sich in Hinterindien ein neues Reich geschaffen, hat Rußland in Asien seinen gewaltigen Siegeslauf begonnen, der es bis zum Hochplateau des Pamir und an die Küsten des Stillen Ozeans geführt hat. Vor vier Jahren hat der chinesisch-japanische Krieg, vor kaum anderthalb Jahren der spanisch-amerikanische Krieg die Dinge weiter ins Rollen gebracht, große, tiefeinschneidende, weitreichende Entscheidungen herbeigeführt, alte Reiche erschüttert, neue und ernste Fermente der Gärung in die Entwicklung getragen. Niemand kann übersehen, welche Konsequenzen der Krieg haben wird, der seit einigen Wochen Südafrika in Flammen setzt.

Der englische Premierminister hatte schon vor längerer Zeit gesagt, daß die starken Staaten immer stärker, und die schwachen immer schwächer werden würden. Alles, was seitdem geschehen ist, beweist die Richtigkeit dieses Wortes. Stehen wir wieder vor einer neuen Teilung der Erde, wie sie vor gerade hundert Jahren dem Dichter vorschwebte? Ich glaube das nicht; ich möchte es namentlich noch

nicht glauben. Aber jedenfalls können wir nicht dulden, daß irgendeine fremde Macht, daß irgendein fremder Jupiter zu uns sagt: Was tun? die Welt ist weggegeben. Wir wollen keiner fremden Macht zu nahe treten; wir wollen uns aber auch von keiner fremden Macht auf die Füße treten lassen, und wir wollen uns von keiner fremden Macht beiseite schieben lassen weder in politischer, noch in wirtschaftlicher Beziehung. Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir gegenüber der seit zwei Jahren wesentlich veränderten Weltlage, im Hinblick auf die inzwischen erheblich modifizierten Zukunftsaussichten uns klar werden über die Haltung, die wir einzunehmen haben gegenüber den Vorgängen, die sich um uns herum abspielen und vorbereiten, und welche die Keime in sich tragen für die künftige Gestaltung der Machtverhältnisse für vielleicht unabsehbare Zeit. Untätig beiseite stehen, wie wir das früher oft getan haben, entweder aus angeborener Bescheidenheit, oder weil wir ganz absorbiert waren durch unsere inneren Zwistigkeiten, oder aus Doktrinarismus — träumend beiseite stehen, während andere Leute sich in den Kuchen teilen, das können wir nicht und wollen wir nicht. Wir können das nicht aus dem einfachen Grunde, weil wir jetzt Interessen haben in allen Weltteilen, wie dies schon während der zweiten Lesung der Flottenvorlage von dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Hertling, von dem verehrten Herrn Abgeordneten Dr Lieber hervorgehoben worden ist und von Herrn von Bennigsen, den wir leider nicht mehr an seinem Platze sehen. Die rapide Zunahme unserer Bevölkerung, der beispiellose Aufschwung unserer Industrie, die Tüchtigkeit unserer Kaufleute, kurz die gewaltige Vitalität des deutschen Volkes haben uns in die Weltwirtschaft verflochten und in die Weltpolitik hineingezogen. Wenn die Engländer von einer Greater Britain reden, wenn die Franzosen sprechen von einer Nouvelle France, wenn die Russen sich Asien erschließen, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland, nicht im Sinne der Eroberung, wohl aber im Sinne der friedlichen Ausdehnung unseres Handels und seiner Stützpunkte. Ihre Heiterkeit, meine Herren von der Linken, macht mich nicht einen Augenblick irre. Wir können nicht dulden und wollen nicht dulden, daß man zur Tagesordnung übergeht über das deutsche Volk. Ich freue mich sagen zu können, daß das bisher im großen und ganzen von allen Seiten anerkannt wird.

5. Quelle: Ansprache des Kaisers am 3. Juli 1900 in Wilhelmshaven[1]).

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 2. S. 208.

Eure Königliche Hoheit haben sich überzeugen können, wie mächtig der Wellenschlag des Ozeans an unseres Volkes Tore klopft und es zwingt, als ein großes Volk seinen Platz in der Welt zu behaupten, mit einem Wort: zur Weltpolitik.

Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe. Aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm in der Ferne, jenseit von ihm, ohne Deutschland und ohne den Deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf.

Ich bin nicht der Meinung, daß unser deutsches Volk vor dreißig Jahren unter der Führung seiner Fürsten gesiegt und geblutet hat, um sich bei großen auswärtigen Entscheidungen beiseite schieben zu lassen. Geschähe das, so wäre es ein für allemal mit der Weltmachtstellung des deutschen Volkes vorbei, und ich bin

[1]) Die Ansprache ist an den Prinzen Rupprecht von Bayern, den bekannten Heerführer im Weltkriege, gerichtet, der kurz vorher die Taufe des neuen Linienschiffes „Wittelsbach" vollzogen hatte. Die Schärfe erklärt sich wohl aus den derzeitigen Vorgängen in China (vgl. Nr. 98).

nicht gewillt, es dazu kommen zu lassen. Hierfür die geeigneten und, wenn es sein muß, auch die schärfsten Mittel rücksichtslos anzuwenden, ist meine Pflicht nur, mein schönstes Vorrecht. Ich bin überzeugt, daß ich hierbei Deutschlands Fürsten und das gesamte Volk festgeschlossen hinter mir habe.

6. Quelle: Rede des Kaisers an Bord der Dampfjacht „Prinzessin Viktoria Luise" am 18. Juni 1901.

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 3. S. 32 und 33.

Wir haben uns, trotzdem wir noch keine Flotte haben, so wie sie sein sollte, einen Platz an der Sonne erkämpft. Es wird nun meine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dieser Platz an der Sonne uns unbestritten erhalten bleibt, damit ihre Strahlen befruchtend wirken können auf Handel und Wandel nach außen, Industrie und Landwirtschaft nach innen und auch auf den Segelsport in den Gewässern; denn unsere Zukunft liegt auf dem Wasser.

Je mehr Deutsche auf das Wasser hinauskommen, sei es im Wettstreite des Segelsportes, sei es auf der Reise über den Ozean oder im Dienste der Kriegsflagge, desto besser für uns. Denn hat der Deutsche erst einmal gelernt, den Blick auf das Weite und Große zu richten, so verschwindet das Kleinliche, das ihn im täglichen Leben hin und wieder umfängt. Wenn man diesen hohen, freien Blick haben will, so ist wohl eine Hansastadt der geeignetste Standpunkt dafür.

91.

Deutschland als Weltmacht.

Quelle: Fürst von Bülow, Deutsche Politik. Berlin 1916[1]). S. 10—17. 46 und 47.

Die staatliche Einigung ist nicht der Abschluß unserer Geschichte geworden, sondern der Anfang einer neuen Zukunft. In der vordersten Reihe der europäischen Mächte gewann das Deutsche Reich wieder vollen Anteil am Leben Europas. Das Leben des alten Europas aber war schon lange nur noch ein Teil des gesamten Völkerlebens.

Die auswärtige Politik war mehr und mehr Weltpolitik geworden. Die weltpolitischen Wege waren auch für Deutschland geöffnet, als es eine mächtige und gleichberechtigte Stelle neben den alten Großmächten gewann. Die Frage war nur, ob wir die vor uns liegenden neuen Wege beschreiten . . ., oder ob wir in Besorgnis um die eben gewonnene Macht vor weiterem Wagen zurückschrecken sollten.

In Kaiser Wilhelm II. fand die Nation einen Führer, der ihr mit klarem Blick und festem Willen auf dem neuen Wege voranging. Mit ihm haben wir den weltpolitischen Weg beschritten. Nicht als Konquistadoren[2]), nicht unter Abenteuern und Händeln. Wir sind langsam vorgegangen, haben uns das Tempo nicht vorschreiben lassen von der Ungeduld des Ehrgeizes, sondern von den Interessen und Rechten, die wir zu fördern und zu behaupten hatten. Wir sind nicht in die Weltpolitik hineingesprungen, wir sind in unsere weltpolitischen Aufgaben hinein-

[1]) Also während des Krieges geschrieben; das Buch bringt in selbständiger Form die an mancher Stelle erweiterte und unter dem Einfluß des Krieges ergänzte Arbeit Bülows, die 1914 in dem unter Nr. 87 erwähnten Sammelwerke erschien.

[2]) Abenteuernde und waghalsige Eroberer (Ferdinand Cortez).

gewachsen, und wir haben nicht die alte europäische Politik Preußen-Deutschland gegen die neue Weltpolitik ausgetauscht, sondern wir ruhen wie vor alters mit den starken Wurzeln unserer Kraft im alten Europa.

„Die Aufgabe unserer Generation ist es, gleichzeitig unsere kontinentale Stellung, welche die Grundlage unserer Weltstellung ist, zu wahren und unsere überseeischen Interessen so zu pflegen, eine besonnene, vernünftige, sich weise beschränkende Weltpolitik so zu führen, daß die Sicherheit des deutschen Volkes nicht gefährdet und die Zukunft der Nation nicht beeinträchtigt wird."

Mit diesen Worten suchte ich am 14. November 1906 gegen Ende einer ausführlicheren Darstellung der internationalen Lage die Aufgabe zu formulieren, die Deutschland damals und nach menschlichem Ermessen auch in Zukunft zu erfüllen hatte: Weltpolitik auf der festen Basis unserer europäischen Großmachtstellung.

Anfangs wurden wohl Stimmen laut, die das Beschreiten der neuen weltpolitischen Wege als ein Abirren von den bewährten Bahnen der Bismarckischen Kontinentalpolitik tadelten. Man übersah, daß gerade Bismarck uns neue Wege dadurch wies, daß er die alten zu ihren Zielen geführt hatte. Seine Arbeit hat uns die Tore der Weltpolitik recht eigentlich geöffnet. Erst nach der staatlichen Einigung und der politischen Erstarkung Deutschlands war die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft möglich. Erst nachdem das Reich seine alte Stellung in Europa gesichert sah, konnte es daran denken, für die Interessen einzutreten, die deutsche Unternehmungslust, deutscher Gewerbefleiß und kaufmännischer Wagemut in aller Herren Ländern geschaffen hatten ... Nie dürfen wir vergessen, daß wir ohne die gigantische Leistung des Fürsten Bismarck, der mit einem mächtigen Ruck in Jahren nachholte, was in Jahrhunderten vertan und versäumt worden war, die neue Zeit nicht hätten erleben können ... Wenn aber auch jede neue Epoche geschichtlicher Entwicklung durch die vorhergehende bedingt ist, ihre treibenden Kräfte mehr oder minder stark der Vergangenheit dankt, so kann sie doch nur einen Fortgang bringen, wenn sie die alten Wege und Ziele hinter sich läßt und zu anderen, eigenen dringt. Entfernen wir uns auf unseren neuen weltpolitischen Bahnen auch von der reineuropäischen Politik des ersten Kanzlers, so bleibt es doch wahr, daß die weltpolitischen Aufgaben des 20. Jahrhunderts die rechte Fortführung sind der kontinental-politischen Aufgaben, die er erfüllt hat. In jener Reichstagsrede vom 14. November 1906 wies ich darauf hin, daß die Nachfolge Bismarcks nicht eine Nachahmung, sondern eine Fortbildung sein muß. „Wenn die Entwicklung der Dinge es verlangt," so sagte ich damals, „daß wir über Bismarckische Ziele hinausgehen, so müssen wir es tun."

Die Entwicklung der Dinge aber hat die deutsche Politik längst hinausgetrieben aus der Enge des alten Europa in die weite Welt. Es war nicht ehrgeizige Unruhe, die uns drängte, es den Großmächten gleichzutun, die seit lange die Wege der Weltpolitik gingen. Die durch die staatliche Wiedergeburt verjüngten Kräfte der Nation haben in ihrem Wachstum die Grenzen der alten Heimat gesprengt, und die Politik folgte den neuen nationalen Interessen und Bedürfnissen. In dem Maße, in dem unser nationales Leben ein Weltleben geworden ist, wurde die Politik des Deutschen Reiches zur Weltpolitik.

Im Jahre 1871 sammelte das neue Deutsche Reich 41058792 Einwohner in seine Grenzen. Sie fanden Nahrung und Arbeit in der Heimat und zwar besser und leichter als zuvor unter dem Schutze verstärkter nationaler Macht, unter vielfältig durch die Reichsgründung erleichterten Verkehrsbedingungen, unter den Seg-

nungen der neuen allgemein-deutschen Gesetzgebung. Im Jahre 1900 war die Bevölkerungszahl auf 56367178, heute ist sie auf 68000000 angewachsen. Diese gewaltige Volksmasse konnte das Reich in seinen Grenzen in der alten Weise nicht mehr ernähren. Die Bevölkerungszunahme stellte dem deutschen Wirtschaftsleben und damit auch der deutschen Politik ein gewaltiges Problem. Es mußte gelöst werden, sollte der Überschuß an deutscher Kraft, den die Heimat nicht zu erhalten imstande war, nicht fremden Ländern zugute kommen. Im Jahre 1883 wanderten etwa 173000 Deutsche aus; 1892 waren es 116339, 1898 nur noch 22221, und bei dieser letzten niedrigen Zahl ist es seither durchschnittlich geblieben. Es konnte Deutschland also im Jahre 1883 einer um 22000000 geringeren Menschenzahl weniger gute Existenzbedingungen gewähren als gegenwärtig seinen 68000000 Reichsangehörigen. In dem gleichen Zeitraum war der deutsche Handel von etwa 6 Milliarden Mark Wert auf 22,54 Milliarden vor dem Kriege gestiegen. Welthandel und Volksernährung stehen in unverkennbarem Zusammenhange. Selbstverständlich weniger durch die eingeführten Nahrungsmittel selbst . . ., als durch die vermehrte Arbeitsgelegenheit, die die mit dem Welthandel verbundene Industrie zu gewähren vermag.

Die Entwicklung der Industrie in erster Linie hat das dem nationalen Leben durch die Bevölkerungsvermehrung gestellte Problem der Lösung zugeführt, unbeschadet der durch das überraschend geschwinde Entwicklungstempo älteren Gebieten des volkswirtschaftlichen Lebens vorerst zugefügten Nachteile. Die enorme Vermehrung und Vergrößerung der industriellen Betriebe, die heute Millionen von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, konnte nur erreicht werden dadurch, daß sich die deutsche Industrie des Weltmarktes bemächtigte. Wäre sie angewiesen geblieben auf die Verarbeitung der Rohstoffe, die der Kontinent liefert, und auf den europäischen Markt für den Absatz ihrer Fabrikate, so könnte von den modernen Riesenbetrieben nicht die Rede sein, und es wären Millionen Deutscher, die gegenwärtig unmittelbar durch die Industrie ihren Lebensunterhalt haben, ohne Lohn und Brot. Nach den statistischen Erhebungen wurden im Jahre 1911 Rohstoffe für Industriezwecke im Werte von 5393 Millionen eingeführt und fertige Waren ausgeführt von 5460 Millionen Mark. Hierzu kommt eine Ausfuhr von Rohstoffen, vor allem Bergwerkserzeugnissen, im Werte von 2205 Millionen. Nahrungs- und Genußmittel wurden vor dem Kriege für 3077 Millionen Mark ein-, für 1096 Millionen ausgeführt. Diese toten Zahlen gewinnen Leben, wenn bedacht wird, daß ein großes Stück deutschen Wohlergehens an ihnen hängt, Existenz und Arbeit von Millionen unserer Mitbürger. Der Welthandel vermittelt diese gewaltigen Warenmassen. Sie gehen nur zum geringen Teil auf den Land- und Wasserwegen des Festlandes, überwiegend über das Meer auf den Fahrzeugen deutscher Reeder.

Industrie, Handel und Reederei haben dem alten deutschen Wirtschaftsleben die neuen weltwirtschaftlichen Formen gewonnen, die das Reich auch politisch hinausgeführt haben über die Ziele, die Fürst Bismarck der deutschen Staatskunst gesteckt hatte . . . . .

Das Netz unserer internationalen Beziehungen mußte sich . . . . ausdehnen . . . Fern gelegene überseeische Reiche, die uns in der Zeit der reinen Kontinentalpolitik wenig zu kümmern brauchten, wurde von großer und größerer Bedeutung für uns. Die Pflege guter, wenn möglich freundschaftlicher Beziehungen zu ihnen wurde eine bedeutsame Pflicht unserer auswärtigen Politik.

92.

Die Erwerbung Helgolands.

1890.

Quelle: Rede Kaiser Wilhelms II. am 10. August 1890[1])

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 1. S. 122 und 123.

Vier Tage sind es her, daß wir den denkwürdigen Tag der Schlacht bei Wörth feierten, an dem unter meinem hochseligen Großvater von meinem Herrn Vater der erste Hammerschlag zur Errichtung des neuen Deutschen Reiches geführt wurde. Heute nach zwanzig Jahren verleibe ich diese Insel als das letzte Stück deutscher Erde dem deutschen Vaterlande wieder ein ohne Kampf und ohne Blut. Das Eiland ist dazu berufen, ein Bollwerk zur See zu werden, den deutschen Fischern ein Schutz, ein Stützpunkt für meine Kriegsschiffe, ein Hort und Schutz für das deutsche Meer gegen jeden Feind, dem es einfallen sollte, auf demselben sich zu zeigen.

Ich ergreife hiermit Besitz von diesem Lande, dessen Bewohner ich begrüßt habe, und befehle zum Zeichen dessen, daß meine Standarte und daneben die meiner Marine gehißt werde.

93.

Die Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

21. Juni 1895.

Quelle: Trinkspruch Kaiser Wilhelms am 21. Juni 1895 bei der Festtafel in Kiel.

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 1. S. 306—308.

Mit Freude und Stolz blicke ich auf diese glänzende Festversammlung, und zugleich im Namen meiner hohen Verbündeten heiße ich Sie alle, die Gäste des Reiches, herzlich willkommen. Innigen Dank sprechen wir aus für die Teilnahme, die uns bei Vollendung eines Werkes geworden, das, in Frieden geplant und in Frieden gebaut, heute dem allgemeinen Verkehr übergeben ist.

Nicht erst in unseren Tagen ist der Gedanke, die Nord- und Ostsee durch einen großen Kanal zu verbinden, entstanden; weit zurück bis in das Mittelalter hinein finden wir Vorschläge und Pläne zur Verwirklichung dieses Unternehmens, und im verflossenen Jahrhundert ward der Eiderkanal gebaut, der, ein rühmliches Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der damaligen Zeit ablegend, doch nur für den kleineren Schiffsverkehr bestimmt, den gesteigerten Anforderungen der Jetztzeit nicht zu genügen vermochte. Dem neu begründeten Deutschen Reiche blieb es vorbehalten, die große Aufgabe einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Mein verewigter Herr Großvater, Kaiser Wilhelms des Großen Majestät, war es, der in richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Kanals für die Hebung des nationalen Wohlstandes und für die Stärkung unserer Wehrkraft nicht müde wurde, dem Plane des Baues einer leistungsfähigen Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee seine fördernde Teilnahme zuzuwenden und die mannigfachen Schwierig-

[1]) Diese Ansprache richtete der Kaiser an die Marinetruppen, nachdem der Staatssekretär von Bötticher eine Proklamation an die Helgoländer verlesen hatte.

keiten zu beheben, die sich seiner Ausführung entgegenstellten. Freudig und vertrauensvoll folgten die verbündeten Regierungen des Reiches nicht minder wie der Reichstag der kaiserlichen Initiative, und rüstig ging es vor nunmehr acht Jahren an das Werk, das mit seiner fortschreitenden Ausführung in immer höherem Grade das öffentliche Interesse erweckte. Was die Technik von dem hervorragenden Standpunkte ihrer Entwicklung heraus hat schaffen können, was an Eifer und Arbeitsfreudigkeit möglich war, was endlich an Fürsorge für die zahlreichen, an dem Bau beteiligten Arbeiter nach den Grundsätzen der humanen Sozialpolitik des Reiches gefördert werden konnte, es ist an diesem Werke geleistet worden, und deshalb darf mit mir und meinen hohen Verbündeten das Vaterland des gelungenen Werkes sich freuen.

Aber nicht nur für die heimischen Interessen haben wir gearbeitet. Der großen Kulturaufgabe des deutschen Volkes entsprechend, öffnen wir dem friedlichen Verkehre der Nationen untereinander die Schleusen des Kanals, und zu freudiger Genugtuung wird es uns gereichen, wenn seine fortschreitende Benutzung Zeugnis dafür ablegt, daß die Absichten, von denen wir geleitet worden sind, nicht allein verstanden, sondern auch fruchtbar werden zur Hebung der Wohlfahrt der Völker.

Die Teilnahme an unserer Feier seitens der Mächte, deren Vertreter wir unter uns sehen, und deren herrliche Schiffe wir heute bewundert haben, begrüße ich um so lebhafter, je mehr ich darin die volle Würdigung unserer auf Aufrechterhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen zu erblicken das Recht habe. Deutschland wird auch das heute inaugurierte Werk in den Dienst des Friedens stellen und sich glücklich schätzen, wenn der „Kaiser-Wilhelm-Kanal" in diesem Dienste allezeit unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den übrigen Mächten fördert und befestigt.

Ich leere mein Glas auf das Wohl der uns befreundeten Souveräne und Mächte. Hurra! Hurra!! Hurra!!!

94.

Die Notwendigkeit einer starken Flotte.

1. Quelle: Rede Kaiser Wilhelms im Kaisersaal zu Hamburg am 18. Oktober 1899 nach dem Stapellauf des Linienschiffes „Karl der Große".

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. S. 176—178.

Es gereicht mir zur besonderen Freude, an dem heutigen historischen Gedenktage wieder in Ihrer Mitte weilen zu können. Ich fühle mich gleichsam erfrischt und neu gestärkt, so oft ich von den Wogen des frisch sprudelnden Lebens einer Hansastadt umspült werde.

Es ist ein feierlicher Akt, dem wir soeben beigewohnt haben, als wir ein neues Stück schwimmender Wehrkraft des Vaterlandes seinem Element übergeben konnten. Ein jeder, der ihn mitgemacht hat, wird wohl von dem Gedanken durchdrungen gewesen sein, daß das stolze Schiff bald seinem Berufe übergeben werden könne; wir bedürfen seiner dringend, und bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte.

Sein Name erinnert uns an die erste glanzvolle Zeit des alten Reiches und seines mächtigen Schirmherrn. Und auch in jene Zeit fällt der allererste Anfang Hamburgs, wenn auch nur als Ausgangspunkt für die Missionstätigkeit im Dienste

des gewaltigen Kaisers. Jetzt ist unser Vaterland durch Kaiser Wilhelm den Großen neu geeint und im Begriff, sich nach außen hin herrlich zu entfalten. Und gerade hier inmitten dieses mächtigen Handelsemporiums empfindet man die Fülle und Spannkraft, die das deutsche Volk durch seine Entschlossenheit seinen Unternehmungen zu verleihen imstande ist. Aber auch hier weiß man es am höchsten zu schätzen, wie notwendig ein kräftiger Schutz und die unentbehrliche Stärkung unserer Seestreitkräfte für unsere auswärtigen Interessen sind.

Doch langsam nur greift das Gefühl hierfür im deutschen Vaterlande Platz, das leider noch zu sehr seine Kräfte in fruchtlosen Parteiungen verzehrt. Mit tiefer Besorgnis habe ich beobachten müssen, wie langsame Fortschritte das Interesse und politische Verständnis für große, weltbewegende Fragen unter den Deutschen gemacht hat.

Blicken wir um uns her! Wie hat seit einigen Jahren die Welt ihr Antlitz verändert! Alte Weltreiche vergehen, und neue sind im Entstehen begriffen. Nationen sind plötzlich im Gesichtskreis erschienen und treten in ihren Wettbewerb mit ein, von denen kurz zuvor der Laie noch wenig bemerkt hatte. Ereignisse, die umwälzend wirken auf dem Gebiete internationaler Beziehungen sowohl wie auf dem Gebiete des national-ökonomischen Lebens der Völker, und die in alten Zeiten Jahrhunderte zum Reifen brauchten, vollziehen sich in wenigen Monden.

Dadurch sind die Aufgaben für unser deutsches Reich und Volk in mächtigem Umfange gewachsen und erheischen für mich und meine Regierung ungewöhnliche und schwere Anstrengungen, die nur dann von Erfolg gekrönt sein können, wenn einheitlich und fest, den Parteiungen entsagend, die Deutschen hinter uns stehen. Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen. Vor allem muß es seine Sucht ablegen, das Höchste in immer schärfer sich ausprägenden Parteirichtungen zu suchen. Es muß aufhören, die Partei über das Wohl des Ganzen zu stellen. Es muß seinen alten Erbfehler eindämmen, alles zum Gegenstand ungezügelter Kritik zu machen, und es muß vor den Grenzen Halt machen, die ihm seine eigensten, vitalsten Interessen ziehen. Denn gerade diese alten politischen Sünden rächen sich jetzt schwer an unseren Seeinteressen und unserer Flotte. Wäre ihre Verstärkung mir in den ersten acht Jahren meiner Regierung trotz inständigen Bittens und Warnens nicht beharrlich verweigert worden, wobei sogar Hohn und Spott mir nicht erspart geblieben sind, wie anders würden wir dann unseren blühenden Handel und unsere überseeischen Interessen fördern können!

Doch meine Hoffnungen, daß der Deutsche sich ermannen werde, sind noch nicht geschwunden. Denn groß und mächtig schlägt die Liebe in ihm zu seinem Vaterlande. Davon zeugen die Oktoberfeuer, die er heute noch auf Bergeshöhen anzündet, und mit denen er auch das Andenken an die herrliche Gestalt des heute geborenen Kaisers in der Erinnerung mitfeiert.

Und in der Tat, einen wundervollen Bau hat Kaiser Friedrich mit seinem großen Vater und dessen großen Paladinen errichten helfen und uns als Deutsches Reich hinterlassen. In herrlicher Pracht steht es da, ersehnt von unseren Vätern und besungen von unseren Dichtern!

Nun wohlan! Statt wie bisher in ödem Zank sich darüber zu streiten, wie die einzelnen Kammern, Säle, Abteilungen dieses Gebäudes aussehen oder eingerichtet werden sollen, möge unser Volk in idealer Begeisterung wie die Oktoberfeuer auflodern, seinem idealen zweiten Kaiser nachstreben und vor allem an dem schönen Bau sich freuen und ihn schützen helfen! Stolz auf seine Größe, bewußt

seines inneren Wertes, einen jeden fremden Staat in seiner Entwicklung achtend, die Opfer, die seine Weltmachtstellung verlangt, mit Freuden bringend, dem Parteigeist entsagend, einheitlich und geschlossen hinter seinen Fürsten und seinem Kaiser stehend, so wird unser deutsches Volk auch in den Hansastädten ihr großes Werk zum Wohle unseres Vaterlandes fördern helfen.

Das ist mein Wunsch zum heutigen Tage, mit dem ich mein Glas erhebe auf das Wohl Hamburgs.

2. Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers Fürsten Bülow am 19. November 1908.

Fundort: Wilhelm von Massow a. a. O. Bd. 5. S. 91.

Kaum war unsere Stellung in Europa durch Rüstungen und Bündnisse gesichert, kaum hatten wir begonnen, unser Wirtschaftsleben durch Handelsverträge und Zollpolitik zu stärken, als unsere eigenen wirtschaftlichen Fortschritte, der Aufschwung von Handel, Industrie und Schiffahrt uns auch schon zwangen, jenseit der Meere Kolonien zu suchen, einen jungen Welthandel auch politisch zu sichern, mit den bisherigen Traditionen einer kontinentalen, einer rein europäischen Politik zu brechen und Weltpolitik zu treiben. Dieser Übergang stellte uns vor eine neue, dringende und wichtige Aufgabe: das neue Reich bedurfte einer Flotte, stark genug, seine Küsten, seine überseeischen Interessen und seinen Handel zu schützen. Wir haben diese Flotte bauen müssen, und wir haben sie schnell bauen müssen, weil eine schnelle Entwicklung uns dazu nötigte.

3. Quelle: Fürst von Bülow, Deutsche Politik. Berlin 1916[1]). S. 16—19.

Mit seinen 22,5 Milliarden Außenhandel war Deutschland im Jahre 1913 hinter Großbritannien mit 27 und vor den Vereinigten Staaten mit 17 Milliarden die zweitgrößte Handelsmacht der Welt. Die deutschen Häfen sahen im Jahre 1913 89329 eigene und 26637 fremde Schiffe ankommen, 90456 eigene und 26919 fremde Schiffe auslaufen. Durchschnittlich 80 Dampfschiffe und an 50 Segelschiffe stellten die deutschen Reedereien jährlich neu ein. In rapider Entwicklung haben wir Deutschen unseren Platz gewonnen in der vordersten Reihe der seefahrenden und Seehandel treibenden Völker.

Das Meer hat eine Bedeutung für unser nationales Leben gewonnen, wie niemals zuvor in unserer Geschichte, auch nicht in den großen Zeiten der deutschen Hansa. Es ist ein Lebensstrang für uns geworden, den wir uns nicht durchschneiden lassen dürfen, wenn wir nicht aus einem aufblühenden und jugendfrischen ein verwelkendes und alterndes Volk werden wollen. Dieser Gefahr waren wir aber ausgesetzt, solange es unserem Welthandel und unserer Schiffahrt gegenüber den übermächtigen Kriegsflotten anderer Mächte an nationalem Schutz auf dem Meere gebrach. Die Aufgaben, die die bewaffnete Macht des Deutschen Reiches zu erfüllen hat, hatten sich wesentlich verschoben, seitdem der kontinentale Schutz, den uns unsere Armee sicherte, nicht mehr genügte, den heimischen Gewerbefleiß gegen Störungen, Eingriffe und Angriffe von außen zu schirmen. Eine Kriegsflotte mußte der Armee zur Seite treten, damit wir unserer nationalen Arbeit und ihrer Früchte froh werden konnten.

Als im Frühjahr 1864 der englische Gesandte in Berlin den damaligen

[1]) Vgl. S. 151. Anm. 3 und S. 158. Anm. 1.

preußischen Ministerpräsidenten auf die Erregung aufmerksam machte, die das Vorgehen Preußens gegen Dänemark in England hervorrufe und dabei die Bemerkung fallen ließ, daß, wenn Preußen nicht haltmache, die englische Regierung zu kriegerischen Maßnahmen gegen Preußen gedrängt werden könnte, erwiderte ihm Herr von Bismarck-Schönhausen: „Ja, was wollen Sie uns denn eigentlich tun? Schlimmstenfalls können Sie ein paar Granaten nach Stolpmünde oder Pillau werfen, das ist aber auch alles." Bismarck hatte recht für jene Zeit. Wir waren damals für das seebeherrschende England so gut wie unangreifbar, weil wir zur See nicht verwundbar waren. Wir besaßen weder eine große Handelsmarine, deren Zerstörung uns empfindlich treffen konnte, noch einen nennenswerten Überseehandel, dessen Unterbindung wir zu fürchten hatten.

Ganz anders heute. Wir sind zur See verwundbar geworden. Milliardenwerte haben wir dem Meere anvertraut und mit diesen Werten Wohl und Wehe vieler Millionen unserer Landsleute. Wenn wir nicht rechtzeitig für den Schutz dieses kostbaren und unentbehrlichen nationalen Besitzes sorgten, waren wir der Gefahr ausgesetzt, eines Tages wehrlos ansehen zu müssen, wie er uns für alle Zukunft wieder genommen wurde. Dann aber wären wir nicht etwa wirtschaftlich und politisch in das behagliche Dasein eines reinen Binnenstaates zurückgesunken. Wir wären vielmehr in die Lage versetzt worden, einen beträchtlichen Teil unserer Millionenbevölkerung in der Heimat dauernd weder beschäftigen, noch ernähren zu können ... Unser Wirtschaftsleben verlangt eine auf eigene Macht begründete Sicherung unserer Bewegungsfreiheit auf dem Meere und in der Welt .....

95.

Die Schwierigkeiten des Flottenbaues und ihre Überwindung.

Quelle: Fürst von Bülow, Deutsche Politik. Berlin 1914. S. 12, 13, 17 u. 19.

Der Bau einer zum Schutze unserer überseeischen Interessen ausreichenden Flotte war seit Ausgang der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts eine Lebensfrage für die deutsche Nation geworden. Daß Kaiser Wilhelm II. das erkannt und an die Erreichung dieses Zieles die ganze Macht der Krone und die ganze Kraft der eigenen Individualität gesetzt hat, ist sein großes geschichtliches Verdienst. Dieses Verdienst wird noch dadurch erhöht, daß das Oberhaupt des Reiches für den Bau der deutschen Flotte in demselben Augenblick eintrat, wo sich das deutsche Volk über seine weitere Zukunft entscheiden mußte, und wo nach menschlicher Berechnung die letzte Möglichkeit vorlag, für Deutschland den ihm notwendigen Seepanzer zu schmieden. Die Flotte sollte gebaut werden unter Behauptung unserer Stellung auf dem Kontinent ohne Zusammenstoß mit England, dem wir zur See noch nichts entgegenzusetzen hatten, aber unter voller Wahrung unserer nationalen Ehre und Würde. Der damals noch recht erhebliche parlamentarische Widerstand war nur zu überwinden, wenn die öffentliche Meinung einen nachhaltigen Druck auf das Parlament ausübte. Die öffentliche Meinung ließ sich nur in Bewegung bringen, wenn gegenüber der im ersten Jahrzehnt nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck in Deutschland herrschenden unsicheren und mutlosen Stimmung das nationale Motiv mit Entschiedenheit betont und das nationale Bewußtsein wachgerufen wurde. Der Druck, der seit dem Bruch zwischen dem Träger der Kaiserkrone und dem gewaltigen Manne, der diese Krone aus der Tiefe des Kyffhäusers hervorgeholt hatte, auf dem deutschen Gemüt lastete, konnte

nur überwunden werden, wenn dem deutschen Volk, dem es gerade damals an einheitlichen Hoffnungen und Forderungen fehlte, von seinem Kaiser ein neues Ziel gesteckt und ihm der Platz an der Sonne gezeigt wurde, auf den es ein Recht hatte, und dem es zustreben mußte. Das patriotische Empfinden sollte aber auch nicht überschäumend und in nicht wieder gut zu machender Weise unsere Beziehungen zu England stören, dem gegenüber unsere Defensivstärke zur See noch für Jahre hinaus eine ganz ungenügende war, und vor dem wir 1897, wie sich in jenem Jahr ein kompetenter Beurteiler einmal ausdrückte, zur See dalagen, wie Butter vor dem Messer. Den Bau einer ausreichenden Flotte zu ermöglichen, war die nächstliegende und große Aufgabe der nachbismarckischen deutschen Politik, eine Aufgabe, vor die auch ich mich in erster Linie gestellt sah, als ich am 28. Juni 1897 in Kiel, auf der „Hohenzollern", am gleichen Tage und an derselben Stelle, wo ich 12 Jahre später um meine Entlassung bat, von Seiner Majestät dem Kaiser mit der Führung der auswärtigen Angelegenheiten betraut wurde.

. . . Am 27. November veröffentlichte die Regierung, nachdem der bisherige Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral von Hollmann, durch eine Kraft ersten Ranges, den Admiral von Tirpitz, ersetzt worden war, eine neue Marinevorlage, die den Neubau von sieben Linienschiffen, zwei großen und sieben kleinen Kreuzern forderte, den Zeitpunkt für die Fertigstellung der Neubauten auf den Schluß des Rechnungsjahres 1904 festsetzte und durch Begrenzung der Lebensdauer der Schiffe und die Bestimmung über die dauernd im Dienst zu haltenden Formationen die rechtzeitige Vornahme von Ersatzbauten sicherstellte ... Die Vorlage schob die Flottenpolitik auf ein vollkommen neues Geleis. Bisher waren von Zeit zu Zeit einzelne Neubauten gefordert und zum Teil bewilligt worden, aber das feste Fundament, das die Armee im Sollbestand ihrer Formationen besaß, hatte der Kriegsmarine gefehlt. Erst durch die Festsetzung der Lebensdauer der Schiffe einerseits, des Bestandes an dienstfähigen Schiffen andererseits wurde die Flotte ein fester Bestandteil unserer nationalen Wehrmacht.

Der Bau der deutschen Flotte mußte wie vor ihm andere große Aufgaben unserer vaterländischen Geschichte mit dem Auge auf das Ausland durchgeführt werden. Es war vorauszusehen, daß diese folgenschwere Verstärkung unserer nationalen Macht in England Unbehagen und Mißtrauen hervorrufen würde .....

Mit dem Auge auf die englische Politik mußte unsere Flotte gebaut werden — und so ist sie gebaut worden. Der Erfüllung dieser Aufgabe hatten meine Bemühungen auf dem Felde der großen Politik in erster Linie zu gelten. In doppelter Hinsicht mußte sich Deutschland international unabhängig stellen. Wir durften uns weder von einer grundsätzlich gegen England gerichteten Politik das Gesetz unseres Entschließens und Handelns vorschreiben lassen, noch durften wir uns um der englischen Freundschaft willen in englische Abhängigkeit begeben. Beide Gefahren waren gegeben und rückten mehr als einmal in bedenkliche Nähe. In unserer Entwicklung zur Seemacht konnten wir weder als Englands Trabant, noch als Antagonist Englands zum erwünschten Ziele kommen. Die vorbehaltlose und sichere Freundschaft Englands wäre schließlich nur zu erkaufen gewesen durch Aufopferung eben der weltpolitischen Pläne, um derentwillen wir die britische Freundschaft gesucht hätten. Wären wir diesen Weg gegangen, so würden wir den Fehler begangen haben, den der römische Dichter meint, wenn er sagt, man dürfe nicht propter vitam vivendi perdere causas, d. h. man dürfe nicht um des Lebens willen die Grundlagen des Lebens verlieren. Das will hier sagen: Wir

hätten die Freundschaft Englands nur durch Aufopferung eben unserer Flotten- und unserer weltpolitischen Pläne überhaupt erkaufen können, um derentwillen wir die britische Freundschaft gerade gesucht hatten. Als Englands Feind aber hätten wir schwerlich Aussicht gehabt, in unserer Entwicklung zur See- und Welthandelsmacht so weit zu kommen, wie wir am Ende gelangt sind . . . . .

So blieb uns nur die Möglichkeit, an den englischen Interessen gleichsam vorüberzugehen, den feindlichen Zusammenstoß und die gefügige Abhängigkeit in gleicher Weise zu meiden.

So ist es denn auch in der Tat gelungen, uns unbehelligt und unbeeinflußt von England diejenige Macht zur See zu schaffen, die unseren wirtschaftlichen Interessen und unserem weltpolitischen Willen die reale Grundlage gibt, und die anzugreifen auch dem stärksten Gegner als ein ernstes Wagnis erscheinen muß.

96.

Der Ausbau der deutschen Flotte.

1. Quelle: Thronrede bei der Eröffnung des Reichstages am 30. November 1897.

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 2. S. 74 und 75.

Die Entwicklung unserer Kriegsflotte entspricht nicht den Aufgaben, welche Deutschland an seine Wehrkraft zur See zu stellen gezwungen ist. Sie genügt nicht, bei kriegerischen Entwicklungen die heimischen Häfen und Küsten gegen eine Blockade und weitergehende Unternehmungen der Feinde sicherzustellen. Sie hat auch nicht Schritt gehalten mit dem lebhaften Wachstum unserer überseeischen Interessen. Während der deutsche Handel an dem Güteraustausche der Welt in steigendem Maße teilnimmt, reicht die Zahl unserer Kriegsschiffe nicht hin, unseren im Auslande tätigen Landsleuten das der Stellung Deutschlands entsprechende Maß von Schutz und hiermit den Rückhalt zu bieten, den nur die Entfaltung von Macht zu gewähren vermag. Wenngleich es nicht unsere Aufgabe sein kann, den Seemächten ersten Ranges gleichzukommen, so muß Deutschland sich doch in den Stand gesetzt sehen, auch durch seine Rüstung zur See sein Ansehen unter den Völkern der Erde zu behaupten. Hierzu ist eine Verstärkung der heimischen Schlachtflotte und eine Vermehrung der für den Auslandsdienst im Frieden bestimmten Schiffe erforderlich. Um für diese dringenden und nicht länger hinauszuschiebenden Maßnahmen einen festen Boden zu gewinnen, erachten die verbündeten Regierungen es für geboten, die Stärke der Marine und den Zeitraum, in welchem diese Stärke erreicht werden soll, gesetzlich festzulegen. Zu diesem Zweck wird Ihnen eine Vorlage behufs verfassungsmäßiger Beschlußnahme zugehen.

2. Quelle: Rede Kaiser Wilhelms zur Jahrhundertwende im Lichthofe des Zeughauses zu Berlin am 1. Januar 1900.

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 2. S. 183.

Und wie mein Großvater für sein Landheer, so werde ich für meine Marine unbeirrt in gleicher Weise das Werk der Reorganisation fort- und durchführen, damit auch sie gleichberechtigt an der Seite meiner Streitkräfte zu Lande stehen möge und durch sie das Deutsche Reich auch im Auslande in der Lage sei, den noch nicht erreichten Platz zu erringen . . . . .

3. Quelle: Gesetz, betr. die deutsche Flotte vom 14. Juni 1900.

Fundort: E. v. Reventlow, Die deutsche Marine (Deutschland als Weltmacht, herausgegeben vom Kaiser-Wilhelm-Dank. Berlin o. J.). S. 728.

I. Schiffsbestand. § 1. Es sollen bestehen:

1. die Schlachtflotte: aus zwei Flottenflaggschiffen, vier Geschwadern zu je acht Linienschiffen, acht Großen Kreuzern und 24 Kleinen Kreuzern als Aufklärungsschiffen;

2. die Auslandsflotte: aus drei Großen Kreuzern und zehn Kleinen Kreuzern[1]);

3. die Materialreserve: aus vier Linienschiffen, drei Großen Kreuzern, vier Kleinen Kreuzern . . . . .

§ 2. Ausgenommen bei Schiffsverlusten sollen ersetzt werden: Linienschiffe nach 25 Jahren, Kreuzer nach 20 Jahren. Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes . . . . .[2])

II. Indiensthaltung. § 3. Bezüglich der Indiensthaltung der Schlachtflotte gelten folgende Grundsätze:

1. das 1. und 2. Geschwader bilden die aktive Schlachtflotte[3]), das 3. und 4. Geschwader die Reserveschlachtflotte;

2. von der aktiven Schlachtflotte sollen sämtliche, von der Reserveschlachtflotte die Hälfte der Linienschiffe und Kreuzer dauernd im Dienste gehalten werden;

3. zu den Manövern sollen einzelne außer Dienst befindliche Schiffe der Reserveschlachtflotte vorübergehend in Dienst gestellt werden.

III. Personalbestand. § 4. An Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedo-Abteilungen sollen vorhanden sein:

1. volle Besatzungen für die zur aktiven Schlachtflotte gehörigen Schiffe, für die Hälfte der Torpedoboote, die Schulschiffe und die Spezialschiffe;

2. Besatzungsstämme (Maschinenpersonal zwei Drittel, übriges Personal die Hälfte der vollen Besatzungen) für die zur Reserveschlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie für die zweite Hälfte der Torpedoboote;

3. eineinhalbfache Besatzungen für die im Ausland befindlichen Schiffe;

4. der erforderliche Landbedarf;

5. ein Zuschlag von fünf Prozent zum Gesamtbedarfe.

IV. Kosten. § 5. Die Bereitstellung der zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat.

§ 6. Insoweit vom Rechnungsjahr 1901 ab der Mehrbedarf an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrertrag der Reichsstempelabgaben über die Summe von 53708000 Mark hinaus übersteigt und der Fehlbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reiches seine Deckung findet, darf der letzte nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.

---

[1]) Ein Nachtrag (Novelle) zum Flottengesetz (vom Jahre 1906) genehmigte sechs weitere Große Kreuzer, die ursprünglich für den Auslandsdienst bestimmt, später jedoch der heimischen Schlachtflotte zugeteilt worden sind.

[2]) Der volle Bestand sollte im Jahre 1917 erreicht werden.

[3]) Nach der Flottennovelle von 1912 wurden statt zwei Geschwader drei mit voller Besatzung kriegsbereit gehalten. Das konnte geschehen durch Verzicht auf die bisherige Materialreserve und durch Neubau dreier Linienschiffe und zweier Kleiner Kreuzer.

97.

Die deutsche Flotte, eine Bürgschaft des Friedens.

Quelle: Bd. 1. Bernhard Fürst von Bülow, Deutsche Politik. Berlin 1914. S. 22.

Die Ergänzung unserer Wehrmacht durch die Flotte bedeutet bei richtig geleiteter auswärtiger Politik eine vermehrte und verstärkte Friedensgarantie. Wie die Armee die mutwillige Störung der kontinental-politischen Wege Deutschlands verhindert, so die Flotte die Störung unserer weltpolitischen Entwicklung. Solange wir die Flotte nicht hatten, waren unsere gewaltig anwachsenden weltwirtschaftlichen Interessen, die zugleich unveräußerliche nationalwirtschaftliche Interessen sind, die freie Angriffsfläche, die das Deutsche Reich seinen Widersachern bot. Als wir diese Blöße deckten, den Angriff auf das Reich auch zur See zu einem Wagnis für jeden Gegner machten, schützten wir nicht nur den eigenen, sondern mit ihm den europäischen Frieden[1]).

98.

Die Chinawirren.

1900/1901.

Quelle: Ansprache des Kaisers an das erste Expeditionskorps für China am 2. Juli 1900[2]).

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 2. S. 205—207.

Mitten in den tiefsten Frieden hinein, für mich leider nicht unerwartet, ist die Brandfackel des Krieges geschleudert worden. Ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schaudererregend durch seine Grausamkeit, hat meinen bewährten Vertreter getroffen und dahingerafft. Die Gesandten anderer Mächte schweben in Lebensgefahr, mit ihnen die Kameraden, die zu ihrem Schutze entsandt waren. Vielleicht haben sie schon heute ihren letzten Kampf gekämpft. Die deutsche Fahne ist beleidigt und dem Deutschen Reiche Hohn gesprochen worden. Das verlangt exemplarische Bestrafung und Rache.

Die Verhältnisse haben sich mit einer furchtbaren Geschwindigkeit zu tiefem Ernste gestaltet und, seitdem ich Euch unter die Waffen zur Mobilmachung berufen, noch ernster. Was ich hoffen konnte, mit Hilfe der Marine-Infanterie wieder herzustellen, wird jetzt eine schwere Aufgabe, die nur durch geschlossene Truppenkörper aller zivilisierten Staaten gelöst werden kann. Schon heute hat der Chef des Kreuzergeschwaders mich gebeten, die Entsendung einer Division in Erwägung zu nehmen.

---

[1]) Vgl. hierzu die Begründung des Flottengesetzes von 1900, wo es heißt: Deutschland muß eine so starke Schlachtflotte haben, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wird.

[2]) Noch ehe das erste Expeditionskorps sich nach China eingeschifft hatte, kam am 2. Juli die Bestätigung der Nachricht, daß der deutsche Gesandte in Peking ermordet worden sei. Das Kaiserpaar war an diesem Tage in Wilhelmshaven eingetroffen und begab sich in Begleitung des Prinzen Rupprecht von Bayern sofort auf den Torpedo-Exerzierplatz, wo das Expeditionskorps — schon in Khakianzügen — in Parade aufgestellt war. Unter dem frischen Eindruck der trüben Nachrichten richtete der Kaiser die hierhergesetzte Ansprache an die Truppen.

Ihr werdet einem Feinde gegenüberstehen, der nicht minder todesmutig ist wie Ihr. Von europäischen Offizieren ausgebildet, haben die Chinesen die europäischen Waffen brauchen gelernt. Gott sei Dank haben Eure Kameraden von der Marine-Infanterie und meiner Marine, wo sie mit ihnen zusammengekommen sind, den alten deutschen Waffenruf bekräftigt und bewährt und mit Ruhm und Sieg sich verteidigt und ihre Aufgaben gelöst.

So sende ich Euch nun hinaus, um das Unrecht zu rächen, und ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen vereint mit denen der anderen Mächte siegreich über den chinesischen wehen und, auf den Mauern Pekings aufgepflanzt, den Chinesen den Frieden diktieren.

Ihr habt gute Kameradschaft zu halten mit allen Truppen, mit denen Ihr dort zusammenkommt. Russen, Engländer, Franzosen, wer es auch sei, sie fechten alle für die eine Sache, für die Zivilisation.

Wir denken auch noch an etwas Höheres, an unsere Religion und die Verteidigung und den Schutz unserer Brüder da draußen, welche zum Teil mit ihrem Leben für ihren Heiland eingetreten sind.

Denkt auch an unsere Waffenehre; denkt an diejenigen, die vor Euch gefochten haben, und zieht hinaus mit dem alten brandenburgischen Fahnenspruch: „Vertrau auf Gott, dich tapfer wehr'; daraus besteht dein' ganze Ehr'! Denn wer's auf Gott herzhaftig wagt, wird nimmer aus der Welt gejagt"[1]).

2. Quelle: Entschuldigungsschreiben des Kaisers von China an Kaiser Wilhelm II.[2]).

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 3. S. 41 und 42.

Der Groß-Kaiser des Tatsing-Reiches entbietet Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser Gruß.

Seitdem unsere Reiche gegenseitig durch ständige Gesandtschaften vertreten sind, haben wir ununterbrochen in den freundschaftlichsten Beziehungen zueinander gestanden.

Die Beziehungen wurden noch inniger, als Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen nach Peking kam und wir hierbei den Vorzug hatten, Seine Königliche Hoheit häufiger zu empfangen und mit ihm in vertrauter Weise verkehren zu können.

Leider drangen inzwischen, im fünften Monat des vergangenen Jahres, die Boxer in Peking ein; aufständische Soldaten schlossen sich ihnen an, und es kam dahin, daß Eurer Majestät Gesandter, Freiherr von Ketteler, ermordet wurde, ein Mann, der, solange er seinen Posten in Peking bekleidete, die Interessen unserer Länder auf das wärmste wahrnahm, und dem wir unsere besondere Anerkennung zollen mußten.

---

[1]) Dieser Fahnenspruch ist einer der sieben alten Standarten des kurfürstlichen Regiments Hennings von Treffenfeld entnommen, die vor mehreren Jahren wieder aufgefunden und auf Befehl des Kaisers der Fahnensammlung des Zeughauses einverleibt sind. Diese Standarten stammen aus der Zeit des Großen Kurfürsten und haben dessen Truppen in manchen blutigen Schlachten, namentlich bei Fehrbellin, zum Siege geführt. Dieselbe Inschrift befindet sich auf der Klinge des Säbels, den der Kaiser dem Kronprinzen bei Vollendung seines zehnten Lebensjahres zum Geschenk gemacht hat.

[2]) Das Schreiben wurde unserem Kaiser am 4. September 1901 von dem Bruder des Kaisers von China, dem Prinzen Tschun, dem sogenannten Sühneprinzen, im Neuen Palais bei Potsdam in feierlicher Audienz überreicht.

Wir bedauern auf das tiefste, daß Freiherr von Ketteler ein so schreckliches Ende gefunden hat, um so mehr, als uns das Gefühl der Verantwortung schmerzt, nicht in der Lage gewesen zu sein, rechtzeitig schützende Maßregeln zu treffen.

Aus dem Gefühl unserer schweren Verantwortlichkeit heraus haben wir befohlen, ein Denkmal an der Stelle des Mordes zu errichten als ein Warnzeichen, daß Verbrechen nicht ungesühnt bleiben dürfen.

Weiterhin haben wir den Kaiserlichen Prinzen Tschun Tsaifong an der Spitze einer Sondergesandtschaft nach Deutschland entsandt mit unserem Handschreiben.

Prinz Tschun, unser leiblicher Bruder, soll Eurer Majestät versichern, wie sehr uns die Vorgänge im verflossenen Jahre betrübt haben, und wie sehr die Gefühle der Reue und Beschämung uns noch beseelen.

Eure Majestät sandten aus weiter Ferne Ihre Truppen, um den Boxeraufstand niederzuwerfen und Frieden zu schaffen zum Wohle unseres Volkes.

Wir haben daher dem Prinzen Tschun befohlen, Eurer Majestät unseren Dank für die Förderung des Friedens persönlich auszusprechen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Eurer Majestät Entrüstung den alten freundschaftlichen Gesinnungen wieder Raum gegeben hat, und daß in Zukunft die Beziehungen unserer Reiche zueinander sich noch vielseitiger, inniger und segensreicher gestalten mögen als bisher.

Dieses ist unsere feste Zuversicht.

99.

Die Vernichtung der Hereros.

1904/05.

Quelle: Kriegsgeschichtliche Abteilung I des Großen Generalstabes, Die Kämpfe der deutschen Truppen in Südwestafrika. Berlin 1906. Bd. 1. Seite 193—214.

Bis zum 20. August[1]) klärte sich die Lage einigermaßen. Gefangenenaussagen und die Beobachtungen der deutschen Erkundungsabteilungen stimmten dahin überein, daß der Feind sich bei Otjekongo und Otjomaso[2]) am Westrande des Sandfeldes zu sammeln schien. Es war also dank der weitschauend angelegten Verfolgung gelungen, den Feind, der bei seinem Weitermarsch nach Süden leicht seine alten Schlupfwinkel . . . hätte gewinnen können, gegen das Sandfeld zu drücken. Falls die Hereros noch eine Spur von Widerstandskraft besaßen, mußten sie sich nun noch einmal zum Kampf auf Leben und Tod stellen, ehe sie dieses Verderben bringende Gebiet betraten.

Eine Fortsetzung der Flucht in das Sandfeld mußte den schließlichen Untergang des gesamten Hererovolkes zur Folge haben. Es galt deshalb, unverzüglich die Verfolgung des Feindes, der bereits mit stärkeren Kräften im weiteren Abzuge nach Osten und Südosten gemeldet war, wieder aufzunehmen, um ihn sobald wie möglich zum Kampf zu zwingen.

---

[1]) Am 11. und 12. August 1904 wurden die Hereros durch die deutschen Truppen, die der General von Trotha befehligte, am Waterberge entscheidend geschlagen, doch gelang es infolge einer Reihe unglücklicher Umstände nicht, die überlebenden feindlichen Kräfte zur Ergebung zu zwingen. Die Masse der Hereros entkam in südöstlicher Richtung; deutscherseits verlor man für einige Tage die Fühlung mit dem Gegner.

[2]) Beide Orte liegen südöstlich vom Waterberg.

Durch ein weit ausholendes Vorführen der Flügel, die stets bereit waren, gegen den sich etwa setzenden Feind einzuschwenken, konnte dies am wirksamsten erreicht werden und zugleich jeder neue Versuch des Gegners, nach Südwesten oder Nordosten auszuweichen, am ehesten verhindert werden . . . . .

Als sich die deutschen Abteilungen bei ihrem weiteren Vormarsch dem Feinde näherten, floh dieser aus seinen Stellungen . . ., ohne an Widerstand zu denken, in östlicher und südöstlicher Richtung . . . . .

Die kopflose Flucht, mit der er allenthalben davoneilte, sobald sich auch nur in der Nähe eine deutsche Abteilung zeigte, bewies, daß seine Widerstandskraft durch die Kämpfe am Waterberge vollkommen gebrochen war.

Die Aufklärung der nächsten Zeit ergab, daß die Hereros ihre Flucht teils dem Eiseb, teils dem Epukiro[1]) entlang fortsetzten. Nunmehr wurden die Abteilungen des ersten Feldregimentes am Eiseb . . . zusammengezogen zur Verfolgung der im Eisebrevier zurückweichenden Hereros, während das zweite Feldregiment unter Oberst Deimling . . . den im Epikuroflußbett befindlichen Teilen des Feindes folgen sollte.

Um die Truppe ihren neuen Zielen zuzuführen, galt es, stellenweise große Marschleistungen zu überwinden, und es folgte nunmehr die Zeit anstrengender Märsche und ununterbrochenen Lagerlebens. Sehr anschaulich schildert Oberst Deimling dieses Marsch- und Lagerleben der Truppen in einem Vortrage, in dem es heißt:

„Die Truppe kennt draußen nur das Biwak. Nur in größeren Stationen wie Windhuk, Okahandja, Keetmanshoop liegt sie in Kasernen oder unter Zelten.

Im Biwak zieht der Mann seinen Mantel an, hüllt sich in die Pferdedecke und in die Zeltbahn ein; sein Kopfkissen bildet der Sattel. So schläft man, den strahlenden Sternenhimmel über sich, prachtvoll! In der kalten Zeit wird im Lager bei Nacht, sofern es die Nähe des Feindes gestattet, Feuer angezündet; in der heißen Zeit liegt kein Bedürfnis dazu vor.

Während sich die Truppe im Biwak der wohlverdienten Ruhe hingibt, weiden in der Nähe die Pferde, Ochsen und Esel unter dem Schutze von Viehposten, welche, das Gewehr im Arm, sorgfältig Wache halten und nicht nur dafür zu sorgen haben, daß die Tiere nicht weglaufen, sondern auch scharf gegen den Feind aufpassen müssen.

Sobald die Sonne aufgeht, etwa 6 Uhr — was, nebenbei bemerkt, ein großartiges Schauspiel ist und immer von neuem das Auge entzückt — werden die Tiere eingefangen; es wird gesattelt und abmarschiert. Zum Kaffeekochen ist keine Zeit; denn die Morgenkühle muß zum Marschieren ausgenutzt werden. Sind die Pferde und Esel nicht schlapp, d. h. haben sie in der letzten Zeit ordentlich Hafer bekommen, so kann abwechselnd Schritt und Trab geritten werden. Leider sind die Tiere aber infolge unzureichender Ernährung häufig schlapp.

Dann muß zu Fuß marschiert werden, und der Reiter, ein betrübendes Bild, zieht sein Rößlein hinter sich her. Manchmal sind mir bei solchem Anblick die Uhlandschen Verse eingefallen:

Da mußt er mit dem frommen Heer
Durch ein Gebirge wüst und leer.
Daselbst erhob sich große Not;
Viel Steine gab's und wenig Brot.

---

[1]) Beide Wasserläufe fließen im südlichen Teil des Sandfeldes der Omaheke.

Und mancher deutsche Reitersmann
Hat dort den Trunk sich abgetan.
Den Pferden war's so schwach im Magen,
Fast mußte der Reiter die Mähre tragen.

In der kalten Zeit gegen 11 Uhr, in der heißen schon gegen 9 Uhr morgens, muß der Hitze wegen zur Ruhe übergegangen werden. Der Platz dazu muß an einer Wasserstelle liegen, während man die Nachtruhe nicht ans Wasser, sondern an möglichst gute Weide verlegt; denn in der kühlen Nacht fressen die Tiere am besten. Nun an der Wasserstelle angelangt, laben sich Menschen und Tiere; die Leute fangen an zu kochen; Strauchwerk zum Feuermachen findet sich überall.

Was die Leute kochen? Entweder frisches Fleisch von tags zuvor geschlachteten Ochsen oder Hammeln, dazu Reis oder Erbswurst mit Kornedbeef; auch Speck, getrocknetes Gemüse, Kohl usw. wird geliefert. Falls Mehl da ist, backen sich die Leute ein schmackhaftes Brot; sonst muß der vorzügliche Konservenzwieback als Brot dienen. Unsere Reiter haben es schnell gelernt, Abwechslung in das Einerlei ihrer Kost zu bringen. So z. B. gibt es Cornedbeef, das man in der Heimat nur als kalten Aufschnitt kennt, dort gekocht, gebraten und als Salat zurechtgemacht.

Immer wird so üppig, wie ich es eben beschrieben habe, nicht gelebt. Mitunter, namentlich, wenn man längere Zeit dem Feinde scharf auf den Fersen gefolgt ist, tritt Mangel ein, weil die Ochsenwagen mit dem Proviant der Truppe nicht so schnell folgen können, und weil der Nachschub von hinten stockt. Aber der Mangel ist doch immer nur ein zeitweiser; verhungern kann in Afrika niemand, schon weil immer Schlachtvieh da ist.

Unseren Leuten macht das ungebundene Lagerleben entschieden Freude. Drei oder vier tun sich zum Kochen zusammen. Nach dem Essen lagern sie sich im Schatten; ist kein Baum oder Strauch da, der Schatten spendet, so wird eine Zeltbahn ausgespannt. Dann rauchen sie ihre Pfeife mit Plattentabak, der entsetzlich beißt, aber wegen seines geringen Umfanges praktisch ist — und erzählen sich etwas — meist von der Heimat, oder sie singen wohl auch Lieder.

Nachmittags etwa 5 Uhr, sobald die ärgste Hitze vorüber, wird gesattelt und weitermarschiert. Vor diesem Weitermarsch müssen die Tiere noch einmal tüchtig getränkt, Wassersäcke und Feldflaschen noch einmal gefüllt werden; denn erst am anderen Mittag kommt man wieder ans Wasser. Meist wird bis gegen 10 Uhr abends marschiert, alsdann Biwak auf einem guten, vorher erkundeten Weideplatz bezogen.

Ist aber die Wasserstelle, die man am anderen Tage erreichen will, noch weit entfernt, dann muß nach einer Ruhe von einigen Stunden noch in der Nacht aufgebrochen und weitermarschiert werden. Der klare Sternenhimmel und der viel heller als bei uns scheinende Mond erleichtern den Nachtmarsch."

Ende September umspannten die deutschen Truppen die Omaheke (im Südwesten). Weit vorgeschoben hielten Offizierspatrouillen die Fühlung am Feind .....

Die Verfolgung der Hereros ... war ein Wagnis, das von der Kühnheit der deutschen Führung, ihrer Tatkraft und verantwortungsfreudigen Selbsttätigkeit ein beredtes Zeugnis ablegte, und dessen Gelingen nur durch gründlichste, bis ins kleinste vorher durchdachte Vorbereitung und eine ebenso kraftvolle Durchführung ermöglicht wurde. Diese kühne Unternehmung zeigt die rücksichtslose Energie der deutschen Führung bei der Verfolgung des geschlagenen Feindes in glänzendem Lichte. Keine Mühen, keine Entbehrungen wurden gescheut, um dem Feinde den

letzten Rest seiner Widerstandskraft zu rauben; wie ein halb zu Tode gehetztes Wild war er von Wasserstelle zu Wasserstelle gescheucht, bis er schließlich willenlos ein Opfer der Natur seines eigenen Landes wurde. Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: die Vernichtung des Hererovolkes.

Fast übermenschlich waren die Anstrengungen und Entbehrungen, die diese rastlose Verfolgung, bei der die Truppen ihr Letztes hergeben mußten, auferlegte, zumal die Mannschaften zum größten Teil nicht mehr beritten waren; groß waren auch die Opfer, die nicht die Waffen des Feindes, wohl aber der mit erneuter Heftigkeit ausbrechende Typhus forderte. Die Bewunderung und Anerkennung für die große Tatkraft der Führung, sowie die unvergleichliche Hingabe, Ausdauer und Opferwilligkeit der Truppen gab der Chef des Generalstabes der Armee, Generaloberst Graf von Schlieffen, Ausdruck, indem er dem General von Trotha telegraphierte: „Hier ist alles voll Bewunderung für die außerordentlich energische und erfolgreiche Verfolgung unter so schwierigen Verhältnissen . . . . ."

Da größere Unternehmungen deutscher Truppen im Sandfelde zu dieser trockenen Jahreszeit völlig ausgeschlossen waren, beschloß General von Trotha das ganze Gebiet der Omaheke im Westen und Südwesten abzusperren . . . . .

Der Oberbefehl über sämtliche Absperrungstruppen wurde dem Major von Mühlenfels übertragen. General von Trotha selbst begab sich mit seinem Stabe nach Windhuk, um demnächst den Oberbefehl im Süden zu übernehmen, wo den deutschen Truppen durch den überraschenden Ausbruch des Hottentottenaufstandes eine neue, schwere Aufgabe erwachsen war. Ebendorthin wurden alle im Norden entbehrlichen Truppen unter Oberst Deimling in Marsch gesetzt.

Die das Sandfeld absperrenden Abteilungen unternahmen mit Patrouillen unausgesetzt kleinere Streifzüge in die Omaheke und stöberten hierbei vereinzelte, sich der Absperrungslinie nähernde Banden auf; sie stellten immer von neuem fest, daß sich größere Massen Hereros in erreichbarer Entfernung von den deutschen Truppen nicht befanden . . . Die Masse des Volkes mußte mithin bei der Flucht durch die Omaheke zugrunde gegangen sein. Auf englisches Gebiet sind im ganzen wenig über 1000 entkommen. Unter Kontrolle befanden sich dort nur 1275 farbige Flüchtlinge, unter ihnen einige Führer, wie Samuel Maharero, der am Ngamisee im Britisch-Betschuanaland Zuflucht gefunden hatte. Ganz gering ist die Zahl der zu den Ovambos entkommenen Hereros, und den Anschluß an die Hottentotten im Namaland hatten nur Banden von einigen hundert Hereros gefunden . . . . .

Über das erschütternde Schicksal, das die Masse des Volkes gefunden hatte, enthalten die Berichte der deutschen Patrouillenoffiziere geradezu schaurige Einzelheiten.

So berichtete der Oberleutnant Graf Schweinitz:

„Eine . . . Fußpad, neben welcher Menschenschädel und Gerippe und Tausende gefallenen Viehes, besonders Großvieh, lagen, bezeichnete den Weg, den anscheinend die nach Nordosten entwichenen Hereros genommen haben.

Besonders in den dichten Gebüschen am Wege, wo die verdurstenden Tiere wohl Schutz vor den versengenden Strahlen der Sonne gesucht hatten, lagen die Kadaver zu Hunderten dicht neben- und übereinander. An vielen Stellen war in 15—20 m tiefen, aufgewühlten Löchern vergeblich nach Wasser gegraben . . . Alles läßt darauf schließen, daß der Rückzug ein Zug des Todes war . . . . ."

„Die mit eiserner Strenge monatelang durchgeführte Absperrung des Sandfeldes," heißt es im Bericht eines anderen Mitkämpfers, „vollendete das Werk der Vernichtung. Die Kriegsberichte des Generals von Trotha aus jener Zeit enthielten

keine aufsehenerregende Meldungen. Das Drama spielte sich auf der dunklen Bühne des Sandfeldes ab. Aber als die Regenzeit kam, als sich die Bühne allmählich erhellte und unsere Patrouillen bis zur Grenze des Betschuanalandes vorstießen, da enthüllte sich ihrem Auge das grauenhafte Bild verdursteter Heereszüge.

Das Röcheln der Sterbenden und das Wutgeschrei des Wahnsinnes . . . sie verhallten in der erhabenen Stille der Unendlichkeit!"

Das Strafgericht hatte sein Ende gefunden.

Die Hereros hatten aufgehört, ein selbständiger Volksstamm zu sein.

100.

Der Krieg gegen die Hottentotten.

1904/06.

Quelle: Proklamation des Generals v. Trotha an das Volk der Hottentotten vom 22. April 1905[1]).

Fundort: Kriegsgeschichtliche Abteilung I des Großen Generalstabes, Die Kämpfe der deutschen Truppen in Südwestafrika. Bd. 2. S. 186.

An die aufständischen Hottentotten!

Der mächtige, große Deutsche Kaiser will dem Volk der Hottentotten Gnade gewähren, daß denen, die sich freiwillig ergeben, das Leben geschenkt werde. Nur solche, welche bei Beginn des Aufstandes Weiße ermordet oder befohlen haben, daß sie ermordet werden, haben nach dem Gesetz ihr Leben verwirkt. Dies tue ich Euch kund und sage ferner, daß es den Wenigen, welche sich nicht unterwerfen, ebenso ergehen wird, wie es dem Volk der Herero ergangen ist, das in seiner Verblendung auch geglaubt hat, es könne mit dem mächtigen Deutschen Kaiser und dem großen deutschen Volk erfolgreich Krieg haben. Ich frage Euch, wo ist heute das Volk der Hereros, wo sind heute seine Häuptlinge? Samuel Maharero, der einst Tausende von Rindern sein Eigen nannte, ist, gehetzt wie ein wildes Tier, über die englische Grenze gelaufen; er ist arm geworden wie der ärmste der Feldhereros und besitzt nichts mehr. Ebenso ist es den anderen Großleuten, von denen die meisten das Leben verloren haben, und dem ganzen Volke der Hereros ergangen, das teils im Sandfeld verhungert und verdurstet, teils von deutschen Reitern getötet, teils von den Ovambos ermordet ist. Nicht anders wird es dem Volk der Hottentotten ergehen, wenn es sich nicht freiwillig stellt und seine Waffen abgibt. Ihr sollt kommen mit einem weißen Tuch an einem Stock mit Euren ganzen Werften, und es soll Euch nichts geschehen. Ihr werdet Arbeit bekommen und Kost erhalten, bis nach Beendigung des Krieges der große Deutsche Kaiser die Verhältnisse für das Gebiet neu regeln wird. Wer hiernach glaubt, daß auf ihn die Gnade keine Anwendung findet, der soll auswandern; denn wo er sich auf deutschem Gebiet blicken läßt, da wird auf ihn geschossen werden, bis alle vernichtet sind. Für die Auslieferung an Ermordung Schuldiger, ob tot oder lebendig, setze ich folgende Belohnung: für Hendrik Witboi 5000 Mark, Sturmann 3000 Mark, Kornelius 3000 Mark, für die übrigen schuldigen Führer je 1000 Mark.

gez. Trotha.

---

[1]) Dieser Aufruf wurde von der Station Gibeon, wo sich in der Zeit vom 21. April bis zum 28. Mai 1905 das Hauptquartier befand, in dem Augenblick erlassen, wo General v. Trotha selbst die unmittelbare Leitung der gegen die Hottentotten eingeleiteten Unternehmungen übernahm.

101.

Begründung unserer Marokkopolitik.

1905/06.

Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers Fürsten Bülow vom 5. April 1906.

Fundort: Wilhelm von Massow a. a. O. Bd. 4. S. 93 und 94.

Will man unsere Marokkopolitik richtig verstehen, so muß man zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren; will man das Ergebnis richtig würdigen, den Anfang mit dem Ende vergleichen. Eine Zeit der Beunruhigung liegt hinter uns. Es gab Wochen, wo der Gedanke an kriegerische Verwicklungen sich der Gemüter bemächtigte. Wie kam das? Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Machtfrage aufzuwerfen? Sollten wir, wollten wir um Marokko Krieg führen? Nein, meine Herren, um Marokko nicht. Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen; wir haben dort auch keine politischen Aspirationen. Wir haben weder wie Spanien eine Jahrhunderte alte maurische Vergangenheit, noch wie Frankreich eine Hunderte von Kilometern lange Landesgrenze mit Marokko; wir haben keine durch mancherlei Opfer erworbenen historischen oder moralischen Anrechte wie diese beiden europäischen Kulturländer. Aber wir haben wirtschaftliche Interessen in einem unabhängigen, bisher noch wenig erschlossenen, zukunftsreichen Lande. Wir waren Teilhaber an einer internationalen Konvention, die das Prinzip der Gleichberechtigung enthielt. Wir besaßen aus einem Handelsvertrag die Rechte der meistbegünstigten Nation. Darüber nicht ohne unsere Zustimmung verfügen zu lassen, war die Frage des Ansehens der deutschen Politik, der Würde des Deutschen Reiches, in welcher wir nicht nachgeben durften. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Daraus, meine Herren, folgt, was wir in Marokko erreichen wollten, was nicht. Wir wollen nicht in Marokko selbst festen Fuß fassen; denn darin hätte eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer Stellung gelegen. Wir wollten auch älteren politischen oder historisch begründeten Ansprüchen Spaniens oder Frankreichs keinen schikanösen oder überhaupt keinen Widerstand entgegensetzen, solange die deutschen Interessen geschont oder geachtet wurden. Wir wollten uns auch nicht an England reiben, weil dieses in seinem Vertrage vom April 1904 eine Annäherung an Frankreich vollzogen hatte. Denn in diesem Vertrage verfügte England, was Marokko betrifft, nur über seine eigenen Interessen, und was Ägypten betrifft, so hat es in den uns angehenden Fragen nachträglich unsere Zustimmung herbeigeführt.

Was wir wollten, war, zu bekunden, daß das Deutsche Reich sich nicht als quantité négligeable behandeln läßt (Sehr gut! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen), daß die Basis eines internationalen Vertrages nicht ohne Zustimmung der Signatarmächte verrückt werden darf (Sehr richtig!), daß in einem so wichtigen, selbständigen, an zwei Welthandelsstraßen gelegenen Wirtschaftsgebiet die Tür für die Freiheit des fremden Wettbewerbes offen gehalten werden soll.

Das geeignetste Mittel, dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, war die Einberufung einer neuen Konferenz.

102.

Das Deutsche Reich und die Bekenner des Islams.

Quelle: Tischrede Kaiser Wilhelms am 8. November 1898 in Damaskus.

Fundort: Johs. Penzler a. a. O. Bd. 2. S. 126 und 127.

Angesichts der Huldigungen, die uns hier zuteil geworden sind, ist es mir ein Bedürfnis, im Namen der Kaiserin und in meinem Namen für den Empfang zu danken, für alles, was in allen Städten dieses Landes uns entgegengetreten ist, vor allem zu danken für den herrlichen Empfang in der Stadt Damaskus.

Tief ergriffen von diesem überwältigenden Schauspiele, zu gleicher Zeit bewegt von dem Gedanken, an der Stelle zu stehen, wo einer der ritterlichsten Herrscher aller Zeiten, der große Sultan Saladin, geweilt hat, ein Ritter ohne Furcht und Tadel, der oft seine Gegner die rechte Art des Rittertums lehren mußte, ergreife ich mit Freude die Gelegenheit, vor allen Dingen dem Sultan Abdul Hamid zu danken für seine Gastfreundschaft.

Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Khalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird!

Ich trinke auf das Wohl Seiner Majestät des Sultans Abdul Hamid!

103.

Deutschland und Österreich-Ungarn.

Quelle: Instruktion des Reichskanzlers für den deutschen Botschafter in Wien vom 13. Oktober 1908.[1])

Fundort: Wilhelm von Massow a. a. O. Bd. 5. S. 125.

Ich hatte gestern Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit Seiner Majestät dem Kaiser und Könige und bin in der Lage, Ihnen zu sagen, daß Seine Majestät vollständig den Standpunkt billigt und teilt, den ich vom ersten Tage an eingenommen habe, die Auffassung nämlich, daß für uns weder Veranlassung vorliegt, noch auch Neigung bei uns besteht, das Vorgehen unserer Verbündeten einer Kritik zu unterziehen, wohl aber der feste Wille, in Erfüllung unserer Bündnispflichten an seiner Seite zu stehen und zu bleiben. Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten, wird unser Verbündeter auf uns rechnen können. Seine Majestät der Kaiser und König, dessen verehrungsvolle Freundschaft für den ehrwürdigen Kaiser und König Franz Joseph bekannt ist, steht in unerschütterlicher Treue zu seinem erhabenen Verbündeten.

---

[1]) Am 5. Oktober 1908 annektierte Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina. Dieser Vorgang ließ die Gefahr eines großen europäischen Krieges in nächster Nähe erscheinen; der Bund mit Deutschland war auf die schärfste Belastungsprobe gestellt. Er bewährt sich, wie das Schriftstück zeigt; diese Entschlossenheit Deutschlands beseitigte die Kriegsgefahr. In der Reichstagsrede vom 29. März 1909, in der Fürst Bülow dieses Schreiben verlas, sagte er noch: „Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig. Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenliede; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten; die wollen wir gegenseitig wahren." (Wilhelm von Massow a. a. O. Bd. 5. S. 127.)

104.

Deutschland und Frankreich.

Quelle: Fürst Bülow, Deutsche Politik. Berlin 1914. S. 35, 36, 42 und 43.

Die Unversöhnlichkeit Frankreichs ist ein Faktor, den wir in unsere politischen Berechnungen einstellen müssen. Es scheint mir schwächlich, die Hoffnung zu nähren, Frankreich wirklich und aufrichtig versöhnen zu können, solange wir nicht die Absicht haben, Elsaß-Lothringen wieder herauszugeben. Und diese Absicht ist in Deutschland nicht vorhanden. Gewiß gibt es eine Menge Einzelfragen, wo wir Hand in Hand mit Frankreich gehen und namentlich zeitweise mit ihm zusammengehen können. Wir müssen immer bestrebt bleiben, höfliche, ruhige und friedliche Beziehungen zu Frankreich aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus sollten wir aber keinen Phantasmen nachjagen; sonst könnte es uns gehen, wie dem Astronomen bei Lafontaine, der, während er nach den Sternen blickte, in das Loch fiel, das vor seinen Füßen lag, und das er nicht gesehen hatte. Das Loch heißt in diesem Falle Le trou des Vosges. Wir sollten uns auch Frankreich gegenüber von Aufmerksamkeiten und Liebenswürdigkeiten, der petite monnaie des internationalen Verkehrs, nicht allzuviel versprechen. Das auszusprechen, heißt dem stolzen Patriotismus eines großen Volkes ein Lob spenden. Der Groll gegen Deutschland sitzt zu tief in den französischen Herzen, als daß wir ihn durch billige Freundschaftsbezeigungen beseitigen könnten. Niemals ist Frankreich, auch nicht nach den katastrophalen Niederlagen der Jahre 1812—1815, so hart getroffen worden wie durch den Krieg von 1870/71. Für die Tatsache, daß uns Deutschen nationale Notwendigkeit gewesen ist, was den Franzosen als brutale Härte des Siegers erscheint, finden wir in Frankreich kein Verständnis. Vielleicht wird sich das französische Volk im Laufe der Zeit den Bestimmungen des Frankfurter Friedens fügen, wenn es erkennen muß, daß sie unabänderlich sind. Solange Frankreich aber eine Möglichkeit zu erkennen glaubt, durch eigene Kraft oder fremde Hilfe Elsaß-Lothringen wieder an sich zu bringen, wird es im gegenwärtigen Zustande ein Provisorium, nicht ein Definitivum sehen . . . . .

Das letzte Ziel des französischen Strebens wird menschlichem Ermessen nach noch auf lange hinaus das sein, die heute noch fehlenden Voraussetzungen für eine aussichtsreiche Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reiche zu schaffen . . . . .

Wiewohl es bemüht ist, militärisch den Nachteil auszugleichen, in den es durch seine geringere Bevölkerungszahl uns gegenüber versetzt ist, hat es doch nicht mehr das alte Zutrauen allein in die eigene Kraft. Die französische Politik sucht durch Bündnisse und Freundschaften ein Gleichgewicht oder womöglich ein Übergewicht gegen den deutschen Nachbarn zu gewinnen. Frankreich hat sich zu diesem Zweck eines Teiles der eigenen freien Initiative begeben müssen und ist abhängiger als früher von fremden Mächten geworden. Das ist den Franzosen natürlich bekannt und bewußt. Daß der reizbare französische Nationalstolz sich mit dieser Tatsache abfindet, zeigt, welches der alles beherrschende nationale Wunsch des französischen Volkes ist. Es ist kaum eine internationale Konstellation denkbar, die Frankreich veranlassen könnte, seine von der Erinnerung an 1870 inspirierte Politik einer grundsätzlichen Korrektur zu unterziehen.

Als . . . wie in ganz Europa, auch in Frankreich die Wogen der Burenbegeisterung hochgingen, fragte ein englischer Minister nicht ohne Besorgnis einen

französischen Diplomaten, ob Frankreich sich nicht versucht sehen könnte, an Deutschlands Seite zu treten. Die Antwort des Franzosen lautete: „Seien Sie überzeugt, daß, solange Elsaß-Lothringen deutsch ist, das französische Volk, was sich auch sonst ereignen möge, in Deutschland den permanenten, in jeder anderen Macht nur den akzidentiellen Gegner sehen wird."

105.

Englands Eifersucht auf Deutschland.

Quelle: Ein Artikel in der Saturday Review vom September 1897.

Übersetzung: Paul Rohrbach, Der deutsche Gedanke in der Welt. Königstein und Leipzig o. J. S. 183 und 184.

England mit seiner langen Geschichte erfolgreicher Angriffe, mit seiner wunderbaren Überzeugung, daß es zugleich mit seiner Fürsorge für sich selbst Licht unter die im Dunkeln lebenden Völker verbreitet, und Deutschland, demselben Fleisch und Blut entsprossen, mit geringerer Willensstärke, aber mit vielleicht noch kühnerem Geiste wetteifern miteinander in jedem Winkel des Erdballes. In Transvaal, am Kap, in Mittelafrika, in Indien und in Ostasien, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist — und wo ist das nicht gewesen? — da hat der deutsche Handlungsreisende mit dem englischen Hausierer gestritten. Wo es gilt, ein Bergwerk auszubeuten oder eine Eisenbahn zu bauen, wo Eingeborene von der Brotfrucht zur Büchsenfleischnahrung, von der Enthaltsamkeit zum Handelsschnaps übergeleitet werden sollen, da suchen Deutsche und Engländer einander zuvorzukommen. Eine Million kleine Nörgeleien schaffen den größten Kriegsfall, den die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher sein würde. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von 250 Millionen Pfund Sterling Krieg führen?

106.

Die englische Einkreisungspolitik.

1. Quelle: Der Vertrag zwischen England und Frankreich vom 8. April 1904.

Inhaltsangabe: Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. 20. Jahrg. 1904. München 1905. S. 221.

England verspricht, an dem bestehenden Zustande in Ägypten nichts zu ändern. Frankreich verspricht, keinen Räumungstermin zu fordern. Frankreich verspricht, den politischen Zustand in Marokko nicht zu ändern; England erkennt an, daß Frankreich als Nachbarstaat Marokkos das Recht habe, die Ruhe dort zu erhalten und dem Sultan im Notfalle bei seinen Verwaltungsreformen militärische und finanzielle Hilfe zu leisten. Die vertragsmäßigen Rechte beider Mächte sollen in Ägypten und Marokko gewahrt bleiben.

2. Quelle: Der Vertrag zwischen England und Rußland vom 31. August 1907.

Inhaltsangabe: Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. 23. Jahrg. 1907. München 1908. S. 329 und 330.

Die Konvention, deren Ratifikationsurkunden am 10./23. September in Petersburg ausgetauscht worden sind, enthält Abmachungen, die bestimmt sind,

jeden Anlaß zu Mißverständnissen zwischen beiden Mächten in bezug auf Fragen zu beseitigen, die ihre Interessen auf dem asiatischen Kontinent berühren. Wegen Persiens haben die russische und die großbritannische Regierung — die sich gegenseitig verpflichtet haben, die Unabhängigkeit und Integrität dieses Landes zu achten, und die aufrichtig die Aufrechterhaltung der Ruhe in diesem Lande und ebenso die dauernde Einführung von Vorteilen für den Handel und die Industrie aller übrigen Völker wünschen — sich gegenseitig verpflichtet, irgendwelche Konzessionen politischer oder kommerzieller Natur weder für sich selbst nachzusuchen, noch zugunsten ihrer Untertanen oder der Untertanen dritter Mächte zu befürworten, und zwar Rußland nicht jenseit einer Linie, die von Kasri über Chirin nach Ispahan, Jesdi und Kakk geht und bei dem Schnittpunkte der Grenzen Persiens, Rußlands und Afghanistans endet, und Großbritannien nicht jenseit einer Linie, die von der afghanistanischen Grenze beginnt, über Ghasik, Birdzand und Kerman geht und in Bender-Abbas endigt. Die vertragschließenden Teile werden keinen Einspruch dagegen erheben, daß ihren respektiven Untertanen in den zwischen den genannten Linien liegenden Gebieten Konzessionen erteilt werden. ... Wegen Afghanistan erklärt die englische Regierung, nicht die Absicht zu haben, die politischen Verhältnisse dieses Landes zu ändern; sie werde ihren Einfluß nur in friedlichem Sinne geltend machen und Afghanistan nicht zu Maßregeln ermutigen, die für Rußland bedrohlich wären, und verpflichtet sich ebenso, keinen Teil Afghanistans an sich zu reißen oder zu besetzen oder sich in seine innere Verwaltung einzumischen. Die kaiserlich russische Regierung erklärt, daß sie Afghanistan als außerhalb ihrer Einflußsphäre befindlich anerkenne. Beide Regierungen erklären, in Afghanistan den Grundsatz der Behandlungsgleichheit in bezug auf den Handel anzuerkennen; in Tibet erkennen beide Regierungen die souveränen Rechte Chinas über Tibet an und verpflichten sich, seine territoriale Integrität zu respektieren, sich jeder Einmischung in seine innere Verwaltung zu enthalten, sowie keine diplomatischen Vertreter nach Lhassa zu entsenden .....

3. Quelle: Brief des englischen Ministers Grey an den französischen Botschafter Cambon vom 22. November 1912.

Fundort: Englisches Blaubuch. Anlage 1 zu Nr. 105.

... Sie haben auseinandergesetzt, daß es, im Falle eine der beiden Regierungen dringenden Anlaß hätte, einen unprovozierten Angriff einer dritten Macht zu erwarten, wesentlich sein könnte, zu wissen, ob sie sich in diesem Falle auf die bewaffnete Hilfe der anderen verlassen könne. Ich bin einverstanden, daß, wenn eine der beiden Regierungen dringenden Anlaß hätte, einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht zu erwarten, oder etwas, was den allgemeinen Frieden bedrohen würde, sie sofort mit der anderen in eine Erörterung eintreten soll, ob beide Regierungen gemeinsam handeln sollen, um den Angriff zu verhüten und den Frieden zu bewahren, und wenn ja, was für gemeinsame Maßnahmen sie ergreifen sollen. Falls diese Maßnahmen eine Aktion einbegreifen, so sollen die Pläne der Generalstäbe augenblicklich in Betracht gezogen werden, und die Regierungen werden dann darüber entscheiden, wie weit sie in Wirksamkeit treten sollen .....

VI.

Der Weltkrieg.

107.

Der Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Rußland.

1. August 1914.

1. Quelle: Amtliche Mitteilung über die Vorgeschichte des Kriegszustandes[1]).

Fundort: Kriegsdepeschen aus ruhmreicher Zeit. Nach amtlichen Berichten des Wolffschen Telegraphen-Bureaus. Berlin o. J.[2]) Bd. 1. S. 18—27.

Seit Jahren hat Österreich-Ungarn gegen Bestrebungen zu kämpfen, die mit verbrecherischen Mitteln unter Duldung und Förderung der serbischen Regierung auf die Revolutionierung und Loßreißung der südöstlichen Landesteile Österreich-Ungarns hinarbeiten. Die Gewinnung dieser Gebiete ist ein unverhülltes Ziel der serbischen Politik. Diese glaubt dabei auf den Rückhalt Rußlands rechnen zu können, in dem Gedanken, daß es Rußlands Aufgabe sei, den südslawischen Völkern seinen Schutz zu leihen. Diesem Gedanken ist durch Rußlands Bemühungen, einen Bund der Balkanstaaten zustande zu bringen, Nahrung gegeben worden. Die großserbische Propaganda ist schließlich in der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers und seiner Gemahlin grell hervorgetreten.

Die österreichisch-ungarische Monarchie entschloß sich, diesem gegen ihren Bestand als Großmacht gerichteten verbrecherischen Treiben ein Ende zu machen. Es mußte sich dabei ergeben, ob Rußland tatsächlich die Rolle des Beschützers der Südslawen bei ihren auf Zertrümmerung des Bestandes der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichteten Bestrebungen durchzuführen willens war. In diesem Falle kam ein Lebensinteresse Deutschlands in Frage: der ungeschwächte Bestand der uns verbündeten Monarchie, dessen wir zur Erhaltung unserer eigenen Großmachtstellung inmitten der Gegner von Ost und West bedürfen.

Deutschland hat sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß die Auseinandersetzung mit Serbien eine Angelegenheit sei, die nur Österreich-Ungarn und Serbien angehe. Unter Wahrung dieses Standpunktes haben wir mit der größten Hingabe an allen Bemühungen teilgenommen, die auf Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet waren. Österreich-Ungarn gab hierzu die Handhabe, indem es den Mächten wiederholt erklärte, daß es auf keine Eroberungen ausgehe und den territorialen Bestand Serbiens nicht antasten wolle. Diese Erklärungen sind namentlich in Petersburg mit Nachdruck zur Kenntnis gebracht worden. Unserem Bundesgenossen haben wir geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen. Insbesondere haben wir allen englischen, auf Vermittlung zwischen Wien und Petersburg hinzielenden Schritten hilfreiche Hand geliehen.

Bereits am 26. Juli lagen zuverlässige Meldungen über russische Rüstungen vor. Sie veranlaßten die deutsche Regierung, am gleichen Tage unter erneuter Betonung, daß Österreich-Ungarn den Bestand Serbiens nicht antasten wolle, zu

---

[1]) Die nachstehende amtliche Mitteilung erging am 31. Juli 1914. Sie sollte die Notwendigkeit der an diesem Tage erfolgten Erklärung des Kriegszustandes nachweisen.

[2]) Weiterhin kurz „Kriegsdepeschen" bezeichnet.

erklären: Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands müßten uns zu Gegenmaßregeln zwingen. Diese müßten in der Mobilisierung der Armee bestehen. Die Mobilisierung aber bedeute den Krieg. Wir könnten nicht annehmen, daß Rußland einen europäischen Krieg entfesseln wolle. Am nächsten Tage erklärte der russische Kriegsminister unserem Militärattaché, es sei noch keine Mobilmachungsorder ergangen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen. Es würden lediglich vorbereitende Maßregeln getroffen. Wenn Österreich-Ungarn die serbische Grenze überschreite, würden die auf Österreich-Ungarn gerichteten Militärbezirke mobilisiert, unter keinen Umständen die an der deutschen Front liegenden. Jedoch ließen zuverlässige Nachrichten schon in den nächsten Tagen keinen Zweifel, daß auch an der deutschen Grenze die militärischen Vorbereitungen Rußlands in vollem Gange waren. Die Meldungen hierüber häuften sich. Trotzdem wurden noch am 29. von dem russischen Generalstabschef unserem Militärattaché erneut beruhigende Erklärungen gegeben, die die Mitteilungen des Kriegsministers als noch voll zu Recht bestehend bezeichneten.

Am 29. Juli ging ein Telegramm des Zaren an den Kaiser ein, in welchem er die inständige Bitte aussprach, der Kaiser möge ihm in diesem so ernsten Augenblick helfen. Er bitte ihn, um dem Unglück eines europäischen Krieges vorzubeugen, alles ihm Mögliche zu tun, um den Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen. Am selben Tage erwiderte der Kaiser in einem längeren Telegramm, daß er die Aufgabe des Vermittlers auf den Appell an seine Freundschaft und Hilfe bereitwillig übernommen habe. Dementsprechend wurde sofort eine diplomatische Aktion in Wien eingeleitet. Während diese im Gange war, lief die offizielle Nachricht ein, daß Rußland gegen Österreich-Ungarn mobil machte. Hierauf wies der Kaiser sofort den Zaren in einem weiteren Telegramm darauf hin, daß durch die russische Mobilisierung gegen Österreich-Ungarn seine auf Bitten des Zaren übernommene Vermittlerrolle gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht würde. Trotzdem wurde die in Wien eingeleitete Aktion fortgesetzt, wobei von England gemachte, in ähnlicher Richtung sich bewegende Vorschläge von der deutschen Regierung warm unterstützt wurden.

Über diese Vermittlungsvorschläge sollte heute in Wien die Entscheidung fallen. Noch bevor sie fiel, erhielt die deutsche Regierung die offizielle Nachricht, daß der Mobilmachungsbefehl für die gesamte russische Armee und Flotte ergangen sei. Darauf richtete der Kaiser ein letztes Telegramm an den Zaren, indem er hervorhob, daß die Verantwortung für die Sicherheit des Reiches ihn zu defensiven Maßregeln zwinge. Er sei mit seinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht er trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der Welt drohe. Er habe die Freundschaft für den Zaren und das russische Reich stets treu gehalten. Der Friede Europas könne noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland aufhöre, Deutschland und Österreich-Ungarn zu bedrohen.

Während also die deutsche Regierung auf Ersuchen Rußlands vermittelte, machte Rußland seine gesamten Streitkräfte mobil und bedrohte damit die Sicherheit des Deutschen Reiches, von dem bis zu dieser Stunde noch keinerlei außergewöhnliche militärische Maßregeln ergriffen waren.

So ist, nicht von Deutschland herbeigerufen, vielmehr wider den durch die Tat bewährten Willen Deutschlands, der Augenblick gekommen, der die Wehrmacht Deutschlands auf den Plan ruft.

2. Quelle: Denkschrift des deutschen Weißbuches vom 4. August 1914[1]).

Nach Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilisation in Berlin erhielt am Nachmittag des 31. Juli der Kaiserliche Botschafter in Petersburg den Befehl, der russischen Regierung zu eröffnen, Deutschland habe als Gegenmaßregel gegen die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee und Flotte den Kriegszustand verkündet, dem die Mobilisation folgen müsse, wenn Rußland nicht binnen 12 Stunden seine militärischen Maßnahmen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einstelle und Deutschland davon in Kenntnis setze . . . . .

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hat die ihm aufgetragene Mitteilung an Herrn Sasonow[2]) am 31. Juli um 12 Uhr nachts gemacht.

Eine Antwort der russischen Regierung hierauf hat uns nie erreicht.

Zwei Stunden nach Ablauf der in dieser Miteilung gestellten Frist hat der Zar an Seine Majestät den Kaiser telegraphiert:

„Ich habe Dein Telegramm erhalten. Ich verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen; aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, daß diese Maßnahmen nicht Krieg bedeuten und daß wir fortfahren werden, zu verhandeln, zum Heile unserer beiden Länder und des allgemeinen Friedens, der unseren Herzen so teuer ist. Unserer langbewährten Freundschaft muß es mit Gottes Hilfe gelingen, Blutvergießen zu verhindern. Dringend erwarte ich voll Vertrauen Deine Antwort."

Hierauf hat Seine Majestät der Kaiser geantwortet:

„Ich danke Dir für Dein Telegramm; ich habe Deiner Regierung gestern den Weg angegeben, durch den allein noch der Krieg vermieden werden kann. Obwohl ich um eine Antwort für heute mittag ersucht hatte, hat mich bis jetzt noch kein Telegramm meines Botschafters mit einer Antwort Deiner Regierung erreicht. Ich bin daher gezwungen worden, meine Armee zu mobilisieren. Eine sofortige klare und unmißverständliche Antwort Deiner Regierung ist der einzige Weg, um endloses Elend zu vermeiden. Bis ich diese Antwort erhalten habe, bin ich zu meiner Betrübnis nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegramms einzugehen. Ich muß auf das ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen."

Da die Rußland gestellte Frist verstrichen war, ohne daß eine Antwort auf unsere Anfrage eingegangen wäre, hat Seine Majestät der Kaiser und König am 1. August um 5 Uhr nachmittags die Mobilmachung des gesamten deutschen Heeres und der Kaiserlichen Marine befohlen. Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hatte inzwischen den Auftrag erhalten, falls die russische Regierung innerhalb der ihr gestellten Frist keine befriedigende Antwort erteilen würde, ihr zu erklären, daß wir nach Ablehnung unserer Forderung uns als im Kriegszustand befindlich betrachten[3]). Ehe jedoch eine Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen, und zwar schon am Nachmittag des 1. August, also desselben Nachmittages, an dem das eben erwähnte Telegramm des Zaren abgesandt war, unsere Grenze und rückten auf deutschem Gebiet vor.

Hiermit hat Rußland den Krieg gegen uns begonnen.

---

[1]) Am 4. August 1914 ging dem Reichstag ein Weißbuch (so genannt nach der Farbe des Umschlages) zu, das eine vorläufige Denkschrift, sowie Aktenstücke zum Ausbruche des Krieges enthielt. — [2]) Russischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten. — [3]) Vgl. 3. Quelle.

3. Quelle: Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg vom 1. August 1914.

Fundort: Deutsches Weißbuch. Anlage 23.

Falls die russische Regierung keine befriedigende Antwort auf unsere Forderung erteilt, so wollen Eure Exzellenz ihr heute nachmittag 5 Uhr (mitteleuropäische Zeit) folgende Erklärung überreichen:

Le Gouvernement Impérial s'est efforcé dès les débuts de la crise de la mener à une solution pacifique. Se rendant à un désir qui lui en avait été exprimé par Sa Majesté l'Empereur de Russie, Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne d'accord avec l'Angleterre était appliqué à accomplir un rôle médiateur auprès des Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg, lorsque la Russie, sans en attendre le résultat, procéda à la mobilisation de la totalité de ses forces de terre et de mer.

A la suite de cette mesure menaçante motivée par aucun préparatif militaire de la part de l'Allemagne, l'Empire Allemand se trouva vis-à-vis d'un danger grave et imminent. Si le Gouvernement Impérial eût manqué de parer à ce péril il aurait compromis la sécurité et l'existence même de l'Allemagne. Par conséquent le Gouvernement Allemand se vit forcé de s'adresser au Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies en sistant sur la cessation des dits actes militaires. La Russie ayant refusé de faire droit à cette demande et ayant manifesté par ce refus, que son action était dirigée contre l'Allemagne, j'ai l'honneur d'ordre de mon Gouvernement de faire savoir à Votre Excellence ce qui suit:

Sa Majesté l'Empereur, mon auguste Souverain, au nom de l'Empire relève le défi et Se considère en état de guerre avec la Russie.

Bitte Eingang und Zeitpunkt der Ausführung dieser Instruktion nach russischer Zeit dringend drahten.

Bitte Ihre Pässe fordern und Schutz und Geschäfte amerikanischer Botschaft übergeben.

108.

Der Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich.

4. August 1914.

1. Quelle: Dringendes Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris vom 31. Juli 1914.

Fundort: Deutsches Weißbuch. Anlage 22.

Rußland hat trotz unserer noch schwebenden Vermittlungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben, Mobilmachung seiner gesamten Armee und Flotte, also auch gegen uns, verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilmachung folgen muß, falls nicht Rußland binnen 12 Stunden alle Kriegsmaßnahmen gegen uns und Österreich einstelle. Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg. Bitte französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will. Antwort muß binnen 18 Stunden erfolgen. Sofort Stunde der gestellten Anfrage drahten. Größte Eile geboten.

2. Quelle: Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Paris an den Reichskanzler vom 1. August 1914, 1 Uhr 5 Min. nachm.

Fundort: Deutsches Weißbuch. Anlage 24.

Auf meine wiederholte bestimmte Frage, ob Frankreich im Falle eines russisch-deutschen Krieges neutral bleibe, erklärte der Ministerpräsident mir, daß Frankreich das tun werde, was seine Interessen ihm geböten.

3. Quelle: Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris vom 3. August 1914, 1 Uhr 5 Min. nachm.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 36.

Deutsche Truppen hatten bis jetzt Befehl, die französische Grenze strengstens zu respektieren und hatten diesen überall strikt befolgt. Dagegen haben trotz Zusicherung der Zehnkilometerzone[1]) französische Truppen schon gestern die deutsche Grenze bei Altmünstertal und auf der Gebirgsstraße in Vogesen überschritten und stehen noch auf deutschem Gebiet. Ein französischer Flieger, der belgisches Gebiet überflogen haben muß, wurde bei dem Versuch, die Eisenbahn bei Wesel zu zerstören, schon gestern herabgeschossen. Mehrere andere französische Flugzeuge sind gestern über dem Eifelgebiet zweifelsfrei festgestellt. Auch diese müssen belgisches Gebiet überflogen haben. Gestern warfen französische Flieger Bomben auf Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg. Frankreich hat uns somit in Kriegszustand versetzt. Bitte Eure Exzellenz Vorstehendes heute nachmittag 6 Uhr der dortigen Regierung mitzuteilen, Ihre Pässe zu fordern und nach Übergabe der Geschäfte an die amerikanische Botschaft abzureisen.

109.

Deutschland und Belgien.

Quelle: Telegramm des Staatssekretärs der Auswärtigen Angelegenheiten an den deutschen Gesandten in Brüssel vom 2. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 38 und 39.

Der Kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maasstrecke Givet—Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen.

Die Kaiserliche Regierung kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Belgien trotz besten Willens nicht imstande sein wird, ohne Hilfe einen französischen Vormarsch mit so großer Aussicht auf Erfolg abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands gefunden werden kann. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für Deutschland, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen. Mit dem größten Bedauern würde es daher die deutsche Regierung erfüllen, wenn Belgien einen Akt der Feindseligkeiten gegen sich darin erblicken würde, daß die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten. Um jede Mißdeutung auszuschließen, erklärt die Kaiserliche Regierung das Folgende:

---

[1]) Die französische Regierung hatte die Innehaltung einer unbesetzten Zone von 10 km zugesagt.

1. Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege Deutschland gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, beim Friedensschluß Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreiches im vollen Umfang zu garantieren.

2. Deutschland verpflichtet sich unter obiger Voraussetzung, das Gebiet des Königreiches wieder zu räumen, sobald der Friede geschlossen ist.

3. Bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens ist Deutschland bereit, im Einvernehmen mit den königlich belgischen Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte.

Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegentreten, insbesondere ihrem Vorgehen durch Widerstand der Maasbefestigungen oder durch Zerstörungen von Eisenbahnen, Straßen, Tunneln oder sonstigen Kunstbauten Schwierigkeiten bereiten, so wird Deutschland zu seinem Bedauern gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten. In diesem Falle würde Deutschland dem Königreich gegenüber keine Verpflichtungen übernehmen können, sondern müßte die spätere Regelung des Verhältnisses beider Staaten zueinander der Entscheidung der Waffen überlassen.

Die Kaiserliche Regierung gibt sich der bestimmten Hoffnung hin, daß diese Eventualität nicht eintreten und daß die Königliche belgische Regierung die geeigneten Maßnahmen zu treffen wissen wird, um zu verhindern, daß Vorkommnisse, wie die vorstehend erwähnten, sich ereignen. In diesem Falle würden die freundschaftlichen Bande, die beide Nachbarstaaten verbinden, eine weitere und dauernde Festigung erfahren.

Euer Hochwohlgeboren wollen heute abend 8 Uhr der Königlich belgischen Regierung hiervon streng vertraulich Mitteilung machen und sie um Erteilung einer unzweideutigen Antwort binnen 12 Stunden, also bis morgen früh 8 Uhr ersuchen. Von der Aufnahme, welche Ihre Eröffnungen dort finden werden, und der definitiven Antwort der Königlich belgischen Regierung wollen Euer Hochwohlgeboren mir umgehend telegraphische Meldung zugehen lassen.

gez. Jagow.

110.

Das Verhalten Italiens.

Quelle: Telegramm des Königs von Italien an Kaiser Franz Joseph vom 2. August 1914.

Fundort: Kriegs-Rundschau. S. 743 und 744.

Ich habe das Telegramm Eurer Majestät erhalten. Ich brauche nicht zu versichern, daß Italien, welches alle nur möglichen Anstrengungen unternommen hat, um die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern, und alles, was in seiner Macht liegt, tun wird, um möglichst bald an einer Wiederherstellung des Friedens mitzuhelfen, gegenüber seinen Verbündeten eine herzlich freundschaftliche Haltung bewahren wird entsprechend dem Dreibundvertrage und seinen aufrichtigen Gefühlen und den großen Interessen, die es wahren muß.

111.

Der Kaiser und das deutsche Volk.

1. Quelle: Die Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 4. August 1914[1]).

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 19—21.

Geehrte Herren! In schicksalsschwerer Stunde habe ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um mich versammelt. Fast ein halbes Jahrhundert lang konnten wir auf dem Wege des Friedens verharren. Versuche, Deutschland kriegerische Neigungen anzudichten und seine Stellung in der Welt einzuengen, haben unseres Volkes Geduld oft auf harte Proben gestellt. In unbeirrbarer Redlichkeit hat meine Regierung auch unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt. Die Welt ist Zeuge gewesen, wie unermüdlich wir in dem Drang und den Wirren der letzten Jahre in erster Reihe standen, um den Völkern Europas einen Krieg zwischen Großmächten zu ersparen.

Die schwersten Gefahren, die durch die Ereignisse am Balkan heraufbeschworen waren, schienen überwunden. Da tat sich mit der Ermordung meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf. Mein hoher Verbündeter, der Kaiser und König Franz Joseph, war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um die Sicherheit seines Reiches gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. Bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen ist der verbündeten Monarchie das russische Reich in den Weg getreten. An die Seite Österreich-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht. Uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen.

Mit schwerem Herzen habe ich meine Armee gegen einen Nachbar mobilisieren müssen, mit dem sie auf so vielen Schlachtfeldern gemeinsam gefochten hat. Mit aufrichtigem Leid sah ich eine von Deutschland treu bewahrte Freundschaft zerbrechen. Die Kaiserlich russische Regierung hat sich, dem Drängen eines unersättlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge das Unheil dieses Krieges veranlaßte. Daß auch Frankreich sich auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, konnte uns nicht überraschen. Zu oft sind unsere Bemühungen, mit der französischen Republik zu freundlicheren Beziehungen zu gelangen, auf alte Hoffnungen und alten Groll gestoßen.

Geehrte Herren! Was menschliche Einsicht und Kraft vermag, um ein Volk für die letzten Entscheidungen zu wappnen, das ist mit Ihrer patriotischen Hilfe geschehen. Die Feindseligkeiten, die im Osten und im Westen seit langer Zeit um sich gegriffen hat, ist nun zu hellen Flammen aufgelodert. Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reiches.

Uns treibt nicht Eroberungslust; uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.

---

[1]) Die Eröffnung des Reichstages erfolgte im Weißen Saale des Königl. Schlosses zu Berlin durch den Kaiser, der dabei die nachfolgende Thronrede verlas.

Aus den Schriftstücken, die Ihnen zugegangen sind, werden Sie ersehen, wie meine Regierung und vor allem mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Äußerste abzuwenden. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert.

An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, mit gesamter Kraft, in brüderlichem Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Nach dem Beispiel unserer Väter fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle!

Auf Sie, geehrte Herren, blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell — das ist mein inniger Wunsch.

Nach Verlesung der Thronrede, die mit lautem und sich immer wiederholendem Beifall, stürmischen Hochrufen und großer Begeisterung aufgenommen wurde, ergriff der Kaiser nochmals das Wort und sagte: Sie haben gelesen, meine Herren, was ich zu meinem Volke vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe.

Ich wiederhole: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche, und zum Zeugen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede zusammenzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.

Hierauf traten die einzelnen Parteiführer an den kaiserlichen Herrn heran und gelobten ihm durch Handschlag ihre Treue. Unter begeisterten Ovationen verließ der Kaiser sodann den Weißen Saal.

2. Quelle: Aufruf an das deutsche Volk.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 33.

Seit der Reichsgründung ist es durch 43 Jahre mein und meiner Vorfahren heißes Bemühen gewesen, der Welt den Frieden zu erhalten und im Frieden unsere kraftvolle Entwicklung zu fördern. Aber die Gegner neiden uns den Erfolg unserer Arbeit.

Alle offenkundige und heimliche Feindschaft von Ost und West, von jenseit der See haben wir bisher ertragen im Bewußtsein unserer Verantwortung und Kraft. Nun aber will man uns demütigen. Man verlangt, daß wir mit verschränkten Armen zusehen, wie unsere Feinde sich zu tückischem Überfall rüsten; man will nicht dulden, daß wir in entschlossener Treue zu unserem Bundesgenossen stehen, der um sein Ansehen als Großmacht kämpft und mit dessen Erniedrigung auch unsere Macht und Ehre verloren ist.

So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Darum auf zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande.

Um Sein oder Nichtsein unseres Reiches handelt es sich, das unsere Väter sich neu gründeten. Um Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens.

Wir werden uns wehren bis zum letzten Hauch von Mann und Roß. Und wir werden diesen Kampf bestehen auch gegen eine Welt von Feinden. Noch nie ward Deutschland überwunden, wenn es einig war.

Vorwärts mit Gott, der mit uns sein wird, wie er mit den Vätern war!

Berlin den 6. August 1914. Wilhelm.

112.

Deutschlands gerechte Sache.

Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg am 4. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 21—24.

Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Da wir für unser Deutsches Reich das Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jahre lang in Frieden gelebt und den Frieden Europas beschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir stark und mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie unter dem Vorwande, daß Deutschland kriegslüstern sei, in Ost und West Feindschaften genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesät wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: „Nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen." Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen, gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Rußland hat die Brandfackel an das Haus gelegt. Wir stehen in einem gezwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich. Meine Herren! Eine Reihe von Schriftstücken, zusammengestellt in dem Drange der sich überstürzenden Ereignisse, ist Ihnen zugegangen[1]). Lassen Sie mich die Tatsachen herausheben, die unsere Haltung kennzeichnen. Vom ersten Augenblick des österreichischen Konflikts an strebten wir, wirkten wir dahin, daß dieser Handel auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben müsse. Alle Kabinette, insonderheit auch Englands, vertreten denselben Standpunkt; nur Rußland erklärt, daß es bei der Austragung dieses Konfliktes mitreden müsse. Damit erhebt die Gefahr europäischer Verwicklungen ihr drohendes Haupt. Sobald die ersten bestimmten Nachrichten über militärische Rüstungen in Rußland zu uns dringen, lassen wir in Petersburg freundschaftlich, aber nachdrücklich erklären, daß kriegerische Maßnahmen und militärische Vorbereitungen gegen uns selbst uns zu Gegenmaßregeln zwingen würden. Mobilmachung aber sei nahe dem Kriege. Rußland beteuert uns in freundlicher Weise, daß es keine militärischen Vorbereitungen gegen uns treffe. Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, wobei es von uns warm unterstützt wird. Am 28. Juli bittet der Kaiser telegraphisch den Zaren, er möge bedenken, daß Österreich-Ungarn das Recht und die Pflicht habe, sich gegen die großserbischen Umtriebe zu wehren, die seine Existenz zu unterhöhlen drohten! Der Kaiser weist den Zaren auf die solidarischen monarchischen Interessen gegenüber der Freveltat von Serajewo hin. Er bittet ihn, ihn persönlich zu unterstützen, um den Gegensatz zwischen Wien und Petersburg auszugleichen. Ungefähr zu derselben Stunde, als dies Telegramm empfangen wurde, bittet der Zar seinerseits den Kaiser um seine Hilfe, er möge doch in Wien zur Mäßigung raten. Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle; aber kaum ist die von ihm angeordnete Aktion im Gange, so mobilisiert Rußland alle seine Streitkräfte gegen Österreich-Ungarn. Österreich-Ungarn selbst hatte aber nur seine Armeekorps, die unmittelbar gegen Serbien gerichtet waren, mobilisiert und im Norden nur zwei Armeekorps und fern von der russischen Grenze. Der Kaiser weist sofort den Zaren

[1]) Das Weißbuch (vgl. S. 183. Anm. 1).

darauf hin, daß diese Mobilisierung seiner Streitkräfte gegen Österreich-Ungarn die Vermittlerrolle, die er auf Bitten des Zaren übernommen, erschwere, wenn nicht unmöglich mache. Trotzdem setzten wir in Wien unsere Vermittleraktion fort, und zwar in Formen, welche bis ans Äußerste dessen gehen, was mit unserem Bundesverhältnis verträglich ist. Während dieser Zeit erneuerte Rußland spontan seine Versicherung, daß es gegen uns keine militärischen Vorbereitungen treffe. Es kommt der 31. Juli. In Wien soll die Entscheidung fallen. Wir haben es bereits mit unseren Vorstellungen erreicht, daß Wien den eine Zeitlang nicht mehr im Gange befindlichen direkten Verkehr, die Aussprache mit Petersburg, wieder aufgenommen hat. Aber noch bevor das letzte Wort in Wien fällt, kommt die Nachricht, daß Rußland seine gesamte Wehrmacht, also auch gegen uns, mobil gemacht hat. Die russische Regierung, die auf unsere wiederholten Vorstellungen wußte, was die Mobilmachung an unserer Grenze bedeutet, notifiziert uns diese Mobilmachung nicht, gibt uns zu ihr auch keinerlei erklärenden Aufschluß. Erst am Nachmittage des 31. Juli trifft ein Telegramm des Zaren beim Kaiser ein, indem er sich dafür verbürgt, daß seine Armee keine provokatorische Haltung gegen uns einnehme. Aber die Mobilmachung an der russischen Grenze gegen uns war schon in der Nacht vom 30. zum 31. Juli in vollem Gange. Während wir auf russische Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze, und Frankreich mobilisiert zwar noch nicht, aber trifft doch, wie es zugibt, militärische Vorbereitungen.

Und wir? Wir hatten absichtlich bis dahin (der Reichskanzler schlägt bei den folgenden Worten wiederholt auf das Pult und spricht in großer Erregung weiter) keinen Reservemann einberufen, dem europäischen Frieden zuliebe. Sollten wir jetzt weiter in Geduld warten, bis etwa die Mächte, zwischen denen wir eingekeilt sind, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählen? Dieser Gefahr Deutschland auszusetzen, wäre ein Verbrechen gewesen. Darum forderten wir noch am 31. Juli von Rußland die Demobilisierung als einzige Maßregel, welche noch den europäischen Frieden retten konnte. Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg erhält ferner den Auftrag, der russischen Regierung zu erklären, daß wir im Falle der Ablehnung unserer Forderung den Kriegszustand als eingetreten betrachten müßten. Der Kaiserliche Botschafter hat diesen Auftrag ausgeführt. Was Rußland auf unsere Forderung der Demobilisierung geantwortet hat, wissen wir bis heute noch nicht. Telegraphische Meldungen darüber sind nicht bis an uns gelangt, obwohl der Telegraph weit unwichtigere Meldungen noch übermittelte. So sah sich, als die gestellte Frist längst verstrichen war, der Kaiser am 1. August nachmittags 5 Uhr, genötigt, unsere Wehrmacht mobil zu machen. Zugleich mußten wir uns versichern, wie sich Frankreich stellen würde. Auf unsere bestimmte Frage, ob es sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral halten würde, hat uns Frankreich geantwortet, es werde tun, was seine Interessen geböten. Das war ein Ausweichen, wenn nicht eine Verneinung unserer Anfrage. Trotzdem gab der Kaiser den Befehl, daß die französische Grenze unbedingt zu respektieren sei. Dieser Befehl wurde streng befolgt bis auf eine einzige Ausnahme. Frankreich, das zu derselben Stunde wie wir mobil machte, erklärte, daß es eine Zone von zehn Kilometer an der Grenze respektieren würde. Und was geschah in Wirklichkeit? Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, in das reichsländische Gebiet eingebrochene Kompagnien; damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, unser Staatsgebiet angegriffen . . . . .

Wir sind jetzt in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot. Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht auch schon belgisches Gebiet betreten müssen. Das widerspricht dem Gebot des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange sie der Gegner respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten; wir aber nicht, und ein französischer Einfall in unsere Lande am Unterrhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über die Proteste der luxemburgischen und belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer wie wir um das Höchste kämpft, mag nur daran denken, wie er sich durchhaut.

Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn.

Was England anbetrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey abgegeben hat, den Standpunkt dargestellt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, sobald sich England neutral hält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird und dafür die territoriale Integrität und Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten wird. Diese Erklärung wiederhole ich hiermit vor aller Welt, und ich kann hinzusetzen, daß, sobald England neutral bleibt, wir auch bereit sind, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindliche Operation gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen.

Meine Herren, soweit die Vorgänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers: „Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf." Jetzt geht es um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um unsere große Vergangenheit und um unsere Zukunft. Vierzig Jahre sind vergangen, daß Moltke sprach, daß wir größer dastehen müssen, um die Früchte von 1870 zu verteidigen. Jetzt hat die große Stunde der Erhebung für unser Volk geschlagen. Aber mit heller Zuversicht ziehen wir ihr entgegen. Unsere Armee steht im Felde; unsere Flotte ist kampfbereit; hinter ihr das ganze deutsche Volk. Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr; ich bitte um ihre schleunige Erledigung.

113.

Die Vertretung des deutschen Volkes und der Krieg.

4. August 1914.

Quelle: Bericht über die zweite Sitzung des Reichstages am 4. August 1914.

Fundort: Hannoverscher Courier vom 5. August 1914 (morgens). Nr. 31268.

Am Bundesratstische der Reichskanzler, die Minister und die Bevollmächtigten des Bundesrates.

Präsident Dr Kaempf eröffnet um 5,15 Uhr die Sitzung und weist darauf hin, daß manche Mitglieder des Hauses sich entschuldigen lassen, weil sie bereits zu den Fahnen geeilt sind und Berlin nicht mehr rechtzeitig erreichen konnten.

Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Kriegsvorlagen. An erster Stelle ein Antrag, der den Reichskanzler ermächtigt, zur Bestreitung der Kriegsbedürfnisse 5 Milliarden Mark aus Krediten flüssig zu machen und aus dem Gold- und Silberbestande des Reiches 300 Millionen . . . . .

Präsident Dr Kaempf: Ich schlage vor, die erste Lesung der sämtlichen Gesetzentwürfe zu verbinden. (Lebhafter Beifall.) Als einziger Redner zu der Lesung der sämtlichen Vorlagen nimmt

Abg. Haase (Soz.) das Wort: Im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

... Wir stehen vor der ehernen Tatsache des Krieges. Es handelt sich hier nicht darum, sich für oder gegen den Krieg zu entscheiden, sondern über die Frage der Aufbringung der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Aber wir haben auch zu denken an die Millionen von Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges aufs schwerste getroffen. Unsere Wünsche begleiten die zu den Waffen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. (Lebhafter Beifall.) Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihrer Ernährer beraubt sind. Unsere Frauen und Kinder sehen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zudem werden sich bald Tausende Verwundete und verstümmelte Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als eine dringende Pflicht. (Lebhafter Beifall.) Für unser Volk, seine freiheitliche Zukunft, steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten im eigenen Volke befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiele. (Stürmischer Beifall.) Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und Unabhängigkeit unseres Landes zu schützen. (Lebhafter Beifall.) Darum machen wir wahr, was wir immer betont haben; wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! (Lebhafte Beifallskundgebungen.) — Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat. Wir werden in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht ... Von diesem Grundsatz geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr Kaempf: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die erste Lesung. Kommissionsberatung ist nicht beantragt. Wir kommen also gleich zur zweiten Lesung, zu der keine Wortmeldung vorliegt. Ich schließe also die zweite Lesung.

Abg. Dr Spahn (Ztr.) zur Geschäftsordnung: Nachdem sämtliche Gesetzentwürfe in zweiter Lesung angenommen sind, und zwar ohne Abänderung, auch ohne Wortmeldungen, glaube ich, dem Hause vorschlagen zu sollen, sofort in die dritte Lesung einzutreten. (Beifall.) Ich schlage vor, die Generaldebatte und die Spezialdebatte über sämtliche Gesetzentwürfe zu verbinden. Wenn Widerspruch nicht erhoben wird, Wortmeldungen nicht eintreten, beantrage ich, sämtliche Entwürfe in einer Abstimmung en bloc anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr Paasche: Meine Herren, Sie haben den Antrag gehört, die drei Lesungen sofort vorzunehmen. Das kann nur geschehen, wenn kein Widerspruch aus dem Hause erfolgt. Das ist nicht der Fall. Wir treten in die dritte Beratung ein; wenn auch über die ferneren Anträge kein Widerspruch erhoben wird, können wir so verfahren, wie vorgeschlagen ist. Ich bitte, daß diejenigen,

die alle die vorhin verlesenen Gesetzentwürfe en bloc annehmen wollen, sich von den Plätzen erheben.

Das Haus erhebt sich einmütig. (Stürmisches, minutenlanges Beifallsklatschen im ganzen Hause, auf den Bänken des Bundesrats und auf sämtlichen Tribünen.)

Ich konstatiere die einstimmige Annahme der Vorlage. (Erneuter Beifall.)

Präsident Dr Kaempf: Unsere Tagesordnung ist erledigt und damit unsere Arbeit beendet. Sie haben mit der Schnelligkeit, die der Ernst der Lage erfordert, die Gesetze, die dazu bestimmt sind, für den Krieg und für das wirtschaftliche Leben während des Krieges die nötigen Sicherungen zu schaffen, erledigt. Viele von unseren Kollegen ziehen mit hinaus in den Kampf um die Ehre des Vaterlandes. Unter uns ist keiner, der nicht von einem oder mehreren seiner oder anderer Familienangehörigen Abschied nehmen muß. Unsere wärmsten und innigsten Segenswünsche begleiten sie alle auf dem Wege zu dem schweren, aber ehrenvollen heißen Kampf. (Beifall.) Unsere Segenswünsche begleiten unser ganzes Heer und unsere ganze Marine. (Beifall.) Wir sind des felsenfesten Vertrauens, daß die Schlachtfelder, die mit dem Blut unserer Helden getränkt werden, eine Saat hervorbringen werden, die dazu berufen ist, eine Frucht zu tragen, so schön, wie wir sie nur denken können, die Frucht neuer Blüte, neuer Wohltaten, neuer Macht des deutschen Vaterlandes. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause und auf den Tribünen.)

Reichskanzler von Bethmann Hollweg: Meine Herren! Am Schlusse dieser schweren, aber ernsten Tagung ein kurzes Wort: Nicht das Gewicht dieser Beschlüsse gibt dieser Tagung ihre Bedeutung, sondern der Geist, aus dem heraus sie gefaßt sind. Der Geist der Einheit Deutschlands, des unbedingten rückhaltlosen gegenseitigen Vertrauens auf Leben und Tod (stürmischer Beifall), was uns auch beschieden sein mag. Der 4. August 1914 wird bis in alle Ewigkeit hinein einer der größten Tage in der deutschen Geschichte sein. (Stürmischer Beifall.) Se. Majestät der Kaiser und seine hohen Verbündeten haben mir den Auftrag gegeben, dem Reichstage zu danken.

114.

Englands Kriegserklärung.

4. August 1914.

Quelle: Amtliche Mitteilung vom 5. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 32.

Gestern nachmittag kurz nach der Rede des Reichskanzlers, in der bereits der durch das Betreten belgischen Gebietes begangene Verstoß gegen das Völkerrecht freimütig anerkannt und der Wille des Deutschen Reiches, die Folgen wieder gutzumachen, erklärt war, erschien der großbritannische Botschafter Sir Edward Goschen im Reichstag, um dem Staatssekretär von Jagow eine Mitteilung seiner Regierung zu machen. In dieser wurde die deutsche Regierung um alsbaldige Antwort auf die Frage ersucht, ob sie die Versicherung abgeben könne, daß keine Verletzung der belgischen Neutralität stattfinden würde. Der Staatssekretär von Jagow erwiderte sofort, daß dies nicht möglich sei, und setzte nochmals die Gründe auseinander, die Deutschland zwingen, sich gegen einen Einfall einer französischen Armee durch Betreten belgischen Bodens zu sichern. Kurz nach 7 Uhr erschien der großbritannische Botschafter im Auswärtigen Amt, um den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern.

115.

Englands Schuld am Weltkrieg.

Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers am 2. Dezember 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 261—264.

Wenige Augenblicke, nachdem die Sitzung vom 4. August zu Ende gegangen war, erschien der großbritannische Botschafter, um uns ein Ultimatum Englands und bei dessen sofortiger Ablehnung die Kriegserklärung zu überbringen. Da ich mich damals zu dieser endgültigen Stellungnahme der britischen Regierung nicht äußern konnte, will ich jetzt einige Ausführungen dazu machen.

Die Verantwortung an diesem größten aller Kriege liegt für uns klar. (Sehr richtig!) Die äußere Verantwortung tragen die Männer in Rußland, die die gesamte Mobilisierung der russischen Armee betrieben und durchgesetzt haben. (Zustimmung.) Die innere Verantwortung aber liegt bei der großbritannischen Regierung. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Das Londoner Kabinett konnte den Krieg unmöglich machen, wenn es in Petersburg unzweideutig erklärte, England sei nicht gewillt, aus dem österreichisch-serbischen Konflikt einen kontinentalen Krieg der Mächte herauswachsen zu lassen. Eine solche Sprache hätte auch Frankreich gezwungen, Rußland energisch von allen Kriegsmaßregeln abzuhalten. (Zustimmung.) Dann aber gelangen unsere Vermittlungsaktionen zwischen Wien und Petersburg, und es gab keinen Krieg. England hat das nicht getan. England kannte das kriegslüsterne Treiben einer zum Teil nicht verantwortlichen, aber mächtigen Gruppe um den Zaren. (Zustimmung.) Es sah, wie das Rad ins Rollen kam; aber es fiel ihm nicht in die Speichen. (Lebhafte Zustimmung.) Trotz aller Friedensbeteuerungen gab London in Petersburg zu verstehen, England stehe auf Seite Frankreichs und damit auch Rußlands. Das zeigen klar und unwiderleglich die inzwischen erfolgten Publikationen der verschiedenen Kabinette, insonderheit das englische Blaubuch selbst, das die englische Regierung herausgegeben hat. Nun aber gab es in Petersburg kein Halten mehr. Wir besitzen darüber das gewiß unverdächtige Zeugnis des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg. Er berichtete am 30. Juli an seine Regierung: „England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir George Buchanan[1]) sprach das offen aus. Heute aber ist man in Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei die Oberhand zu verschaffen. (Hört! hört!)

Bis in den Sommer hinein haben die englischen Staatmänner ihrem Parlament versichert: Kein Vertrag, keine Abmachung binde die schrankenlose Selbstbestimmung Englands, wenn ein Krieg ausbräche. Frei könne England sich entscheiden, ob es an einem europäischen Kriege teilnehmen wolle oder nicht. Also war es keine Bündnispflicht, kein Zwang, es war auch keine Bedrohung des eigenen Landes, die die englischen Staatsmänner veranlaßte, den Krieg entstehen zu lassen und dann sofort selbst in ihn einzutreten. Dann bleibt nur noch eins übrig, daß das Londoner Kabinett diesen Weltkrieg, diesen ungeheuerlichen Weltkrieg kommen ließ, weil ihm die Gelegenheit gekommen schien, mit Hilfe seiner

[1]) Der englische Botschafter in Petersburg.

politischen Ententegenossen den Lebensnerv seines größten europäischen Konkurrenten auf dem Weltmarkte zu zerstören. (Lebhafte Zustimmung.) So trägt England mit Rußland zusammen — über Rußland habe ich mich am 4. August ausgesprochen — vor Gott und der Menschheit die Verantwortung für diese Katastrophe, die über Europa, die über die Menschheit hereingebrochen ist.

Die belgische Neutralität, die England zu schützen vorgab, ist Maske. (Zustimmung.) Am 2. August, abends 7 Uhr, teilten wir in Brüssel mit, die uns bekannten Kriegspläne Frankreichs zwängen uns, um unserer Selbsterhaltung willen durch Belgien zu marschieren. (Sehr wahr!) Aber schon am Nachmittag dieses 2. August, also bevor in London das Geringste von unserem Schritt in Brüssel bekannt war oder nur bekannt sein konnte, hatte die englische Regierung Frankreich Unterstützung zugesagt und zwar bedingungslos zugesagt für den Fall eines Angriffes der deutschen Flotte auf die französische Küste. (Hört, hört!) Von der belgischen Neutralität war dabei mit keinem Wort die Rede. (Hört, hört!) Nicht um Belgiens Neutralität willen, die es selbst mit untergraben hatte, hat uns England den Krieg erklärt, sondern weil es glaubte, zusammen mit den zwei großen Militärmächten des Festlandes unser Herr werden zu können. (Wiederholtes lebhaftes Sehr richtig!) . . . . .

Meine Herren! Als ich vor fünf Jahren auf diesen Platz berufen wurde, stand dem Dreibund festgefügt die Tripelentente[1]) gegenüber, ein Werk Englands, bestimmt, dem bekannten Grundsatz der balance of power[2]) zu dienen, das heißt ins Deutsche übertragen: der seit Jahrhunderten befolgte Grundsatz englischer Politik, sich gegen die stärkste Macht des Kontinents zu wenden, sollte in der Tripelentente sein stärkstes Werkzeug finden. Darin lag von vornherein der aggressive Charakter der Tripelentente gegenüber den rein defensiven Tendenzen des Dreibundes; darin lag der Keim zu gewaltsamer Explosion . . . Und als nun der Krieg ausgebrochen ist, läßt England jeden Schein fallen. Laut und offen erklärt es, England will kämpfen, bis Deutschland niedergerungen ist, wirtschaftlich und militärisch. Panslawistischer Deutschenhaß stimmt jubelnd zu. Frankreich hofft mit der ganzen Kraft seiner alten soldatischen Nation, die Scharte von 1870 auszuwetzen. Darauf haben wir an unsere Feinde nur die eine Antwort: Deutschland läßt sich nicht vernichten. (Lebhaftes, wiederholt sich erneuerndes Sehr richtig!) . . . Wir halten durch, bis wir Sicherheit haben, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft entfalten und entwickeln wollen — als freies Volk. (Ungeheurer, jubelnder Beifall im ganzen Hause und auf den Tribünen. Stürmisches Händeklatschen, das sich immer erneuert. Die Beifallskundgebungen dauern minutenlang.)

116.

Die Eroberung Lüttichs.

7. August 1914.

1. Quelle: Meldung des Generalquartiermeisters von Stein vom 10. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 40 und 41.

Französische Nachrichten haben unser Volk beunruhigt. Es sollen 20000 Deutsche vor Lüttich gefallen und der Platz überhaupt noch nicht in unserem Besitz

[1]) Der Dreiverband England, Rußland und Frankreich.
[2]) Das Gleichgewicht der Mächte.

sein. Durch die theatralische Verleihung des Kreuzes der Ehrenlegion an die Stadt Lüttich sollten diese Angaben bekräftigt werden. Unser Volk kann überzeugt sein, daß wir weder Mißerfolge verschweigen, noch Erfolge aufbauschen werden. Wir werden die Wahrheit sagen und haben das volle Vertrauen, daß unser Volk uns mehr als dem Feinde glauben wird, der seine Lage vor der Welt möglichst günstig hinstellen möchte.

Wir müssen aber mit unseren Nachrichten zurückhalten, solange sie unsere Pläne der Welt verraten können. Jetzt können wir ohne Nachteil über Lüttich berichten. Ein jeder wird sich selbst ein Urteil bilden können über die von den Franzosen in die Welt geschrienen 20000 Mann Verluste. Wir hatten vor vier Tagen bei Lüttich überhaupt nur schwache Kräfte; denn ein so kühnes Unternehmen kann man nicht durch Ansammlung überflüssiger Massen vorher verraten. Daß wir trotzdem den gewünschten Zweck erreichten, lag in der guten Vorbereitung, der Tapferkeit unserer Truppen, der energischen Führung und dem Beistande Gottes. Der Mut des Feindes wurde gebrochen; seine Truppen schlugen sich schlecht. Die Schwierigkeiten für uns lagen in dem überaus ungünstigen Berg- und Waldgelände und in der heimtückischen Teilnahme der ganzen Bevölkerung, selbst der Frauen, am Kampfe. Aus dem Hinterhalt, den Ortschaften und Wäldern feuerten sie auf unsere Truppen, auch auf Ärzte, die die Verwundeten behandelten, und auf die Verwundeten selbst. Es sind schwere und erbitterte Kämpfe gewesen; ganze Ortschaften mußten zerstört werden, um den Widerstand zu brechen, bis unsere tapferen Truppen durch den Fortsgürtel gedrungen und im Besitz der Stadt waren. Es ist richtig, daß ein Teil der Forts sich noch hielt; aber sie feuerten nicht mehr. Seine Majestät wollte keinen Tropfen Blutes unserer Truppen durch Erstürmung der Forts unnütz verschwenden. Sie hinderten nicht mehr an der Durchführung der Absichten. Man konnte das Herankommen der schweren Artillerie abwarten und die Forts in Ruhe nacheinander zusammenschießen, ohne nur einen Mann zu opfern, falls die Fortsbesatzungen sich nicht früher ergaben. Aber über dies alles durfte eine gewissenhafte Heeresleitung nicht ein Wort veröffentlichen, bis so starke Kräfte auf Lüttich nachgezogen waren, daß es auch kein Teufel uns wieder entreißen konnte.

In dieser Lage befinden wir uns jetzt.

Die Belgier haben zur Behauptung der Festung, soviel sich jetzt übersehen läßt, mehr Truppen gehabt, als von unserer Seite zum Sturm antraten. Jeder Kundige kann die Größe der Leistung ermessen. Sie steht einzig da.

Sollte unser Volk wieder einmal ungeduldig auf Nachrichten warten, so bitte ich, sich an Lüttich erinnern zu wollen. Das ganze Volk hat sich einmütig unter seinem Kaiser zur Abwehr der zahlreichen Feinde geschart, so daß die Heeresleitung annehmen darf, es werden von ihr keinerlei Veröffentlichungen erwartet, die ihre Absichten vorzeitig dem Feinde kundtun, und dadurch die Durchführung der schweren Aufgaben vereiteln könnten.

2. Quelle: Meldung des Generalquartiermeisters von Stein vom 18. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 47.

Das Geheimnis von Lütitch kann jetzt entschleiert werden:

Uns waren Nachrichten zugegangen, daß vor Ausbruch des Krieges [französische Offiziere und vielleicht auch einige Mannschaften nach Lüttich entsandt

waren, um die belgischen Truppen in der Handhabung des Festungsdienstes zu unterrichten. Vor Ausbruch der Feindseligkeiten war dagegen nichts einzuwenden. Mit Beginn des Krieges wurde es Neutralitätsbruch durch Frankreich und Belgien. Wir mußten schnell handeln. Nichtmobilisierte Regimenter wurden an die Grenze geworfen und auf Lüttich in Marsch gesetzt. Sechs schwache Friedensbrigaden mit etwas Kavallerie und Artillerie haben Lüttich eingenommen. Danach wurden sie dort mobil und erhielten als erste Verstärkung ihre eigenen Ergänzungsmannschaften. Zwei weitere Regimenter konnten nachgezogen werden, die ihre Mobilmachung soeben beendet hatten. Unsere Gegner wähnten bei Lüttich 120000 Deutsche, die den Vormarsch wegen Schwierigkeiten der Verpflegung nicht antreten könnten. Sie haben sich geirrt. Die Pause hatte einen anderen Grund. Jetzt erst begann der deutsche Aufmarsch. Die Gegner werden sich überzeugen, daß die deutschen Armeen gut verpflegt und ausgerüstet den Vormarsch antreten. Der Kaiser hat sein Wort gehalten, an die Einnahme der Forts von Lüttich nicht einen Tropfen deutschen Blutes mehr zu setzen. Der Feind kannte unsere schweren Angriffsmittel nicht. Daher glaubte er sich in den Forts sicher. Doch schon die schwächsten Geschütze unserer schweren Artillerie veranlaßten jedes durch sie beschossene Forts nach kurzer Beschießung zur Übergabe. Die noch erhaltenen Teile der Besatzungen retteten dadurch ihr Leben. Die Forts aber, gegen die unsere schweren Geschütze feuerten, wurden in allerkürzester Frist in Trümmerhaufen verwandelt, unter denen die Besatzung begraben wurde. Jetzt werden die Forts aufgeräumt und wieder zur Verteidigung eingerichtet. Die Festung Lüttich soll den von unseren Gegnern vorbereiteten Plänen nicht mehr dienen, sondern dem deutschen Heere ein Stützpunkt sein.

Der Generalquartiermeister von Stein.

117.

Der deutsche Vormarsch im Westen.

August 1914.

1. Quelle: Meldung des Generalquartiermeisters von Stein vom 27. bis 31. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. S. 58 und 59.

Das deutsche Westheer ist neun Tage nach Beendigung seines Aufmarsches unter fortgesetzten siegreichen Kämpfen in französisches Gebiet von Cambrai bis zu den Südvogesen eingedrungen. Der Feind ist überall geschlagen und befindet sich in vollem Rückzuge. Die Größe seiner Verluste an Gefallenen, Gefangenen und Trophäen läßt sich bei der gewaltigen Ausdehnung der Schlachtfelder in zum Teil unübersichtlichem Wald- und Gebirgsgelände noch nicht annähernd übersehen.

Die Armee des Generaloberſten von Kluck hat die englische Armee bei Maubeuge geworfen und sie heute südwestlich Maubeuge unter Umfassung erneut angegriffen.

Die Armeen des Generaloberſten von Bülow und des Generaloberſten Freiherrn von Hausen haben etwa acht Armeekorps französischer und belgischer Truppen zwischen Sambre, Namur und Maas in mehrtägigen Kämpfen vollständig geschlagen und verfolgen sie jetzt östlich Maubeuge vorbei. Namur ist nach zweitägiger Beschießung gefallen. Der Angriff auf Maubeuge ist eingeleitet.

Die Armee des Herzogs Albrecht von Württemberg hat den geschlagenen Feind über den Semois verfolgt und die Maas überschritten.

Die Armee des deutschen Kronprinzen hat eine befestigte Stellung des Feindes vorwärts Longwy genommen und einen starken Angriff aus Verdun abgewiesen. Sie befindet sich im Vorgehen gegen die Maas. Longwy ist gefallen.

Die Armee des Kronprinzen von Bayern ist bei der Verfolgung in Lothringen von neuen feindlichen Kräften aus der Position von Nancy und aus südlicher Richtung angegriffen worden. Sie hat den Angriff zurückgewiesen.

Die Armee des Generaloberſten von Heeringen setzt die Verfolgung in den Vogesen nach Süden fort. Das Elsaß ist vom Feinde geräumt.

Aus Antwerpen haben vier belgische Divisionen gestern und vorgestern einen Angriff gegen unsere Verbindungen in Richtung Brüssel gemacht. Die zur Abschließung von Antwerpen zurückgelassenen Kräfte haben diese belgischen Truppen geschlagen, dabei viele Gefangene gemacht und Geschütze erbeutet. Die belgische Bevölkerung hat sich fast überall an den Kämpfen beteiligt. Daher sind strengste Maßnahmen zur Unterdrückung des Franktireur- und Bandenwesens angewandt worden.

Die Sicherung der Etappenlinien mußte bisher den Armeen überlassen bleiben. Da diese aber für den weiteren Vormarsch die zu diesem Zweck zurückgelassenen Kräfte notwendig in der Front brauchen, so hat Seine Majestät die Mobilmachung des Landsturmes befohlen. Der Landsturm wird zur Sicherung der Etappenlinien und zur Besetzung von Belgien mit herangezogen werden. Dieses unter deutsche Verwaltung tretende Land soll für Heeresbedürfnisse aller Art ausgenutzt werden, um das Heimatsgebiet zu entlasten.

Der Generalquartiermeister von Stein.

2. Quelle: Meldung des Generalquartiermeisters von Stein vom 28. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 59 und 60.

Die englische Armee, der sich drei französische Territorial-Divisionen angeschlossen hatten, ist nördlich Saint Quentin vollständig geschlagen. Sie befindet sich im vollen Rückzuge über Saint Quentin. Mehrere tausend Gefangene, 7 Feldbatterien und eine schwere Batterie sind in unsere Hände gefallen. Südöstlich Mezières haben unsere Truppen unter fortgesetzten Kämpfen in breiter Front die Maas überschritten. — Unser linker Flügel hat nach neuntägigen Gebirgskämpfen die französischen Gebirgstruppen bis in die Gegend östlich Epinal zurückgetrieben und befindet sich in weiterem siegreichen Fortschreiten. — Der Bürgermeister von Brüssel hat dem deutschen Kommandanten mitgeteilt, daß die französische Regierung der belgischen die Unmöglichkeit eröffnet habe, sie irgendwie offensiv zu unterstützen, da sie selbst völlig in die Defensive gedrängt sei.

Der Generalquartiermeister von Stein.

3. Quelle: Meldung des Generalquartiermeisters von Stein vom 31. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 63 und 64.

Die Armee des Generaloberſten von Kluck hat den durch schwache französische Kräfte unternommenen Versuch eines Flankenangriffes in Gegend Combles durch ein Armeekorps zurückgeschlagen. — Die Armee des Generaloberſten von Bülow hat eine überlegene französische Armee bei St. Quentin vollständig geschlagen, nachdem sie im Vormarsche bereits ein englisches Infanteriebataillon gefangen genommen hatte. — Die Armee des Generaloberſten von Hausen hat den Gegner auf die Aisne bei Rethel zurückgedrängt. — Die Armee des Herzogs von

Württemberg hatte bei Fortsetzung des Überganges über die Maas den Feind zunächst mit Vortruppen überrannt, mußte aber beim Vorgehen stärkerer feindlicher Kräfte teilweise wieder über die Maas zurück. Die Armee hat dann die Maasübergänge wiedergewonnen und befindet sich im Vorgehen gegen die Aisne. Das Fort Les Ayvelles hinter dieser Armee ist gefallen. — Die Armee des Deutschen Kronprinzen setzt den Vormarsch gegen und über die Maas fort. Nachdem der Kommandant von Montmédy mit der ganzen Besatzung der Festung bei einem Ausfall gefangen genommen war, ist die Festung gefallen. — Die Armee des Kronprinzen von Bayern und des Generaloberſten von Heeringen stehen noch in fortgesetztem Kampfe in Französisch-Lothringen . . . . .

von Stein, Generalquartiermeister.

118.

Die Heldentat Weddigens.

22. September 1914.

Quelle: Amtliche Darstellung vom 26. September 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 124 und 125.

Zur Vernichtung der drei britischen Kreuzer der „Cressy-Klasse" durch das deutsche Unterseeboot „U 9" können wir heute die folgenden Angaben machen:

Am Morgen des 22. September, in der Frühe, befand „U 9" sich 20 Seemeilen nordwestlich von Hoek van Holland, mit annähernd südwestlichem Kurse dampfend. Die See war ruhig, das Wetter klar, teils neblig. Gegen 6 Uhr sichtete man von „U 9" aus drei große feindliche Kreuzer, die, bei weiten Schiffsabständen in Dwarslinie — nebeneinander — fahrend, sich in entgegengesetzter Richtung näherten. „U 9" beschloß, zuerst den in der Mitte fahrenden der drei Kreuzer anzugreifen, führte diese Absicht aus und brachte dem Kreuzer, es war die „Aboukir", einen tödlichen Torpedotreffer bei. Der Kreuzer sank nach wenigen Minuten. Als nun die beiden anderen Kreuzer nach der Stelle dampften, wo die „Aboukir" gesunken war, machte „U 9" einen erfolgreichen Torpedoangriff auf die „Hogue". Auch dieser Kreuzer verschwand nach kurzer Zeit in den Fluten. Nun wandte sich „U 9" gegen die „Cressy". Beinahe unmittelbar nach dem Torpedoschuß kenterte die „Cressy", schwamm noch eine Weile kieloben und sank dann. Das ganze Gefecht hat, vom ersten Torpedoschusse bis zum letzten gerechnet, ungefähr eine Stunde gedauert. Von den englischen Kreuzern ist kein einziger Schuß abgegeben worden.

Die Angaben der britischen Presse, in der Nähe des Gefechtsortes hätten sich „Begleitschiffe" deutscher Unterseeboote befunden und noch dazu unter holländischer Flagge, sind ebenso unwahr wie die Erzählungen überlebender Engländer, die Kreuzer seien von mehreren deutschen Unterseebooten angegriffen worden, und man habe durch Geschützfeuer mehrere von ihnen vernichtet. — Tatsächlich ist nur „U 9" dort gewesen.

Nach dem Sinken der „Cressy" fanden sich mehrere britische Kreuzer, Torpedofahrzeuge usw. an der Stelle ein, und einzelne Torpedobootszerstörer verfolgten das Unterseeboot. Noch am Abend des 22. September — nicht weit von Terschelling Bank — wurde „U 9" von den Zerstörern gejagt. Mit Einbruch der Dunkelheit gelang es „U 9", außer Sicht der Torpedofahrzeuge zu laufen. Am folgenden Tage langte das Boot mit seiner triumphgekrönten Besatzung unversehrt im heimatlichen Hafen an.

119.

Ostpreußens Bedrängnis und Befreiung.

August und September 1914.

1. Quelle: Meldung des Generalquartiermeisters von Stein vom 24. August 1914.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 55.

Während auf dem westlichen Kriegsschauplatz die Lage des deutschen Heeres durch Gottes Gnade eine unerwartet günstige ist, hat auf dem östlichen Kriegsschauplatz der Feind deutsches Gebiet betreten. Starke russische Kräfte sind in Richtung der Angerapp und nördlich der Eisenbahn Stallupönen—Insterburg vorgedrungen. Das erste Armeekorps hatte den Feind bei Wirballen in siegreichem Gefecht aufgehalten. Es wurde zurückgenommen auf weitere, rückwärts stehende Truppen. Die hier versammelten Kräfte haben den auf Gumbinnen und südlich vorgehenden Gegner angegriffen. Das I. Armeekorps warf den gegenüberstehenden Feind siegreich zurück, machte 8000 Gefangene und eroberte mehrere Batterien. Eine zu ihr gehörende Kavalleriedivision warf zwei russische Kavalleriedivisionen und brachte 500 Gefangene ein. Die weiter südlich kämpfenden Truppen stießen teils auf starke Befestigungen, die ohne Vorbereitung nicht genommen werden konnten, teils befanden sie sich in siegreichem Fortschreiten. Da ging die Nachricht ein vom Vormarsch weiterer feindlicher Kräfte aus Richtung des Narews gegen die Gegend südwestlich der Masurischen Seen. Das Oberkommando glaubte, hiergegen Maßnahmen treffen zu müssen und zog seine Truppen zurück. Die Lösung vom Feind erfolgte ohne jede Schwierigkeit. Der Feind folgte nicht. Die auf dem östlichen Kriegsschauplatz getroffenen Maßnahmen mußten zunächst durchgeführt und in solche Bahnen geleitet werden, daß eine neue Entscheidung gesucht werden kann. Diese steht unmittelbar bevor.

Der Feind hat die Nachricht verbreitet, daß er vier deutsche Armeekorps geschlagen habe. Diese Nachricht ist unwahr. Kein deutsches Armeekorps ist geschlagen. Unsere Truppen haben das Bewußtsein des Sieges und der Überlegenheit mit sich genommen. Der Feind ist über die Angerapp bis jetzt nur mit Kavallerie gefolgt; längs der Eisenbahn soll er Insterburg erreicht haben.

Die beklagenswerten Teile der Provinz, die dem feindlichen Einbruch ausgesetzt sind, bringen dieses Opfer im Interesse des ganzen Vaterlandes. Daran soll sich dasselbe nach erfolgter Entscheidung dankbar erinnern.

2. Quelle: Erste Meldung des Sieges von Tannenberg.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 61.

Berlin, 29. August.

Unsere Truppen in Preußen unter Führung des Generaloberſten von Hindenburg haben die vom Narew vorgegangene russische Armee in der Stärke von fünf Armeekorps und drei Kavalleriedivisionen in dreitägiger Schlacht in der Gegend von Gilgenburg und Ortelsburg geschlagen und verfolgen sie jetzt über die Grenze.

Generalquartiermeister von Stein.

3. Quelle: Hindenburgs Meldung an den Kaiser über die Herbstschlacht in Masuren.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 1. S. 97.

Großes Hauptquartier, 14. September.

General von Hindenburg telegraphierte an Seine Majestät: Die Wilnaer Armee — II., III., IV., XX. Armeekorps, 3. und 4. Reservedivision, fünf Kavalleriedivisionen — ist durch die Schlacht an den Masurischen Seen und die sich daran anschließende Verfolgung vollständig geschlagen.

Die Grodnoer Reservearmee — XXII. Armeekorps, Rest des VI. Armeekorps, Teile des III. sibirischen Armeekorps — hat in besonderem Gefecht bei Lyck schwer gelitten. Der Feind hat starke Verluste an Toten und Verwundeten. Die Zahl der Gefangenen steigert sich. Die Kriegsbeute ist außerordentlich. Bei der Frontbreite der Armee von über 100 Kilometern, den ungeheuren Marschleistungen von zum Teil 150 Kilometern in vier Tagen, bei den sich auf dieser ganzen Front und Tiefe abspielenden Kämpfen kann ich den vollen Umfang noch nicht melden. Einige unserer Verbände sind scharf ins Gefecht gekommen. Die Verluste sind aber doch nur gering. Die Armee war siegreich auf der ganzen Linie gegen einen hartnäckig kämpfenden, aber schließlich fliehenden Feind. Die Armee ist stolz darauf, daß ein kaiserlicher Prinz[1]) in ihren Reihen gekämpft und geblutet hat.

gez. Hindenburg.

120.

Der Kaiser in Lyck.

14. Februar 1915.

Quelle: Amtliche Darstellung aus dem Großen Hauptquartier.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 2. S. 428 und 429.

Während aus der Gegend von Tilsit die Truppen des Generaloberſten von Eichhorn bei Schnee und Eis in Gewaltmärschen auf Suwalki und Sejny marschierten und der rechte deutsche Heeresflügel sich über Grajewo auf Augustow Bahn brach, hatte die Mitte der Truppen des Generals von Below mehrtägige Kämpfe in der Gegend von Lyck durchzuführen. Begünstigt durch die natürliche Verteidigungsfähigkeit der Masurischen Seen, setzte sich der Feind in den künstlich verstärkten und größtenteils mit Drahthindernissen versehenen Engen hartnäckig zur Wehr. Hier wollte er sich um jeden Preis behaupten, um der Masse seiner Armee die Durchführung des Rückzuges auf Suwalki und Augustow zu ermöglichen ... Diese Kämpfe um Lyck spielten sich vor den Augen des allerhöchsten Kriegsherrn ab. Der Kaiser war am 13. Februar in Lötzen eingetroffen, um zunächst jene Stellungen zu besichtigen, die die deutschen Truppen — vorwiegend Landsturm und Landwehr — in ununterbrochenen drei Monate langen Kämpfen erfolgreich verteidigt hatten. Am Nachmittag traf er dann auf der Höhe westlich des

---

[1]) Prinz Joachim, der jüngste Kaisersohn, der als Ordonnanzoffizier auf dem Schlachtfelde tätig war, erhielt einen Fleischschuß durch den rechten Oberschenkel. Er war bald wieder hergestellt.

Dorfes Grabnick ein, an dessen Ostausgang die deutschen Geschütze donnerten, während die Infanterie bei lebhaftem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer im fortschreitenden Angriffe gegen Woseczellen lag. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte der allerhöchste Kriegsherr, an dessen Aufstellungsorte die Kaiserstandarte gehißt war, die einzelnen Phasen des Kampfes bis zur einbrechenden Dunkelheit. Leichter Regen rieselte vom Himmel — die strenge Kälte der letzten Tage hatte sich in Tauwetter verwandelt —, als der Feuerkampf allmählich einschlief ... Am Morgen des 14. Februar wurde der Kampf um die See-Engen bei Lyck so lange fortgesetzt, bis diese vom Feinde geräumt wurden. Seine Majestät hatte schon am Morgen, diesmal östlich Grabnick, Aufstellung ... Auf die Meldung, daß Lyck genommen sei, eilte der Kaiser nach dieser Stadt vor, in welche gerade die siegreichen Truppen (hanseatische und mecklenburgische Landwehr, sowie die 33er Füsiliere) von Westen her einmarschierten. Während diese Truppen an ihrem Kaiser vorbeizogen, betraten auch von Süden her deutsche Soldaten die befreite Stadt. Es waren die Truppen der Generale von Falck und von Butlar. Die Stadt Lyck war mit durchziehenden und sich sammelnden Truppen aller Waffen angefüllt, deutsche Soldaten noch im Begriff, die Häuser nach versprengten Russen abzusuchen und schwarz-weiß-rote Fahnen zum Zeichen des Sieges auszuhängen, als auf dem Marktplatze Seine Majestät eintraf, um dessen Person sich die Truppen formierten. Als der Kaiser den Kraftwagen verließ, wurde er mit drei donnernden Hurras begrüßt. Die Soldaten umringten und umjubelten ihn und stimmten dann die Lieder „Heil Dir im Siegerkranz" und „Deutschland, Deutschland über alles" an. Es war eine tiefergreifende welthistorische Szene. Die Größe des Augenblickes kam allen zum Bewußtsein; die Truppe schien alle ausgehaltenen Strapazen gänzlich vergessen zu haben. Hinter den Reihen der um ihren Kaiser gescharten Soldaten standen Hunderte von russischen Gefangenen mit ihren phantastischen vielgestalteten Kopfbedeckungen und ebenso verschiedenen Gesichtszügen, die Völkerstämme ganz Asiens repräsentierend. Der Kaiser kommandierte nun „Stillgestanden" und hielt eine kurze, markige Ansprache an seine lautlos ihn umstehenden Soldaten. Hinter dem Kaiser ragte als Ruine die ziegelrote, im Ordensstil erbaute Kirche auf, deren mächtiger Kirchturm völlig ausgebrannt und deren Dachstuhl zerstört war. Die Häuserreihen rechts und links Seiner Majestät waren bis auf die Grundmauern niedergebrannt; verkohlende Balken ragten gen Himmel. Inmitten dieses Bildes der Zerstörung war nur eines erhalten geblieben: das Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Feldzuges 1870/71, geschmückt mit dem Friedensengel und dem Eisernen Kreuz.

Nachdem der Kaiser seine Ansprache beendet hatte, zog er noch verschiedene, mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse geschmückte Offiziere ins Gespräch. Dann richtete er anerkennende Worte an das Füsilier-Regiment Nr. 33, ein ostpreußisches Regiment, das sich in diesem Kriege ganz besonders ausgezeichnet und auch schon große Verluste ertragen hat. Zwischen den Häuserreihen der zerschossenen Stadt mit ihren ausgeplünderten Läden hindurcheilend, fuhr dann Seine Majestät noch nach Sybba weiter, wo er Teile seines pommerschen Grenadier-Regiments begrüßte, auf welche Ansprache der Kommandeur Graf Rantzau dankend erwiderte. Die verfolgenden Truppen gelangten an diesem Tage noch über Lyck hinaus. Am 15. Februar war kein Russe mehr auf deutschem Boden. Ostpreußen war vom Feinde befreit.

121.

Hindenburg.

Quelle: Sven Hedin[1]), Nach Osten. Leipzig 1916. S. 8—15.

Kurz vor 8 Uhr begab ich mich in die Villa des Oberbefehlshabers. Von der Straße war sie durch ein Gitter getrennt, und über dem Garteneingang las man auf einem ovalen Schild, ähnlich einem kleinen Triumphbogen, die beiden Worte: „Herzlich willkommen!"

Im Salon versammelten sich die Offiziere des Stabes und die Gäste des Tages. Zuletzt kam Generalleutnant Ludendorff. Man unterhielt sich in kleinen Gruppen. Punkt 8 Uhr vernahm man im Nebenzimmer die schweren, gemessenen Schritte des Feldmarschalls, und eine stattliche, volle, kräftig gebaute Gestalt erschien auf der Schwelle. Ich brauche nicht erst den Versuch zu machen, diese ernsten, herben, strengen Züge zu beschreiben, die wehmütigen, aber freundlichen Augen, den festen Mund, das aufrechtstehende graue Haar und den dichten, in scharfem Bogen abwärts gehenden Schnurrbart. Das Bild ist jedem Deutschen und jedem Schweden bekannt. Als ich vor dem berühmten Manne stand, dachte ich an die alten Germanen im Teutoburger Walde. Seine Taten werden wie die ihren bis ans Ende der Zeiten leben; denn sie haben sich dem Volksbewußtsein sofort als übermenschlich eingeprägt, und die Liebe des Volkes hat seinen Helden schon jetzt mit dem Schimmer der Sage umwoben.

Hindenburg ist auch ein Sproß von uraltem germanischen Häuptlingsstamm, selber ein Häuptling. Nicht etwa die einzelnen Gesichtszüge sind merkwürdig und verraten ungewöhnliche Eigenschaften — wäre der Sieger von Tannenberg ein deutscher Bauer, so würde niemandem sein Aussehen auffallen. Man würde nur sagen, dieser Bauer habe außergewöhnlich kräftige, männliche und grundehrliche Züge, und man würde vermuten, daß er die 68 Jahre seines Lebens viel gearbeitet und gegrübelt habe. Die Gestalt und der große Kopf, der Mann selbst sagt, was und wer er ist, der Feldherr, der die moskowitische Dampfwalze zerbrach, und der auf dem Posten, auf den ihn sein Kaiser und Herr gestellt hat, fortfahren wird, Deutschlands Feinde zu vernichten.

So sah ich ihn das erste Mal, die personifizierte Sicherheit und Zuverlässigkeit, eine Atmosphäre von unerschütterlicher Ruhe ausstrahlend. Und ich begriff etwas von der Macht der Persönlichkeit im Kriege, der Macht, mit der der Heerführer über die Masse gebietet . . . . .

Ich hatte später noch oft die Ehre, Hindenburgs Gast zu sein, und er gab mir da verschiedene Einblicke in seinen Lebensgang. Auf diesen Mitteilungen, vor allen Dingen aber auf dem Bericht, den mir eines Abends sein Schwiegersohn gab, ist die folgende kurze Schilderung aufgebaut.

Als etwas Charakteristisches will ich zuerst hervorheben, daß Hindenburg während des russischen Feldzuges so wenig wie nur möglich seine Friedensgewohnheiten geändert hat. Er arbeitet, geht spazieren, ißt und schläft zur gleichen Zeit und ebenso lange wie im Frieden. Er läßt sich in seinen Gewohnheiten und in seiner Ruhe nicht stören. Er hält an dem fest, was ihm einmal lieb und nützlich geworden, und was ihm wohlbekommt.

---

[1]) Sven Hedin ist der bekannte schwedische Forscher und Weltreisende, der im Frühling 1915 an der Ostfront weilte.

Im Feld wie im Frieden beginnt er seine Arbeit unmittelbar nach dem ersten Frühstück. Er steht im Sommer um 6 Uhr auf, im Winter eine Stunde später. Das Arbeiten dauert bis gegen 11 Uhr. Darauf wird bei jedem Wetter und zu allen Jahreszeiten ein ausgiebiger Spaziergang unternommen, jetzt im Kriege, wie früher im Frieden. Ich sah ihn ein paarmal in sein gedecktes Automobil steigen und mit seinem Adjutanten aufs Land hinausfahren, um in irgendeinem friedlichen Wald mehr oder weniger gebahnte Wege zu wandern. Fünf Minuten vor 1 Uhr kommt er zurück, um sich für das Mittagessen fertig zu machen, das Punkt 1 Uhr beginnt. Man könnte seine Uhr nach seiner äußerst genauen Einteilung der Stunden des Tages stellen. Das Essen ist einfach; er trinkt dazu gern ein Glas Moselwein.

Wenn er vom Mittagstisch aufsteht, geht er direkt in seine Zimmer hinauf, um zu ruhen. Um 4 Uhr beginnt die Arbeit wieder und dauert bis einige Minuten vor 8 Uhr. Im Frieden genießt er gegen 4 Uhr im Familienkreis Kaffee mit Kuchen, ein sogenanntes Vesperbrot, worauf er Besuche empfängt und je nachdem mit den Seinen ausgeht oder arbeitet. Er sieht immer, nicht zum wenigsten im Felde, Gäste an seinem Tisch und hat ein großes Vergnügen daran, sich mit ihnen zu unterhalten und selbst über die brennenden Tagesfragen zu sprechen.

Punkt 8 Uhr wird die Abendmahlzeit eingenommen, und die Unterhaltung beim Bier dauert bis gegen 11 Uhr. So geht es den einen Tag wie den andern, ohne Störung. Wie der Krieg nicht vermocht hat, Hindenburgs Lebensweise zu ändern, so haben auch des Krieges Härte und seine weltgeschichtlich bedeutungsvollen Ereignisse seine überlegene Geistesstärke nicht beunruhigen können. Er war genau derselbe während der masurischen Tage Anfang Februar wie jetzt. Als im Dezember alles für Scheffer und Litzmann[1]) bangte, da sie von den Russen östlich von Lodz hoffnungslos eingeschlossen zu sein schienen, bewahrte Hindenburg seine Gelassenheit und fragte, als eben die Unruhe am größten war, woher die prächtige Torte gekommen sei, die auf dem Mittagstisch stand! Sie war von der Mutter eines jungen Leutnants geschickt worden, und diese empfing dafür seinen besonderen Dank. Die scheinbar eingeschlossenen Korps brachen denn auch mit jener kalten Entschlossenheit durch, die der Feldherr sich berechtigt glaubte, von ihnen zu erwarten, und sie machten obendrein 12000 Gefangene! Eine solche Ruhe ist wohl zum großen Teil eine Gabe der Natur. Sie ist aber auch eine Folge der Erziehung zum Tragen der schwersten Verantwortung, worin die deutschen Offiziere von Anfang an geübt werden.

Hindenburg ist der Abgott der Soldaten; denn der Sieg ist an seinen Feldherrnstab gebunden. Die Soldaten werden durch seinen bloßen Namen zu den allergrößten Anstrengungen angefeuert und gehen mit Begeisterung für ihn in den Tod. Unser Held ist aber auch wie ein Vater für seine Truppen, und er kümmert sich in jeder Weise um ihr Wohlergehen.

---

[1]) Gedacht ist hier an eine der schönsten Waffentaten des Feldzuges, wie der Generalstabsbericht vom 1. Dezember 1914 sich ausdrückt. Als nämlich die Generale Scheffer-Boyadel und Litzmann versuchten, größere russische Truppenmassen zu umgehen, wurden sie ihrerseits östlich von Lodz umzingelt; aber sie schlugen sich in der Nacht vom 24. auf 25. November 1914 in der Richtung auf Brzeziny durch den bereits gebildeten Ring durch und brachten sogar noch 12000 Gefangene und 25 eroberte Kanonen mit.

Rührend ist das Verhältnis zwischen Hindenburg und seinem Generalstabschef. Nur der Tod kann ihren Treubund lösen. Es ist oft gefragt worden, ob der Feldmarschall oder der Generalstabschef die Operationen plant; aber man kann überzeugt sein, daß die beiden sich ergänzen. Doch trägt der Feldherr allein die Bürde der Verantwortung. Der Oberbefehlshaber und sein Generalstabschef sind so nicht nur durch die Bande der Freundschaft, sondern auch durch die gemeinsame fruchtbringende Arbeit untrennbar verbunden. Wenn man die beiden Generale sich unterhalten sieht, hat man ein Gefühl von unbezwinglicher überwältigender Kraft. Der „Feldherr der Zukunft" ist der Name, den der Feldmarschall seinem Ludendorff gegeben hat, und was dieser von seinem Vorgesetzten denkt, das ist an der Ostfront allen wohlbekannt. Die Worte, die Prinz Joachim einmal dem Schwiegersohn Hindenburgs schrieb, können als Ausdruck der Gefühle dienen, die das ganze Heer für den Sieger von Tannenberg hat: „Sie wissen, ich bin kein Schuster; aber für Hindenburg lasse ich mich gerne totschlagen!"

Im Sommer 1914 stattete der General seinem Schwiegersohn auf seinem Gute Großjustin bei Cammin in Pommern einen längeren Besuch ab, wie in jedem Sommer . . . . .

Hier war es auch, wo er am 31. Juli 1914 die Nachricht vom verschärften Kriegszustand erhielt. Voller Stolz und Siegesgewißheit verschlang er die folgenschweren Telegramme dieser denkwürdigen Tage, als das Geschick der Welt an einem Haar hing, das zerriß. Aber es schmerzte ihn auch tief, nun nicht mehr auf ein Kommando Anspruch erheben zu können. Seine Zeit war ja schon vorbei. Er gehörte zu der Generation, die dahinging. Jüngere Kräfte sollten nun zur Verteidigung des Vaterlandes vorrücken.

Er hatte jedoch nicht die Ruhe, in einer solchen Zeit auf dem Lande zu bleiben, sondern begab sich sofort nach Hannover, um bei der Hand zu sein, wenn doch vielleicht ein Ruf auch zu ihm gelangen sollte. Am Tag darauf, am 31. Juli, trat Bahnsperre ein; er kehrte also im letzten Augenblick nach Hause zurück.

Hier verfolgte er die Ereignisse mit leidenschaftlicher Aufmerksamkeit. Auf seinen Karten zeichnete er den Gang der russischen Invasion in Ostpreußen ein und wußte jeden Tag, was er getan haben würde, wenn ihm die Verteidigung des nordöstlichen Grenzlandes anvertraut gewesen wäre.

So über seine Karten gebeugt, fand ihn am 21. August sein Diener, der ihm ein Telegramm hereinbrachte. Er öffnete es und las, daß „Seine Majestät der Kaiser ihm unter gleichzeitiger Ernennung zum Generaloberſten und unter gleichzeitiger Rückpatentierung ein ihn ehrendes Kommando anvertraut habe."

Man wird seine Gefühle verstehen und begreifen, daß er mit einem Male zehn Jahre jünger wurde, und um nochmal zehn Jahre wurde gewiß seine Arbeitskraft verjüngt, als ihm bald darauf ein neues Telegramm meldete, daß gegen Abend ein Extrazug ihn nach Osten führen solle, und daß er in diesem Zug seinen Generalstabschef Ludendorff finden werde! Das war am Abend des 22. August. Fünf Tage später begann die Schlacht bei Tannenberg, die Hindenburg in die erste Reihe der deutschen Heerführer während des großen Krieges stellte und seinen Namen unsterblich machte.

122.

Der Wiederaufbau Ostpreußens.

Quelle: Bericht des Abgeordneten Freiherrn von Zedlitz und Neukirch in der 114. Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 24. Juni 1915.

Fundort: Paul Burg, Ostpreußen. Leipzig 1916. S. 122—137.

Die Größe und die Schwere der Heimsuchung Ostpreußens durch den Krieg veranschaulichen am besten folgende Zahlen: Getötet oder schwer verwundet sind im ganzen gegen 2000 Personen; von den Russen fortgeschleppt sind rund 10700 Personen — darunter nahezu die Hälfte Frauen und Kinder —; 24 Städte, nahezu 600 Dörfer, 250 Güter sind ganz oder zum großen Teil zerstört worden; die Zahl der zerstörten Gebäude beträgt rund 33000; zu ihrem Wiederaufbau werden nach sachverständiger Schätzung rund 300 Millionen Mark notwendig werden; die Zahl der ausgeraubten Wohnungen beträgt 100000; von den 111 Domänen, die die Provinz Ostpreußen zählt, sind nicht weniger als 81 ganz oder zum Teil verwüstet worden; der an den Domänen angerichtete Schaden beläuft sich in runder Summe auf 25 Millionen Mark . . . . .

Nach den Erklärungen der preußischen Staatsregierung wird diese dafür sorgen und hält es für ihre Pflicht, den Ostpreußen volle Entschädigung für die durch den Krieg ihnen erwachsenen besonderen Schäden zu gewähren[1]).

Was den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften und Baulichkeiten anlangt, so hat es sich zunächst darum gehandelt, vorläufig Unterkunft für Menschen und Tiere zu schaffen, die Möglichkeit für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zur wirtschaftlichen Betätigung zu gewähren. Das ist soweit wie möglich geschehen, soweit wie möglich, ohne vorübergehende Bauausführungen zu machen, die im Interesse der Kostenersparnis möglichst zu vermeiden sind. Zugleich aber ist der definitive Aufbau nach allen Richtungen möglichst vorbereitet worden: nach der technischen Seite durch die Einrichtung einer Hauptberatungsstelle bei dem Oberpräsidium, durch Einrichtung einer Reihe von technischen Beratungsstellen in den Kreisen — 12—15 sind es — die, mit einem erfahrenen Privatarchitekten besetzt, den Baulustigen und den Kommunen mit Rat und Tat beim Wiederaufbau an die Hand gehen sollen. Es ist nach der finanziellen Seite dadurch gesorgt, daß den Baulustigen, welche ihre Wohn- und Wirtschaftsgebäude wieder aufbauen wollen, die nötigen finanziellen Beihilfen gewährt werden . . . . .

Was ferner die Flüchtlinge anlangt — deren Zahl auf etwa 350—400000 geschätzt wird — so ist mit großer Befriedigung zu berichten, daß, nachdem militärischerseits auch in den letzten von den Russen geräumten Kreisen bedingungsweise die Rückkehr der Flüchtlinge gestattet worden ist, sich in den Monaten April und Mai ein überaus starker Rückstrom von Flüchtlingen eingestellt hat. Die Zahl derjenigen, die in diesen beiden Monaten aus der Ferne in ihre Heimatprovinz zurückgekehrt sind, wird von dem Flüchtlingskommissar, dem Landeshauptmann, auf etwa 200000 geschätzt. Noch immer dauert, wenn auch in geringerem Maße, der Rückstrom der Flüchtlinge an. Die beteiligten Behörden und der genannte Kommissar haben wiederholt die Überzeugung ausgesprochen, daß der größte Teil der Flüchtlinge nach ihrer Heimatprovinz zurückgekehrt ist oder

---

[1]) Kaiser Wilhelm sagte in Lötzen: „Ich weiß mich mit jedem Deutschen eins, wenn ich gelobe, daß das, was Menschenkraft vermag, geschehen wird, um neues Leben aus den Ruinen entstehen zu lassen."

zurückkehren wird, und daß nicht nur die Grundbesitzer selbst bis zum Besitzer der kleinsten Scholle ziemlich ausnahmslos bereits ihre Heimat wieder aufgesucht haben, auch die Arbeiter, insonderheit auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, in großer Zahl in die Heimat zurückkehren . . . . .

Eine der größten Sorgen war die Frühjahrsbestellung. Im ganzen sind ungefähr 600000 ha landwirtschaftlich bebauter Fläche von den Russen besetzt gewesen. Wie in bezug auf die Wiederherstellung der ostpreußischen Pferdezucht, so hat sich bei der Frühjahrsbestellung als das schwerste Hindernis der große Verlust an Pferden herausgestellt. Die von den Russen heimgesuchten Landesteile haben einen Verlust von ungefähr 90000 Pferden zu beklagen, von denen etwa die Hälfte in russische Hände gefallen ist. Die Landwirtschaftskammer hat eine überaus reiche und ersprießliche Tätigkeit entfaltet, um Ersatz für diesen Verlust für die Frühjahrsbestellung zu schaffen. Sie hat aus Polen Pferde herangezogen: ungefähr 12000 polnische Pferde sind in den Dienst der ostpreußischen Landwirtschaft gestellt worden. Eine Reihe von Beutepferden ist eingestellt worden, die freilich nur geringen Arbeitswert haben. Man hat aus Bayern etwa 5000 Stück Zugochsen angekauft und den ostpreußischen Landwirten zur Verfügung gestellt. Tausende von Geschirren sind von der Landwirtschaftskammer geliefert worden, weil die Russen planmäßig alles, was von Leder war, mit sich genommen haben. 128 Kraftpflüge, Dampfpflüge und Motorpflüge sind von der Landwirtschaftskammer angeschafft und den Landwirten Ostpreußens zur Verfügung gestellt worden; dazu treten noch 14 Motorpflüge, die die Militärverwaltung aus Frankreich nach Ostpreußen geliefert und den Landwirten dort für die Frühjahrsbestellung zur Verfügung gestellt hat.

Weiter ist Saatgut in großem Umfange beschafft worden. Auch Stickstoffdünger, soweit solcher zu haben war, und soweit die Verkehrsverhältnisse seine Heranschaffung möglich machten, ist seitens der Landwirtschaftskammer beschafft worden.

Alle diese Tätigkeit hätte aber den erwünschten Erfolg nicht haben können, wenn ihr nicht die Staatsregierung finanziell weitgehend zu Hilfe gekommen wäre. Der Staat hat etwa 18 Millionen zur Beschaffung von Kraftpflügen, Pferden usw. gegeben, er hat über 6 Millionen für Beschaffung von Saatgut aufgewendet, und er hat, was bisher meines Wissens in dieser Weise noch nicht vorgekommen ist, eine Bestellungsprämie von 100 Mark auf das Hektar für die von den Russen heimgesuchten Landesteile bewilligt und zu diesem Zweck eine Gesamtsumme bis zum Höchstbetrage von 30 Millionen zur Verfügung gestellt, so daß also für die Frühjahrsbestellung in Ostpreußen im ganzen gegen 55 Millionen Staatsmittel zur Verfügung gestellt sind. Damit ist erreicht worden, daß von jenen 600000 ha nur etwa 64000 ha unbebaut geblieben sind, und zwar fallen unter diese 64000 unbebauten Hektare auch die großen Flächen, die zur Anlegung von Schützengräben und anderen militärischen Einrichtungen dort landwirtschaftlichen Betrieben entzogen worden sind und vorläufig jetzt noch entzogen bleiben müssen . . . . .

Aber die finanziellen Leistungen des Staates beschränken sich keineswegs auf das, was für die Landwirtschaft geschehen ist. Etwa 20 Millionen sind für die Flüchtlinge aufgewendet worden, für ihren Aufenthalt, für ihre Zurückführung in ihre Heimat. Mit 7 Millionen hat sich der Staat an der Kriegskreditbank für Ostpreußen beteiligt. Summen sind ausgegeben worden, um den Handwerkern die Wiederbeschaffung von Handwerkszeug zu erleichtern, um den Zurückkehrenden Lebensunterhalt, vorläufige Unterkunft und die nötigen Geräte zu verschaffen.

Kurz, es ist eine finanzielle Tätigkeit der ganzen Linie entwickelt worden; sie hat überall da eingegriffen, wo die finanzielle Beihilfe notwendig war.

In der Kommission herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß der Finanzminister sich bei der Behandlung der ostpreußischen Angelegenheiten von jeder fiskalischen Engherzigkeit freigehalten hat, daß er diese Dinge mit staatsmännischem Weitblick und mit warmherziger Großzügigkeit behandelt hat.

Aber die Kommission war ferner auch der übereinstimmenden Meinung, daß alle übrigen beteiligten preußischen Ministerien jedes an seiner Stelle seine Pflicht voll getan und an der Aufgabe der Wiederherstellung Ostpreußens mit voller Treue und mit vollem Verständnis mitgearbeitet hat . . . . .

Mit der Zentralstelle haben in vollem Umfange in der hingebenden aufopfernden Tätigkeit für den Wiederaufbau Ostpreußens die örtlichen, die provinziellen Stellen gewetteifert, sowohl die Staatsbehörden, Oberpräsident, Landräte usw., wie alle Selbstverwaltungsorgane. Alle haben sie ihre volle Kraft in den Dienst des großen Werkes gestellt. Und wenn, in der Kommission vor allen Dingen, die Verdienste hervorgehoben worden sind, die der verdienstvolle Mann, der an die Spitze der Verwaltung Ostpreußens und der Hilfstätigkeit gestellt ist, der Oberpräsident, die die Landwirtschaftskammer und ihr Vorsitzender, die der bereits genannte Flüchtlingskommissar entfaltet haben, so soll das nicht auch die volle Anerkennung für all die übrigen Organe des Staates und der Selbstverwaltung ausschließen, die in aufopfernder Tätigkeit zusammengewirkt haben, damit das, was wir alle anerkennen, damit die Ehrenpflicht, Ostpreußen wieder zu voller Blüte zu verhelfen, auch in die Tat umgesetzt wird . . . .[1]).

Meine Herren, Friedrich der Große hat nach dem Siebenjährigen Kriege mit einer gewaltigen Kulturarbeit die von dem Kriege heimgesuchten Teile Preußens nicht nur in ihrer Wirtschaftlichkeit wiederhergestellt, sondern zu höherem Wohlstand, zu höherer Kultur gehoben. Was heute für Ostpreußen geschieht, was für Ostpreußen im Werke und geplant ist, stellt sich, so scheint mir, dieser Kulturtätigkeit des großen Königs ebenbürtig zur Seite. Aber ein großer Unterschied waltet zwischen damals und jetzt doch ob. Friedrich der Große konnte an die Wiederbelebung und den Wiederaufbau der vom Kriege heimgesuchten Teile seines Staates erst gehen, als die Waffen ruhten, als der Friede geschlossen war. Der preußische Staat und das preußische Volk sind aber, während noch die Wogen des Weltkrieges uns umtobten, selbst, als noch Teile der Provinz von den Russen besetzt waren, unmittelbar an den Wiederaufbau der schwer geschädigten Provinz gegangen. Das zeugt, wie in der Kommission hervorgehoben worden ist, von einem ganz ungewöhnlichen Maß von Spannkraft des preußischen Staates und des preußischen Volkes. Diese Spannkraft aber legt wiederum an dieser Stelle Zeugnis ab von dem hohen Maß von sittlicher und wirtschaftlicher Stärke, die dem preußischen Staat und dem preußischen Volke innewohnt.

Aus dem, was wir für Ostpreußen tun und leisten, werden unsere deutschen Brüder, werden unsere treuen Bundesgenossen doch das Vertrauen gewinnen können, daß der preußische Staat und das preußische Volk nicht nur willens, sondern auch stark genug ist, durchzuhalten bis zum vollen Siege, der uns vor der Wiederkehr solcher schweren Kriegsleiden und Kriegsgefahren dauernd schützt. (Lebhafter Beifall.)

---

[1]) Im folgenden schlägt die Kommission dem Hause vor, die Staatsregierung zu ersuchen, auf weitere wirtschaftliche Hebung der Provinz, insbesondere durch innere Kolonisation, Verbesserung der Verkehrsmittel und Elektrisierung, Bedacht zu nehmen.

123.

Der Durchbruch bei Gorlice.

2. Mai 1915.

Quelle: Amtliche Darstellung aus dem Großen Hauptquartier vom 6. Mai 1915.

Fundort: Kriegsdepeschen. Bd. 2. S. 586 und 587.

Völlig überraschend für den Feind hatten sich Ende April größere deutsche Truppentransporte nach Westgalizien vollzogen. Diese Truppen, den Befehlen des Generals von Mackensen unterstellt, hatten die russische Front zwischen Karpathenkamm und dem mittleren Dunajec im Verein mit den benachbarten Armeen unseres österreichisch-ungarischen Verbündeten zu durchbrechen. Das Problem war ein neues, die Aufgabe keine leichte. Der Himmel bescherte unseren Truppen wundervollen Sonnenschein und trockene Wege. So konnten die Flieger und die Artillerie zu voller Tätigkeit gelangen und die Schwierigkeiten des Geländes, das hier den Charakter der Vorberge der deutschen Alpen oder den des Hörselberges in Thüringen trägt, überwunden werden. Unter den größten Mühsalen mußte an verschiedenen Stellen die Munition auf Tragtieren herangeschafft, die Kolonnen und Batterien über Knüppeldämme vorwärts gebracht werden. Alle für den Durchbruch nötigen Erkundungen und Vorbereitungen vollzogen sich reibungslos in aller Stille. Am 1. Mai nachmittags begann die Artillerie sich gegen die russischen Stellungen einzuschießen. Diese waren seit fünf Monaten nach allen Regeln der Kunst ausgebaut. Stockwerkartig lagen sie auf den steilen Bergkuppen und deren Hängen, mit Hindernissen wohlversehen, übereinander. An einzelnen den Russen besonders wichtigen Geländepunkten bestanden bis zu sieben Schützengräbenreihen hintereinander. Die Anlagen waren sehr geschickt angelegt und vermochten sich gegenseitig zu flankieren. Die Infanterie der verbündeten Truppen hatte sich in den Nächten, die dem Sturm vorangingen, näher an den Feind herangeschoben und die Sturmstellungen ausgebaut. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai feuerte die Artillerie in langsamem Tempo gegen die feindlichen Anlagen; eingelegte Feuerpausen dienten den Pionieren zum Zerschneiden der Drahthindernisse. Am 2. Mai morgens 6 Uhr setzte auf der ausgedehnten, viele Kilometer langen Durchbruchsfront ein überwältigendes Artilleriefeuer von Feldkanonen bis hinauf zu den schwersten Kalibern ein, das vier Stunden lang ununterbrochen fortgesetzt wurde.

Um 10 Uhr morgens schwiegen plötzlich die Hunderte von Feuerschlünden, und im gleichen Augenblick stürzten sich die Schwarmlinien und Sturmkolonnen der Angreifer auf die feindlichen Stellungen. Der Feind war durch schweres Artilleriefeuer derart erschüttert, daß an manchen Stellen sein Widerstand nur ein geringer war. In kopfloser Flucht verließ er, als die Infanterie der Verbündeten dicht vor seine Gräben gelangte, seine Befestigungen, Gewehre und Kochgeschirre fortwerfend, ungeheure Mengen an Infanteriemunition und zahlreiche Tote in den Gräben zurücklassend. An einer Stelle zerschnitt er selbst noch die Drahthindernisse, um sich den Deutschen zu ergeben. Vielfach leistete er in seinen nahegelegenen zweiten und dritten Linien keinen nennenswerten Widerstand mehr; dagegen wehrte sich der Feind an anderen Stellen der Durchbruchsfront verzweifelt, indem er erbitterten Widerstand versuchte. Nachbarschaft haltend mit österreichisch-ungarischen Truppen griffen bayerische Regimenter den 250 Meter über ihren Sturmstellungen gelegenen Zemsczykoberg, eine wahre Festung, an.

Ein bayerisches Infanterieregiment erwarb sich dabei unvergleichliche Lorbeeren. Links der Bayern stürmten schlesische Regimenter die Höhe von Sekowa und Sokol; junge Regimenter entrissen dem Feinde die hartnäckig verteidigte Friedhofshöhe von Gorlice und den zäh gehaltenen Eisenbahnwall von Komieniza. Von den österreichisch-ungarischen Truppen hatten galizische Bataillone die steilen Höhenstellungen des Bustkiberges angegriffen und erstürmt und ungarische Truppen in heißem Kampfe die Wiatrowkahöhen genommen. Preußische Garderegimenter warfen den Feind aus den Höhenstellungen östlich der Biala und stürmten bei Staßkowka sieben hintereinander gelegene, erbittert verteidigte russische Linien. Entweder von den Russen angesteckt oder von einer Granate getroffen, entzündete sich die hinter Gorlice gelegene große Naphtaquelle. Haushoch schlugen die Flammen aus der Tiefe, und eine Rauchsäule von mehreren hundert Metern stieg zum Himmel. Am Abend des 2. Mai, als die heiße Frühlingssonne allmählich einer kühlen Nacht zu weichen begann, war die erste Hauptstellung ihrer ganzen Länge und Tiefe nach in einer Ausdehnung von 16 Kilometern durchbrochen und ein Geländegewinn von durchschnittlich vier Kilometern erzielt. Mindestens 20000 Gefangene, mehrere Dutzend Geschütze und etwa 50 Maschinengewehre blieben in der Hand der verbündeten Truppen, die im Kampfe um die Siegespalme gewetteifert hatten. Außerdem wurde noch eine unübersehbare Menge von Kriegsmaterial aller Art erbeutet, darunter große Mengen von Gewehren und Munition.

124.

Der Durchbruch bei Przasnysz und Zielona.

13.—15. Juli 1915.

Quelle: Amtliche Darstellung des Großen Hauptquartiers vom 31. Juli 1915.

Fundort: Der Weltkrieg. Illustrierte Kriegschronik des „Daheim“[1]). Bielefeld und Leipzig 1914 ff. S. 6 und 7.

Von der Pilica bis zum baltischen Ostseerande rückten die unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls von Hindenburg stehenden Truppen wiederum kräftig vor. Im Rahmen dieser großen Offensive erhielt der General der Artillerie von Gallwitz den Auftrag, mit den Truppen, die unter seiner Leitung seit Monaten die Wacht an der Südgrenze West- und Ostpreußens gehalten hatten, und einigen Verstärkungen die feindliche Stellung zu durchstoßen. Die Aufgabe mußte als außerordentlich schwer erscheinen, hatten die Russen doch die Zeit der Ruhe ausgenutzt, um ein Netz von günstig gelegenen und sehr stark befestigten Stellungen zwischen ihrer vordersten Linie und den Narewfestungen auszubreiten. Wer jetzt diese teils erstürmten, teils einfach verlassenen Befestigungswerke durchschreitet, der staunt immer von neuem über das Maß der aufgewandten Arbeit und technischen Sauberkeit. Meilenweit ziehen sich — in einer Tiefe von nur 15—20 km — drei, vier, ja fünf Systeme von Schützengräben hintereinander hin, Schützengräben von einer Tiefe und Stärke, wie sie erst der hartnäckige Stellungskrieg geschaffen hat. Hunderttausende dicker Baumstämme sind da hineingearbeitet; Millionen von Sandsäcken liegen auf den Brustwehren und türmen sich zu breiten Seitenwehren. Stellenweise sind bombensichere Unterstände und Pferdeställe tief

[1]) Weiterhin als Kriegsdaheim bezeichnet.

in die Erde eingebaut. Überall stehen dichte Drahthindernisse vor der Front, oft versenkt und in zwei bis drei Reihen hintereinander. Vorspringende Bastionen, bequeme und sichere Beobachtungsstände leiten zum Festungscharakter über. Das Gelände ist stark hügelig, hier und da bergig mit weit überragenden Höhen und steilen Abhängen. Von den zahlreichen Wäldern haben die Russen einen erheblichen Teil niedergelegt, um freiere Übersicht und weiteres Schußfeld zu erhalten. Eine solche Front in ganzer Breite frontal anzugreifen, ist unmöglich. Eine Umfassung des Gegners war ausgeschlossen, da sich die deutschen und die russischen Linien ununterbrochen nahe gegenüberlagen.

General von Gallwitz entschloß sich zum Durchbruch an zwei Stellen, die so nahe aneinanderliegen, daß die hier gelingenden Vorstöße ihre Wirkung sofort auf das Mittelstück und weiter auch nach rechts und links ausüben mußten. Als Angriffspunkte wählte er die vorspringenden Winkel der russischen vordersten Stellung nordwestlich und nordöstlich von Przasznysz. Diese vielumstrittene Stadt, deren Umgebung solche Mengen russischen und deutschen Blutes getrunken hat, und die selbst dabei zum Trümmerhaufen geworden ist, hatten die Russen durch einen Gürtel von starken Feldwerken zu einer Festung ausgebaut. Sie sollte diesmal gar nicht angegriffen werden, sondern als Siegespreis den zur Rechten und zur Linken stürmenden Truppen in den Schoß fallen. Dieser Plan ist in vollem Umfang geglückt: Wie die Schneiden einer gewaltigen Kneifzange durchbrachen die tapferen deutschen Truppen die feindliche Linie zu beiden Seiten von Przasnysz und schlossen sich unaufhaltsam jenseit der Stadt zusammen . . . . .

Der Morgen des 13. Juli weckte die Russen unsanft aus ihrem Sicherheitsgefühle. Die Sonne war kaum aufgegangen, als aus Hunderten von Feuerschlünden die Geschosse leichten, schweren und schwersten Kalibers auf die russischen Stellungen herniedersausten. Es war eine Kanonade, die schon auf die deutschen Truppen einen tiefen Eindruck machte, die russischen aber völlig um die Besinnung brachte. Trotz des unklaren regnerischen Wetters schoß unsere Artillerie ausgezeichnet. Den Schützen in so starken Feldstellungen ist ja nur durch Volltreffer größerer Kaliber beizukommen. Hageldicht schlugen diese kurz vor und hinter den russischen Linien ein, oft genug auch unmittelbar in die Deckungen. Wurde dadurch auch nur ein kleiner Teil der Feinde getötet, so war die moralische Wirkung um so gewaltiger. Gefangene haben erzählt, daß in diesem Höllenfeuer jeder Zusammenhalt in der Truppe aufhörte. Hieraus, wie aus der überraschenden Wirkung des ganzen Angriffes ist es zu erklären, daß unsere Infanterie bei der Erstürmung der ersten russischen Stellung wenig Aufenthalt und verhältnismäßig wenig Verluste hatte. Auf 8 Uhr morgens war für einen großen Teil der Truppen der Angriff festgesetzt, für einen anderen etwas später, und schon eine Viertelstunde danach, stellenweise sogar vor der anberaumten Zeit, war der Erfolg gesichert. Die deutsche Infanterie ließ sich in ihrem frischen Vorwärtsdrang um so weniger aufhalten, als sie die gewaltige Wirkung des Artilleriefeuers erkannte und Scharen von waffenlosen Russen herankommen sah, die nur noch in der Gefangenschaft Rettung vor den schrecklichen Granaten suchten . . . Im Laufe des Vormittags brach die Sonne durch und beschien die siegesfroh vorwärtseilenden deutschen Truppen. Die zogen über die drohenden Höhen hinweg, die vor ihnen lagen, und ließen dem Feinde kaum irgendwo Zeit, sich in der starken zweiten Verteidigungslinie festzusetzen. So fielen manche sorgfältig vorbereiteten hervorragenden Stellungen fast ohne Kampf in unsere Hände. Am selben Tage noch

kamen die unermüdlichen Kämpfer bis zur nächsten Linie, ja stürmten sie zum Teil schon in der Nacht ... Mehr als man hoffen durfte, hatten mit einem Schlage die Treffsicherheit der Artillerie und der Ungestüm der Infanterie erreicht: Binnen 24 Stunden war Przasnysz von beiden Seiten flankiert und nicht mehr zu halten.

Am 14. Juli ging fast ununterbrochen ein feiner Regen nieder. Der Durchzug durch das ausgebrannte, völlig menschenleere Przasnysz war melancholisch genug, aber unsere Soldaten klappten wohlgemut die Zange zu und vereinigten sich südlich davon zu einer Ramme, die nun die neue feindliche Stellung, die letzte geschlossene vor der Narewlinie, mitten entzweibrach. Die Russen hatten alle Zwischenlinien aufgegeben und schleunigst die seit Monaten vorbereitete, außerordentlich starke Verteidigungsstellung Wysogrod-Cichanow-Zielona-Szczuli-Krasnosielc besetzt, die wieder aus mehreren Reihen hintereinander bestand. Unsere Truppen mochten zunächst im Zweifel sein, ob sie hier noch stärkeren Widerstand zu erwarten hätten.

Der 15. Juli gab eine ernste Antwort. Als nach kräftiger Artillerievorbereitung die Schützenlinien vorzugehen begannen, empfing sie überall ein heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Der Feind setzte offenbar alles daran, das letzte Bollwerk bis zum äußersten zu verteidigen. So ging es an den meisten Stellen nur langsam vorwärts, und öfters mußte die für das Wirkungsschießen der Artillerie angesetzte Zeit verlängert werden. Trotz des hellen, sonnigen Wetters, das eine gute Beobachtung zuließ, war der Erfolg nicht mehr so durchschlagend wie am ersten Tage ... Punkt 2 Uhr trat man zum Sturm an. Es war ein gewagtes Unternehmen, diesen Stoß ohne die heranbeorderten Verstärkungen zu unternehmen. Sein Gelingen ist dem hervorragenden Zusammenwirken von Infanterie und schwerer Artillerie zu verdanken. Im vollen Vertrauen auf die Treffsicherheit der „schwarzen" Brüder sprangen die Schützen durch das hohe Kornfeld vor, sobald eine Lage Granaten vor ihnen eingeschlagen war. Durch verabredete Zeichen gaben sie ihre neue Linie zu erkennen. Dann legte die Artillerie ihre Geschoßgarbe 100 Meter weiter vorwärts, und unter ihrem Schirm stürzten jene in die frischen Granatlöcher. So ging es ununterbrochen vorwärts. Weder das russische Schnellfeuer, noch das doppelte Drahthindernis vermochte den Sturm aufzuhalten. Als das deutsche Hurra rollte, liefen die Russen, verblüfft durch solche Elementargewalt, in hellen Haufen davon. Um 2½ Uhr erhielt der Divisionsstab vom linken Flügel die Fernsprechmeldung: Die feindliche Stellung ist genommen, und kaum war der Apparat frei, so traf vom rechten Flügel dieselbe Nachricht ein ... Die Wirkung dieses ersten Durchbruchs durch die russische Hauptstellung pflanzte sich im Laufe des Nachmittags und der Nacht über die ganze Front hin fort. Neue Kräfte wurden in die Bresche geworfen und halfen sie erweitern ... Auch einzelne rückwärtige Zwischenstellungen des Feindes fielen bald unter den Stößen unserer siegesfroh vorwärtseilenden Truppen, die erst vor der befestigten Narewlinie Halt machten ... An dem schönen Erfolge haben naturgemäß auch die Truppenteile, die zur Seite der mittleren Stoßkolonnen vorgingen, ihren erheblichen Anteil ... Die Aufmerksamkeit auch späterer Zeiten wird aber doch in erster Linie sich auf das Mittel- und Hauptstück dieser groß- und eigenartig von General von Gallwitz angelegten Offensive richten: auf die Zange von Przasnysz und den Rammstoß von Zielona.

125.

Italiens Verrat.

1. Quelle: Kundgebung des Kaisers Franz Joseph vom 23. Mai 1915.

Fundort: Kriegsrundschau. S. 742 und 743.

An meine Völker!

Der König von Italien hat mir den Krieg erklärt.

Ein Treubruch, dessengleichen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreich Italien an seinen beiden Verbündeten begangen worden.

Nach einem Bündnis von mehr als dreißigjähriger Dauer, während dessen es seinen territorialen Besitz mehren und sich zu ungeahnter Blüte entfalten konnte, hat uns Italien in der Stunde der Gefahr verlassen und ist mit fliegenden Fahnen in das Lager unserer Feinde übergegangen.

Wir haben Italien nicht bedroht, sein Ansehen nicht geschmälert, seine Ehre und seine Interessen nicht angetastet; wir haben unseren Bündnispflichten stets getreu entsprochen und ihm unseren Schirm gewährt, als es ins Feld zog; wir haben mehr getan: als Italien seine begehrlichen Blicke über unsere Grenzen sandte, waren wir, um das Bündnisverhältnis und den Frieden zu erhalten, zu großen und schmerzlichen Opfern entschlossen, zu Opfern, die unserem väterlichen Herzen besonders nahegingen.

Aber Italiens Begehrlichkeit, das den Moment nützen zu sollen glaubte, war nicht zu stillen, und so muß sich das Schicksal vollziehen.

Dem mächtigen Feinde im Norden haben in zehnmonatigem gigantischen Ringen und in treuester Waffenbrüderschaft mit dem Heere meines erlauchten Verbündeten meine Armeen siegreich standgehalten.

Der neue heimtückische Feind im Süden ist ihnen kein neuer Gegner.

Die großen Erinnerungen an Novarra, Mortara, Custozza und Lissa, die den Stolz meiner Jugend bilden, und der Geist Radetzkys, Erzherzog Albrechts und Tegethoffs, der in meiner Land- und Seemacht fortlebt, bürgen mir dafür, daß wir auch gegen Süden hin die Grenzen der Monarchie erfolgreich verteidigen werden.

Ich grüße meine kampfbewährten, siegerprobten Truppen.

Ich vertraue auf sie und ihre Führer!

Ich vertraue auf meine Völker, deren beispiellosem Opfermute mein innigster väterlicher Dank gebührt.

Den Allmächtigen bitte ich, daß er unsere Fahnen segnen und unsere gerechte Sache in seine gnädige Obhut nehme.

Franz Joseph.

2. Quelle: Die Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 28. Mai 1915.

Fundort: Kriegsrundschau. S. 745—748.

Als ich vor acht Tagen zu Ihnen sprach, bestand noch ein Schimmer von Hoffnung, daß das Losschlagen Italiens vereitelt werden könne. Die Hoffnung hat getrogen. Das deutsche Empfinden sträubte sich, an die Möglichkeit einer solchen Wendung zu glauben. Jetzt hat die italienische Regierung selbst diesen Treubruch mit blutigen Lettern unvergänglich in das Buch der Weltgeschichte eingeschrieben. (Allseitiges Sehr richtig!) Ich glaube, es war Machiavelli, der einmal gesagt hat, jeder Krieg, der notwendig sei, sei auch gerecht. War von diesem nüchtern

realpolitischen Standpunkte aus, der von allen moralischen Reflexionen absieht, war auch nur so gesehen, dieser Krieg notwendig? Ist er nicht vielmehr geradezu sinnlos? (Stürmische Zustimmung.) Niemand bedrohte Italien, weder Österreich-Ungarn, noch Deutschland. Ob die Tripleentente es bei Lockungen hat bewenden lassen, das werden die Geschichtschreiber einmal festzustellen haben. (Lebhaftes Sehr gut!) Ohne einen Tropfen Blut, ohne das Leben eines einzigen Italieners zu gefährden, konnte Italien die lange Liste der Konzessionen haben, die ich Ihnen neulich verlesen habe: Land in Tirol, Land am Isonzo, soweit die italienische Zunge klingt, Befriedigung nationaler Wünsche in Triest, freie Hand in Albanien, den wertvollen Hafen Valona. Warum haben die Herren Salandra und Sonnino das nicht genommen? Wollten sie etwa auch das deutsche Tirol erobern? (Mit erhobener Stimme:) Hände weg, meine Herren! (Stürmischer Beifall.) Oder will sich Italien an Deutschland reiben, an dem Lande, dem es doch bei seinem Aufschwung zur Großmacht so manches zu verdanken hat? (Lebhafte Zustimmung.) An dem Lande, von dem es durch keinerlei Interessengegensätze getrennt ist? Wir haben in Rom keinen Zweifel darüber gelassen, daß der italienische Angriff auf österreichisch-ungarische Truppen auch deutsche Truppen treffen wird. (Lebhafter Beifall.)

Weshalb hat nun also Rom auf die weitgehenden Anerbietungen so leicht verzichtet? Das italienische Grünbuch ist ein Dokument, das schlechtes Gewissen hinter hohlen Phrasen verbirgt . . . . .

Schon im Dezember lagen Anzeichen für eine Schwenkung des römischen Kabinetts vor. Zwei Eisen im Feuer zu haben, ist ja immer nützlich, und Italien hatte uns auch früher schon seine Vorliebe für Extratouren gezeigt. Aber hier war kein Tanzsaal, hier war die blutige Walstatt, auf der Österreich-Ungarn und Deutschland für ihr Leben fechten. (Stürmische Zustimmung.)

Und dasselbe Spiel wie gegen uns, haben die römischen Staatsmänner auch gegen das eigene Volk gespielt. Gewiß, das Land italienischer Zunge an der Nordgrenze war von jeher ein Traum und Wunsch, innig begehrt von italienischen Herzen. Aber doch ist dieser Krieg ein Kabinettskrieg. Denn das italienische Volk in seiner großen Mehrheit wollte nichts vom Kriege wissen, und auch die Mehrheit des Parlaments wollte es nicht. (Hört, hört!) Noch im Mai haben die besten Kenner der italienischen Verhältnisse feststellen können, daß etwa vier Fünftel des Senats und drei Viertel der Kammer gegen den Krieg waren. (Lebhaftes Hört, hört!) und darunter die ganz festen und gewichtigsten Staatsmämer der ganzen letzten italienischen Epoche. Aber die Vernunft kam nicht mehr zu Worte. Es herrschte allein die Straße, und die Straße war unter der wohlmeinenden Duldung und Förderung der leitenden Männer des italienischen Kabinetts (Lebhaftes Sehr gut!), bearbeitet von dem Golde der Tripleentente (Stürmische Zustimmung) und unter der Führung gewissenloser Kriegshetzer in einen solchen Blutrausch versetzt, daß sie dem Könige Revolution und allen Gemäßigten, die sich noch ein nüchternes Urteil bewahrt hatten, Überfall und Mord androhte, wenn sie nicht in die Kriegstrompete mit einstießen. Über den Gang der österreichischen Verhandlungen, über das Maß der österreichischen Konzessionen wurde das Volk geflissentlich im Dunkel gehalten. So kam es, daß . . . in den entscheidenden Debatten über die Kriegsvollmachten kein Redner der konstitutionellen Parteien des Senats oder der Kammer den Wert der weitgehenden österreichischen Konzessionen für die nationalen Wünsche des italienischen Volkes zu würdigen auch nur versucht hat. In dem allgemeinen Kriegstaumel trieben die leitenden Politiker zum Sturm.

Aber wenn durch die militärischen Ereignisse, wie wir sie hoffen und wünschen, eine Ernüchterung des italienischen Volkes eintreten wird, dann werden ihm auch die Augen darüber aufgehen, wie leichtfertig es in diesen Krieg hineingehetzt worden ist. (Stürmisches Sehr richtig!)

Wir haben alles getan, um die Abkehr Italiens vom Bunde zu verhüten. Uns fiel dabei die undankbare Rolle zu, dem treuen verbündeten Österreich-Ungarn, mit dessen Armee unsere Truppen von Kampf zu Kampf und von Sieg zu Sieg schreiten, anzusinnen, die Vertragstreue des Dritten durch die Abtrennung altererbter Gebiete zu erkaufen. Daß Österreich-Ungarn schließlich hier an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen ist, wissen Sie. (Zustimmung.) Der Fürst Bülow, der von neuem in den aktiven Dienst des Reiches getreten war, hat die ganze Summe seines diplomatischen Geschickes, seiner genauen Kenntnis der italienischen Zustände seiner Persönlichkeit und seines Namens in unerschütterlicher Arbeit für eine Verständigung eingesetzt. (Lebhafter Beifall.) Wenn seine Arbeit vergeblich geblieben ist — das ganze deutsche Volk dankt sie ihm. (Lebhafter Beifall.) Wir werden auch diesen Sturm aushalten. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Von Monat zu Monat sind wir mit unseren Verbündeten immer mehr zusammengewachsen. Von der Pilica bis zur Bukowina haben wir mit unseren österreichisch-ungarischen Kameraden monatelang gegen eine Riesenübermacht zusammen ausgehalten. (Beifall.) Dann sind wir siegreich vorgestoßen und vormarschiert. An dem Geist der Treue und Freundschaft und Tapferkeit, von dem die Zentralmächte unerschütterlich beseelt sind, werden auch neue Feinde zuschanden werden. (Brausender Beifall.)

126.

Die Herbstschlacht in der Champagne.

September 1915.

Quelle: Die Champagne-Herbstschlacht 1915. Bearbeitet und herausgegeben vom Armee-Oberkommando 3. München und Leipzig o. J. S. 31—74.

Wie auf Kommando fingen plötzlich die Tausende von französischen Geschützen an, ihren Eisenhagel auf die deutschen Stellungen zu schleudern. Ohne Pause folgten einander die Detonationen der platzenden Geschosse. Ein dauerndes Gedröhne, das noch auf 30, ja 50 km Entfernung wie das ununterbrochene Rollen eines schweren Gewitters oder das Tosen der Meeresbrandung anzuhören war, erschütterte die Luft. Auf eine Strecke von 30 km Breite und mehr wurde der Boden von den einschlagenden Geschossen aller Kaliber, vom Feldgeschütz bis zum 28-cm-Mörser, buchstäblich umgepflügt. Bäume wurden entwurzelt. Ganze Waldstücke verschwanden vom Boden. Einige kahle Stümpfe zeigten bald nur noch die Stellen an, wo sich früher die für die Champagne so charakteristischen Kiefernhölze erstreckt hatten. In den Dörfern, die in der feindlichen Feuerzone lagen, stürzten auch noch die letzten ragenden Mauerreste zusammen. Trümmerhaufen bezeichneten die ehemaligen Dorfstätten. Aber auch alle die tief in das Erdreich eingeschnittenen Befestigungsanlagen unserer Stellungen, die unsere Leute in monatelanger, mühseliger Arbeit geschaffen hatten, konnten trotz aller möglichen kunstvollen Versteifungen dem feindlichen Massenfeuer auf die Dauer nicht stand halten. Gingen doch an einem Tage nach oberflächlicher Berechnung mindestens 180000

bis 200000 Schuß auf die Abschnitte der einzelnen Divisionen nieder. Man versteht, daß einem derartigen rasenden Munitionsaufwand gegenüber am Ende auch die sorgfältigst angelegten Annäherungswege, die nach allen Regeln der Pionierkunst befestigten Grabenböschungen zum Opfer fallen mußten. Ein einziger Schuß aus einem schweren 28-cm-Mörser riß ja schon Trichter von 5—6 m Tiefe und noch größerem Durchmesser in den Boden . . . . .

Und immer weiter hämmerte das rasende Feuer, immer weiter und weiter. Immer neue Hunderte von Geschossen jagten heran und rissen neue Trichter in das aufgewühlte Erdreich. Eine dichte, dunkle Wolke lagerte über der ganzen Gegend, ein Gemisch von Erd- und Kreidestaub und dem Rauch der platzenden Geschosse.

Und in diesem Höllenlärm, dem fast undurchdringlichen Dunst stehen, knien und liegen an den Stellen, auf die sie gestellt sind, die Beobachtungsposten der deutschen Gräben. Sie müssen dort oben aushalten, müssen warten, bis der erlösende feindliche Angriff kommt, der auf ihre Meldung hin die unten tief in ihren Erdlöchern sitzende Besatzung ans Tageslicht ruft, zum Kampf Mann gegen Mann. Die Beobachtungsstände, die den darin Stehenden wenigstens einen Schutz gegen die Splitter feindlicher Geschosse bieten sollten, sind größtenteils längst zerstört. Andere Deckung gilt es auszunutzen, aufgewühltes Erdreich oder die Trichter der schweren feindlichen Geschosse.

Die Namen aller dieser Männer, die dort oben während des 75stündigen Trommelfeuers ihren Dienst versehen haben, müssen für alle Zeiten in der Geschichte dieses Krieges aufgezeichnet werden.

Aber dasselbe Heldentum lebt auch dort unten in den Stollen, die sechs und mehr Meter unter der Erde die Besatzungen der Stellungen bergen. Eng aneinandergeschmiegt auf kleinem Raum, teils ohne Licht, in schlechter Luft sitzen dort die Verteidiger der deutschen Stellung, stundenlang, tagelang und warten und warten auf das Signal, das sie endlich, endlich nach oben ruft zum offenen, ehrlichen Kampf. Auch sie kämpfen schon jetzt dort unten, noch bevor die eigentliche Schlacht begonnen hat, einen Kampf um ihr Leben. Immer wieder drohen die Eingänge, die tiefen, in die Unterstände führenden Stollen, von dem aufgewühlten Erdreich in der Nähe einschlagender Geschosse verschüttet zu werden; dauernd steht der Besatzung der Tod durch Ersticken vor Augen. Aber sie müssen sich am Leben erhalten. Sie müssen später zur Stelle sein, wenn es gilt, den anstürmenden Feinden gegenüber den Graben zu behaupten. Und unaufhörlich arbeiten sie, um die Ausgänge von den sie versperrenden Trümmern und Erdmassen frei zu halten für den Augenblick, da das Alarmzeichen ertönt, da es gilt, hinauf zu eilen und in den Überresten der Stellung dem feindlichen Ansturm entgegenzutreten.

Noch ist dieser Zeitpunkt nicht gekommen, obgleich schon zwei Tage, volle 48 Stunden, das feindliche Trommelfeuer ununterbrochen auf die deutschen Stellungen herniederrast.

Am 24. September morgens hält drüben der französische Führer den Augenblick für gekommen, Erkundungsabteilungen zu entsenden. Sie sollen sich von der Wirkung des französischen Artilleriefeuers überzeugen, sollen feststellen, ob dort drüben in den deutschen Gräben, wo sich nichts mehr regt, wirklich alles Leben erstorben ist, ob das Feuer aus den Tausenden von Geschützen bereits seine Arbeit

getan, Hindernis, Pfähle und Drahtgewirr so weggeräumt hat, daß das Vorgehen der französischen Infanterie nur ein Spaziergang sein wird, wie es die Vorgesetzten den französischen Soldaten in ihren Ansprachen dargestellt haben.

Jedoch anders, als die französischen Führer wohl gedacht haben, spielt sich das Vorfühlen der Erkundungsabteilungen ab: die deutschen Beobachter haben gut acht gegeben. Ihr wohlgezieltes Feuer, stellenweise, dort, wo stärkere Abteilungen vorgingen, auch das Feuer größerer Teile der Grabenbesatzung, schlägt den spähenden Franzosen entgegen. Noch ist der Deutsche also auf seinem Posten; noch ist er nicht „kaput", wie der Franzose schon gejubelt hat; er lebt und wehrt sich seiner Haut.

Die bisherige Wirkung der Artillerie ist also noch zu gering gewesen. Selbst das 48stündige Trommelfeuer hat noch nicht genügt, die Spannkraft des Deutschen zu brechen. Immer noch ist er der achtunggebietende, gefürchtete Gegner.

Von neuem setzt also die Arbeit der Tausende von Geschützen ein; von neuem werden die gesamten Stellungen mit einem Hagel von Geschossen überschüttet; von neuem wird die Widerstandsfähigkeit der Nerven der deutschen Soldaten auf die Probe gestellt. Ganz besonders nachdrücklich wendet sich die französische Artillerie jetzt den Stellen zu, von denen den vorschleichenden Patrouillen das heftigste Abwehrfeuer entgegengeschlagen ist. Soll doch möglichst alles Leben erst in den deutschen Gräben vernichtet werden, bevor Joffre seine Soldaten zum Sturm gegen die feindlichen Linien vorschickt.

Und so vergehen noch einmal 24 Stunden. Der 25. September bricht an. 72 Stunden liegt nun schon das Höllenfeuer auf den deutschen Stellungen . . . . .

Aber noch hat die Erlösungsstunde nicht geschlagen . . . 7 Uhr vormittags ist es, als das feindliche Feuer plötzlich zu einer Stärke anschwillt, die vordem außerhalb des menschlichen Vorstellungsvermögens gelegen hat. Es ist, als ob sich die Zahl der feindlichen Batterien mit einem Schlage verdoppelt, verdreifacht hätte, als ob die Geschütze dort drüben nicht mehr von Menschenhand bedient würden. Das Ohr ist jetzt nicht mehr fähig, die verschiedenen Eindrücke zu unterscheiden. Ein Laut, ein einziger, dröhnender, nicht endender Laut erfüllt die Luft, liegt über den Stellungen, ohne auszuklingen . . . . .

10 Uhr ist es, da wird es in den dichten, vorgelagerten Rauch- und Staubwolken plötzlich lebendig. Die Nebelschwaden nehmen feste Formen, feste Gestalt an. Menschen formen sich.

Endlich naht er sich also, der Feind; endlich stellt sich der langersehnte, langerwartete Gegner zum ehrlichen Kampf, Mann gegen Mann. Drei, vier und mehr Glieder tief, in Massen, die das menschliche Auffassungsvermögen in der kurzen Zeit gar nicht in sich aufzunehmen vermag, schiebt es sich heran. Überall, soweit das Auge blickt, ein einziges, wogendes Meer der Tausende und Abertausende in die langen, hellblauen Mäntel gehüllten Gestalten, die jetzt langsam im Schritt wie eine einzige endlose Mauer gegen die deutschen Stellungen vorrücken.

„Sie kommen, sie kommen!" Ein einziger, die endliche Erfüllung lang andauernden Ausharrens verkündeter Schrei in den deutschen Linien von Aubérive bis Servon, von der Suippes bis zur Aisne!

Und nun stürzen sie herauf aus ihren Unterständen, die Männer, denen die Hut des deutschen Walles in der Champagne anvertraut ist. Aus den Erdhöhlen kommen sie hervor, in denen sie mehr als drei Tage und drei Nächte ausgeharrt

haben, eng zusammengepfercht, ohne Licht, in stickiger, verbrauchter Luft nebeneinander kauernd, oft mit knurrendem Magen . . . . .

Mit einem Schlage gewöhnt sich das Auge, das 75 Stunden lang dort unten nur Nacht und Dämmerung geschaut hat, an das helle Licht des Tages. Die Körper, die sich eben zum erstenmal seit langem wieder beim Erklimmen der steilen aus den Erdlöchern emporführenden Treppen gereckt und gestrafft haben, liegen schon wieder zusammengekauert, dem Gelände angeschmiegt, in den von einschlagenden Granaten aufgewühlten Trichtern, hinter den Trümmern ehemaliger Brustwehren, den letzten Resten längst unter dem Trommelfeuer zusammengestürzter Eindeckungen . . . . .

Blitzartig jagen sich jetzt die Ereignisse.

Schon hat die erste Welle des Gegners das Hindernis erreicht . . . Nur an wenigen Stellen ist es der französischen Artillerie gelungen, Gassen in das schützende Drahtnetz zu legen. Auf all den übrigen weiten Fronten aber werden auch noch die Fetzen und Trümmer des einstigen Hindernisses ihre Pflicht tun.

Und schon stutzt die erste französische Sturmwelle ob des unvorhergesehenen Aufenthaltes. Damit hat man nicht gerechnet, daß so schnell schon, kaum, daß man die eigenen Gräben verlassen, dem Siegeslauf ein Halt geboten würde.

Aber noch weit furchtbarere Überraschung wartet der Stürmenden! Wer könnte sich besseres Ziel wünschen, als diesen dichten Wall aufrecht stehender Männer, die sich da jetzt anschicken, mühsam das hindernde Gewirr halbverschütteter Eisenstangen, verschlungenen Stacheldrahtes zu überwinden. Da löst sich mit einem Schlage dort drüben die Spannung in den deutschen Gräben. Zu handeln gilt es jetzt; jetzt ist die Stunde der Vergeltung gekommen. Und Schuß auf Schuß jagen sie aus den Rohren ihrer Gewehre. Jeder Schuß findet sein Opfer. Jede Kugel rafft zwei, drei der Feinde hinweg. Doch nicht schnell genug vermag Menschenhand die Ladevorrichtung zu bedienen. Was bedeuten denn diese zwei oder drei mit einem Schuß niedergestreckten Feinde! Kommen doch zehn, zwanzig der stürmenden Gegner auf einen Verteidiger. Zehn, zwanzig der Angreifer müssen vor den Stellungen zusammenbrechen, wenn es gelingen soll, die deutschen Linien zu halten.

Und schon mischt sich auch mit dem kurzen, scharfen Knall, dem Pfeifen der Infanteriegeschosse das ununterbrochene, gleichmäßige Rattern der Moschinengewehre . . . Reihenweise dringt jetzt Geschoß neben Geschoß in die Massen des Feindes. Reihenweise fallen die feindlichen Streiter, knicken zusammen und sinken lautlos zu Boden. Neue Wellen stürzen über die Leichen der Gefallenen. Auch sie trifft dos gleiche Schicksal. Zu Bergen türmen sich die Körper vor den deutschen Stellungen, häufen sich zu einer einzigen, blauen, unentwirrbaren Masse. Da scheint der Angriffsgeist des Feindes gebrochen. Feindwärts wenden sich die letzten Reste vor den Leichen ihrer Kameraden. Wirkungslos verhallt das „en avant!“ en avant!“ der Offiziere. Doch nur für wenige Augenblicke ruht der Kampf. Gerade genügend Zeit, um festzustellen, daß die Läufe der Maschinengewehre, deren Kühlwasser längst verdampft ist, von der rasenden Feuergeschwindigkeit zu glühen beginnen. Genügend Zeit aber auch, um die Reigen Dutzender schnell, wie selbstverständlich herbeigereichter Feldflaschen, das letzte, mühsam aufgesparte Labsal dieser schon jetzt dem Verschmachten nahen Männer, über das glühende Metall zu entleeren.

Und von neuem hebt das Morden an. Eine neue, tief gegliederte Welle wirft sich der feuernden Linie der Verteidiger entgegen. Reihenweise sinkt sie unter dem mähenden Feuer der Gewehre zu Boden . . . . .

Nur eine kurze Spanne Zeit war verstrichen seit dem Augenblick, da die erste französische Sturmwelle ihre Gräben verließ, gehobener Stimmung, erfüllt mit stolzer Siegeszuversicht. Doch schon wird es den französischen Führern klar, daß die Form, in der der Generalissimus den Entscheidungsschlag hat führen wollen, völlig versagt hat. Schon ist der Woge der Tausenden von Menschen, die sich auf den Gegner dort drüben stürzen sollen, ein Halt geboten. Die Vorwärtsbewegung stockt. Zusammengeschossen, zu Haufen getürmt liegen die Reihen der ersten Sturmwelle vor den feindlichen Gräben. Und dort, wo Teilen der Einbruch gelang, müssen sich die tapferen Kämpfer Frankreichs verbluten, da neuer Kräftezuwachs von rückwärts ausbleibt.

Ein Viertel der zum Sturm bestimmten Truppen ist nicht mehr. Tot oder verwundet liegen sie auf dem Schlachtfeld. Die wenigen Überlebenden sind gefangen in der Hand des Feindes.

Und die zweite und die dritte Welle, die der siegreich die deutschen Stellungen überrennenden ersten dichtauf hatten folgen sollen, „die Flüssigkeit und die Gewalt des Angriffes" wahrend, stehen eng zusammengekeilt in den Gräben. Und auch bei ihnen mehren sich die Verluste in erschreckender Weise. Die deutschen Granaten, die Sprengstücke der über den Gräben platzenden Schrapnells halten reiche Ernte in den dicht gedrängt stehenden Massen . . . . .

Und die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß die Voraussetzungen für die Art, in der der große Angriff geführt werden sollte, falsch waren, daß man die vernichtende Wirkung des 75stündigen Trommelfeuers überschätzt, die Widerstandskraft des Gegners weit, weit unterschätzt hatte. Denn trotz Einsatzes einer solchen Menge von Geschützen, wie sie vordem noch nie auf gleichem Raum versammelt war, trotzdem drei Tage und drei Nächte lang aus 3000 Rohren aller Kaliber Munitionsmengen auf die deutschen Stellungen geschleudert wurden, deren Herstellung die Fabriken Frankreichs und des neutralen Amerikas monatelang beschäftigt hatte, war es nicht gelungen, in den Gräben und Stellungen der dreißig Kilometer breiten Einbruchsstelle alles menschliche Leben zu ertöten. Ja, nicht einmal das hatte gelingen wollen, auf die Nerven dieser Männer dort drüben so einzuwirken, daß sie nicht mehr Herren ihrer Sinne, ihrer Willenskraft waren. Denn daß sie noch im Vollbesitz all ihrer Geisteskräfte, im Vollbesitz ihres festen eisernen Willens sind, haben sie bewiesen durch die Reihen niedergestreckter Feinde, die ihnen die Gräben entreißen wollten, die Gräben, zu deren Wächtern sie bestellt waren, die sie fünf-, ja zehnfacher Überlegenheit gegenüber behauptet haben.

Und das wird auch für alle Zeiten der große, unbestreitbare Erfolg des 25. September bleiben, daß es der Tapferkeit und Widerstandskraft der damaligen Verteidiger der deutschen Linien gelungen ist, den geplanten Massenstoß der 22 französischen Divisionen zu vereiteln, den von Joffre beabsichtigten, gleichzeitigen Durchbruch auf der 30 km breiten Front zwischen Suippes und Aisne nicht zur Vollendung kommen zu lassen. So, wie er gedacht und beabsichtigt war, war der Schlachtplan schon in den Mittagstunden des 25. September mißglückt. Und dieser Mißerfolg bereits in den ersten Anfangsstadien des taktischen Durchbruches war der Ursprung des Mißlingens der gesamten Offensive.

127.

Die Eroberung Belgrads.

6.—9. Oktober 1915.

Quelle: Amtliche Darstellung des Großen Hauptquartiers vom 9. November 1915.

Fundort: Kriegsdaheim. Bd. 5. Anhang. S. 54 und 55.

Als sich in der zweiten Hälfte des Monats September der Aufmarsch der verbündeten Heere auf dem nördlichen Donauufer vollzog, dachte man in Serbien noch nicht an die von dort her drohende Gefahr. Der Feind hatte wohl Kenntnis von Truppenausladungen; er rechnete aber nur, wie spätere Gefangenenaussagen bestätigen, mit einer stärkeren Besetzung der Verteidigungsstellung der ungarischen Donauseite. Wie konnte auch an eine Offensive der Verbündeten in einer ganz neuen Richtung gedacht werden zu einer Zeit, in der die Entente Angriffe größeren Stils auf allen Kriegsschauplätzen vorbereitete. So vereinigte Serbien seine Hauptkraft gegen den Erbfeind Bulgarien, dessen Haltung sich immer mehr der Entente zu entfremden schien. Es galt für die Verbündeten, den Serben möglichst lange in seinem Glauben zu belassen, um dann überraschend mit starker Kraft an verschiedenen Stellen gleichzeitig serbischen Boden betreten zu können.

Welche Schwierigkeiten es macht, einen Fluß zu überwinden, dessen Breite durchschnittlich 700 m und mehr beträgt, dessen Wellen bei der herbstlichen Kossava denen der See gleichkommen und der zumeist von Höhen überragt ist, die einer feindlichen Artillerie denkbar günstige Wirkungen ermöglichen, wird auch jedem Fernstehenden klar sein. Hielten auch nicht die Hauptkräfte der Serben das südliche Donauufer besetzt, so ergaben doch die angestellten Erkundungen, daß der Feind ebenfalls hier auf der Hut war und die Nordgrenze seines Reiches mit fortlaufenden Verteidigungsanlagen versehen hatte, zu deren Besetzung nicht unerhebliche Truppen und Artillerie bereit standen. Den Hauptstützpunkt der Verteidigungsanlagen bildete die Festung Belgrad, jenes alte Bollwerk, das, seinerzeit von den Türken angelegt, der ruhmvolle Kriegsschauplatz Prinz Eugenscher Truppen gewesen war. Hier sollten 200 Jahre später die Nachkommen jener siegreichen Heere, wiederum zum Bunde vereint, sich ihrer Vorfahren würdig erweisen . . . . .

An dieser Stelle verfügte der Feind zum Schutze seiner Hauptstadt über starke Artillerie. Englische und französische Geschütze krönten gemeinsam mit serbischen den Kalimegdan, jene der Hauptstadt vorgelegene, weithin sichtbare Zitadelle, und mittlere und schwere Kaliber harrten auf den überragenden Höhen des Topcider und Barnovo ihrer Ziele . . . Hier galt es, im schweren Artillerieduell erst seine Überlegenheit zu beweisen. Noch war es nicht geglückt, die zum Teil gut eingedeckten, schwer auffindbaren Geschütze zum Schweigen zu bringen, als bereits die Zeit für den Übergang gekommen war. Die gegen Sicht schützende Nacht mußte hier helfend beistehen. Als der Morgen graute, lagen vier österreichisch-ungarische Bataillone am Fuße der Belgrader Zitadelle. Notdürftig durch einen Bahndamm gedeckt, mußten jene Tapferen in schwerem Kampfe 12 Stunden ausharren, bis die Nacht ersehnte Verstärkung brachte.

Deutsche waren unterdessen in fortlaufendem Übersetzen auf die vom Feind besetzte südwestlich Belgrad gelegene Große Zigeunerinsel gewesen. Hier lauerte in dichtem Buschwerk ein gut bewaffneter, zäh sich verteidigender Gegner. Trotzdem

viele Pontons, von Schüssen durchbohrt, kenterten oder auf Minen liefen, trotzdem die Strömung manches Fahrzeug mit sich riß trotzdem durch Handgranaten und Maschinengewehrfeuer große Lücken in die Reihen gerissen wurden, die braven Mannschaften ließen sich nicht aufhalten; sie drangen vorwärts und entrissen im Bajonettkampf dem Feinde Schritt für Schritt. Die Verbindung zum nördlichen Ufer war abgerissen, da sämtliche Übersetzgelegenheiten zerstört, die sie bedienenden Pioniere außer Gefecht gesetzt waren. Sechs Kompagnien aber hielten gegen starke Überlegenheit im heldenhaften Kampfe eine notdürftig mit dem Spaten geschaffene uneinnehmbare Stellung. Der Abend brachte Verstärkungen, und bis zum frühen Morgen des 7. war das östliche Drittel der Großen Zigeunerinsel in deutschem Besitz.

Unverzüglich wurde der Übergang auf serbisches Festland jetzt fortgesetzt; das Säubern der Insel von dem noch haltenden Feind war nunmehr in zweite Linie gerückt; der Vormarsch zu den die Stadt beherrschenden Höhen war in den Vordergrund getreten. Aber auch dieser Weg mußte den sich zäh verteidigenden Serben mit Blut entrissen werden. Auch hier waren es wieder die schweren Kaliber, die der Infanterie den Weg zum Siege ebneten. Ihre verheerende Wirkung war den Serben bis dahin nicht bekannt. Am Abend des 8. stand die Infanterie eines deutschen Armeekorps auf den Topcider-Höhen und besiegelte damit den Fall der Stadt Belgrad. Dort kämpften österreichisch-ungarische Truppen am Nordrand um die Zitadelle einen erbitterten Straßen- und Häuserkampf. Eine von Topcider aus zur Verbindung mit den Verbündeten entsandte deutsche Abteilung erreichte am frühen Morgen die Mitte der Stadt. Ihr Führer war jener Hauptmann, der in den Augusttagen in Südpolen als erster mit seiner Truppe eines der Westwerke von Brest-Litowsk erstiegen hatte. Er erstürmte am 9. Oktober bei Tagesanbruch das serbische Königsschloß, das noch vom Feinde besetzt gehalten wurde, und hißte auf ihm die deutsche Flagge. Gleichzeitig hatten sich die Verbündeten den Zugang zum Kalimegdan erkämpft und die Zitadelle mit der österreichischen Kaiserstandarte gekrönt. Um dem Druck der Umfassung zu weichen, hatten die Serben Hals über Kopf ihre Hauptstadt geräumt.

128.

Warum sich Bulgarien den Mittelmächten anschloß.

Quelle: Bulgarische Denkschrift[1].

Übersetzung: Hannoverscher Kurier vom 9. Oktober 1915 (Abendausgabe). Nr. 32016.

Wir können bestimmt behaupten, daß zur Vermeidung eines unerhörten wirtschaftlichen Zusammenbruches, zur Erhaltung unserer wirtschaftlichen Kraft und um die Möglichkeit zu haben, uns weiter aufzuschwingen und unsere Landwirtschaft, unseren Handel, unsere Industrie, unser Gewerbe usw. weiter zu entwickeln, wir unbedingt eine Politik führen müssen, die sich mit den Interessen Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei vereinbaren läßt. Nur diese Länder konsumieren

[1]) Die Entscheidung der bulgarischen Regierung ist von ihr selbst in einer ausgezeichneten Denkschrift dem Volke mitgeteilt und in ihren Beweggründen erläutert worden. Diese Denkschrift wurde in 20000 Exemplaren an die bulgarischen Gemeinden verteilt. Daß man das damit erstrebte Ziel erreichte, zeigte sich bei der Mobilmachung, bei der alle — Bürger und Bauern, Arbeiter und Studenten — freudig dem Rufe des Königs folgten.

diejenigen unserer Erzeugnisse, die wir nirgendwo anders absetzen können, und durch deren Herstellung allein wir ein kräftiger, wirtschaftlich selbständiger Staat werden können. Politisch selbständig aber kann nur derjenige Staat sein, der wirtschaftlich stark und selbständig ist.

Außerdem zeigt uns die neueste Geschichte während der letzten zwei Jahre, daß tatsächlich Deutschland und Österreich-Ungarn unsere wirtschaftliche Entwicklung und Festigung wünschen. Indem wir die Frage nicht weiter erörtern wollen, daß unserer Ausfuhr und unserer Durchfuhr diese Länder keine Schwierigkeiten bereiten, wollen wir nur noch die Frage der letzten Anleihen erwähnen. Als wir nach dem Kriege zwar „erniedrigt", aber nicht „vernichtet" dastanden[1]), hat sich Frankreich kategorisch geweigert, uns eine Anleihe zu geben, wenn wir den Bukarester Vertrag nicht anerkennen und einer selbständigen Politik nicht entsagen und uns nicht ganz der seinerzeitigen Tripleentente in die Arme werfen, welche über uns nach Belieben verfügen wollte. Unsere Russenfreunde waren damals wie rasend und forderten unbedingt die Annahme dieser Bedingungen. Jetzt können wir sehen und erwägen, wie teuflisch diese Vorschläge und Pläne gewesen sind und wie Bulgarien ein Spielzeug in den Händen Rußlands und Frankreichs geworden und von der Erdfläche verschwunden wäre. In diesen für Bulgarien schweren Stunden ist ihm Deutschland zu Hilfe gekommen und hat ihm die verlangte Anleihe ohne irgendwelche politischen Verpflichtungen gegeben ... Nur die verblendetsten Russophilen in Bulgarien, die Rußland mehr als Bulgarien lieben und die aus Bulgarien ein russisches Gouvernement machen wollen, wollen die Vorteile dieser Anleihe nicht anerkennen, die unter Vorbehaltung der vollen Entschlußfreiheit von bulgarischer Seite abgeschlossen wurde. Aber jeder unparteiische Bulgare hat die Pflicht, es einzugestehen, daß durch diese Anleihe Deutschland uns vor dem Bankerott, sowie vor der politischen Unterwerfung bewahrt hat ... Der Krieg hat gezeigt, wie groß die wirtschaftliche Macht Deutschlands und sogar Österreich-Ungarns ist. Wenn diese Staaten es daher wollen, haben sie immer die volle Möglichkeit, uns wertvoll zu unterstützen. Sie haben es bis jetzt getan, und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß sie uns in Zukunft auch unterstützen werden. Im Gegenteil, aus den bisher gegebenen Erklärungen deutscher Zeitungen und deutscher Staatsmänner können wir mit voller Zuversicht auf die deutsche finanzielle Hilfe rechnen.

Als wir bereits diese Zeilen geschrieben hatten, erhielten wir die Mitteilung, daß Deutschland uns wieder eine Anleihe von 125 Millionen Lewa zur Tilgung von schwebenden Schulden ohne jede politische Bedingungen gemacht hat.

Aus dieser kurzen Darstellung geht deutlich hervor, daß wir aus volkswirtschaftlichen Gründen unbedingt mit Deutschland und seinen Verbündeten gehen müssen, weil nur diese Staaten uns wirtschaftlich emporbringen können, und weil wir ohne deren Unterstützung der wirtschaftlichen Vernichtung preisgegeben sind.

Unser größter Feind ist heute Serbien. Es fragt sich nun, wie kommt Serbien zu der Kühnheit, sich so feindselig gegen Bulgarien zu benehmen? Die Antwort ist klar: durch Rußland, welches um jeden Preis ein „Großserbien" errichten will, das Bulgarien vernichten soll, und ihm, Rußland, gleichzeitig helfen soll, Konstantinopel und die Meerengen zu erobern. Wir kennen nicht den Wortlaut der

[1]) Die in Anführungszeichen gesetzten Ausdrücke enthalten Anspielungen auf entsprechende Bemerkungen des russischen Ministers des Auswärtigen, die in der bulgarischen Presse oft besprochen wurden.

berühmten Note, welche der Vierverband der bulgarischen Regierung übergeben hat; aus dem aber, was man gesprochen und in den Zeitungen geschrieben hat, ersieht man:

1. daß uns Rußland und seine Verbündeten nichts für unsere Neutralität geben, dagegen aber verlangen, daß wir uns möglichst bald an dem Krieg beteiligen;

2. daß Bulgarien seine Armeen dem Vierverband zur vollen Verfügung überlassen soll, der sie kommandieren und dorthin senden will, wo er es für gut findet;

3. daß die bulgarische Armee Konstantinopel erobern und dann Rußland übergeben muß, und

4. gegen all dieses gestattet man Bulgarien, daß es das Territorium bis zur Linie Enos-Midia behält und verspricht ihm einige ganz unklare und unzureichende Kompensationen in Mazedonien, doch nur für den Fall, daß Serbien genügend von Österreich kompensiert wird.

Die Versprechungen Deutschlands und Österreich-Ungarns an Bulgarien für seine Neutralität sind in der Hauptsache die folgenden:

1. ganz Mazedonien, einschließlich Skopie, Bitolia, Ochrid usw.;

2. freundschaftliche Vermittlung zwischen Bulgarien und der Türkei zum Zwecke der Abtretung der Linie nach Dedeagatsch und des westlich am rechten Maritzaufer gelegenen Territoriums. Diese Einigung mit der Türkei erwartet man in kurzer Zeit.

Noch weitergehende territoriale Versprechungen auf Kosten Serbiens haben uns die Zentralmächte für unsere aktive militärische Mithilfe gemacht. Diese Versprechungen entsprechen unserem Verlangen, längs der Donau eine gemeinschaftliche Grenze mit Österreich-Ungarn zu haben. Der gegenwärtige Krieg hat gezeigt, wie unbedingt notwendig es ist, daß wir direkt und unmittelbar mit Ungarn eine Verbindung haben müssen, um von einem verrückt gewordenen Serbien unabhängig zu sein. Aber auch andere Teile von Altserbien sind uns in Aussicht gestellt worden.

Man sieht hier deutlich, daß der Vierverband gegen geringe, ungenaue und zweifelhafte Vorteile von uns große Opfer fordert, und daß Deutschland und Österreich-Ungarn uns deutlich und ka egorisch zu verstehen geben, was sie uns gegen unvergleichlich geringere Opfer von unserer Seite geben wollen. Doch die Frage hat auch eine andere Seite. Wir glauben überhaupt an keine Versprechungen mehr und noch weniger an solche des Vierverbandes, der Italien als Verbündeten aufnahm, welches auf eine so hinterlistige Art sein Ehrenwort mit Füßen trat und einen 33jährigen Bündnisvertrag gebrochen hat. Wir haben jedoch im Gegenteil vollen Grund, an einen Vertrag mit Deutschland zu glauben, das stets seine Vertragsverpflichtungen erfüllt hat und sich mit der ganzen Welt schlägt, nur um seinen vertraglichen Pflichten gegenüber der österreichisch-ungarischen Monarchie nachzukommen. Unsere Hoffnung, unser Ideal ist aber vor allem Mazedonien und dann erst die anderen Länder, die man uns in Bukarest gestohlen hat.

Die Erreichung dieses Ideals kann und wird nur dann erfolgen, wenn wir die Neutralität preisgeben.

Schließlich müssen wir zu einer Mächtegruppe halten, die in dem gegenwärtigen Krieg den Sieg davontragen wird, weil wir nur so die wesentlichen Gebietserweiterungen und unsere weitere Entwicklung sichern können. Aus der

Entwicklung der Operationen auf den Kriegsschauplätzen, sowohl auf der Front gegen Frankreich und Belgien, als auf der Front gegen Italien, Serbien und Rußland, erkennt man täglich deutlicher, daß der Sieg sich auf die Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns neigt. Unter diesen Umständen wird Bulgarien gegen sich selbst ein Verbrechen begehen, es wird einfach Selbstmord begehen, wenn es nicht mit den Zentralmächten hält, weil nur diese es sind, die es uns ermöglichen können, unsere Hoffnungen auf eine Vereinigung des bulgarischen Volkes zu verwirklichen.

129.

Unser Kampfziel bei Verdun.

Quelle: Mitteilung des Großen Hauptquartiers.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 24. Oktober 1916 (Abendausgabe). Nr. 32 741.

Die Bedeutung und die Eigenart der Kämpfe um Verdun ist unmittelbar bedingt durch die strategische Lage der Festung. Das großangelegte System von befestigten Stützpunkten, welches Frankreich zur Sicherung seiner Ost- und Nordostfront vor seine Hauptstadt gelagert hat, zieht sich von Belfort über Epinal und Toul nach Verdun, mit der Front nach Nordosten. Bei Verdun biegt es nach Westen um und zieht sich über die Hauptstützpunkte Reims und Laon bis zu den Sicherungen des Oisetales bei la Fère. Die letzteren beiden Stützpunkte sind in unseren Händen, im übrigen ziehen sich unsere Schützengräben im flachen Bogen um diese Sperrlinie herum, die sie nur bei St. Mihiel durchbrochen haben. Verdun bildet den nordöstlichen Eckpfeiler dieses ganzen Verteidigungssystems.

Aber in dieser wichtigen Bedeutung Verduns für die Verteidigung Frankreichs liegt nicht die alleinige, ja nicht einmal die hauptsächlichste Bedeutung des Platzes. Zu einer noch wesentlich wichtigeren Rolle mußte Verdun in dem Augenblick berufen sein, wo unsere Feinde es unternahmen, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Denn in diesem Augenblick wurde Verdun das eigentliche Ausfalltor Frankreichs gegen Deutschland. Der Vorstoß, welchen die Franzosen immer wieder vergeblich versucht hatten, um den zurückgebogenen Teil unserer Westfront zu durchstoßen und damit in den Rücken unserer in Belgien und Nordfrankreich kämpfenden Truppen zu gelangen, sollte von Verdun aus erneuert werden. Von dieser Stelle aus hätte er neben der strategischen Bedrohung des nördlichen und des Mittelstückes unserer Westfront zugleich die wirtschaftlich höchst bedeutungsvolle Nebenwirkung gehabt, daß er schon in seinem Beginne die Aussicht bot, die wertvollen Kohlen- und Erzgebiete von Briey zurückzuerobern, deren Verlust für die Franzosen seinerzeit ebenso peinlich gewesen war, wie ihre Wiedergewinnung im höchsten Grade erwünscht sein mußte. Im weiteren Verlauf hätte dann der Vorstoß von Verdun aus die Festung Metz getroffen, deren Überrennung zugleich die Möglichkeit bot, die durch sie gedeckten deutsch-lothringischen Stahlindustriegebiete und damit vitale Teile unserer deutschen Kriegsindustrie zu entreißen.

Für die Erreichung dieses strategisch wie kriegswirtschaftlich gleich bedeutungsvollen Zieles bot die Festung Verdun eine ganz eigenartig günstige Operationsbasis. Zunächst sicherte Verdun mit seinem breiten Fortgürtel, der noch dazu durch einen weit vorgeschobenen Kranz von vorzüglich gelegenen neuausgebauten Feldbefestigungen erweitert worden war, die Übergänge der wichtigsten von Paris nach Metz führenden Straßen und Eisenbahnen und diente also als Brückenkopf für die

Maaslinie. Für die östlich der Maas zum Vorstoß nach Nordosten bereitzustellenden Truppenmassen bot der Befestigungsring von Verdun in der Ausdehnung, wie er bis zum Februar 1916 bestand, ein vortreffliches Aufmarschgelände mit einem vorzüglich ausgestalteten Straßen- und Eisenbahnnetz, einer Menge geräumiger Kasernen, Lebensmittellager, kurz mit allen denjenigen Anlagen, welche zu einer Operationsbasis größten Stils gehören. Mit einem Worte: Verdun war das Ausfallstor Frankreichs gegen Mitteldeutschland.

Dieses Ausfalltor zu schließen, war uns bis zum Frühjahr 1916 unmöglich gewesen. Der Zweifrontenkrieg hatte wesentliche Teile unserer Streitkräfte auf dem russischen und auf dem Balkankriegsschauplatz gefesselt gehalten. Erst als diese Kräfte durch den zeitweiligen Abschluß des russischen und des Balkanfeldzuges freigeworden waren, konnte an die Niederkämpfung Verduns herangegangen werden mit dem strategischen Ziele: die Ausfallspforte Frankreichs zunächst einmal von deutscher Seite aus zu verrammeln und im weiteren Verlaufe der Kriegshandlungen sie nach Frankreich zu einzustoßen.

130.

Verdun und Somme.

Quelle: Amtliche Darstellung aus dem Großen Hauptquartier.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 25. August 1916 (Abendausgabe). Nr. 32630.

Ein Vergleich der Schlacht an der Somme und der Kämpfe bei Verdun drängt sich auf.

Bei Verdun sind wir die Angreifer; in der Picardie befinden wir uns in der Abwehr. Aber die Verteidigung Verduns, auf deren Hartnäckigkeit die Franzosen so stolz sind, und von der sie in aller Welt so viel Wesens zu machen verstehen, stützt sich auf den wuchtigen Rückhalt der stärksten Festung Frankreichs, ihren doppelten Fortgürtel und ein kunstvoll ausgebautes Verbindungsnetz von Feldbefestigungen. Schon das Angriffsgelände an sich bietet durch sein starkes Ansteigen und die tiefen Einschnitte, die es durchziehen, die überragenden Kuppen, die es schützen, dem Angreifer ungleich viel höhere Schwierigkeiten, als die leicht gewellte Ebene der Picardie. Unseren Kämpfern an der Somme stand nur ein schmaler Gürtel von Schützengräben zur Verfügung, deren vorderste Linie, als sie dem Erdboden gleichgemacht war, von der ungeheuren feindlichen Übermacht nach siebentägigem Trommelfeuer im ersten Anlauf stellenweise überrannt und damit für die Verteidigung vielfach ausgeschaltet werden konnte.

Was aber das Stärkeverhältnis anlangt, so ist es bekannt, daß bei Verdun die Franzosen uns in einer Überlegenheit gegenüberstanden, die an Infanterie sich zu unserer Stärke wie 2 : 1 verhält. Dabei waren wir dort in der Rolle der Angreifer! An der Somme aber stellt sich das Zahlenverhältnis jedenfalls noch weit ungünstiger für uns. Und trotzdem ist der Geländegewinn unserer Feinde im ersten Monat ihrer Offensive noch nicht halb so groß als der unsrige im ersten Monat vor Verdun! (Übrigens mag darauf hingewiesen werden, daß der Geländegewinn, den die Franzosen erzielen konnten, fast doppelt so groß ist als derjenige der Engländer, während die Verluste der ersteren etwa halb so groß sind als die der letzteren.)

Die Schlacht an der Somme stellt selbst gegen die Kämpfe bei Verdun noch eine Steigerung des Einsatzes an Menschen und Munition dar. Sie bildet den Höhepunkt der Kraftentfaltung unserer Feinde und der ganzen bisherigen Kriegsgeschichte. Vergleicht man den Einsatz und die Hoffnungen unserer Feinde mit ihren Erfolgen, so muß sich jedem unbefangenen Beurteiler die Erkenntnis aufdrängen, daß sie unsere Stellung zu erschüttern nicht die Macht besitzen. Zum erstenmal hat das bisher listig geschonte englische Heer gewaltige Verluste erlitten. An den nutzlosen Opfern trägt aber auch diesmal wieder Frankreich weitaus den größten Anteil. Ein weiter blühender Landstrich Frankreichs ist durch die Julikämpfe in eine grausige Trümmerwüste verwandelt.

131.

Die Seeschlacht vor dem Skagerrak.

31. Mai bis 1. Juni 1916.

Quelle: Scheibe, Die Schlacht vor dem Skagerrak. 4. Aufl. Berlin 1916. S. 14—22.

Etwa um 7 Uhr 45 nachm. lösen sich die bis dahin in der Nähe des englischen Schlachtkreuzergeschwaders stehenden englischen Kleinen Kreuzer und Zerstörer von diesem los und wenden sich in schnellem Angriff gegen unsere Panzerkreuzer, die den auf sie abgefeuerten Torpedos durch Abwenden ausweichen. Während sich unsere Kleinen Kreuzer mit den bei ihnen stehenden Flottillen diesem Angriff entgegenwerfen, erhalten sie überraschend Feuer aus schwerem Geschütz aus nordöstlicher Richtung. Aus der den nördlichen und nordöstlichen Horizont überlagernden schmutzigen Dunstschicht treten schattenhaft einzelne Schiffsrümpfe feindlicher Schlachtschiffe hervor. Da der Angriff der feindlichen leichten Streitkräfte pariert ist und das schwere Feuer schnell an Heftigkeit zunimmt, drehen unsere Kleinen Kreuzer den Panzerkreuzern nach[1]). Sie erhalten dabei schwere Treffer. „Wiesbaden" wird durch einen Schuß in die Maschine manövrierunfähig und muß stoppen. Teile unserer Flottillen gehen, die Gefahr der sich plötzlich enthüllenden Lage erkennend, unverzüglich zum Torpedoangriff gegen die neu auftretenden Linienschiffe vor. Im Anlaufe näher kommend, erkennen sie eine lange Linie von mindestens 25 Schlachtschiffen, die zunächst auf nordwestlichem bis westlichem Kurse Vereinigung mit ihren Schlachtkreuzern und mit der „Queen Elizabeth"-Division suchen, dann aber Kehrt machen und einen östlichen bis südöstlichen Kurs aufnehmen.

Bei unserer Flottenleitung konnte kein Zweifel darüber herrschen, daß wir der vollzählig versammelten englischen Hauptstreitmacht gegenüberstanden. Die weltgeschichtliche Entscheidung, ob Deutschlands junge Flotte den Kampf mit der fast doppelt überlegenen Seemacht Englands aufnehmen soll, ist auf des Messers

---

[1]) Im Verlauf der seit etwa 6 Uhr tobenden Kreuzerschlacht waren die großen englischen Schlachtkreuzer und auch die schnellen Linienschiffe der Queen-Elizabeth-Klasse durch das Erscheinen unseres Gros in schwere Bedrängnis geraten. Um diese Schiffe, von denen sich die Schlachtkreuzer gänzlich aus dem Gefecht zurückziehen mußten, zu decken, unternahm die englische Flottenleitung einen Vorstoß leichter Kräfte gegen unsere Panzerkreuzer. Während der Abwehr dieses Vorstoßes durch Gegenangriff erschien die große englische Hochseeflotte, und es begann jetzt der Hauptkampf, der hier von einem Mitkämpfer, dem Korvettenkapitän Scheibe, der während der Schlacht 1. Offizier an Bord eines der beteiligten Panzerkreuzers war, geschildert wird.

Schneide gestellt. Die Zeit türmt sich. Minuten erweitern sich zu ewiger Bedeutung. Ein Völkerschicksal ist in die Hand des Führers gelegt. Der Augenblick fordert den Entschluß. Der ihn faßte, kannte Waffen und Streiter. Er lautete: Angriff.

Da die feindlichen Linienschiffsgeschwader den nach ihrem Angriff ablaufenden Booten in der sie umlagernden Dunstwolke wieder aus Sicht kommen, hält unser Linienschiffsgros zunächst auf diese Dunstwolke und die mitten in schweren Einschlägen liegende „Wiesbaden" zu. Unsere Panzerkreuzer haben sich vor die Spitze unseres Gros gesetzt. Im weiteren Vorlaufen stoßen sie auf die aus der Qualmwand erneut auftauchende feindliche Linie, mit der sie, nach Süden abbiegend, sofort in ein ungleiches, sehr heftiges Artillerieduell verwickelt werden. Ein in dieser Zeitspanne schneidig durchgeführter Angriff feindlicher Kleiner Kreuzer und Zerstörer, der gestützt wird durch ein vom feindlichen Gros her in Richtung der treibenden „Wiesbaden" vorbrechendes Geschwader von fünf Panzerkreuzern der „Minotaur"-, „Achilles"- und „Duke of Edinburgh"-Klasse, trifft, wohl infolge des Dunstes, überraschend auf unsere Panzerkreuzer und unser Gros. Von den Kleinen Kreuzern wird durch Schiffe des Spitzengeschwaders einer versenkt, ein anderer schwer beschädigt. Der Rest entkommt. Der Stoß der feindlichen Panzerkreuzer bricht unter schweren Verlusten zusammen. „Defence" und „Black Prince" werden nach heftigen, durch Treffer hervorgerufenen Explosionen bewegungsunfähig und sinken. Der Panzerkreuzer „Warrior" erreicht als Wrack noch die eigene Linie und muß später aufgegeben werden.

Die Handlungen des dritten Abschnittes entwickeln sich zu ihrer ersten Hauptphase. Der schwere Artillerikampf der Spitze gegen die gewaltige Front des feindlichen Gros pflanzt sich von unseren Panzerkreuzern durch das vorderste Geschwader von Schiff zu Schiff weiter fort, während das folgende Geschwader die nördlich stehende „Queen Elizabeth"-Division unter Feuer nimmt. Auf englischer Seite sind über 50 38 cm-Geschütze und je etwa 130 34,3 und 30,5 cm-Geschütze in voller Tätigkeit. An beiden Enden der englischen Hauptlinie, die sich aus drei Geschwadern zu je etwa acht Schiffen, also ungefähr 24 Großkampfschiffen zusammensetzt, stehen schnelle Divisionen, auf dem nördlichen Flügel drei Schlachtkreuzer des „Invincible"-Typs, auf dem südlichen drei der eben fertiggestellten „Royal Sovereign"-Klasse.

Unsere Panzerkreuzer und der vordere Teil unserer Linie verschwinden zeitweise in Wassersäulen und Sprengwolken. Aber auch beim Feinde wird gute Wirkung beobachtet. Auf unseren Schiffen kommen alle Waffen zum Tragen. Besonders zwischen 8 Uhr 20 und 8 Uhr 30 werden viele Treffer, zum Teil von mächtigen Stichflammenerscheinungen und Explosionen begleitet, deutlich gesehen. Von mehreren Stellen wird deutlich beobachtet, daß 8 Uhr 30 ein Schiff der „Queen Elizabeth"-Klasse unter ganz ähnlichen Symtomen in die Luft fliegt wie vorher „Queen Mary". Ferner sinkt in dieser Phase der Schlachtkreuzer „Invincible" schwer getroffen in die Tiefe. Ein Schiff der „Iron Duke"-Klasse hat schon vorher einen Torpedotreffer erhalten, eins der „Queen Elizabeth"-Klasse ist anscheinend in die Rudereinrichtung getroffen; es fährt einen Kreis, und seine Artillerie schweigt. Auf unserer Seite vermag von 8 Uhr 45 an der Panzerkreuzer „Lützow" seinen Platz in der Linie nicht mehr zu behaupten. Nach wenigstens 15 schweren Treffern muß er Fahrt vermindern, bleibt aber bewegungs- und schwimmfähig und zieht sich aus dem Gefecht ... Etwa um diese Zeit werden Teile unserer Flottillen auf das feindliche Gros zum Angriff ge-

bracht und kommen gut zu Schuß. Detonationen werden gehört. Eine Flottille verliert eines ihrer Boote durch schweren Treffer. Ein feindlicher Zerstörer wird, durch einen Torpedo getroffen, sinkend gesehen.

Nach diesem heftigen Stoße mitten in den überlegenen Feind hinein verlieren die Gegner einander in Rauch und Pulverqualm aus Sicht. Als das Artilleriegefecht dabei kurze Zeit vollkommen verstummt, setzt der Flottenchef alle zur Verfügung stehenden Kräfte zu einem neuen Stoße an. Den Panzerkreuzern, die mit Flottillen-Geleitkreuzern und Torpedobooten wieder an der Spitze stehen, schlägt bald nach 9 Uhr aus dem Dunstschleier heftiges Feuer entgegen, das sich kurz darauf auch wieder auf die vorderste Division des Spitzengeschwaders legt. Die Panzerkreuzer werfen sich jetzt mit rücksichtslosem Einsatz, höchste Fahrt laufend, zum Heranbringen der Torpedoboote auf die feindliche Linie. Ein dichter Geschoßhagel überschüttet sie auf ihrem ganzen Wege vorwärts.

Der Sturm wird bis auf 6000 m herangetragen. Mehrere Flottillen brechen zum Torpedoangriff vor und verschwinden bald im dichten Qualm. Sie kommen zu Schuß und kehren, trotz schwerster Gegenwirkung, mit dem Verluste nur eines Bootes zu ihrem Geleitkreuzer zurück.

In der von Geschützqualm und Schornsteingeruch erfüllten Luft reißt nach diesem zweiten wuchtigen Stoße der erbitterte Feuerkampf abermals ab.

Der ersten Angriffswelle unserer Torpedoboote folgt wenig später eine zweite. Sie durchbricht die Qualmwolke und findet das feindliche Gros nicht mehr vor. Nur in nordöstlicher Richtung wird noch eine große Zahl Kleiner Kreuzer und Zerstörer bemerkt. Auch als der Flottenchef die Kampflinie etwa in gleicher Ordnung auf südlichem und südwestlichem Kurse, auf dem der Feind zuletzt gesehen worden ist, entwickelt und heranführt, wird der Gegner nicht mehr angetroffen. Wohin er vor dem vorbereiteten dritten Stoße ausgewichen ist, kann nicht festgestellt werden.

Mit dem Verstummen der Geschütze um 9 Uhr 30 abends kann man die Tagschlacht als beendet ansehen. Das materielle Ergebnis des dritten Abschnittes ist auf seiten des Gegners der Verlust eines seiner neuesten Linienschiffe der „Queen Elizabeth"-Klasse, eines Schlachtkreuzers vom „Invincible"-Typ, dreier Panzerkreuzer — „Defence", „Black Prince" und „Warrior" —, eines Kleinen Kreuzers und von wenigstens zwei Zerstörern. Andere Schiffe, darunter eins der „Queen Elizabeth"-Klasse und das Linienschiff „Marlborough", zwei Kleine Kreuzer und mehrere Zerstörer, haben erhebliche Beschädigungen erlitten. Auf unserer Seite werden zwei Torpedoboote versenkt. „Wiesbaden" bleibt auf dem Kampfplatz liegen und sinkt später. Der Panzerkreuzer „Lützow" wird gefechtsunfähig. Schon nach dem lediglich materiellen Maßstabe gemessen, schließt dieser Gefechtsabschnitt der Tagschlacht mit einem vollen Erfolge unserer Waffen.

132.

Das Eingreifen Rumäniens.

27. August 1916.

Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 28. September 1916.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 29. September 1916 (Morgenausgabe). Nr. 32964.

Unsere Beziehungen zu Rumänien vor dem Kriege beruhten auf einem Bündnisvertrage, der, zunächst nur zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn ab-

geschlossen, durch den Zutritt Deutschlands und Italiens aber dann erweitert worden war. In dem Vertrage verpflichteten sich die Vertragschließenden zu gegenseitiger Waffenhilfe im Falle eines unprovozierten Angriffes von dritter Seite. Als der Krieg ausbrach, vertrat König Karol mit Energie die Überzeugung, daß Rumänien, das den Zentralmächten 30 Jahre seiner gesicherten politischen Existenz und eines ungeheuren Aufwachsens verdankte, nicht nur nach dem Wortlaut des Vertrages, sondern um der Ehre des Landes willen sich den Zentralmächten anschließen müsse. Als eine Verleugnung des Bündnisvertrages erschien dem verstorbenen König der Einwand, daß Rumänien von der österreichisch-ungarischen Demarche in Serbien nicht benachrichtigt und über sie nicht befragt worden sei. Aber in dem entscheidenden Kabinettsrat drang der bejahrte König mit seiner Meinung gegen eine Regierung nicht durch, deren Ministerpräsident von Anfang an über alle bestehenden Verträge hinweg mit der Entente sympathisierte. Kurze Zeit darauf starb der König an den Folgen der seelischen Erregungen, die ihm das Bewußtsein bereitet hatten, daß Rumänien seine Bundesgenossen verraten würde.

Die rumänische Politik unter Leitung des Herrn Bratianu ging darauf aus, sich auf Kosten der im Völkerkriege leidenden Parteien zu bereichern, ohne große eigene Opfer bringen zu müssen. Es hieß nur, rechtzeitig zu erkennen, auf welche Seite sich die Wagschale des Sieges endgültig neigen werde und den Augenblick des Anschlusses nicht zu verpassen. Schon im ersten Kriegsjahre, vermutlich nach dem Fall von Lemberg, schloß Bratianu hinter dem Rücken seines Souveräns einen Neutralitätsvertrag mit Rußland. Nach dem Fall von Przemysl schien ihm die Zeit gekommen, sich mit unseren Gegnern über den Judaslohn zu verständigen. Aber Rußland wünschte seinen eigenen ungeheuren Länderbesitz durch die Bukowina zu vergrößern; auf das Banat aber hatte Serbien sein Auge geworfen, während Rumänien nicht nur die Bukowina, sondern auch die österreichisch-ungarischen Gebietsteile bis zur Theiß für sich haben wollte. So kam es nicht zum Abschluß; aber die rumänische Neutralität nahm immer mehr die Form einer einseitigen Begünstigung der Ententemächte an. Um die Hungerpolitik Englands zu unterstützen, suchte man das von uns aufgekaufte Getreide zurückzuhalten, und es bedurfte unseres sehr energischen Druckes, um seine Freigabe zu erwirken.

Nach dem Durchbruch bei Gorlice wurde Herr Bratianu zweifelhaft, ob er auf das richtige Pferd gesetzt habe. Die Verhandlungen mit der Entente gerieten ins Stocken. Immer war es ja die allgemeine Kriegslage, die die rumänische Politik bestimmte.

Als dann aber die große russische Offensive dieses Frühjahres kam und gleichzeitig danach die Angriffe an der Somme einsetzten, glaubte Herr Bratianu den Zusammenbruch der Zentralmächte vor sich zu sehen. Jetzt war er entschlossen, sich an dem vermeintlichen Leichenraub zu beteiligen. Die Ententemächte ihrerseits hatten mit ihren Verhandlungen mit Herrn Bratianu freiere Hand als vorher. Serbien war besiegt; die Beschützer der kleinen und schwachen Staaten brauchten also auf die früheren Annexionswünsche dieses Landes keine Rücksicht mehr zu nehmen. Um so freigiebiger konnten sie sich Rumänien gegenüber bezeigen. Um die Mitte August wurde Herr Bratianu mit unseren Gegnern handelseinig. Den Zeitpunkt des Losschlagens behielt er sich vor; er machte ihn von gewissen Voraussetzungen militärischer Art abhängig.

Der König hatte uns bis dahin unverändert versichert, daß er neutral bleiben werde. Am 5. Februar dieses Jahres hatte der hiesige rumänische Gesandte auf

Befehl seines Königs die formelle Erklärung abgegeben, daß der König entschlossen sei, die Neutralität aufrechtzuerhalten, und daß seine Regierung in der Lage sei, dies auch durchzuführen. (Hört, hört!) Gleichzeitig erklärte Herr Bratianu dem Baron Busche, daß er sich dieser Erklärung seines Königs vollkommen anschließe. (Hört, hört!) Noch sechs Tage vor der Kriegserklärung erklärte der König unserem Gesandten, er wisse, daß die große Majorität Rumäniens den Krieg nicht wolle. (Hört, hört!) und an demselben Tage versicherte der König einem persönlichen Vertrauten, daß er die Mobilmachungsorder nicht unterschreiben werde. (Erneutes lebhaftes Hört, hört!) Am 26. August, also am Tage vor der Kriegserklärung noch, erklärte der König dem österreichisch-ungarischen Vertreter, daß er den Krieg nicht wolle. (Hört, hört!) Als ein Kuriosum erwähne ich nur, daß Herr Bratianu an demselben 26. August dem Grafen Czernin versichert hat, er sei entschlossen, die Neutralität Rumäniens aufrecht zu erhalten. Der Kronrat, der für den nächsten Tag angesetzt war, werde die Wahrheit seiner Worte beweisen. (Hört, hört! und Gelächter.) . . . . .

Rumänien hat seine Raubpolitik vom ersten Tage an abhängig gemacht von der Einschätzung der allgemeinen Kriegslage. Nun, Rumänien wird sich ebenso militärisch verrechnen, wie sich seine Ententefreunde politisch bereits verrechnet haben. Man hoffte ja zuversichtlich, die Kriegserklärung Rumäniens werde den Abfall der Türken und Bulgaren von uns nach sich ziehen. Aber die Türkei und Bulgarien sind nicht Rumänien und Italien. (Sehr gut! Beifall.) Fest und unverrückbar steht ihre Bundestreue; sie hat auf den Schlachtfeldern der Dobrudscha glänzende Siege gefeiert. (Beifall.)

133.

Die glanzvolle Anlage und mustergültige Durchführung des rumänischen Feldzuges.

Quelle: Schreiben des Kaisers an Hindenburg vom 9. Dezember 1916.

Fundort: Kriegsdaheim. Bd. 6. S. 89.

Mein lieber Feldmarschall!

Der rumänische Feldzug, der mit Gottes Hilfe schon jetzt zu einem so glänzenden Erfolge führte, wird in der Kriegsgeschichte aller Zeiten als leuchtendes Beispiel genialer Feldherrnkunst bewertet werden. Von neuem haben Sie große Operationen mit seltener Umsicht in glanzvoller Anlage und mit größter Energie in der Durchführung mustergültig geleitet und mir in vorausschauender Fürsorge die Maßnahmen vorgeschlagen, die den getrennt marschierenden Heeresteilen zu vereintem Schlagen den Weg wiesen. Ihnen und Ihren bewährten Helfern im Generalstabe gebührt dafür aufs neue der Dank des Vaterlandes, das mit stolzer Freude und Bewunderung die Siegesnachrichten vernommen und mit sicherer Zuversicht und mit vollem Vertrauen auf solche Führer der Zukunft entgegensieht. Ich aber habe den Wunsch, meinen tiefempfundenen Dank und meiner uneingeschränkten Anerkennung dadurch besonderen Ausdruck zu geben, daß ich Ihnen als erstem meiner Generale das Großkreuz des Eisernen Kreuzes verleihe.

Großes Hauptquartier den 9. Dezember 1916.

Ihr dankbarer und stets wohlaffektionierter König

Wilhelm R.

134.

Die Gründung des Königreichs Polen.

5. November 1916.

Quelle: Bekanntmachung des Generalgouverneurs von Beseler vom 5. November 1916.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 5. November 1916. (Morgenausgabe.) Nr. 32 763.

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau!

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreiches Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreiches Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreiches Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erstehen und aufblühen sehen.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

Der Generalgouverneur.

135.

Der Grundgedanke des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.

5. Dezember 1916.

Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 29. November 1916.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 30. November 1916. (Morgenausgabe.) Nr. 32 806.

Unsere Feinde wollen den Frieden noch nicht. In Menschenzahlen sind sie uns weit überlegen, und fast die ganze Welt liefert ihnen Kriegsmaterial. Was das heißt, das zeigen die Kämpfe an der Somme. Industrie und Organisation werden mit jedem Tage, den der Krieg länger dauert, entscheidender für das Ende. Jede Hand, die daheim Geschütze und Geschosse schafft, ersetzt einen Mann, schützt ein junges Leben im Schützengraben. Jede Hand, die daheim feiert, hilft dem Feinde. Das ist die Mahnung, die uns jeder Heeresbericht zuruft, die uns in Herz und Gewissen dringt. Die Motive zu diesem Gesetz sind nicht am grünen

Tisch erdacht; sie sind draußen im Trommelfeuer der Fronten geboren ... Gewaltig sind die Eingriffe in das Wirtschaftsleben; aber sind sie nicht gering gegen die Gewaltsamkeit dieses Krieges? (Sehr gut!) Die Möglichkeit des Zwanges mußte vorgesehen werden. Die eherne Notwendigkeit verlangt eisernen Willen. Die Möglichkeit des Zwanges soll den festen Boden geben, auf dem wir stehen müssen, um hinter den kämpfenden Armeen organisch eine Armee der Arbeit aufzubauen. Gelingen aber kann das Werk nur, wenn es sich darstellt als das Ergebnis nicht des Zwanges, sondern der freien Überzeugung des ganzen Volkes (Lebhafter Beifall), wenn Industrie und Landwirtschaft, Arbeiter und Unternehmer und wenn vor allem ihre bewährten Organisationen (Lebhafter Beifall links und im Zentrum) sich ihm freiwillig hingeben und widmen. Daß dies eintreten wird, dürfen wir mit Zuversicht sagen; denn dafür bürgt uns der Sinn, mit dem sich das ganze Volk auf den Krieg eingestellt hat; dafür bürgen uns die großen Leistungen, die dieser Sinn bisher schon hervorgebracht hat. Der Geist, der alle im Lande zu Beginn des Krieges beflügelt hat, mitzuwirken und mitzuhelfen, wo es auch sei, dieser Geist wird aufs neue aufgerufen, und jeder von uns weiß, daß er sich dem Rufe nicht versagen darf. (Beifall.)

Wenn draußen Hunderttausende in der Verteidigung des Vaterlandes dahinbluten, dann wird der Mann daheim nicht die letzten Opfer gebracht zu haben meinen, wenn er tatenlos die Mühen erträgt, die der Kriegszustand mit sich bringt. Da wird er es als seine Pflicht vor dem Vaterlande, vor den Kämpfern, vor den gefallenen Helden betrachten, seine Kraft an den Platz zu setzen, wo sie für den Kriegszweck am nützlichsten wirkt. Über die Einzelheiten des Gesetzes mögen die Meinungen auseinandergehen; mag der eine dies verurteilen, der andere jenes vermissen — aber dieses Gesetz, für die Kriegszeit geschaffen, soll doch ein Zeugnis dafür sein, daß wir für allezeit festhalten wollen am Geist gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Hilfsbereitschaft, der uns in der schwersten Not unseres Volkes zusammengeführt hat, und auf dem allein sich eine Zukunft aufbauen kann: Stark nach außen und frei nach innen.

Im Namen der verbündetem Regierungen bitte ich Sie, meine Herren: Helfen Sie an dem Werke, das uns neue Kraft und damit dem Siege und dem Frieden zuführen soll! (Lebhafter Beifall.)

136.

Das deutsche Friedensangebot und seine Ablehnung.

1. Quelle: Deutsche Note vom 12. Dezember 1916.

Fundort: Kriegsdaheim. Bd. 7. Anhang. S. 1.

Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zwei und einem halben Jahr in einem großen Teil der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, trifft die Menschheit in ihren wertvollsten Errungenschaften. Sie droht, einen geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen.

Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge er-

rungen. Unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der jüngste Ansturm im Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden. Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zu der Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.

Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen, und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn trotz dieses Anerbietens zum Frieden und zur Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Wir lehnen aber feierlichst jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.

2. Quelle: Antwortnote der Entente vom 30. Dezember 1916.

Fundort: Kriegsdaheim. Bd. 7. Anhang. S. 2.

... In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeiten der Stunde lehnen es die alliierten Regierungen, die unter sich eng verbunden und in voller Übereinstimmung mit ihren Völkern sind, ab, sich mit einem Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen.

Sie versichern noch einmal, daß ein Friede nicht möglich ist, solange nicht Gewähr besteht für die Wiederherstellung (reparation) der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten, solange sie nicht einer Regelung sicher ist, die geeignet ist, endgültig die Ursachen zu beseitigen, die solange die Völker bedroht haben, und die einzig wirksamen Bürgschaften für die Sicherung der Welt zu geben .....

137.

Die Kriegsziele unserer Gegner.

Quelle: Antwortnote der Entente vom 12. Januar 1917 auf Wilsons Friedensnote vom 22. Dezember 1916.

Fundort: Kriegsdaheim. Bd. 7. S. 3 und 4.

... Ihre Kriegsziele sind wohl bekannt; sie haben sie mehrfach in den Erklärungen der Oberhäupter der verschiedenen Regierungen dargelegt. Diese Ziele werden in den Einzelheiten mit allen Kompensationen und gerechtfertigten Entschädigungen für den erlittenen Schaden erst in der Stunde der Verhandlungen

auseinandergesetzt werden; aber die zivilisierte Welt weiß, daß sie alles Notwendige einschließt, in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen, die Reorganisation Europas, Bürgschaft für ein dauerhaftes Regime, das sowohl auf die Achtung der Nationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker begründet ist, wie auf territoriale Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entrissen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, welche der blutigen Tyrannei der Türkei unterworfen sind, und die Entfernung des osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des Kaisers (von Rußland) bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, welche er an seine Armeen gerichtet hat . . . . .

138.

Der Beginn des ungehemmten U-Bootkrieges.

1. Februar 1917.

1. Quelle: Deutsche Note an die Vereinigten Staaten vom 31. Januar 1917.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 1. Februar 1917. (Morgenausgabe.) Nr. 32919.

... Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten, und hatten als Grundlage die Sicherung des Daseins, der Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker bezeichnet. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916 ausdrücklich betonten, nicht auf die Zerschmetterung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Überzeugung mit den Rechten anderer Nationen wohl vereinbar ... An der Eroberungssucht der Gegner, die den Frieden diktieren wollen, ist der Friedensversuch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätenprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstückeln und zu entehren. Dem Versöhnungswunsch stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen. Sie wollen den Kampf bis aufs äußerste.

So ist eine neue Sachlage entstanden, die auch Deutschland zu neuen Entschlüssen zwingt. Seit 2½ Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechtes unterbindet die von England geführte Mächtegruppe nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner, durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben oder den Handel nach ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zum Völkerrecht und zur Achtung vor dem Gesetz der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung verharrt bei ihrem Aushungerungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um

ihres Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden. So häuft britische Herrschsucht kaltherzig die Leiden der Welt, unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, unbekümmert um die Proteste der schwergeschädigten Neutralen, unbekümmert selbst um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern der eigenen Bundesgenossen. Jeder Tag, den das furchtbare Ringen andauert, bringt neue Verwüstungen, neue Not und neuen Tod. Jeder Tag, um den der Krieg abgekürzt wird, erhält auf beiden Seiten Tausenden tapferen Kämpfern das Leben und ist eine Wohltat für die gepeinigte Menschheit.

Die Kaiserliche Regierung würde es vor ihrem eigenen Gewissen, vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie irgendein Mittel unversucht ließe, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte sie gehofft, dieses Ziel durch Verhandlungen zu erreichen. Nachdem der Versuch zur Verständigung von den Gegnern mit verschärfter Kampfansage beantwortet worden ist, muß die Kaiserliche Regierung, wenn sie dem höheren Sinne der Menschheit dienen und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr von neuem aufgezwungenen Kampf ums Dasein nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen fortführen. Sie muß daher auch die Beschränkungen fallen lassen, die sie sich bisher in der Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegt hat . . . . .

Indem ich wegen der Einzelheiten der geplanten Kriegsmaßnahmen zur See auf die anliegende Denkschrift bezugnehmen darf, darf ich gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß die amerikanische Regierung amerikanische Schiffe vor dem Einlaufen in die in der Anlage beschriebenen Sperrgebiete und ihre Staatsangehörigen davor warnen wird, den mit Häfen des Sperrgebietes verkehrenden Schiffen Passagiere oder Waren anzuvertrauen.

2. Quelle: Denkschrift zur obigen Note.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 1. Februar 1917. (Morgenausgabe.) Nr. 32919.

Vom 1. Februar 1917 ab wird in den nachstehend bezeichneten Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden[1]).

Neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete befahren, tun dies auf eigene Gefahr. Wenn auch Vorsorge getroffen ist, daß neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete sind, während einer angemessenen Frist geschont werden, so ist doch dringend anzuraten, daß sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und abgeleitet werden.

Neutrale Schiffe, die in Häfen der Sperrgebiete liegen, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete noch verlassen, wenn sie vor dem 5. Februar auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Der Verkehr der regelmäßigen amerikanischen Passagierdampfer kann unbehelligt weitergehen, wenn

a) Falmouth als Zielhafen genommen wird;

b) auf dem Hin- und Rückwege die Scillys, sowie ein Punkt 50 Grad Nord 20 Grad West angesteuert wird — auf diesem Wege werden keine deutschen Minen gelegt werden —;

---

[1]) Es folgt jetzt eine genaue Beschreibung der beiden Sperrgebiete, von denen das eine die Gewässer um England und Frankreich, das andere fast das ganze Mittelmeer umfaßt.

c) die Dampfer folgende besonders in den amerikanischen Häfen ihnen allein gestatteten Abzeichen führen: Anstrich des Schiffsrumpfes und der Aufbauten drei Meter breite Vertikalstreifen abwechselnd weiß und rot, in jedem Mast eine große weiß und rot karierte Flagge, am Heck die amerikanische Nationalflagge; bei Dunkelheit müssen Nationalflagge und Anstrich der Schiffe nach Möglichkeit von weitem gut erkennbar und die Schiffe durchweg hell erleuchtet sein;

d) ein Dampfer wöchentlich in jeder Richtung geht, dessen Ankunft in Falmouth Sonntags, Abfahrt aus Falmouth Mittwochs erfolgt;

e) Garantie der amerikanischen Regierung gegeben wird, daß diese Dampfer keine Bannware (nach deutschen Bannwarenlisten) mit sich führen.

Karten, in denen die Sperrgebiete eingezeichnet sind, sind in je zwei Exemplaren beigefügt.

Den Regierungen der anderen neutralen Staaten sind entsprechende Noten übermittelt worden.

139.

Der Bruch mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Quelle: Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 27. Februar 1917.

Fundort: Sonderbeilage zu Nr. 13 der Kriegswochenschau. Zusammengestellt im Kriegspresseamt.

Präsident Wilson hat nach Empfang unserer Note vom 31. Januar die diplomatischen Beziehungen zu uns schroff abgebrochen. Eine authentische Mitteilung über die Gründe, die er seinem Schritte gibt, habe ich bisher nicht erhalten. Der bisherige amerikanische Botschafter hier in Berlin hat sich darauf beschränkt, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mündlich den Abbruch der Beziehungen mitzuteilen und um seine Pässe zu bitten. Diese Form des Abbruches der Beziehungen zwischen zwei großen Reichen, welche in Frieden miteinander leben, ist wohl ohne Vorgang in der Geschichte. Bei dem Mangel eines amtlichen Dokumentes bin ich auf eine unsichere Quelle angewiesen: auf die von Reuter verbreitete Inhaltsangabe einer Botschaft, die Präsident Wilson am 3. Februor an den Kongreß gerichtet hat. Hiernach soll der Herr Präsident gesagt haben, unsere Note vom 31. Januar habe plötzlich und ohne vorherige Andeutung vorsätzlich die in der Note vom 4. Mai 1916 gegebenen feierlichen Versprechungen zurückgezogen[1]). Der Regierung der Vereinigten Staaten sei deshalb keine andere mit ihrer Würde und Ehre vereinbare Wahl geblieben, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom 20. April 1916 für den Fall ankündigte, daß Deutschland seine U-Bootmethode nicht aufgeben wolle. Meine Herren, sollte diese Argumentation authentisch sein, so muß ich gegen sie entschieden Widerspruch erheben.

Seit über einem Jahrhundert sind die freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und Amerika sorgfältig gepflegt worden. Wir haben sie, wie sich Bismarck einmal ausgedrückt hat, als ein Vermächtnis Friedrichs des Großen hochgehalten. Beide Länder haben sich im Nehmen und Geben gut dabei gestanden.

---

[1]) In der Note vom 4. Mai 1916 versprach die Reichsregierung auch in der Kriegführung der U-Boote die Methoden des Kreuzerkrieges anwenden zu lassen; doch machte sie das Versprechen von der Bedingung abhängig, daß nunmehr Amerika auch bei England die Beobachtung der völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck durchsetzen werde.

Seit Beginn des Krieges ist es drüben über dem Wasser anders geworden. Alte Maximen wurden über den Haufen geworfen. Noch am 27. August 1913 während der mexikanischen Wirren hatte der Präsident Wilson in einer feierlichen Botschaft an den Kongreß erklärt, er glaube den besten völkerrechtlichen Gepflogenheiten in bezug auf die Neutralität zu folgen, wenn er die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial an beide sich bekriegenden mexikanischen Parteien verböte. Ein Jahr später, im Jahre 1914, wurde diese Gepflogenheit ersichtlich nicht mehr für gut gehalten. Ungezähltes Kriegsmaterial hat Amerika an die Entente geliefert. Während man eifersüchtig über das Recht des amerikanischen Bürgers wachte, ungehindert und frei nach den Ländern der Entente reisen zu können, auch mitten durch das Schlachtfeld der See ungehindert und frei mit England und Frankreich Handel treiben zu können, selbst solchen, für den wir mit teurem deutschen Blute bezahlen mußten, schien das gleiche Recht des amerikanischen Bürgers den Mittelmächten gegenüber nicht ebenso vollgültig und schützenswert zu sein. Man protestierte zwar gegen einzelne englische Völkerrechtsbrüche; aber man fügte sich ihnen. Unter den so gestalteten Verhältnissen mutet der Vorwurf der Nichtachtung seltsam an.

Mit gleicher Entschiedenheit muß ich den Vorwurf abweisen, als ob wir durch die Art der Zurückziehung unserer in der Note vom 4. Mai 1916 gegebenen Zusicherung der Ehre und Würde Amerikas zu nahe getreten wären. Daß diese Zusicherungen unter gewissen Voraussetzungen hinfällig werden würden, hatten wir von vornherein ausdrücklich und unmißverständlich erklärt . . . . .

Daß aber die Voraussetzung, an die wir die Wiedererlangung der Freiheit unserer Entschließungen geknüpft hatten, längst eingetreten war, meine Herren, daran konnte und kann doch wohl auch in Amerika niemand zweifeln. England hat die Absperrung Deutschlands nicht aufgegeben, im Gegenteil andauernd aufs rücksichtsloseste verschärft. Unsere Gegner sind nicht zur Beachtung der vor dem Kriege allgemein anerkannten völkerrechtlichen Regeln und nicht zum Befolgen der Gebote der Menschlichkeit bewogen worden.

Die Freiheit der Meere, die Amerika noch während des Krieges nach der ausdrücklichen Erklärung des Präsidenten in Zusammenarbeit mit uns wiederherstellen wollte, haben unsere Gegner nur noch gründlicher unterbunden, und Amerika hat es nicht verhindert. All das ist doch öffentlich bekannt. Noch Ende Januar hat England eine neue Sperrerklärung für die Nordsee erlassen. Und über dem allen sind seit dem 4. Mai neun Monate vergangen. Konnte es da für irgend jemanden eine Überraschung bilden, daß wir am 31. Januar d. J. die Freiheit der Meere nicht als wiederhergestellt ansahen und daraus unsere Folgerungen zogen?

Aber die Sache greift doch weit über das formale Gebiet hinaus . . . Ich hätte volles Verständnis dafür, wenn die Vereinigten Staaten als Hüter des Völkerrechtes seine Wiederherstellung bei allen Kriegführenden in gleicher Weise betrieben, wenn sie in dem Wunsche, der Welt den Frieden wiederzugeben, Maßregeln ergriffen hätte, um das Ende des Blutvergießens zu erzwingen. Aber unmöglich kann ich eine Ehren- und Lebensfrage des amerikanischen Volkes darin sehen, einseitig und nur gegen uns das Völkerrecht zu schirmen.

Meine Herren, unsere Feinde und die uns übelwollenden amerikanischen Kreise haben geglaubt, auf einen wichtigen Unterschied aufmerksam machen zu können, der zwischen unserer Handlungsweise und der der Engländer bestünde. England vernichtet, so wurde gesagt, lediglich wirtschaftliche Werte, die ersetzt

werden könnten, Deutschland aber vernichtet Menschenleben, die unersetzlich sind. Nun, meine Herren, warum kamen bei den Engländern amerikanische Menschenleben nicht in Gefahr? Doch nur, weil sich die neutralen Länder und insonderheit Amerika freiwillig den Anordnungen Englands fügten, und weil England so der Notwendigkeit überhoben war, seinen Zweck durch Anwendung von Gewalt zu erreichen. Was wäre wohl geschehen, wenn die Amerikaner auf den ungehinderten Passagier- und Güterverkehr mit Hamburg und Bremen den gleichen Wert gelegt hätten, wie auf den mit London und Liverpool? Hätten sie es getan, meine Herren, so wären wir von dem peinlichen Eindruck befreit gewesen, daß nach amerikanischer Auffassung eine Unterwerfung unter englische Macht und Kontrolle mit dem Wesen der Neutralität vereinbar, eine Anerkennung deutscher Abwehrmaßregeln aber mit dieser Neutralität unvereinbar sei.

Meine Herren, überblicken wir das Ganze in bezug auf unser Verhältnis zu Amerika: Der Abbruch der Beziehungen zu uns, die angestrebte Mobilisierung aller Neutralen gegen uns dienen nicht dem Schutze der von der Regierung der Vereinigten Staaten proklamierten Freiheit der Meere; sie fördern nicht den auch vom Präsidenten Wilson erstrebten Frieden; sie müssen vielmehr dazu führen, die Aushungerungspolitik Englands zu ermutigen und das Blutvergießen zu vervielfachen.

Wir beklagen den Bruch mit einem Volke, das nach seiner Geschichte dazu berufen schien, mit uns, nicht gegen uns für gemeinsame Ideale einzutreten. Nach dem aber unser ehrliches Friedensangebot nur dem Kriegshohn der Gegner begegnet ist, gibt es für uns kein Zurück mehr, sondern nur ein Vorwärts.

140.

Der große französische Durchbruchsversuch an der Aisne.

16. April 1917.

Quelle: Tagesbericht des Ersten Generalquartiermeisters vom 17. April 1917.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 18. April 1917. (Morgenausgabe.) Nr. 33056.

An der Aisne ist eine der größten Schlachten des gewaltigen Krieges und damit der Weltgeschichte im Gange.

Seit dem 6. April hielt ununterbrochen die Feuervorbereitung mit Artillerie und Minenwerfern an, durch die die Franzosen in noch nie erreichter Dauer, Masse und Heftigkeit unsere Stellungen sturmreif, unsere Batterien kampfunfähig, unsere Truppen mürbe zu machen suchten.

Am 16. April früh morgens setzte von Soupir an der Aisne bis Béthény nördlich von Reims der auf einer Front von 40 Kilometern mit ungeheurer Wucht von starken Infanteriekräften geführte und durch Nachschub von Reserven genährte tief gegliederte französische Durchbruchsangriff ein. Am Nachmittag warf der Franzose neue Massen in den Kampf und führte starke Nebenangriffe gegen unsere Front zwischen Oise und Condé-sur-Aisne.

Bei dem heutigen Feuerkampf, der die Stellungen einebnet und breite, tiefe Trichterfelder schafft, ist die starre Verteidigung nicht mehr möglich. Der Kampf geht nicht mehr um eine Linie, sondern um eine ganze tief gestaffelte Befestigungszone. So wogt das Ringen um die vordersten Stellungen hin und her

mit dem Ziel, selbst wenn dabei Kriegsgerät verloren geht, lebendige Kräfte zu sparen, den Feind durch schwere blutige Verluste entscheidend zu schwächen.

Diese Aufgaben sind dank der vortrefflichen Führung und der glänzenden Tapferkeit der Truppen erfüllt.

Am gestrigen Tage ist der große französische Durchbruchsversuch, dessen Ziel sehr weit gesteckt war, gescheitert, sind die blutigen Verluste des Feindes sehr schwer, über 2100 Gefangene in unserer Hand geblieben.

141.

Die große Flandernschlacht 1917.

Juli—November 1917.

Quelle: Amtliche Erläuterung zum Tagesbericht des Ersten Generalquartiermeisters vom 15. Dezember 1917.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 16. Dezember 1917. (Morgenausgabe.) Nr. 33502.

Die große, fast viermonatige Flandernoffensive der Engländer kann als vorläufig beendet betrachtet werden. Schon der englische Angriff auf Cambrai, der in den ersten Dezembertagen zu einem schweren Rückschlag für das britische Heer wurde, war das Eingeständnis der außerordentlich schweren englischen Niederlage in Flandern.

Das Ziel der 16 großen Flandernschlachten war nach englischen Berichten die Eroberung der deutschen U-Bootbasis, da trotz aller Ableugnung von englischer Seite ein Mittel gegen unsere U-Boote nicht gefunden war, die langsam, aber sicher die Lebensader des britischen Inselreiches zu durchschneiden drohen. Für den Marschall Haig schien der Erfolg sicher zu sein. Bereits im Frühjahr 1917 hatte er selbst seinen baldigen Einzug in Brüssel öffentlich verkündigt. Fast das gesamte englische Heer, ausgerüstet mit Material und Munition der Kriegsindustrie von vier Fünfteln der Welt, stand in gewaltiger Überlegenheit an Zahl und Material einem Bruchteil der deutschen Kräfte in Flandern gegenüber.

Bis ins kleinste waren in fieberhafter Arbeit unter Heranziehung aller fremden Hilfskräfte die Vorbereitungen für diese gewaltige Offensive, die die Entscheidung des Krieges bringen sollte, getroffen. Ungeheure Artilleriemassen von den kleinsten bis zu den größten Kalibern waren in ausgebauten Stellungen bereitgestellt. Überall türmte sich die Munition in solcher Zahl, wie sie bisher nicht bekannt war. Alle entbehrlichen Kräfte, alles entbehrliche Kriegsgerät von den anderen Fronten war zu dieser Flandernoffensive herangezogen, neue Bahnen und Straßen gebaut und unabsehbare Baracken und Feldlager errichtet, um die Massen des englischen Heeres aufzunehmen.

Mitte Juli begann der Artilleriekampf. Ungezählte Millionen von Geschossen schlugen wochenlang auf unsere Stellungen, Unterstände und Batterien, während gleichzeitig giftige Gaswolken gegen unsere Stellungen abgeblasen wurden.

In atemloser Spannung richteten sich die Augen der ganzen Welt auf die beginnende Schlacht, die die deutsche Verteidigungsfront endgültig durchbrechen und die Entscheidung des Krieges bringen sollte. Nun liegt das gewaltige Ringen mit seinem monatelangen Grauen und Schrecken hinter uns. Ein Bruchteil der deutschen Armee hat in unerschütterlichem Heldenmut in 16 großen Schlachten englischer Zahlenüberlegenheit eine Niederlage nach der anderen zugefügt.

93 Divisionen setzte der englische Führer bis Mitte November auf den Schlachtfeldern von Flandern ein.

Sein ganzer Erfolg besteht in einem Streifen Land von zwanzig Kilometern Breite, der an wenigen Stellen eine Tiefe von sieben Kilometern erreicht, ein Boden, auf dem kein Baum und Strauch mehr wächst, der, durch Millionen schwerer Geschosse aufgewühlt und umgepflügt, für Jahrzehnte hinaus völlig in eine trostlose Wüstenei verwandelt ist, für ein Trichterfeld, das, verschlammt und versumpft, den Bau von Unterständen ausschließt, für eine Stellung ohne Hinterland, in der die englischen Truppen im Kampfe gegen die Natur schwer leiden und ihre Kräfte verzehren, ist das unendlich viele Blut geflossen, ist die Blüte des englisch-kanadischen Heeres geopfert, haben französische Divisionen nutzlos geblutet, sind Milliarden Frankreichs und Englands bezahlt; belgische Erde ist verwüstet, belgische Städte und Dörfer durch französische und englische Geschosse zerstört.

Unbeirrt und sicher gehen die deutschen U-Boote von der flandrischen Küste aus weiterhin an ihre Arbeit; unbeirrt haben die deutschen Heere trotz der in Flandern tobenden gewaltigen Schlacht im Verein mit ihren Verbündeten den Feind im Osten und in Italien geschlagen und die fruchtbarsten Landstriche erobert. Der Feldzug 1917 in Flandern ist für ewige Zeiten ein stolzes Ruhmesblatt des deutschen Westheeres, das hier in unvergleichlichem Heldenmut die glänzendste Probe aller kriegerischen Tugenden liefert.

142.

Die Landung auf Oesel und die Bedeutung der Eroberung dieser Insel.

13. Oktober 1917.

1. Quelle: Amtlicher ausführlicher Bericht vom 18. Oktober 1917.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 19. Oktober 1917. (Abendausgabe.) Nr. 33396.

Die Transportflotte wurde in der Hauptsache in Hamburg und Bremerhaven zusammengestellt. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe ermißt man, wenn man sich überlegt, daß die in Frage kommenden Schiffe seit $3^1/_4$ Jahren ohne Möglichkeit genügender Pflege aufgelegen hatten, daß der Befehl zur Bereitstellung der Flotte, um die Geheimhaltung zu sichern, erst in letzter Stunde bekanntgegeben werden konnte, daß Kapitäne, Offiziere und Besatzungen erst bei der Abfahrt der Dampfer zur Verfügung gestellt werden konnten, daß zu einer Armeeabteilung außer den eigentlichen Truppen und den notwendigen Geschützen von verschiedenem Kaliber ein großer Fuhrpark mit Pferden und Wagen gehört, daß man mit dem Vorhandensein von Lebensmitteln auf Oesel nicht rechnen konnte, und endlich, daß die Landung an freier Küste ohne Kaianlagen erfolgen mußte. Die aus den Erfahrungen der Chinaexpedition im Jahre 1900 heraus geschaffene Seetransportabteilung im Reichsmarineamt hat damit den Beweis ihrer Notwendigkeit erbracht und sich ebenso wie die die Schiffe bereitstellende Schiffsbesichtigungskommission und wie die deutschen Privatwerften, denen die Ausführung übertragen wurde, dieser neuen und plötzlich an sie herantretenden Aufgabe in anerkennenswerter Weise gewachsen gezeigt.

Nach tagelanger Vorbereitung durch die Minensuchverbände fuhr die Transportflotte unter dem Schutze von Teilen der Hochseeflotte durch die schmale frei-

gelegte Fahrrinne nach der Nordküste der Insel Oesel. Der Hauptteil der Flotte nahm Kurs auf die Taggabucht, während sich ein anderer Verband von Kriegsschiffen und Transportdampfern dem Soelosund näherte. Voran liefen die Torpedobootsflottillen und kleinen Dampfer mit der Vorhut. Leichte Morgennebel lagen über dem Wasser, die nur undeutlich die Schattenrisse der Nachbarschiffe erkennen ließen, während die Küste selbst noch völlig im Dämmerdunst begraben lag. Von den Küstenforts auf Toffri, die den Sund schützen sollten, war nichts zu erkennen. Lange fragten vergebens die geleitenden Kriegsschiffe, die durch ihr Feuer die Landung ermöglichen sollten, bei den vordersten Booten durch Funkspruch nach der Lage der Batterie an. Ein einziger grauer Dunstschleier hatte die Küste verhängt.

Während die vordersten Boote sich unter dauerndem Loten dem Kap Pamerort näherten, blitzte es plötzlich von der gegenüberliegenden Südspitze von Dagö auf. Die Batterie Toffri hatte den Feind erkannt. Kaum eine Sekunde später donnerte es auf den deutschen Schiffen auf, die für einen Augenblick in den aufschwelenden rötlichgelben Rauchwolken verschwanden. Am Strande stoben hohe Sand- und Wasserfontänen auf. Die erste Salve lag zu kurz, aber mitten vor den Batterien, die sich durch ihr Mündungsfeuer verraten hatten. Bald erkannte man die Konturen der Wälle vor dem dunklen Hintergrund des Waldes. Die Batterie mußte von der Transportflotte ablassen und hatte Arbeit genug, sich der Kriegsschiffe zu erwehren. Wieder fuhren gleich weisenden Riesenfingern die langen Rohre der Panzertürme in die Höhe; wieder zischten gelbe Feuerschlangen aus den Mündungen. Die zweite Salve traf ins Ziel; nur noch drei Geschütze feuerten weiter auf Toffri. Bald verstummte das Feuer völlig; die Batterie war niedergekämpft.

Inzwischen wimmelte es an der gegenüberliegenden Küste von Pamerort auf den Wassern von Booten, Motorbarkassen und Dampfpinassen, die in eiligem Hin und Her die Vorhut an Land trugen. Die auf Pamerort als vorhanden gemeldete Batterie sollte ein Landungskorps der Marine von der Rückseite her nehmen. Allein die letzten Fliegermeldungen hatten das Vorhandensein dieser Batterie schon zweifelhaft erscheinen lassen, und wirklich fanden die ersten feldgrau gekleideten Blaujacken kaum Widerstand. Eine schwache Grenzschutz-Abteilung wurde verjagt und zum Teil gefangen genommen. Dann besetzten die Matrosen die Signalstation Pamerort und sicherten brückenkopfartig das Kap, während die inzwischen gelandeten Armeetruppen sich eilig auf ihre Fahrräder schwangen und sofort ostwärts radelten.

2. Quelle: Amtliche Zusammenfassung vom 17. Oktober 1917.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 18. Oktober 1917. (Morgenausgabe.) Nr. 33393.

Die Eroberung Oesels hat der deutschen Marine nicht nur den Besitz des Rigaer Meerbusens gesichert, den bisher die schweren russisch-englischen Geschütze von Zerel (Südküste Oesels) beherrschten, sondern sie hat auch die seestrategische Lage in der Ostsee völlig zugunsten Deutschlands umgeschaffen. Die beiden Eckpfeiler unserer jetzigen Ostseestellung sind im Westen die Kieler Bucht, im Osten der Rigaer Meerbusen mit dem schützenden Oesel. Wie aber Kiel gleichzeitig den südlichen Zugang zur Nordsee (durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal) beherrscht, so bildet auf der anderen Seite Oesel den südlichen Vorflügel zum Eingang in den Finnischen Meerbusen und dadurch nach Westen und nach Norden den Scheitelpunkt der Vormachtstellung in der Ostsee. Der Besitz dieser Stellung sichert ferner

unsere östlich der Düna stehenden Armeen, deckt Kurland und bedroht die Russen durch die Freilegung des Weges nach Estland. Den englischen, unerfüllbar gebliebenen Hoffnungen, sich in der Ostsee festzusetzen, hat die Eroberung Oesels die letzte Stütze genommen.

Für das bei der verwickelten und andersartigen Befehlserteilung stets äußerst schwierige Zusammenwirken von Heer und Flotte war die Unternehmung gegen Oesel ein Schulbeispiel.

143.

Die zwölfte Isonzoschlacht.

24. Oktober 1917.

Quelle: Amtliche Darstellung aus dem Großen Hauptquartier.

Fundort: Diepholzer Kreiszeitung. Jahrgang 1917. Nr. 271.

Elf Schlachten waren am Isonzo geschlagen. Ströme von Blut waren geflossen. Geringer Geländegewinn war das mit ungeheuren Blutopfern erkaufte Ergebnis für den Angreifer. Die zwölfte Schlacht sollte den tapferen Verteidiger zu Boden werfen, sollte die letzte, die Entscheidungsschlacht werden zum schnellen Siegeszuge nach Triest. Da rütteln Germanenfäuste an Italiens Grenzmauern. Gewaltige Schläge zerschmettern die Tore. In wenigen Stunden und Tagen stürzt das Werk zweieinhalbjähriger Blutarbeit Italiens in Trümmer. Reste einer vernichteten Armee fluten in die oberitalienische Tiefebene. Deutschland und sein Bundesgenosse hetzen den Feind hinter den Tagliamento. In ehernen Strichen zeichnet die Weltgeschichte das Weltgericht: die Züchtigung und den Zusammenbruch des Verräters am Dreibund! Namen sieggewohnter Führer leuchteten auf: General Otto von Below führt die deutsche 14. Armee über die Alpen; Krafft von Delmensingen, der Schrecken Rumäniens am Roten Turmpaß, ist sein Generalstabschef: Major Freiherr von Willisen ist sein tatkräftiger, unermüdlicher erster Generalstabsoffizier. Angriffsfrohe Divisionen, Preußen, Bayern, Württemberger, folgen den bewährten Generalen von Stein und von Berrer, brave österreichische Divisionen ihren Generalen von Krauß und von Scotti über die schneebedeckten Gipfel der Julischen Alpen . . . . .

In den engen Räumen der Becken von Flitsch und Tolmein mußte die versammelte Armee[1]) zum Angriff aufmarschieren. In diese Becken mußte die Armee vorgeschleust werden. Auf etwa 60 Kilometer langen, schmalen Paßstraßen mit großen Steigungen galt es, teilweise eine ganze Anzahl Divisionen hintereinander und je etwa die Hälfte der Angriffsartillerie und Minenwerfergruppen angesichts der beherrschenden, weiten Überblick gewährenden feindlichen Stellungen vorzudrücken. Trotz schlechten, ungünstigen Wetters vollzog sich der Durchmarsch ohne Stocken und ohne Reibung . . . . .

Für die Operationen wurde im Anschluß an den Südflügel der Heeresgruppe Conrad in Gegend des Rombon-Gebietes die aus deutschen und österreichisch-ungarischen Divisionen gebildete 14. Armee Below in Linie Flitsch—Tolmein bereitgestellt. Der Nordflügel der anschließenden Isonzo-Armee (Heeresgruppe Boroevic) hatte sich dem Angriff mit starkem rechten Flügel südlich Selo an-

---

[1]) Die Versammlung und Ausrüstung war im Becken von Krainberg nördlich von den Karawanken erfolgt.

zuschließen, während Mitte und Südflügel bei und südlich Görz den Gegner durch Frontalangriff festhalten sollte. So standen in den Tagen vor dem Angriff bereit: der Nordflügel der Armee Below (die österreichisch-ungarische durch deutsche Verbände verstärkte Gruppe Krauß) im Gelände des Rombon und südöstlich die Stoßfront der Armee mit Gruppe Stein im Gebiet des Krn und um Tolmein, mit Gruppe Berrer an Straße Bischoflak—St. Lucia; mit Gruppe Scotti nördlich Tribusa schloß sich der rechte Flügel der Isonzo-Armee an . . . . .

Bis in die kleinsten Einzelheiten war der Plan festgelegt. Nach einem Gasschießen von 2—6 Uhr vormittags sollte bei Tagesanbruch die allgemeine Feuereröffnung erfolgen. Nach kurzer höchster Feuersteigerung sollte der Einbruch in die Stellungen auf der ganzen Frontlinie Flitsch—Selo stattfinden. Ungünstiges Wetter verzögerte den Angriff um wenige Tage. Am Abend des 23. Oktober erteilte General von Below folgenden Befehl: Der Angriff findet am 24. Oktober statt. Allgemeine Feuereröffnung 6,30 Uhr vormittags.

Diese knappen Worte sind klassisch und bleiben ein Musterbeispiel deutscher Generalstabsarbeit. Diese zwei Sätze bezeichnen den Abschluß einer Riesenarbeit an Gedanken, Plänen, strategischen und technischen Vorbereitungen. Sie bezeichnen den Beginn des Stoßes, der Italiens zweite Armee zu Boden schmetterte. Weltgeschichte von ungeheurer Tragweite liegt in diesen kurzen Worten, Weltgeschichte, erzwungen von deutschen und österreichisch-ungarischen Waffen.

Am 24. Oktober beginnt der Angriff. Wenige Stunden später wankt die ins Herz getroffene zweite italienische Armee und fällt in Trümmer.

In starken, uneinnehmbaren, ja unangreifbar scheinenden Bergstellungen der Julischen Alpen erwartete die italienische zweite Armee des Generalleutnants Capello den Vorstoß der Deutschen und Österreich-Ungarn. Die Vorbereitungen zum Angriff, das Durchschleusen unserer Divisionen auf engen, weithin einzusehenden Talstraßen, die Angriffsgruppierungen konnten nicht verborgen bleiben. Unerklärlich bleibt aber die geringe Gegenwirkung des Feindes während der letzten Tage vor dem Angriff.

Der italienische Oberkommandierende General Graf Cadorna war zuversichtlich und meldete: „Der Gegner hat unter starker Mitwirkung von deutschen Truppen und Kriegsmitteln ansehnliche Kräfte an unserer Front für eine Offensive versammelt. Der feindliche Stoß findet uns fest und gut vorbereitet." — Am 24. Oktober befiehlt Below den Angriff. Deutsche und österreichisch-ungarische Stoßdivisionen dringen unwiderstehlich gegen die italienische Front. Ein gewaltiger Druck erschüttert den Gebirgswall. Ganze Stellungssysteme wanken. Weite Abschnitte geben nach und werden durchstoßen. Der Durchbruch ist nicht aufzuhalten. In tiefe, klaffende Lücken dringen Stoßtruppen frontal, flankierend, umfassend und aufrollend durch die Alpenstellung. In zweieinhalb Tagen wird zweieinhalbjährige Arbeit in Stücke zertrümmert. Ohne Beispiel in der Kriegsgeschichte ist der Gedanke, der diesen Durchbruchsplan ersann, ohne Beispiel die Entschlossenheit der Führung und der sieghafte Angriffsgeist der Truppe. Infanterie stürmt Alpengipfel. Vergessen sind endlose Märsche auf nassen Straßen, vergessen kalte Nächte bei strömendem Regen unter freiem Himmel. Truppen, die das Hochgebirge nicht kennen, wetteifern mit gebirgserfahrenen Divisionen. General von Below fordert die Höchstleistung der 14. Armee: den Durchbruch des ganzen Stellungsnetzes im ersten Anlauf über die Berge der Alpen. Um 2 Uhr nachts am 24. Oktober be-

ginnt ein vernichtendes Gasschießen gegen die feindlichen Batterieräume. Mit Tageslicht, gegen 6,30 Uhr vormittags, setzt ein verheerendes Wirkungsschießen der Artillerie und Minenwerfergruppen ein. Mustergültige Vorarbeiten für den Artillerieaufmarsch, für das Einschießen und das Wirkungsfeuer kommen zur Geltung und bahnen der Infanterie die Straßen zum Angriff ... Mit der Artillerie wetteifern die Minenwerfer. Nach rastloser Erkundungs- und Vorbereitungsarbeit ... schlagen deutsche Minen breite Straßen in die Hindernisse und zerschmettern ganze Stellungen. Zwei je 200 Meter breite Gassen durch das Hindernis verlangt allein bei Flitsch eine Angriffsdivision. Trotz starken Nebels werden diese Bahnen in kürzester Zeit geschaffen. Entsetzen herrscht drüben in den Gräben, und grauenhaft ballen sich die Klumpen zusammen unter stürzenden Trümmern. Um 8 Uhr vormittags tritt zwischen Tolmein und Flitsch die Infanterie zum Angriff an. Bereits 2 Uhr nachmittags hat die Gruppe Krauß auf dem rechten Armeeflügel die Stellungen am Rombon gestürmt. In tapferem Anlauf stürmt österreichisch-ungarische Infanterie vom rechten Flügel der Gruppe Stein Stellungen in Linie Krn—Westhang des Mrzli. Inzwischen dringt die deutsche Division Lequis auf der Talstraße von Tolmein ungestüm vorwärts. Rechts und links hält zwar der Feind beherrschende Höhenstellungen. Aber Nebelschwaden hindern die Fernsicht und den Blick in das Tal. Der Italiener ahnt nicht, daß tiefunten deutsche Infanterie durchstößt auf Karfreit, daß bereits 1 Uhr nachmittags Kamno, bald nach 2 Uhr Idersko am Isonzo erreicht ist. Die Grundlinie des ganzen Bergsystems von Krn zum Kolovrat wird eingerissen durch den kühnen Talmarsch der Division Lequis. Der linke Flügel der Gruppe Stein greift nach Überrennung der vordersten Talstellung südwestlich Tolmein zusammen mit der Gruppe Berrer die feindliche Hauptstellung auf dem Kolovratrücken an. Stürmende Infanterie klettert von der 160 Meter hohen Talsohle im feindlichen Feuer die steilen Hänge bis über 1000 Meter empor. Die Gipfel des Kolovrat bilden in dem stark befestigten Stellungsknoten bei Höhe 1114 den Schlüsselpunkt dieses ganzen Systems. Bereits am Nachmittag kann der Sturm gegen Punkt 1114 angesetzt werden. Unablässig drückt der Südflügel der Armee gegen die Kette des Globocak vor. Wie eine Maschine arbeitet die Armee an den Granitwällen der Berge, frißt sich tief hinein durch Hindernis und Beton. Am Abend des ersten Tages ist das Flitscher Becken bis dicht östlich Saga erobert. Die Südhänge des Krn sind gestürmt. Karfreit im Isonzotal, die Höhenstellungen westlich und südwestlich Tolmein sind genommen. Kein Zusatz, keine Änderung zum Armeebefehl wird gegeben. — Der Angriff geht weiter! Tag und Nacht!

144.

Deutschlands Ziel im Weltkrieg.

Quelle: Rede des Reichskanzlers Grafen von Hertling in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages vom 24. Januar 1918.

Fundort: Hannoverscher Kurier vom 25. Januar. (Morgenausgabe.) Nr. 33069.

Unser Ziel ist kein anderes, als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Aber dieser dauernde allgemeine Friede ist so lange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Bis dahin heißt es: ruhig zusammenstehen und abwarten. Im Ziele, meine Herren,

ſind wir alle einig! (Lebhaftes Bravo.) Über die Methoden und Modalitäten kann man verſchiedener Meinung ſein. Aber laſſen wir jetzt alle dieſe Meinungsverſchiedenheiten zurücktreten, ſtreiten wir nicht über Formeln, die bei dem raſenden Lauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen, und behalten wir über trennende Parteigegenſätze hinaus das eine gemeinſame Ziel im Auge: das Wohl des Vaterlandes! Stehen wir zuſammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unſer ſein! Ein guter Friede wird und muß kommen! Das deutſche Volk erträgt in bewunderungswerter Weiſe die Leiden und Laſten des nun in ſeinem vierten Jahre währenden Krieges ... Sie alle, Männer und Frauen, wollen aushalten und durchhalten. In politiſcher Reife laſſen ſie ſich nicht von Schlagworten betören, wiſſen ſie zu unterſcheiden zwiſchen den Realitäten des Lebens und glückverheißenden Träumen. Ein ſolches Volk kann nicht untergehen. Gott iſt mit uns und wird auch ferner mit uns ſein! (Lebhaftes Bravo.)

Druck von Velhagen & Klasing in Bielefeld.